HISTORISCHE STUDIEN

Der Sachsen-Lauenburgische Erbfolgestreit bis zum Bombardement Ratzeburgs

1689—1693

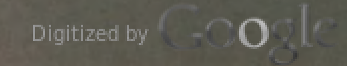
Von

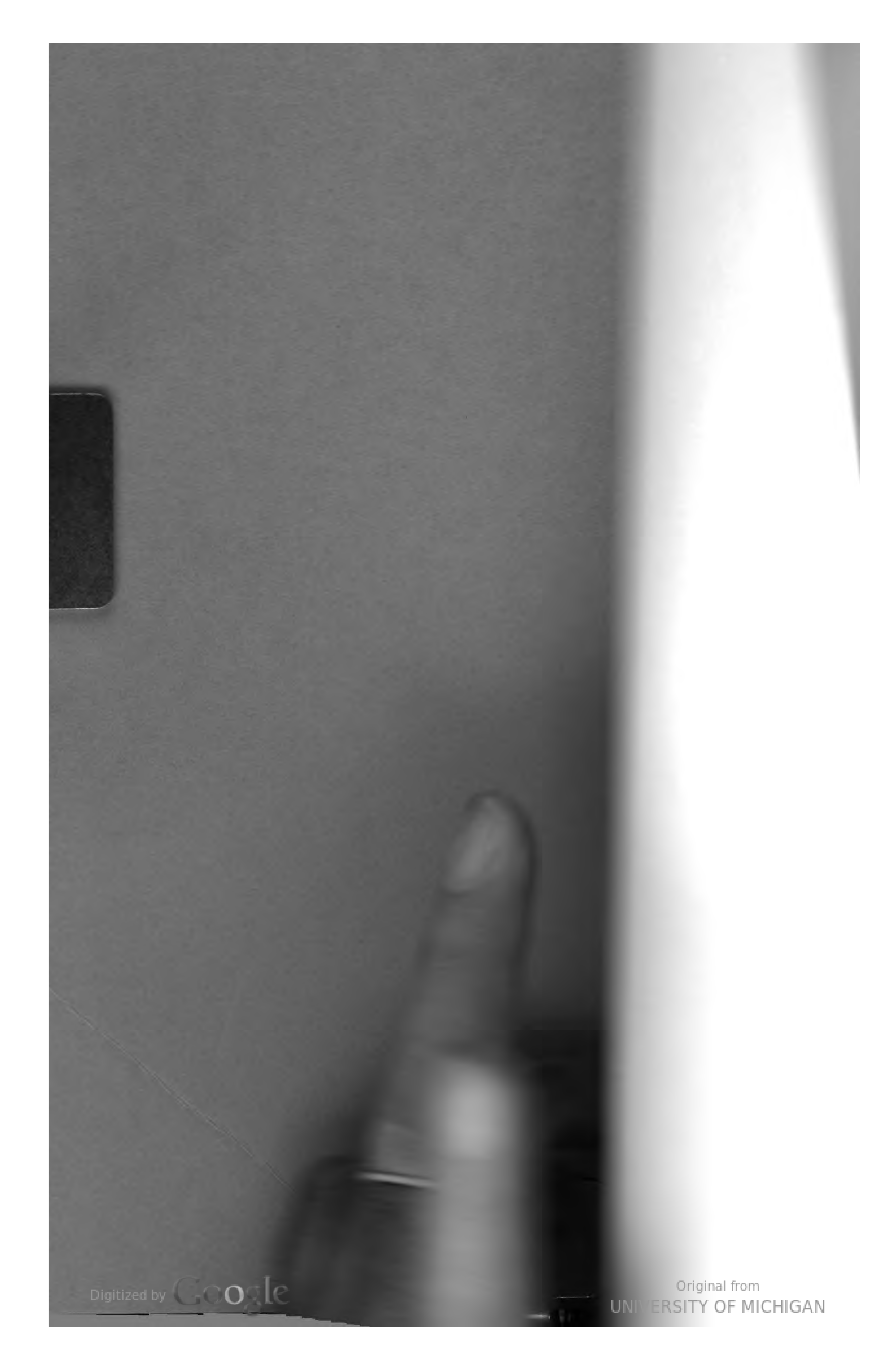
Dr. Gustav Ueberhorst

HEFT 126

Berlin
1915
Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965







HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING
DR. PHIL.

HEFT 126

DER SACHSEN-LAUENBURGISCHE ERBFOLGESTREIT BIS ZUM BOMBARDEMENT RATZEBURGS 1689–1693

VON DR. GUSTAV UEBERHORST

Berlin 1915

Der Sachsen-Lauenburgische Erbfolgestreit

bis zum Bombardement Ratzeburgs

1689—1693

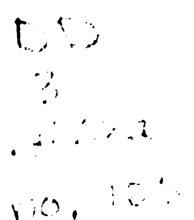
Von

Dr. Gustav Ueberhorst

Berlin
1915

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965



Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America



Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Max Lenz

ehrerbietigst gewidmet

als ein Zeichen des Bekenntnisses zu ihm



Einleitung.

Zu vorliegender Arbeit bin ich durch Herrn Dr. Haake angeregt worden. Karl Theodor von Heigel bemerkt in seinem Essay „Die Brautwerbung des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden und des Prinzen Eugen von Savoyen 1689—1690“ („Biographische und kulturgeschichtliche Essays.“ Berlin 1906, S. 107), daß der Sachsen-Lauenburgische Erbfolgestreit wenig bekannt sei. Diese Tatsache ist um so beachtenswerter, als ein gleichartiges Ereignis des 17. Jahrhunderts — ich meine den Streit um die Erbfolge in Jülich und Cleve — als Vorspiel des Dreißigjährigen Krieges nicht nur dem Fachgelehrten vertraut ist.

Der Einfluß beider Affären auf den Widerstreit der großen Mächte war ein beschränkter. Wohl waren sie prädestiniert, eine Verwicklung größeren Stils zu schaffen, vornehmlich durch das Eingreifen Frankreichs. Indes entzündete die Lunte weder hier noch dort das Pulverfaß.

Ueber die Erscheinungen der verpufften Gegensätze hinaus heißt es nach Symptomen positiver Wirksamkeit zu spüren, nach dem Quell und dem Strome des Lebens. Mit dürren Worten: Hat unser Erbfolgestreit für die Entwicklung der Staaten eine ähnliche Bedeutung wie der Jülich-Clevische? Lassen sich hier die politischen Metamorphosen erkennen und die ihnen immanenten Triebe, wie sie dort etwa Moritz Ritter (Sachsen und der Jülicher Erbfolgestreit), Felix Stieve (Staatskunst und Leidenschaften im 17. Jahrhundert), Franz Reindl (Der Anfang des Streites über die



Jülicher Erbfolge) und August Müller (Der Jülich-Clevische Erbfolgestreit im Jahre 1614) gezeichnet haben?

Und da gilt es nun, den richtigen Standpunkt für die vielgescholtene Spezialuntersuchung einzunehmen. Die Frucht gedeiht nur, wenn der Samen in den rechten Ackerboden gesenkt wird. Betrachten wir den in Frage stehenden Schauplatz.

Der Friede von Münster und Osnabrück mußte harte Partikularisten erzeugen. Wer nach Macht und auf dieser Grundlage nach Einheit strebte, errang die Palme. Durch Maßnahmen wie etwa den Erlaß von Hausgesetzen verhinderte eine Dynastie das Zerbröckeln ihres Territoriums; der Erwerb neuer Gebiete, die allein nach der Kopfzahl seiner Bevölkerung, den Steuerträgen und der geographischen Lage bewertet wurden, brachte ihr Machtverstärkung. Eine leere, unwahre Reichsverfassung spiegelte den Deutschen vor, daß sie einen Kaiser, daß die einzelnen Kreise ihre Direktoren hätten. Tatsächlich war die Reichsgewalt so gut wie annulliert; elend lag der Körper da, und nur Flitter, die ihn verhüllten, zeugten von seiner einstigen Herrlichkeit. Das Intrigenspiel zu Regensburg, der Kampf daselbst um die kleinen Dinge und großen Formen bot einen trüben Anblick. Trost gewährten dagegen die jugendfrischen Gestalten der Territorien: Oesterreich, Brandenburg, Bayern, Nieder- und Kursachsen. In ihnen war Licht, Liebe, Leben. Man kann es schlechterdings und gerechterweise keinem der damaligen deutschen Potentaten zum Vorwurfe machen, wenn er rücksichtslos-egoistisch unter Ausnutzung überkommener Machtbefugnisse großen Zielen nachstrebte. Es war das sein historisches Recht, gleichwie die Päpste der Renaissance kein Bedenken trugen, ihre geistliche Gewalt, die ihren ursprünglichen Charakter verloren hatte, in den Dienst weltlicher Tendenzen zu stellen. „Verbiete du dem Seidenwurm zu spinnen!"

Droysen, Treitschke und Klopp möchte man wohl



Herolde partikularer Machtbestrebungen nennen: man darf es nur bedingt tun, insofern jenen der Grundsatz abging: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Erklärt sich dies Fehlen des Prinzips der Gleichberechtigung aus der Tatsache, daß die genannten Historiker in dem Geiste der von ihnen geschilderten Epochen lebten und webten, so darf man sagen, daß nunmehr die Zeiten vorbei sind, wo Habsburger, Hohenzollern, Wittelsbacher, Welfen und Wettiner um Herzogshüte, Königs- und Kaiserkronen untereinander haderten. Eine Untersuchung darüber, wen nach dem Dreißigjährigen Kriege die Hauptschuld an der Agonie des heiligen Römischen Reiches trifft, ist müßig und heutzutage unberechtigt.

* * *

Die Archivalien, auf die sich meine Arbeit stützt, entstammen dem Kgl. Geheimen Staatsarchiv zu Berlin, dem Kgl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, dem Kgl. Staatsarchiv zu Hannover, dem Herzogl. Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel und dem Großherzogl. Geheimen Haupt- und Staatsarchiv zu Weimar. Mit Freude bemerkte ich deren Reichhaltigkeit: wie viel gibt es da noch zu tun! Um so schmerzlicher war mir die Enttäuschung an anderer Stelle: Hamburger Archivalien, die meine Arbeit vorzüglich ergänzt hätten, sind durch den großen Brand von 1842 vernichtet. In Kopenhagen zu forschen, mußte ich mir wegen Zeitmangels versagen. Unsere Kenntnis der dänischen Politik läßt mit dem Schluß von Dietrich Schäfers Werk viel zu wünschen übrig. Nur teilweise entschädigte mich das Dresdener Archiv vermöge der bisweilen intimen Verbindung Dänemarks mit Kursachsen. Mit der schwedischen Politik ging es mir besser. Neben Carlsons vortrefflichem Buche kam es mir zustatten, daß einige Schriftstücke aus dem ehemals schwedischen Bremen seit der hannöverschen Okkupation ihren

Weg nach der welfischen Residenz gefunden haben. Forschungen im Pariser Archiv, das nach Haakes Angabe für meine Zeit eine wahre Goldgrube bedeutet, glaubte ich, nachdem mein Material schon einen bedrohlichen Umfang erreicht hatte — auch kam es mir auf die französischen Einwirkungen fürs erste nicht so sehr an —, auf eine spätere Zeit aufschieben zu sollen. Ich hoffte immerhin, sie bald nachholen zu können.

Nicht nur die Quantität der Archivalien, auch technische Gründe, die sich aus der Komposition ergaben, veranlaßten mich, meine Arbeit zeitlich zu begrenzen. Wenn ich eine Fortsetzung in Aussicht stelle, so denke ich an ein selbständiges Ganzes.

* * *

Inbezug auf die Bezeichnungen der Archive habe ich mich in den Fußnoten folgender Abkürzungen bedient: B. St., Dr. St. bzw. Wm. St. = Berliner, Dresdener bzw. Weimarer Staatsarchiv (in Weimar befindet sich auch als besondere Abteilung das Eisenacher Staatsarchiv), Wf. L. = Wolfenbütteler Landeshauptarchiv, Celle-Br. Arch. bzw. Cal.-Br. Arch. = Celle - Braunschweiger bzw. Calenberg - Braunschweiger Archiv (beide befinden sich im hannöverschen Staatsarchiv). Die angeführten Schriftstücke habe ich zuweilen, im allgemeinen nach Maßgabe ihrer Lesbarkeit, in Orthographie und Interpunktion mehr oder weniger modernisiert.

* * *

Es ist mir eine liebe Pflicht, an dieser Stelle Herrn Geheimrat Lenz für die mannigfache Förderung dieser Arbeit und Herrn Dr. Haake für die Anregung zu ihr und die stets freundliche Anteilnahme an ihrem Fortgang meinen wärmsten Dank auszusprechen. Auch der Leiter und Beamten



der von mir benutzten Archive, Herrn Geheimen Archivrats Dr. Paul Zimmermann, Herrn Archivrats Dr. Brabant, der Herren Archivare Dr. Brennecke, Dr. Kaeber, Dr. Walter Müller und Dr. Spielberg gedenke ich dankbar.

Berlin W. 30, Maaßenstr. 17
im Dezember 1914

Gustav Ueberhorst.

Erster Abschnitt.

Sachsen-Lauenburg und Kursachsen.

Der im Jahre 1648 zu Münster und Osnabrück geschlossene Friede sollte die Einheit des heiligen Römischen Reiches wiederherstellen, begründete aber staatsrechtlich die Selbständigkeit der Territorialgewalten, indem er ihnen, wie ein moderner Historiker bemerkt[1], eine superioritas terrae mit dem Waffen- und Bündnisrecht zusprach. Der so geschaffene Zustand durfte nur ein Uebergangsstadium darstellen, sollten nicht auswärtige Staaten beherrschend eingreifen. Wahrscheinlich, daß er verging, sobald ein Teil des geschwächten Reiches kräftig genug war, aus sich heraus ein neues Ganzes zu bilden. Den stärksten partikularen Machtbestrebungen gehörte die Zukunft. Ideen, die auf eine Erneuerung der deutschen Einheit und Kraft zielten, gerieten in lebendigste Bewegung. Ein tiefer Sinn lag in dem Staatswesen der Hohenzollern. Friedrich Wilhelm, Brandenburgs Großer Kurfürst, ward Herr seiner Stände und schuf sich ein stehendes Heer, mit dem er, der Streiter des heroischen Calvinismus, aktiv in die große Politik eingriff. Wer mochte der Erbe sein seines gewichtigen Einflusses, der im deutschen Norden allerorten und jederzeit zu spüren war? Die Frage drängte sich um so mehr auf, als man in einer epochemachenden Zeit stand. Die Jahre, die mit dem Tode des Hohenzollern Friedrich Wilhelm ein-

1. R. Koser in Fr. v. Bezold, E. Gothein, R. Koser: „Staat und Gesellschaft der neueren Zeit.“ Berlin u. Leipzig 1908, S. 237.

setzten, brachten weltgeschichtliche Veränderungen. England gelangte zur Konstitution und vindizierte sich die Aufgabe, gleichsam als Beauftragter Gottes Europas Gleichgewicht zu besorgen. Dem künftigen Antagonismus Preußens und Oesterreichs wurden seine Linien vorgezeichnet. Während der Stern des großen Ludwig zu sinken begann, kamen die türkischen Verhältnisse in eine ganz neue Entwicklungsphase, die eine Dauer von noch über zweihundert Jahren kaum voraussehen ließ. Indem sich die habsburgische Monarchie von dem türkischen Drucke befreite, begründete sie sich eine neue, eigenartige Weltstellung. Der Krieg verbreitete sich im christlichen Abendlande so weit, wie keiner sich dessen erinnern konnte. An den sagenumwobenen Ufern des Rheines, am barbarischen Dnjepr wurde gefochten, auf Irlands immergrüner Insel und auf dem rauhen Balkan. Die Banner Frankreichs begegneten auf allen Meeren den Kriegsflaggen der beiden „Seemächte".

Kaiser Leopold hatte sich im Frühjahr 1689 entschlossen, den Kampf gegen zwei Fronten aufzunehmen. Wenn er in seiner Zähigkeit im Ringen mit den Türken nicht nachließ, so hat ihm die Geschichte Recht gegeben: die Zukunft seiner Monarchie beruhte auf ihrer Ausdehnung in der östlichen Donaulinie. Andererseits schrieb die übermäßig anwachsende Macht Frankreichs dem Kaiser nach dieser Richtung seine Stellungnahme vor. War Europas allgemeine Freiheit durch ein Supremat Ludwigs XIV. bedroht? Mit wunderbarer Schnelligkeit entstand eine antifranzösische Koalition. Bei so ziemlich allen Reichsständen fand die Kampfeslosung Wiederhall. Am 12. Mai 1689 kam die „Große Allianz" des Kaisers mit den Generalstaaten zustande; der Beitritt Spaniens und Savoyens stand in Aussicht. Die Entscheidung aber lag bei England, dessen neuer Herrscher der spiritus rector der Allianzgenossen war. Auf einen derartigen Widerstand hatte Ludwig XIV., der im vergangenen Jahre die Feindseligkeiten eingeleitet hatte,

nicht gerechnet, und die Folge war, daß das Jahr 1689 den gerechten Ausgleich brachte, den die Ruinen des Heidelberger Schlosses und die geschändeten Speyrer Kaisergräber gebieterisch forderten[2]. Aber nur dann konnten sich die Alliierten einen dauernden Erfolg versprechen, wenn die rühmliche Einigkeit unter ihnen anhielt. Irgendeine unausgeglichene Frage, von Ludwig XIV. geschickt zum Zankapfel gemacht, war geeignet, alle ihre Entwürfe zu vernichten. Der Zaghafte fürchtete dann die Wiederkehr dreißigjähriger Schrecken[3]. Merkwürdig ist es nun, wie in diesem Kriege, der mit zur Entscheidung über die Erbschaft des letzten simmerschen Pfälzers geführt wurde, an einer anderen Stelle des Reiches ein Erbfolgestreit ausbrach, dessen Angelegenheiten auf den Verlauf des Krieges merklich abfärbten. Es handelt sich um die Nachfolge im Herzogtum Sachsen-Lauenburg.

Als über den ehemaligen Oberherrn des polabischen Landes, den trotzigen Welfen Heinrich den Löwen, zu Würzburg 1180 die Katastrophe hereingebrochen war, wurde über seine sämtlichen Lehen, sein ganzes Eigengut sowie alle ihm unterworfenen slawischen Länder von Reichs wegen Verfügung getroffen. Die verheißungsvollen Anfänge eines niederelbischen Reiches waren damit vernichtet. Die herzogliche Gewalt in Westfalen, dem westlichen Drittel, und in den benachbarten Gegenden des mittleren Sachsen erhielt der Erzbischof von Köln, der demzufolge seinem bisherigen Titel den eines „Herzogs von Westfalen und Engern" hinzufügte. Nach dieser Abzweigung wurde das ehemalige säch-

---

2. Max Immich: „Geschichte des Europäischen Staatensystems von 1660 bis 1789." München u. Berlin 1905, S. 141 ff.

3. Levin von Ambeer in Londorp: „Acta Publica" XVII. S. 79: „so vermeynen diejenigen / so etwas blödern Gemüthes sind / . . . billich Ursache zu einer Furcht zu haben / ob der Ausgang dieses Blut-trieffenden Jahr-hunderts / so gestalten Dingen nach vielleicht mit dessen Anfange übereinstimmen möchte."

sische Herzogtum mit der Erzmarschallwürde dem askanischen Hause übertragen, das gleich Heinrich billungischen Blutes war[4]. Dem Uebergang der Herrschergewalt stellten sich alsbald Schwierigkeiten in den Weg. Bernhard, Albrechts des Bären Sohn, war nicht stark genug, in den ihm zuerteilten Landen festen Fuß zu fassen. Es entstand ein Wirrsal von kleinen und kleinsten Kantonen: Hamburg, Lübeck, Holstein, Verden, Bremen, Hadeln, Kehdingen, Altes Land, Krempe, Wilster und Dithmarschen. Die rechtselbischen Lande erlebten das Interregnum des Grafen von Holstein, dann das König Waldemars des Siegers von Dänemark. Die Welfen gaben auch zunächst nicht die Hoffnung auf, wieder in den Besitz zu kommen, wie denn Heinrichs des Löwen Enkel Otto diesem Ziele durch seine Anlehnung an den dänischen Statthalter nahe war. Erst die Schlacht von Bornhövede (1227), das Ende der dänischen Herrschaft in Nordalbingien, führte für die Askanier, denen auch das anhaltische Gebiet von Ballenstedt am Harz bis auf die Höhen des Fläming und über Belzig hinaus gehörte, die tatsächliche Investierung mit Sachsen-Lauenburg herbei. Hadeln entzog sich der Oberherrschaft des nahen Bremer Erzbischofs, indem es dem Herzoge von Lauenburg huldigte[5]. Es möchte schwer halten, einen Verzicht Ottos auf die lauenburgischen Lande abzuleugnen, zumal da er 1235 auf dem Tage zu Mainz, mit den Hohenstaufen ausgesöhnt, seine braunschweigisch-lüneburgischen Allode vom Reiche als Herzogtum zu Lehen nahm. Bernhards Sohn Albrecht unterzeichnete sich „Herzog von Sachsen"; wenn er später den Zusatz „von Engern und Westfalen" in Anspruch nahm, wie das seine Nachfolger stets getan haben, so ist der Rückschluß erlaubt, daß die Askanier auch im westlichen Sachsen

---

4. J. Jastrow u. Georg Winter: „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Hohenstaufen." Stuttgart 1897, Bd. 1, S. 586 f.

5. A. E. E. L. v. Duve: „Mitteilungen der Staatsgeschichte und Zustände des Herzogtums Lauenburg." Ratzeburg 1857, S. 65 ff.

nicht leer ausgingen[6]. Von ihren Gerechtsamen in Engern und Westfalen verlautet aber am Ende nichts mehr; der bloße Titel blieb ihnen davon übrig. Mit Bernhards Sohn Heinrich begann wieder Anhalts Sonderleben; der ältere, Albrecht, hinterließ sein Land (1260) geteilt in die Linien Sachsen-Lauenburg und -Wittenberg.

Das lauenburgische Gebiet haben die Askanier nicht in seinem vollen Umfange behauptet. Es setzte Kämpfe mit den Nachbarn. Mölln ward an Lübeck verpfändet, das feste Schloß Bergedorf mitsamt der fruchtbaren Niederung der Vierlande von Hamburg und Lübeck erobert[7]. Hauptsächlich im linkselbischen Gebiete ist eine Grenzverschiebung festzustellen: Artlenburg, Heinrichs des Löwen alte Veste Ertenneburg, Schloß Bleckede und Hitzacker mit seinem reichen Zoll sind die zumeist bedrohten Punkte[8]. Bleckede und Hitzacker gingen im vierzehnten Jahrhundert an die Welfen verloren[9]. Diesem Herrengeschlecht scheint die Erinnerung an den großen Ahnherrn immer rege gewesen zu sein. Der tatkräftige Heinrich der Jüngere griff 1554 bei Bergedorf vorübergehend über die Elbe. Er hätte sich vielleicht des ganzen Lauenburger Landes bemächtigt, wenn

---

6. Duve a. a. O. S. 97. Peter von Kobbe: „Geschichte und Landesbeschreibung des Herzogtums Lauenburg.“ Altona 1836, Bd. 2, S. 164 u. 212 bringt Beweise, daß die askanischen Herzöge von Sachsen-Lauenburg im Besitze von Rechten waren, die ihren Ursprung in der herzoglichen Würde über Engern und Westfalen hatten. Vgl. Bd. 1, S. 193.

7. Mölln war 1359 bis 1683 verpfändet, Bergedorf und die Vierlande wurden 1420 erobert. Hamburg ward damals (um 1400) im engen Bunde mit Lübeck aus einer Alsterstadt zur Elbstadt. Die Ratsherren mögen an ein niederelbisches Reich gedacht haben, als sie die Spitze des hadelschen Landes mit den Inseln Neuwerk und Scharnhörn erwarben, die Seeräuber bei Helgoland vernichteten und elbaufwärts sich im lauenburgischen Gebiete einnisteten.

8. Kobbe a. a. O. Bd. 1, S. 264, 301; Bd. 2, S. 19, 93.

9. Duve a. a. O. S. 186.

ihm nicht ein Weiberarm begütigend zurückgehalten hätte[10]. Ende des sechzehnten Jahrhunderts erstreckten sich die braunschweigischen Rechte auf der Elbe nur so weit, als eine Kuh ins Wasser gehen kann, bis ihr dieses ins Maul läuft[11], ein Zeichen, daß die Welfen von der Erreichung ihrer geheimen Wünsche damals noch recht weit entfernt waren.

Fast ein Säkulum später umfaßte das Herzogtum Lauenburg ein Areal von neunzehn Quadratmeilen fruchtbaren, vorwiegend flachen Bodens. Blaue Seen und herrliche Buchenwaldungen brachten Abwechslung in das Einerlei. Den Wert des Landes machten vornehmlich seine Lage an der unteren Elbe und die daraus sich ergebenden Zolleinnahmen aus. Einen Teil des Herzogtums bildete das fruchtbare Marschland Hadeln, dort gelegen, wo die Elbe sich vollends zum Meere weitet.

Seit dem Dreißigjährigen Kriege haben die lauenburgischen Herzöge meist in kaiserlichen Diensten gelebt. Julius Heinrich trat zum katholischen Bekenntnis über, da es ihm darauf ankam, das Bistum Osnabrück zu gewinnen. Die Hoffnung täuschte. Folgenreich war dagegen seine Vermählung mit Anna Magdalena, Tochter des Freiherrn Wilhelm von Lobkowitz, die ihrem Gemahl ganz bedeutende Güter in Böhmen, u. a. Reichsstadt, zubrachte. Schon vorher hatte ihm Kaiser Ferdinand II. die dem rebellischen Grafen Joachim Andreas Schlick gehörige böhmische Herrschaft Schlackenwerth zum Lohn für seine Dienste geschenkt, wie er sich denn an der Schlacht am Weißen Berge auf ligistischer Seite beteiligt hatte. Obwohl jüngerer Prinz seines Hauses ist er dennoch zur Regierung gekommen[12].

---

10. Otto von Heinemann: „Geschichte von Braunschweig und Hannover.“ Gotha 1886, Bd. 2, S. 391.

11. Duve a. a. O. S. 188. Der Regierungssekretär Hagemann verfertigte 1590—1592 auf Befehl des Herzogs Franz II. eine Beschreibung der Grenzen des Herzogtums Sachsen-Lauenburg.

12. Kobbe a. a. Bd. 3, S. 56 ff.

Der Herzogshut gelangte dann nach der kurzen Regierung Franz Erdmanns 1666 wiederum an einen cadet der askanischen Dynastie, den vierundzwanzigjährigen Julius Franz. Auch dieser Regent eines protestantischen Landes gehörte dem katholischen Bekenntnis an. Am Hofe Kaiser Leopolds war er gut gelitten; in dessen Heeren zeichnete er sich in der Schlacht bei St. Gotthard und bei der Befreiung Wiens aus. Aus seinem Bunde mit Maria Hedwig Augusta, die eine Tochter des Pfalzgrafen Christian August zu Sulzbach war und 1681 starb, entsproß neben mehreren Töchtern nur ein kurzlebiger Sohn. Der Herzog ging keine zweite Ehe ein, obwohl seine Räte ihm oft darum anlagen. Mathäus Merian in Frankfurt a. M. schlug ihm vor, seine Wahl auf Katharina Barbara von Baden zu lenken, welche die schönste Blondine im Reiche sei, wie die verstorbene Herzogin die schönste Brünette gewesen. Das Interesse der Dynastie erheischte von Julius Franz eine abermalige Vermählung. Er hat darauf hinzielenden Ratschlägen kein Gehör gegeben[13]. Möglicherweise hoffte er noch auf ein langes Leben, denn sein Tod kam völlig unerwartet[14].

Am 28. September 1689 hielt der Herzog — er befand sich, wie so oft, gerade auf seinem böhmischen Schlosse Reichsstadt — Tafel im Park, war guter Dinge und begab sich fröhlich zur Ruhe. Am nächsten Morgen klagte er über einige Schmerzen und befahl deshalb, nach dem Arzte zu senden. Als dieser kam und ihn untersuchte, erkannte er sofort, daß der Herzog am Stickfluß erkrankt war, dem Vorboten der Herzlähmung. Er machte die anwesenden Räte auf die äußerst bedenklichen Symptome aufmerksam. In der Nacht vom 29. zum 30. September, $^3/_4$2 Uhr, gab Julius Franz bei völligem Bewußtsein den Geist auf[15].

---

13. Kobbe a. a. O. Bd. 3, S. 75 ff.

14. Bülows Bericht, Dresden, 20./30. Okt. 1689 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 5).

15. Cramers Bericht, Dresden, 29. Sept. / 9. Okt., und Kißlings

Siebzig Jahre früher, beim Absterben seines Großvaters, Franz' II., hatte das fürstliche Haus noch in neun kräftigen Prinzen geblüht. Die Sage berichtet, der Bischof von Ratzeburg habe jenem Herzog, weil er seinen unruhigen, gewalttätigen Bruder Magnus fünfzehn Jahre hindurch in seinem Schlosse zu Ratzeburg unbrüderlich hart gefangen gehalten, das Erlöschen seines Stammes im dritten Gliede als Fluch und Strafe vorausgesagt[16]. Man abstrahiere davon. Daß ein vormals so blühender Fürstenstamm gänzlich verdorrte, mußte im Zusammenhang mit dem urplötzlichen, frühen Absterben seines letzten Sprossen dem Volke die Vermutung nahelegen, daß hier dunkle Mächte im Spiele gewesen seien[17].

Der letzte Lauenburger hinterließ zwei Töchter, Anna Maria Franziska und Franziska Sibylla Augusta. Am 7. Oktober suchte sie der Geheimsekretär ihres Großvaters, Franz Ludwig Brenzer, auf und bot den „in ganz schwarz verfinstertem Audienzzimmer" sitzenden Waisen die Vormundschaft seines Herrn an. Das Testament brachte aber eine Ueberraschung: Julius Franz hatte den Kaiser, für den er „ja zum öftern sein Gut und Blut aufgeopfert" hatte, zum Vormund der Prinzessinnen ernannt[18].

Reichsstadt ist im Norden Böhmens zwischen den Ausläufern des Lausitzer Gebirges gleich weit von Prag und Dresden gelegen. Lange bevor die Zeitung von des Herzogs

---

(des Arztes) Bericht, Zittau, 22. Sept. / 2. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

16. J. F. Burmester in „Schleswig-Holsteinischer Volkskalender für 1848", S. 48.

17. Kobbe a. a. O. Bd. 3, S. 94 berichtet von einem allgemeinen Gerede, der Herzog sei durch Gift umgekommen.

18. Karl Theodor von Heigel: „Biographische und kulturgeschichtliche Essays." Berlin 1906. V: „Die Brautwerbung des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden und des Prinzen Eugen von Savoyen." S. 113.

Dahinscheiden nach der Kaiserresidenz Wien und an die norddeutschen Fürstenhöfe gelangen konnte, traf sie in Dresden ein, von wo am 1. Oktober an den sächsischen Kurfürsten Bericht abging[19]. Johann Georg III. befand sich zurzeit im Feldzuge gegen Ludwig XIV. Sein lebendiges Gefühl für Pflichten gegenüber Kaiser und Reich hatte den zweideutigen Beziehungen seines Vaters zu Frankreich ein Ende gemacht, sein kriegerischer Sinn ließ ihn das veraltete Heerwesen seines Landes nach dem Vorbilde seines brandenburgischen Nachbarn umgestalten. Bei der Befreiung Wiens erhielt die junge Armee ihre Feuertaufe, in ihren vordersten Reihen kämpfte blutbespritzt der Kurfürst selbst. Als der französische Ludwig das Reich berannte, war der „sächsische Mars" der erste, der an der Spitze seines 14 000 Mann starken Heeres zur Verteidigung des Reiches herbeieilte. Im Februar des Jahres 1689 vereinigte er dann seine Truppenteile mit der Armee Herzog Karls von Lothringen und nahm an der Belagerung von Mainz hervorragenden Anteil. Im September fiel die Stadt[20]. Wichtiger aber war für ihn die Begebenheit, von der ihm darauf im Hauptquartier zu Heidelberg der Kurier Kunde brachte.

Von dem Rechte seines Hauses auf die Nachfolge in Sachsen-Lauenburg war der Kurfürst fest durchdrungen. Seitdem im Jahre 1422 mit Kurfürst Albrecht III. die wittenbergische Linie der Askanier im Mannesstamme ausgestorben und Markgraf Friedrich der Streitbare von Meißen drei Jahre später mit Sachsen-Wittenberg als heimgefallenem, auch von Herzog Erich V. von Sachsen-Lauenburg als Agnaten des verstorbenen Kurfürsten beanspruchten Lehen ausgestattet war, setzten heftige Zwistigkeiten zwischen dem

---

19. Bericht der kursächsischen Geh. Räte, Dresden 21. Sept. 1. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

20. C. W. Böttiger-Flathe: „Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen." Gotha 1870, Bd. 2, S. 256 u. 262 f.

Wettiner Friedrich und dem Askanier Erich ein. Ihre beiderseitigen Nachfolger traten in Unterhandlungen, die auf einen wechselseitigen Erbvertrag hinzielten. Kaiser Maximilian I. stellte dazu auf dem Reichstage zu Konstanz am 28. Juli 1507 (alten Stils) seine ganz gewisse Bestätigung in Aussicht, gab obendrein dem Kurfürsten Friedrich dem Weisen und dessen Bruder Johann die Versicherung, stürbe Magnus von Lauenburg ohne männliche Erben, so wolle er ihnen, auch ohne daß ein Vertrag vorliege, Lauenburg als heimgefallenes Lehen verleihen, „als Wir auch hiemit geliehen haben wollen, zu gleicher Weise, als ob der Fall itzo geschehen wäre“[21]. Die Anwartschaft ward am 10. Juni 1660 (a. St.) durch Kaiser Leopold bestätigt. Fast genau zwei Jahre vor dem Tode des Herzogs Julius Franz erfolgte auf Vorstellungen der kursächsischen Minister eine neuerliche Konfirmation und zugleich kaiserliches Gebot an alle Reichsstände, sie sollten „Kaysers Maximiliani I. Begnädig- und Anwartung und den darinnen ausgeführten Inhalt und Begriff auch dieser Unserer darüber gegebenen und auf bemeldetes Chur-Hauss nunmehro gerichteten Kayserlichen Confirmation und Bestätigung ungehindert bleiben“ lassen[22]. Dazu kam ein neues Moment. Weil wegen des kurfürstlichen Titels und Wappens zwischen dem sächsischen Kurhause und den lauenburgischen Herzögen ewige Differenzen bestanden[23], so fand man endlich am 3. September 1671 (a. St.) in der Aufrichtung einer beiderseitigen Erbverbrüderung[24], die sich auf die

---

21. Der kaiserliche Expektanzbrief ist in den bei P. G. Hempel: „Inventarium . . .“, Tl. 3. Hannover u. Leipzig 1786, S. 366 angeführten Werken, ferner bei Dav. Georg Strube (praes. Ayrer): „Vindiciae juris Brunsvicensis et Lüneburgensis in ducatum Saxo-Lauenburgicum“, Göttingen 1754, S. 56 ff. abgedruckt.

22. Lünig: „Reichsarchiv“, Part. Spec. Tl. II, S. 223 u. Londorp a. a. O. XVII, S. 105 f.

23. Christoph Herm. Schweder: „Theatrum Historicum Praetensionum.“ Leipzig 1712, S. 559.

24. Abgedruckt in Londorp a. a. O. XVII, S. 160 ff.

Lausitz und Lauenburg bezog, einen Ausweg. Eine kaiserliche Bestätigung dieses Vertrages unterblieb allerdings auf Betreiben der gleichfalls mit Erbansprüchen auftretenden Fürsten von Anhalt[25].

Welche Aussichten eröffneten sich jetzt dem sächsischen Staate! Von Staffel zu Staffel waren die Albertiner emporgestiegen und hatten ihre ernestinischen Vettern überholt. Jener Moritz, Kaiser Karls V. Zeitgenosse, begründete den albertinischen Kurstaat und erhob ihn an die Spitze des protestantischen Deutschlands. Sein Bruder und Nachfolger August aber verzichtete auf wirksame Führung der protestantischen Interessen im Reiche, indem er sich dem orthodoxen Luthertum in die Arme warf. Die kommenden Jahrzehnte sahen Kursachsens Vormachtstellung zugrunde gehen, ließen den ständischen Staat heranreifen. Ueber der Rheinpfalz schien damals die Morgenröte frischer Kraft aufzugehen, ein neuer Mittelpunkt deutsch-protestantischer Politik trat zutage. Wie glänzend der Aufstieg des Hauses Simmern war, so jäh war der Sturz, als sein Winterkönig leichtfertig mit dem Habsburger um den Besitz der Wenzelkrone rang und die Niederlage bei Prag erlitt. Damals erstand im Süden der beste deutsche Fürst, der asketische, pflichtgetreue Wittelsbacher Maximilian I., der mit seinem Grundsatze „Der Fürst muß einer Kerze gleichen, die sich selbst verzehrt, indem sie anderen leuchtet" ein katholisches Machtzentrum in Bayern neben das der Habsburger in Oesterreich stellte[26]. Die Kräfte des norddeutschen Protestantismus fanden nach einem Menschenalter in Brandenburgs Friedrich Wilhelm wieder einen Mittelpunkt im Reiche. Brachte nun der 9. Mai 1688 die Albertiner zur Selbstbesinnung, ge-

25. Schweder a. a. O. S. 560.

26. M. Doeberl in „Forschungen zur Geschichte Bayerns", Bd. 12, S. 208 ff. und Felix Stieve: „Kurfürst Maximilian I. von Bayern." München 1882.

wannen sie die seit Augusts Tagen verlorene Machtstellung zurück?

Dem Kurfürsten Johann Georg III. bot sich der Erwerb eines Territoriums dar, das durch seine Lage an der unteren Elbe ausgezeichnet war. Daß es nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem sächsischen Kurfürstentume stand, verminderte seinen Wert keineswegs. Wiederholt ist der Anfall Cleves an die Lande der Hohenzollern als ein wesentliches belebendes Moment in der Entwicklung des brandenburgisch-preußischen Staates in Anspruch genommen worden. Das Elbherzogtum wies den Wettinerstaat auf die Beherrschung dieses Stromes hin. Man wird an ein Unternehmen Kaiser Karls IV. erinnert, der von seiner böhmischen Grundstellung aus die Elbe entlang weiter vorzudringen bemüht war. Tangermünde hatte er sich zur Kapitale geschaffen, Lauenburg mochte durch Johann Georg III. zu hoher Bedeutung gelangen. Die Elbe bildete die Lebensader des kursächsischen Territoriums; wenn seine Kurfürsten Erbverträge schlossen, so mußte sie nicht zum wenigsten der Wunsch leiten, dieser Ader frisches Blut zuzuführen. Die Regierung in Dresden machte sich jetzt an den Versuch, dem Wettinerstaat die Grundlagen für eine bessere Zukunft zu schaffen.

An der Spitze der Regierung standen Nikolaus Freiherr von Gersdorf, Direktor des Geheimen Rats, und der Oberhofmarschall Friedrich Adolf von Haugwitz, beide kaiserlich gesinnt, wie ihr Herr und Fürst[27]. Haugwitz galt als gewandter Hofmann; seine Schwester, die mit dem Obersten der Leibgarde Rudolf von Neitschütz vermählt war, soll die Geliebte des Kurfürsten gewesen sein. Gersdorfs Stellung beruhte auf diplomatischer Gewandtheit, die er vier Jahrzehnte hindurch bewiesen hat. Gegenwärtig befand sich Gersdorf nebst Georg Ludwig von Zinzendorff und Otto

---

27. Ueber Gersdorf und Haugwitz vgl. Eduard Vehse: „Geschichte der deutschen Höfe.“ Hamburg 1854, Bd. 31, S. 150 ff.

Heinrich von Friesen als Gesandtschaft in Augsburg, wo seit Ende August ein Kurfürstentag zur Vornahme der Wahl Erzherzog Josephs zum Römischen König tagte[28].

Haugwitz und der bejahrte Geheime Rat Albrecht Friedrich von Hünicke erkannten ganz richtig, daß die Inbesitznahme des erledigten Herzogtums einen „merklichen Nachdruck" hätte, wenn sie sofort vorgenommen werde. Daher beeilten sie sich nach dem Eintreffen der Todesnachricht, den Hofrat Salomon Zapf mit Schreiben an die lauenburgische Regierung und an die Landstände abzufertigen. Eine militärische Besetzung des Herzogtums wäre wirksamer gewesen, doch standen der Regierung keine Truppen zur Verfügung. Dem Kurfürsten wurde anheimgegeben, den ihm politisch nahestehenden König von Dänemark schleunigst um die nötige Miliz anzugehen[29]. Einige Tage später, am 6. Oktober, suchte Zinzendorff in Augsburg um kaiserlichen Schutz in der Besitzergreifung nach. Der Hofkanzler versicherte ihm, daß der Kaiser bei der Trauerbotschaft sich der kursächsischen Prätension erinnert, dabei aber auch die Ansicht ausgesprochen habe, daß Kurbrandenburg, Anhalt und Braunschweig-Lüneburg die Angelegenheit erschweren würden. Man redete bei Hofe von Anverwandtschaft Anhalts, von welfischen Ansprüchen. Zinzendorff sah sich daher veranlaßt, den Kaiser um Audienz zu bitten. Was dieser versprach, war nicht mehr und nicht weniger, als daß er sich in dieser Sache informieren wolle; dem Kurfürsten von Sachsen sei er wohlgeneigt[30]. Am Kaiserhofe stand ein anderes Ereignis im Vordergrunde des Interesses,

---

28. Bernhard Erdmannsdörffer: „Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen." Berlin 1893, Bd. 2, S. 35 ff.

29. Die kursächsischen Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 21. Sept. / 1. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

30. Zinzendorffs Bericht, Augsburg, 26. Sept. / 6. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

wovon auch Zinzendorff berichtet: Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden hatte soeben wieder einen glänzenden Sieg über die ihm an Zahl stark überlegenen Türken, bei Nisch, davongetragen.

Zapf vollbrachte seine Reise in größter Eile, ohne nächtliche Unterbrechung, so daß sogar die Verbreitung der Todesnachricht nicht gleichen Schritt mit ihm halten konnte. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß der Abgesandte des prätendierenden Kurfürsten bei seiner Ankunft im Lauenburgischen Vorbereitungen für den Empfang des Landesherrn sah. Wir hören, daß die herzogliche Garde neu eingekleidet war. Schon am 6. Oktober langte Zapf in Ratzeburg an, der auf einer Insel des nach ihr benannten Sees gelegenen wichtigsten Stadt des Herzogtums. Im dortigen Schlosse ergriff er in Gegenwart eines „Kanzleiverwandten“ und zweier Notare namens seines Kurfürsten Besitz vom Herzogtum, ohne nennenswerten Widerstand beim Kommandanten, dem Major von Forst, zu finden. Die herzoglichen Regierungsräte, an ihrer Spitze Dr. Classen, wollten es sich nicht aus dem Kopf schlagen, daß Julius Franz noch lebe: sein Tod erscheine ihnen ganz unglaublich. Am Abend sandte Zapf, um zum Ueberfluß noch ein weiteres in der formellen Besitzergreifung zu tun, den Lizentiaten Pühlenhuber als Bevollmächtigten nach dem Amte Neuhaus, das sich südöstlich vom Herzogtum, im Norden und Osten von mecklenburgischem Gebiet umgrenzt, am rechten Elbufer hinzieht. Persönlich wollte er das Schloß bei der unsicheren Haltung der Räte noch nicht verlassen. Drei Tage später wurde die Garnison auf den Kurfürsten von Sachsen vereidigt, die Beamten mittels Handschlages verpflichtet[31]. Kurz

31. Zapfs Berichte, Ratzeburg, 26. Sept. / 6. Okt. u. 29. Sept. / 9. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I) und Levin von Ambeer a. a. O. S. 116 ff. — Konrad Sturmhoefel: „Illustrierte Geschichte des Albertinischen Sachsen“, Leipzig, Bd. 2, Abt. 1, in Einzelheiten völlig unzuverlässig, stellt fest: „Sofort ließ der Kurfürst durch den

zuvor hatte man gemeldet, daß einige Räte Mecklenburg-Schwerins in der Nähe seien und die Ankunft von fünfzig „Einspännigen“ erwarteten, um von der Ratzeburger Pfaffengasse — der Dom gehörte Mecklenburg — Besitz zu ergreifen. Sie kamen aber nur noch dazu, eine Malzmühle zu besetzen, wobei sie samt dem Müller unter notariellem Zeugnis einige starke Gläser Wasser aus dem Mühlenteiche auf ihres Herrn Gesundheit tranken. Ihren Protest dehnten sie auf das ganze Fürstentum aus[32]. Das Recht, das Mecklenburg in die Wagschale werfen konnte, war äußerst schwach: ein Schutz- und Trutzbündnis vom 12. August 1431 (a. St.) mit zeitlich begrenzter Erbfolge und ein vom Kaiser nicht bestätigter und verschollener Erbvertrag vom 2. Februar 1518 (a. St.)[33]. Noch später erschien der Vertrauensmann des Pfalzgrafen, Jean Erard Senft, um die Rechte der Prinzessinnen zu wahren und die Nachfolge für sie in Anspruch zu nehmen, denn Lauenburg habe als Erblehen zu gelten, lasse mithin auch weibliche Erbfolge zu[34].

Zu Otterndorf im Lande Hadeln, wohin sich Zapf über Hamburg begab, war die Besitzergreifung bald vollzogen (12. bis 14. Oktober). Einige Tage danach sah sich der kursächsische Abgesandte zu der unangenehmen Meldung veranlaßt, daß der Stand der Dinge in Ratzeburg sofort nach seiner Abreise ein anderer geworden. Der Herzog von Celle habe sich mit militärischer Gewalt bemerkbar ge-

Obersten von Krosigk mit 20 Mann von der Stadt Ratzeburg vor Notar und Zeugen Besitz ergreifen.“ Dann wird erzählt, daß Herzog Georg Wilhelm von Celle Krosigk mit seinen Leuten aus Ratzeburg vertreiben ließ.

32. Zapfs Bericht vom 29. Sept. / 9. Okt., Zollmanns Bericht, 25. Dez. 1689 / 4. Jan. 1690 (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185) und Londorp a. a. O. S. 113.

33. Londorp a. a. O. XVII, S. 54 ff.

34. Heigel a. a. O. S. 110 ff.

macht, „der Stadt und Schlosses, mithin des ganzen Fürstentums seither impatronirt“[35]. Wie jede Tat einen Teil der Charakteristik ihres Urhebers bildet, so rückt umgekehrt erst die Persönlichkeit des Urhebers die Tat in das rechte Licht: wir haben es hier mit der Welfendynastie zu tun.

35. Zapfs Bericht, Hamburg, 9./19. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

Zweiter Abschnitt.

Welfen und Wettiner.

Wie dem Reiche im Großen, so war es im Kleinen dem niedersächsischen Welfenlande ergangen, das seit Jahrhunderten durch Teilungen und freundvetterliche Rivalitäten in Ohnmacht zu zerfallen drohte[1]. Von der jüngeren, lüneburgischen Linie herrschte Georg Wilhelm seit 1666 über das Herzogtum Celle einschließlich der Grafschaften Hoya und Diepholz, sein Bruder Ernst August seit 1679 über das Herzogtum Calenberg mitsamt den Fürstentümern Göttingen und Grubenhagen. In Ernst August repräsentiert sich unter allen späteren Welfen in hervorragendster Weise ein Streben nach Macht und Einheit.

Als dem jüngsten von vier Brüdern war dem Fürsten während seiner Jugend kaum die Hoffnung auf eine selbständige Regierung gegeben. Tatenlustig und doch zur Untätigkeit verdammt, ertrug er mit einer Ausdauer die Widerwärtigkeiten des Tages, als habe er der Ueberzeugung, zu Größerem bestimmt zu sein, nie entsagt. Die Vermählung mit Sophie, der durch seltene Bildung des Geistes ausgezeichneten Tochter des Winterkönigs und der Stuartprinzessin Elisabeth, befestigte in ihm den Glauben an seinen hohen Beruf. Die Erwerbung des reichen Bistums Osnabrück ließ den aufstrebenden Prinzen in die Zahl der stimmführen-

1. C. E. von Malortie: „Beiträge zur Geschichte des Braunschweig-Lüneburgischen Hauses und Hofes." Hannover 1884, 7. H., Abhandlung 1.

den Reichsfürsten eintreten, der Tod eines älteren Bruders rief ihn zur Uebernahme der Regierung Calenbergs in die Residenz Hannover[2]. Sein Ansehen beruhte auf einer Persönlichkeit, vor der Gregorio Leti nach seinem Besuche der Welfenhöfe begeistert in die Worte ausbrach, er scheine in die Welt gekommen zu sein, um allen Staatsoberhäuptern als Muster zu dienen[3].

Ein weiser Fürst — Nestor Germaniae soll sein ehrender Beiname gelautet haben[4] — mag er durchschaut haben, wie sehr die beständigen Teilungen der Macht des braunschweigisch-lüneburgischen Hauses Abbruch taten. „Si tout cela étoit réuni ensemble,“ — so wieder der Italiener — „q'uelle figure cela ne feroit-il point dans l'Europe?“[5] Das Beispiel Kurbrandenburgs wirkte verlockend, die Hoffnung, ihm den Rang abzulaufen, entfachte Ernst Augusts Ehrgeiz zu hellen Flammen. Er fühlte sich als Nachkomme Heinrichs des Löwen und strebte danach, was sein großer Ahnherr besessen, von neuem zusammenzufügen[6]. Sein Lebenswerk wurde ihm durch das Entgegenkommen Georg Wilhelms erleichtert, der sich, durch persönliche Neigung geleitet, aufs engste an seinen ihm geistig überlegenen jüngeren Bruder anschloß.

In Georg Wilhelm kündigt sich im Welfenhause zuerst

---

2. Sauer in „Allgemeine Deutsche Biographie“, Bd. 6, S. 261 ff.

3. Gregoire Leti: „Abregé de l'histoire de la maison Sérénissime et Electorale de Brandebourg.“ Amsterdam 1687, S. 377.

4. H. C. Arend: „De domus Brunsvico Luneburgicae aliquot principibus“, § 39, S. 93.

5. Leti a. a. O. S. 325.

6. Am 16. September 1688 schrieb die Herzogin Sophie aus Herrenhausen, dem hannöverschen Lustschlosse, an Leibniz von der geplanten Aufführung einer neuen Oper: „C'est Signore Hortense qui compose la pièce de Henri le Lion. Je crois qu'on a pris ce sujet, afin que la postérité n'oublie point tous les états qui ont étés autrefois à cette Maison.“ (John de Kemble: „State papers.“ London 1857, S. 55.)



Andreas Gottlieb Freiherr von Bernstorff
(1649—1726)

Nach einem Gemälde auf Wotersen.

die neue romantische Lebensrichtung an, die das alt-treu-herzige, schlicht-deutsche Wesen verdrängte. Eine unbezwingliche Sehnsucht trieb ihn nach dem farbenfrohen Italien mit seinem Venusberg Venedig: „Der Herr Marschalk kann nicht glauben, wie lustig es hier ist, wenn er einmal hier wäre, würde er nach Deutschland nicht wieder begehren[7].“ Wenn er nicht wie Schwedens Königin Christine auf die Dauer den verdrießlichen Staatsgeschäften entsagte, so lag das an der Verbindung, die er mit Eleonore D'Olbreuse einging, einer durch Anmut und Liebenswürdigkeit bezaubernden Emigrantin. Sie erweckte in dem fürstlichen Lebemann den tätigen Regenten[8]. Eine legale Ehe Georg Wilhelms mit Eleonore hätte Ernst Augusts Wünschen im Wege gestanden. Als jener nicht mehr anstand, sie einzugehen, verzichtete er hochherzig für seine Deszendenz zugunsten seines Bruders auf die Sukzession in Celle (14. Juli 1680)[9]. Auch gab er seine Zustimmung zu dem Primogeniturstatut (21. Oktober 1682), durch das die Unteilbarkeit aller lüneburgischen Länder festgesetzt, und die Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt geregelt wurde, ein Testament, das der Kaiser am 1. Juli 1683 bestätigte[10]. Georg Wilhelm konnte um so bereitwilliger auf alle Forderungen des Bruders eingehen, als die Heirat seiner Tochter Sophie Dorothea mit dem Erbprinzen von Calenberg eine ausgemachte Sache war. Am 21. November 1682 fand die Vermählung statt,

---

7. Georg Wilhelm an Grapendorf, Venedig, 26. Nov. 1654 (Von der Decken: „Beiträge zur hannoverschen Geschichte“ im „Vaterländ. Archiv. d. hist. Ver. f. Nieders.“, Jahrg. 1839, H. 1, S. 156).

8. Horric de Beaucaire: „Die letzte Herzogin von Celle Eleonore Desmier d'Olbreuse.“ Uebersetzt von Emmo Grote. Hannover 1886, S. 41.

9. Wilhelm Havemann: „Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg.“ Göttingen 1857, Bd. 3, S. 292 f.

10. Otto von Heinemann: „Geschichte von Braunschweig und Hannover.“ Gotha 1892, Bd. 3, S. 141 f.

deren weiser Zweck darin bestand, die Bande zwischen den beider fürstlichen Familien noch enger zu knüpfen[11].

Wir sehen einige nakte Tatsachen, farblose Phasen auf dem Wege zur Macht und Einheit des Welfenlandes. Für das historische Urteil stehen nicht so sehr die leidenschaftlichen Kämpfe im Vordergrunde, die sie ausgelöst haben. Der Prinzessin von Ahlden qualvolles Schicksal ist kulturgeschichtlich interessant, vermag aber der politischen Bedeutung des 21. November 1682 keinen Abbruch zu tun. Es war nicht anders, als wenn sich der tatenfreudige Valois Karl VIII., ein Einiger Frankreichs, von seiner jungen Braut, Kaiser Maximilians Tochter, aus Staatsräson schied. „Junguntur feliciter" lautete Ernst Augusts Sinnspruch[12].

Zur Stabilierung seiner fürstlichen Autorität trug es wesentlich bei, daß er die landschaftlichen Regierungsbehörden zusammenlegte[13]. Er hat sich darüber ausgesprochen, daß er das Uhrwerk des Staates so aufgezogen habe, daß es von selbst fortgehen müsse[14]. Mit anderen Worten, er richtete ein überaus tätiges Geheimratskollegium ein und verstand es, die richtigen Mitarbeiter zu finden. Der erste nach dem Herzoge war der Hofmarschall Franz Ernst Graf von Platen, während Otto von Grote, der im Geheimen Rat bei allen Kriegs- und Finanzsachen den Vorsitz führte, die Seele der Regierung war. An geistiger Bedeutung stand Platen hinter Grote zurück, dessen Ideenreichtum und Initiative ihm abgingen. Jener aber behauptete Jahrzehnte lang die einflußreichste Stellung, ein Zeichen,

---

11. Hans von Zwiedineck-Südenhorst: „Deutsche Geschichte im Zeitraum der Gründung des preußischen Königtums." Stuttgart 1894, Bd. 2, S. 83 f.

12. Rudolf Eckart: „Wahlsprüche, Devisen und Sinnsprüche der Welfenfürsten." Hannover 1901, S. 24.

13. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 47.

14. C. E. von Malortie a. a. O.: „Zur Geschichte des Kurfürsten Ernst August", S. 99.

daß sein diplomatisches Talent und seine höfische Gewandtheit nicht von alltäglicher Art waren. Ein der Beurteilung des Staatsmannes wenig günstiges Moment bildet der Umstand, daß seine Gemahlin die Mätresse seines Gebieters war, ein Verhältnis, das am Berliner Hofe in des Grafen von Wartenberg Stellung seine Wiederholung fand. Es bleibt die Tatsache übrig, daß Ernst August seine größten politischen Erfolge durch Grotes Meisterschaft erreichte[15].

Die Politiker trieben ihr Werk unentwegt. Während Georg Wilhelm durch sein Kreisdirektorialamt, das neben ihm in Niedersachsen Schweden für seine bremische Besitzung und Kurbrandenburg für Magdeburg versahen, eine Art Führerschaft über die schwächeren Kreisstände auszuüben suchte[16], unternahm es Ernst August, sich der brandenburgischen Umklammerung im Osten und Westen zu entziehen, suchte mannigfache Verbindungen und fand sie mit Hilfe seiner geschickten Diplomatie. Seit 1683 begannen seine engen Beziehungen zum Kaiserhause hervorzutreten, calenbergische Truppen beteiligten sich an den Türkenkämpfen[17]. Ein unermüdlicher Staatsmann, rücksichtslos in seinen Mitteln, lugte der Welfe, im Vertrauen auf seine Allianzen, sorgsam aus, wo sich neuer Gewinn böte. Gelegenheit, im Trüben zu fischen, gab es in den kriegerischen Zeiten Ludwigs XIV. mehr als genug. Solange der Große Kurfürst noch lebte, trieben die beiden Brüder ein verstecktes Spiel, denn sein starker Arm hielt sie im Zaum. Sein Nachfolger war Friedrich III., Ernst Augusts Schwiegersohn. Für eine welfische Machtentwicklung war dieser Regierungswechsel von weittragender Bedeutung.

Bei alledem blieb ein recht erhebliches Widerstands-

15. Ueber Platen und Grote vgl. Frensdorff in „A. D. B.“, Bd. 26, S. 252 ff. u. Bd. 9, S. 758 ff.

16. Zwiedineck-Südenhorst a. a. O. S. 574.

17. Havemann a. a. O. S. 311.

moment Ernst Augusts Plänen gegenüber bestehen. Die hergestellte Einigkeit umfaßte nur die jüngere, lüneburgische Linie. Je besser Ernst August sein Ziel erreichte, um so mehr widerstrebte Braunschweig-Wolfenbüttel. In die Regierung dieses Fürstentums teilten sich seit 1685 die Brüder Rudolf August und Anton Ulrich, zwei grundverschiedene Charaktere, denen nur der Hang zu gelehrten Studien gemeinsam war. Rudolf August war ein Fürst der alten Schule, von schlichter deutscher Art und pietistisch gefärbter religiöser Gesinnung. Wenn man hört, daß er die willensstärke Ader seines Bruders Anton Ulrich nicht besaß, so wird man unwillkürlich an die Verschiedenheit des lüneburgischen Brüderpaares erinnert. Indes ließ sich Georg Wilhelm doch von seinem Bruder inspirieren und fortreißen, den letztgenannten Rudolf August aber schied eine Welt von Anton Ulrich. Es blieb zeitlebens ein scharfer Gegensatz der beiden bestehen, ohne daß der nachgiebige ältere den Mut gehabt hätte, kraft der ihm gebührenden Stellung seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Er besorgte, das Band, das ihn mit dem Bruder vereinte, zu zerreißen[18]. Im Grunde seiner Seele aber widerte es ihn an, wenn dieser französisches Wesen protegierte[19].

Anton Ulrich strebte danach, es Ludwig XIV. gleich zu tun; Wolfenbüttel blieb hinter keiner anderen deutschen Fürstenresidenz zurück, deren Vorbild Versailles war. In sklavischer Nachahmung suchte Anton Ulrich durch kostspielige Bauten, glänzende Feste und eine bisher unerhörte Schaustellung von maßloser Pracht und steifer Hofetiquette die Welt in Staunen zu setzen. Sein eigenstes Werk war das Lustschloß Salzdahlum — die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans spricht von „dem schönen Salzthal, welchen

---

18. Eckart a. a. O. S. 23: „Insolubili nexu uniti“ war Rudolf Augusts Devise.

19. Paul Zimmermann in „A. D. B.“, Bd. 29, S. 527 f.

mir Meine liebe Tante S(ophie) beschrieben wie Ein Irdisch paradeys"[20] — mit dem Musenberg, den Wasserkünsten und einem Walde von Statuen, mit der weltberühmten Gemäldegalerie. Dort huldigte er der Anmut der Sünde — so weit folgte ihm der Hohenzoller Friedrich in der Nachahmung des französischen Hofes nicht —, unterhielt bis an sein Lebensende zärtliche Einverständnisse mit der schönen Weiblichkeit[21]. So stolz Anton Ulrich auf seine mannigfachen Schöpfungen war, am meisten hob er das Haupt wegen der auf dem Parnaß der Literatur erworbenen Lorbeeren. Mit feiner psychologischer Kunst sang der vielerfahrene Weltmann von Heldentum und Liebe[22]. Die geistvollen, scharfen Züge, den kühnen, forschenden Blick des Regenten hielt Balthasar Permoser im Bilde fest[23].

Der friedliebende Durchschnittsmensch Rudolf August würde die ungewöhnliche Erstarkung des Bruderhauses verschmerzt haben, nicht aber der herrschsüchtige, von Ehrgeiz gestachelte Anton Ulrich. Die in Aussicht stehende Vereinigung von Calenberg und Celle erfüllte ihn mit Neid, zumal es seine Absicht gewesen war, sich die cellische Erbschaft durch die Vermählung seines ältesten Sohnes August Friedrich mit Sophie Dorothea zu sichern[24]. So kam es denn, daß ein calenbergischer Prinz mit seinen Klagen über das Primogeniturstatut bei Anton Ulrich Gehör fand. Eklatante Folgen zeitigte diese Angelegenheit nicht, der Gegensatz aber blieb bestehen[25]. Hemmend wirkte auf einen

---

20. Ferd. Sonnenburg: „Herzog Anton Ulrich von Braunschweig als Dichter." Berlin 1896, S. 39 f.

21. Spehr in „A. D. B.", Bd. 1, S. 489.

22. Sonnenburg a. a. O. S. 45 f.

23. Anton Ulrichs Büste von Permoser im Treppenflur des Herzogl. Museums zu Braunschweig.

24. Adolf Köcher: „Die Prinzessin von Ahlden." Sybels Histor. Zeitschr., Bd. 48, S. 9.

25. Havemann a. a. O. S. 297 ff.

Ausbruch von Feindseligkeiten außer Rudolf August der langjährige wolfenbüttelsche Kanzler Philipp Ludwig Probst von Wendhausen. Wenn dieser auch alle ehrgeizigen Pläne Anton Ulrichs nach Kräften unterstützte, so ließ er sich doch angelegen sein, ein gutes Einvernehmen zwischen den Welfenlinien herzustellen. Er war für goldene Ketten empfänglich — wie viele Staatsmänner jener Zeiten ließen sich nicht bestechen! In Anton Ulrichs Augen war er „in summa ein ganzer Minister“[26].

Der Helfer, den Anton Ulrich in Probst, Ernst August vornehmlich in Grote fand, erstand dem cellischen Antipoden bei vorgerückter Regierungszeit in Andreas Gottlieb von Bernstorff. Länger als ein Menschenalter hat dieser Staatsmann eine außerordentlich großzügige Wirksamkeit entfaltet[27]. Der Erfolg gab seiner Politik Recht, und darum ist es unerheblich, wenn das Urteil über ihn sehr verschieden lautet, je nachdem es von seinen Anhängern oder seinen Gegnern kommt; ja Feinde sind das Attribut großer Männer!

---

26. Ueber Probst vgl. Paul Zimmermann in „A. D. B.“, Bd. 26, S. 619 f.

27. Die „A. D. B.“ hat erst 1902 im 45. Bd. aus Adolf Köchers Feder eine Skizze seines Lebens gebracht, die ich im Folgenden benutze. Noch mehr nimmt es Wunder, daß eine weiter angelegte Biographie bislang fehlt. Sie würde zugleich die ganze braunschweigisch-lüneburgische Geschichte vom Nymweger Frieden bis über den Spanischen Erbfolgekrieg hinaus umfassen, denn auf alle welfischen Aktionen jener Zeit übte Bernstorff maßgebenden, vielfach den hauptsächlichen Einfluß aus. Waldeck und Schöning sind Gegenstand geschichtlicher Forschung geworden, für Bernstorff existiert ein umfangreiches Arbeitmaterial im Staatsarchiv zu Hannover und in den Privatarchiven der Bernstorffschen Familie zu Gartow und Wedendorff. Allerdings wird das Studium durch Bernstorffs unleserliche Handschrift erschwert; vgl. Haxthausen: „Son écriture étoit un vrai chiffre, il ne pouvoit souvent pas le lire lui même.“ (Eduard Vehse a. a. O. Bd. 36, S. 308.) Mir selber hat die Lektüre von Bernstorffs Manuskripten viel Mühe gemacht.

„A tout prendre c'étoit un des plus grands ministres de son siècle, mes grand en tout, qui ne s'amusoit pas aux petitesses et qui fut honneur à l'Allemagne", so heißt es bei einem seiner Bewunderer, dem Landdrosten Thomas Eberhard von Ilten[28]. Herzog Anton Ulrich aber, der den Aerger über Bernstorffs glückliche Politik nicht zu verwinden vermochte, versetzte ihm in dem Roman „Die Römische Oktavia" einen Seitenhieb, indem er den allmächtigen Bartoces (Bernstorff) der Bestechlichkeit beschuldigte[29]. Seine Taten mögen für ihn reden.

Bernstorffs Persönlichkeit imponierte durch einfache Kraft. Wenn man einem Porträt[30] glauben darf, so erinnerte er in seinem schlichten, grauen Anzug mit der ungepuderten, braunen Perrücke, die ein breites, Ernst verratendes Gesicht einrahmte, an einen gestrengen Professor, so garnicht an einen Diplomaten[31]. Am frühen Morgen schon saß er am

---

28. Eduard Bodemann: „Jobst Hermann von Ilten." Hannover 1879, S. 158.

29. Köcher a. a. O. S. 15. Bei der gemeinsame Interessen verfolgenden cellischen und hannöverschen Politik, wie sie durch das Primogeniturstatut und die Vermählung Georg Ludwigs mit Sophie Dorothea inauguriert war, gewann Bernstorff eine gesicherte Stellung bei dem zur Nachfolge in Celle berufenen Hause Hannover. Daß er, um seinen politischen Einfluß über den Tod Georg Wilhelms hinaus zu erhalten, von Ernst August sich habe bestechen lassen, ist durch kein Aktenstück bewiesen. A F. H. Schaumann: „Sophie Dorothea, Prinzessin von Ahlden", Hannover 1879, S. 68 f. behauptet es mit folgenden Worten: „Ueberhaupt steht fest, daß Bernstorff direkt vom Hannoverschen Hofe gewonnen war, dessen Interessen — was auch in Frage kommen mochte — in Celle zu fördern!"

30. Porträt auf dem Bernstorffschen Gute Wotersen in Lauenburg. Die Welfen haben Bernstorffs langjährige Dienste schlecht belohnt; auf ihren Schlössern, in ihren Museen haben sie unter den Bildern ihrer Minister keins von Bernstorff aufbewahrt.

31. Haxthausen: „il avoit l'air d'un pédagogue" (Vehse a. a. O.

Arbeitstisch; ohne sich ablenken zu lassen, ging er ganz in seiner Tätigkeit für den Staat auf[32]. Ein Politiker vom Schlage Platens, mehr Hofmann, war er nicht. Die Nachkommen warnte er vor „liederlichen Amouretten", mit Tanzen komme man nicht durch die Welt[33]. Mit gründlicher Sachkenntnis verband er eine überzeugende Beredsamkeit[34].

In Speyer lernte der Neunzehnjährige die verschleppende Praxis des höchsten deutschen Gerichtshofes kennen. Schon damals mag er sichs klar gemacht haben, daß in guter Wehr und blanken Waffen das bessere Recht zu suchen sei. Auf der üblichen Kavaliertour verweilte er am längsten in der Hauptstadt Ludwigs XIV., auf der Heimkehr in der Kaiserstadt Wien, den beiden Polen der europäischen Politik. Kurze Zeit diente er dem Herzog Christian Louis von Mecklenburg-Schwerin[35], dauernd hielt er bei den Welfen

---

Bd. 36, S. 307). „Il étoit sérieux" (S. 308). „un simple drap gris . . .; une perruque brune . . . sans poudre" (S. 310).

32. Haxthausen a. a. O. S. 309.

33. Aage Friis: „Die Bernstorffs", Leipzig 1905, Bd. 1, S. 17.

34. Leti a. a. O. S. 333 schildert seine Besprechung mit Bernstorff, in der er „le profond sçavoir, la grande capacité, et l'expérience extraordinaire de cet illustre Ministre" erkannte. S. 335: „Son discours est net et plein d'ordre et toûjours appuyé de raisons solides."

35. Die allezeit klatschsüchtige Liselotte gibt als Grund, weshalb Bernstorff den dortigen Dienst quittierte, ein romantisches Liebesverhältnis an, das mit Bernstorffs korrekter Lebensführung durchaus in Widerspruch steht: „Der wurde sterbens-verliebt von der hertzogin von Mecklenburg, welche gar schon war; daß machte ihn mitt allem seinen verstandt so viel extravagantzen begehen, daß er fort muste." (Brief an die Raugräfin Louise, St. Clou, 9. Juni 1718 in: „Briefe der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans aus den Jahren 1716 bis 1718", hrsg. von Wilh. Ludwig Holland, Tübingen 1874, S. 287.) Liselotte kannte Bernstorff, wie sie mitteilt (a. a. O.), nur „von hörensagen". Man verzeiht ihr gern und hält es ihrer Unkenntnis zugute, wenn sie an anderer Stelle über Bernstorff folgendes schiefe Urteil fällt: „Der mensch muß mitt aller seiner gravitet ein rechter teuffel sein undt ein boßer teufiel."

aus. In einer Zeit, in der in deutschen Landen wohl noch nirgends der Gedanke eines nationalen Beamtentums durchgedrungen war, wo das Auftreten politischer Abenteurer der Diplomatie ihr besonderes Gepräge verlieh, widmete sich der deutsche Edelmann Bernstorff ehrlich und stetig einer gesunden dynastischen Politik. Dieser Grundzug war ihm angeboren, nach dem Milieu modelte sich Bernstorff nicht, und das ist gerade das Große an ihm.

Seine Stellung am Celler Hofe befestigte er nach habsburgischer Manier durch eine Heirat mit der Tochter des Kanzlers Schütz, Jeanette Lucie. Der Tod des Schwiegervaters machte 1677 den Achtundzwanzigjährigen zum politisch einflußreichsten Minister des Herzogs. Er wurde das Auge des Hofes; man sagte, er und der Herzog seien ein Herz und eine Seele[36]. Wenn jetzt einige Jahre hindurch eine Annäherung Frankreichs und Celles stattgefunden hat, so ist das auf der Herzogin Eleonore französische Gesinnung zurückzuführen[37]. Das Werk der Reunionskammern und das Einrücken französischer Truppen in Straßburg haben dann auf die cellische Regierung eine doppelte Wirkung ausgeübt. Man konnte sich wohl des allerwärts entstehenden Mißmutes nicht enthalten — die französische Sache verlor in Celle seitdem an Boden[38] —, man sah aber auch, wie sich Frankreich des geglückten Raubes ungehindert erfreuen durfte.

(Brief an Louise, St. Clou, 7. Juli 1718, $^3/_4$9 Uhr abends, a. a. O.) Das heißt den Kern seines Wesens gründlich verkennen! Weniger verzeihlich, aber nicht verwunderlich ist es, daß Vehse a. a. O. Bd. 18, S. 222 f. u. Bd. 36, S. 168 mit Vorliebe Liselottens Briefe als Belege für die Charakteristik dieses „elenden Premiers" (a. a. O. Bd. 18, S. 234) heranzieht.

36. Leti a. a. O. S. 332: „Il suffiroit peut être pour representer son mérite de dire qu'il est l'œil de cette Cour, et que dans son cœur se voit la plus grande partie de celui du Prince, comme aussi dans celui du Prince se trouve le sien tout entier."

37. Beaucaire a. a. O. S. 76 f.

38. Ebd. S. 77 f.

Die Tat des beatus possidens erschien den welfischen Diplomaten, nach ihren späteren Gedankenreihen zu schließen, und nicht am wenigsten Bernstorff[39], durchaus nachahmenswert. Die Aufhebung des Edikts von Nantes und Ludwigs XIV. geringe Rücksichtnahme haben dann das Ihre getan, die cellische Politik von der französischen völlig zu lösen[40].

Bernstorff hat hierauf im Bunde mit dem Kaiser eine selbständige Politik einzuschlagen versucht. Vorbedingung dafür war ein beachtenswertes stehendes Heer. Er hat es bei seinem Eintritt in die Regierung bereits vorgefunden. Als Organisator wird Götz von Olenhausen genannt, der dadurch an Burgsdorffs Seite rückt[41]. Ernst Augusts Heer hat seit dem Landtage von 1686, auf dem eine neue, ertragreichere Besteuerung durchgedrückt wurde, eine starke Vermehrung erfahren[42]. Die Truppen haben dann allerdings eine gewisse Zeit hindurch nicht direkt im Interesse ihrer Staaten im Felde gestanden. Hierin schaffte erst das Jahr 1689 Wandel, die Zeit, in der Bernstorff den Titel eines Premiers erhielt[43], und Eleonorens politischer Einfluß dem französischen Gesandten Bourgeauville erloschen zu sein schien[44].

Ein Nachbar der lüneburgischen Brüder war Herzog Christian Albrecht von Holstein-Gottorp[45]. Oheim König Karls XI. von Schweden und Schwager Christians V. von

39. Duve a. a. O. S. 765, Anm. 383.

40. Beaucaire a. a. O. S. 79 f.

41. Vehse a. a. O. Bd. 18, S. 23.

42. Malortie a. a. O. H. 7: „Zur Geschichte des Kurfürsten Ernst August", S. 103 ff. — Eine Untersuchung über das Heerwesen Ernst Augusts und Georg Wilhelms ist zu wünschen.

43. „Biographische Fragmente" in G. H. G. Spiel: „Vaterl. Arch. d. Kgrs. Hannover." Hannover 1821, Bd. 5, S. 112.

44. Beaucaire a. a. O. S. 129.

45. Ueber Christian Albrecht vgl. Hille in „A. D. B.", Bd. 4, S. 188 ff.

Dänemark, ist er — man bringe verwandtschaftliche Beziehungen in der Politik nicht zu sehr in Anschlag! — zeitlebens in Opposition gegen Dänemark im Fahrwasser der schwedischen Politik gewesen. Nach der Niederlage Schwedens bei Fehrbellin erlitt naturgemäß auch der Herzog Schiffbruch. Er mußte nach Hamburg fliehen, und fast schien es, als sollte er sein Land nie wiedersehen, da Dänemarks Position durch eine Verbindung mit Frankreich noch gehoben wurde. Ein Kongreß, der seit 1687 zu Altona tagte, verhandelte über die Wiedereinsetzung des Herzogs. Die lüneburgischen Brüder wünschten um ihrer eigenen Sicherheit willen sein Bestes, denn sie wollten lieber ihn als den König von Dänemark zum Nachbar haben. Zu Anfang des Jahres 1688 gingen sie mit Schweden, wenn auch nur auf ein Jahr, ein Bündnis ein[46]. Ihrem geschlossenen Vorgehen auf dem Kongreß und ihrer Demonstration mit Truppenmacht hat der Begründer der Universität Kiel seine Restituierung durch die Altonaischen Traktaten vom 30. Juni 1689 zu verdanken[47]. Die Stärke der lüneburgischen Militärmacht war schon längst durch ihre im Solde fremder Potentaten ausgeführten Kämpfe rühmlich hervorgetreten, jetzt machte sie durch den auf Dänemark in einer europäischen Angelegenheit ausgeübten Druck von sich reden. Man darf die Bedeutung der von den Brüdern an der Elbe vorgenommenen Truppenkonzentrationen nicht unterschätzen. Im März hatte Georg Wilhelm unter dem Vorwande, wegen alter, noch nicht berichtigter Quartierschulden sich sicherstellen zu müssen, das mecklenburgische Boitzenburg besetzen lassen und sofort mit der Befestigung des Ortes begonnen, trotz aller Reklamationen des Herzogs Gustav

---

46. Friedrich Ferd. Carlson: „Geschichte Schwedens." Gotha 1875, Bd. 5, S. 367.

47. „Leibnizens Geschichtliche Aufsätze und Gedichte", hrsg. von Georg Heinrich Pertz. Hannover 1847, S. 69.

Adolf von Güstrow. Daß Celle gleichzeitig der Stadt Lübeck, allerdings erfolglos, antrug, eine braunschweigische Besatzung aufzunehmen, war wieder Beweis genug, daß es doch weiter zu gehen entschlossen war, als nur mit dem Schwerte zu rasseln[48]. Der Gottorper war kaum restituiert, als es hieß, er beabsichtige 4—5000 Schweden und Lüneburger in seine Dienste zu nehmen, um sie beim Festungsbau zu verwenden. Indessen wurde das Gerücht wieder dementiert.[49].

Die Entschlossenheit der Bernstorffschen Politik empfing eine weitere Beleuchtung durch das Absterben der lauenburgischen Herzöge. Die Nachricht hiervon muß am 9. Oktober nach Ebstorf gelangt sein, wo sich Georg Wilhelm gerade mit dem Celler Hof zur Jagd aufhielt. Bernstorff beschloß, alle disponiblen Truppen, bis 300 Mann, sofort in das lauenburgische Gebiet einrücken zu lassen, um sich der Städte Ratzeburg und Mölln zu versichern[50]. Die Besitzergreifung notifizierte der Herzog demnächst verschiedenen Reichsständen: als Kreisoberster habe er, um Unruhen zu verhüten, seine Völker ins Lauenburgische gelegt[51]. Calenberg und Wolfenbüttel nahmen an der Unternehmung teil und waren am 10. Oktober durch den Vizekanzler Ludolf Hugo und den Geheimen Rat Hieronymus von Münchhausen in Ebstorf vertreten. Hugo, der einen Platz in der Geschichte der Staatswissenschaften einnimmt, war wie kein anderer dazu berufen, Ansprüche seines Herrn Ernst August und dessen Bruders rechtlich zu vertreten[52].

---

48. Droysen: „Preußische Politik." Leipzig 1872, Bd. 4, Tl. 1, S. 37.

49. Paul Haake: „Brandenburgische Politik und Kriegsführung in den Jahren 1688 und 1689." Kassel 1896, S. 125 u. 134.

50. Münchhausens Bericht, Ebstorf, 30. Sept. / 10. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 12).

51. Reskripte Georg Wilhelms, 3./13. Okt. ff. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 13).

52. Ueber Hugo vgl. Frensdorff in „A. D. B.", Bd. 13, S. 329.

Seine Anwesenheit bei der Ebstorfer Beratung läßt immerhin die Vermutung zu, daß die Rechte des Braunschweiger Hauses auf Sachsen-Lauenburg bereits erwogen wurden. Münchhausen war eher der Mann, der auf Gewaltaktionen drängte; nach Anton Ulrichs Urteil besaß er einen fehdelustigen, unruhigen Geist[53]. An seine Herren berichtete er, man gedenke, sollte man mit dem Handstreich auf Ratzeburg und Mölln Erfolg haben, die Maske des Kreisobersten alsbald abzulegen und das persönliche Interesse des Hauses kundzutun. Weil aber mehrere Prätendenten vorhanden seien, so ginge Georg Wilhelms Ansicht dahin, „man habe sich keine Hoffnungen zu machen, alles zu behaupten"[54].

Am selben Tage, dem 10. Oktober, sind cellischerseits die ersten Truppen in das erledigte Herzogtum eingerückt[55]. Ratzeburg einzunehmen erwiesen sie sich zu schwach. Tags darauf erschienen sie verstärkt, nunmehr 500 Mann unter dem Befehl des Majors von Gauvain. Der ortskundige Offizier führte seine Truppen durch einen offenen, die Stadt mit dem Ufer verbindenden Gang, sodann durch ein altes Lusthaus und einen Garten der Wache in den Rücken. Das geschah am hellichten Tage, 3 Uhr nachmittags. Das Schloß wurde besetzt, der auf den Kurfürsten von Sachsen vereidigte Kommandant verhaftet[56]. Der Oberstleutnant Hirschvogel hatte Befehl, die Stadt Mölln zu besetzen. Auch

---

53. Havemann a. a. O. S. 589.

54. Vgl. Anm. 50.

55. Kobbe a. a. O. Bd. 3, S. 95 setzt das erste Einrücken cellischer Truppen auf den 29. Sept. a. St. (9. Okt. neuen St.), wogegen sich Duve a. a. O. S. 765 ff., gestützt auf ein anhaltisches Notariatsprotokoll, wendet und das Ereignis auf den 1. Okt. a. St. verlegt. Duves Darstellung ist nur Hypothese. Ein Bericht des Landrats Grote, Neuhaus, 1./11. Okt. (Wf. L. „Sachs.-Lauenb.", Nr. 12) vermerkt ausdrücklich, daß cellische Truppen bereits am 30. Sept. a. St. eingerückt seien.

56. Kobbe a. a. O. Bd. 3, S. 95 f. Wackerbarths zweiter Bericht, Ratzeburg, 1./11. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 6) legt

hier verlief der erste Versuch ergebnislos: er gelang erst am 12. Oktober, nachdem Hilfe herbeigezogen war, zum Teil durch Ratzeburgs Ueberrumpelung unterdessen freigewordene Soldaten. Der Magistrat der Stadt dankte dem Herzog für seine Vorsorge als Kreisoberster und bat bei der veränderten Sachlage um Schutz gegen Sachsens Kurfürsten[57]. Schon in der Nacht vom 9. zum 10. Oktober war die Bevölkerung des Herzogtums durch lüneburgische Beamte auf das kreisdirektoriale Unternehmen Celles hingewiesen worden, ein Beleg, mit welcher Schnelligkeit verfahren wurde[58]. Eine Kommission, bestehend aus dem Hofrichter Sponcke, dem Bürgermeister Reinbeck und dem Propositus von Witzendorff, ergriff in den nächsten Tagen auf dem Lauenburger Rathaus in Gegenwart des Rates symbolisch Besitz, auf dem Schloß wiederholte sich der Vorgang im Beisein zweier Rotten lüneburgischer Soldaten. Der Notar Melbeck erinnerte sich besonders der Besetzung der Wassermühle, „so etwa ein viertel Meil von Lauenburg an der Elbe gegen den Steckenitz belegen und jährlich tausend Thaler Pension trägt“[59].

Man maßte sich als neue Landesherrschaft die Regierung

---

das Ereignis auf 3 Uhr nachmittags; Duve a. a. O. S. 767, bei dem es in der Dämmerzeit stattfindet, basiert ebenso wie der Darsteller im „Theatrum Europaeum“, Tl. 13, S. 829 auf einem kursächsischen Bericht.

57. Hirschvogels Bericht, Mölln, 2./12. Okt. (Wf. L. „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 12).

58. Postdirektor Klein an den Postmeister Hennert zu Berlin, Tripkau, 30. Sept. / 10. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2). Nach Tripkau kam der lüneburgische Amtmann aus Hitzacker über die Elbe und verlangte den Treueid für Celle. Der eingeschüchterte Tripkauer Postdirektor meldete nach Berlin, daß „bereits 4000 Mann an der Elbe parat stehen, dieses Land zu beziehen“.

59. Instrument des Notars Melbeck (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 7).

und Verwaltung des ganzen Kammerwesens an. Lüneburgische Wappen wurden am Mittelportal des Schlosses, an der Ecke des Rathauses und am Torweg des Zollhauses angeschlagen, lüneburgische Zolltafeln und Siegel eingeführt, lüneburgisches Geld in Umlauf gesetzt[60]. Der Besitzer des Gutes Kogel und Mitglied der lauenburgischen Ritterschaft, Oberhauptmann Ulrich von Wackerbarth aus Harburg, erschien als cellischer Zivilkommissar[61]. Auf seiner Reise nach Ratzeburg passierte er bereits Mölln, als dies von Hirschvogel noch nicht okkupiert war. In einem an den Herzog gerichteten Schreiben bemerkte er, daß ein kursächsischer Rat zuvorgekommen sei und das Lauenburgische theoretisch schon in Besitz genommen habe, sich auch habe verlauten lassen, nötigenfalls etliche 1000 Mann von Dänemark zur Assistenz herbeizuziehen[62]. Die Anstellung von Beamten erfolgte im Namen aller drei welfischen Regierungen. Rudolf August und Anton Ulrich folgten dem Willen ihres Vaters, wenn sie sich damit einverstanden zeigten, daß das Herzogtum, anstatt unter die vier welfischen Herzöge geteilt zu werden, den regierenden Herren von Celle, Calenberg und Wolfenbüttel zu gleichen Teilen zufalle[63]. Auf Georg Wilhelms Requisition beorderten sie drei Kompagnien Infanterie zu je 100 Mann unter dem Kommando des Majors der Leibgarde von Lüttichau, ungesäumt ins Lauenburgische aufzubrechen[64]. Wenige Tage danach folgte ihnen Hieronymus Wigand von Laffert, der von Wolfenbüttel dazu ausersehen

---

60. Zapfs Berichte, Hamburg, 9./19. bis 25. Okt. / 5. Nov. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I u. Loc. 9444, Vol. II).

61. Duve a. a. O. S. 770.

62. Wackerbarths Bericht, Ratzeburg, 1./11. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 6).

63. Havemann a. a. O. S. 337 f. Es wird einem schwer, daran zu glauben.

64. Order für Lüttichau, Wolfenbüttel, 6./16. Okt. (Wf. L. „Sachs.-Lauenb." Nr. 13).

war, als Regierungsrat neben Wackerbarth und dem calenbergischen Lizentiaten Schnarrmacher[65] zu fungieren. Für ein harmonisches Zusammenwirken mit den Lüneburgern mochte er besonders gut geeignet sein, hielt er doch 1675 auf den an der Konzer Moselbrücke siegreichen Georg Wilhelm eine lateinische Lobrede[66].

Der Wert der Erwerbung Sachsen-Lauenburgs für die Welfen ist nicht nach der räumlichen Größe zu bemessen. Sie griffen damit in bedrohlicher Weise auf das rechte Elbufer über, waren also nunmehr in den Stand gesetzt, diesen Strom in ganz anderem Maße als bisher wirtschaftlich auszubeuten; schon die im März erfolgte Besetzung der wichtigen Zollstätte Boitzenburg ließ derartige Absichten ahnen. Im Norden legten sie jetzt ihre Grenzen bis an das Gebiet der seit Wullenwevers Tagen und noch mehr seit den schweren Schäden des Dreißigjährigen Krieges von alter Höhe herabgesunkenen Hansestadt Lübeck. Der völlige Durchbruch zur Ostsee mußte dann das nächste Ziel einer weitaussehenden Politik sein. Mit Lauenburgs Erwerbung taten die Welfen ferner einen Schritt, Hamburg näher zu kommen und diese wichtige Handelsstadt ihrem Machtbereich einzuverleiben[67]; hieß es doch, beim Hamburger Rate prädominiere die lüneburgische Faktion[68]. Dadurch kamen sie aber in Konflikt mit dänischen Aspirationen.

Unweit der Störmündung hatte Dänemarks König

---

65. Zapfs Bericht, Hamburg, 26. Okt. / 5. Nov. (a. a. O.).

66. Joh. Friedr. Pfeffinger: „Historie des braunschw.-lüneb. Hauses." Hamburg 1734, Tl. 3, S. 516 f.

67. Schreiben aus Lübeck, 10./20. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3): Die Hansen besorgten, die Welfen „könnten die beiden Städte Lübeck und Hamburg in ihrer devotion und kontribution auf ewig erhalten. Item, sie könnten sich jetzt vollkommen Meister vom Elb-commercio machen und allen bei der Elbe Interessierenden leges vorschreiben."

68. Zapfs Bericht, Hamburg, 23. Okt. / 2. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

Christian IV. seine Zwingburg Glückstadt errichtet, die Hamburgs Handel schädigen sollte[69]. 1679 machte Christian V. vergeblich den Versuch, sich Hamburgs zu bemächtigen; ein sieben Jahre später unternommener Anschlag auf die Reichsfreiheit der Stadt scheiterte vornehmlich an Braunschweigs und Brandenburgs Dazwischentreten[70]. Wie der zweite und der vierte Träger seines Namens mischte sich dieser König unstet und kurzsichtig in die deutschen Angelegenheiten ein, ohne reifliche politische Erwägungen. Kriegerischer Tätigkeit war er eben blindlings zugetan[71]. Daß er die Lust verlor, als Frankreichs Kampfgenosse im pfälzischen Erbfolgekrieg aufzutreten, lag daran, daß ihm durch die Altonaer Traktaten ein Dämpfer aufgesetzt war[72]. Zweimal im Jahre 1689, zu Altona und jetzt in Lauenburg, trat ihm das ehrgeizige Welfenhaus zu nahe. Mochte der König diese Tatsache ruhig hinnehmen? Die Frage wurde um so mehr akut, als Dänemark mit Kursachsen durch gleiche Interessen politisch verbunden war — der Gegensatz zu ihren Vettern, den Gottorpern und Ernestinern, hielt sie zusammen —, was die beiden Staaten durch eine seit der Vermählung des Kurfürsten August mit der dänischen Prinzessin Anna traditionell gewordene Verbindung ihrer Fürstenhäuser nach außen hin kundtaten[73]. Johann Georg III. wurde so der Schwager Christians V., indem er mit dessen Schwester Anna Sophie noch zu Lebzeiten König Friedrichs III. von Dänemark die Ehe einging. Beider ältester Sohn, gleichfalls Johann Georg genannt, erhielt wenige Wochen nach seiner Geburt von seinem mütterlichen Groß-

---

69. Dietrich Schäfer: „Geschichte von Dänemark." Gotha 1902, Bd. 5, S. 367 f.

70. Immich a. a. O. S. 126.

71. N. D. Riegels: „Versuch einer Geschichte Christians V." Kopenhagen 1795, S. 465.

72. Carlson a. a. O. S. 392 ff.

73. Böttiger-Flathe a. a. O. S. 8.

vater den Titel eines Erben von Dänemark und Norwegen und die Versicherung der Sukzessionsfähigkeit in den genannten Ländern[74]. Bei dieser Konstellation mußte dem König Christian, war Kurfürst Johann Georg einmal durch den Herzog von Celle vor den Kopf gestoßen, für ein resolutes Vorgehen gegen Hamburg und den Gottorper, vielleicht auch gegen Lübeck, vor allem aber gegen den kreisdirektorialen Besitzergreifer der Nacken gesteift werden.

Platen, der die braunschweigischen Häuser in Augsburg bei den Wahlverhandlungen vertrat, sollte unter Ignorierung der insbesondere die Welfen bedrohenden Gefahr den kaiserlichen Ministern behutsam zu erkennen geben, daß, wenn Lauenburg in Dänemarks oder seines Bundesgenossen Hände gerate, auch die Hansestädte und der Herzog von Holstein gefährdet seien. Wie Georg Wilhelm bei der Besitzergreifung seine Kreisoberstenfunktion betonte, so war er hier darauf bedacht, dem Kaiser seine politischen Tendenzen als reichspatriotische schmackhaft zu machen, wie Platen denn auch unter Hinweis auf die gegen Frankreich hin ungedeckte Lage des niedersächsischen Kreises Dänemarks Einverständnis mit „auswärtigen Kronen" beleuchten sollte. Dabei sollte er doch, so schloß die Instruktion, durchblicken lassen, daß seine Herren unter keinen Umständen, auch bei Anwendung von Gewalt nicht, gewillt seien, aus Lauenburg zu weichen[75].

Inzwischen trafen sie auch Maßregeln, sich daselbst zu behaupten. Das militärische Oberkommando übernahm der Generalmajor de Boisdavid, der alle Flecken mit Truppen belegte, Tore und Passagen sperrte[76]. Gesichert im Besitze, hielt es Georg Wilhelm an der Zeit, Farbe zu bekennen: am 13. Oktober ließ er den zu Büchen versammelten lauen-

---

74. Böttiger-Flathe a. a. O. S. 264 f.

75. Instruktion für Platen, 8./18. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 17).

76. Canitz' Bericht, Büchen, 4./14. Okt. (B. St., Rep. XI, 148b., Lauenb. fasc. 3).

burgischen Landständen eröffnen, „daß Sie Ihr Recht mit vielen kräftigen Dokumenten und noch mit einer mit dem letzten Herzog gemachten Erbverbrüderung behaupten könnten“[77]. Dem kaiserlichen Reichshofrat gegenüber berief er sich in einem vom 18. Oktober 1689 datierten, jedoch erst am 13. Januar 1690 überreichten Schreiben[78] zwar noch auf sein Kreisoberstenamt, deutete aber zugleich eigene Rechtsansprüche an: „so habe Ich Mich nicht weniger befugt als gemüßigt befunden, für Mich und im Namen Meines gesamten Hauses die possession zu nehmen“[79]. Man beeilte sich mit dieser Bekanntgabe nicht ebenso, wie mit der Besitzergreifung. Gersdorf berichtete noch am 23. Oktober aus Augsburg, daß ihm Platen am selben Tage „über alles Vermuten“ von einer Prätension Mitteilung gemacht habe. Der Herzog bewahrte zwar — so wurde verbreitet — die Lande für denjenigen, dessen Ansprüche sich als die begründetsten erweisen würden[80], den Landständen aber, die das beste Recht siegen sehen und darum die Vermittlung des Kaisers in der Erbfolgefrage in Anspruch nehmen wollten, befahl er zu verkünden, sie möchten sich aller Sendungen an den Kaiser enthalten[81].

Gleichzeitig machte man sich jetzt lüneburgischerseits an die Untersuchung von Rechtsansprüchen. Bernstorff begab sich auf sein in der Nähe von Ratzeburg im Mecklenburgischen gelegenes Gut Wedendorff, wohin ihm Wacker-

---

77. Vgl. Anm. 76.

78. Duve a. a. O. S. 770.

79. Georg Wilhelm an den Reichshofrat, 8./18. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 17).

80. „Gazette De Londres“, „De Hambourg“, 28. Okt. / 7. Nov. (B. St., Rep. XI, 73, Conv. 11): „. . . que son intention estoit seulement de les conserver, pour celuy qui y auroit le plus le droit et dont les prétentions se trouveroient les mieux fondées.“

81. Instruktion für Wackerbarth, Göhrde, 11./21. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 16).

barth verschiedentlich Informationen zutrug[82]. Die Soldaten durchstöberten das Ratzeburger Archiv nach Dokumenten, die dann Hofrat Schrader sichtete[83]. In Celle befaßte sich mit der Materie der vielbelesene[84] Vizekanzler Weipard Ludwig Fabricius, der am 2. November mit seinem calenbergischen Kollegen Hugo zu Engesen, einem Flecken bei Burgwedel, in Konferenz trat. Man stützte sich erstlich auf angebliche Eigentumsrechte: das lauenburgische Land sei Heinrichs des Löwen Allod gewesen, da er es mit seinem Schwerte erobert, und habe deshalb durch die Achtserklärung, die ihn der Reichslehen beraubt, nicht getroffen werden können. Dem sei, wie ihm wolle: die Macht des geschichtlich Gewordenen ließ derartige Erörterungen nicht zu. Hugo erkannte, wie schwach ihre Position sei, wenn sie mit solchem Moment zu nachdrücklich operierten. Ludwig XIV. hatte bei seinen pfälzischen Ansprüchen durch seine Berufung auf Dagobert viel böses Blut erregt. Hugo gedachte daher mehr zu betonen, daß die Herzöge Magnus der Jüngere und Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg und Herzog Erich IV. von Sachsen-Lauenburg am 11. März 1369 (a. St.) eine Erbverbrüderung errichtet, die zwanzig Jahre später durch den Kurfürsten von Sachsen und die Söhne jenes Magnus ihre Bestätigung und neuerdings am 18. September 1661 (a. St.) durch beiderseits bevollmächtigte Räte in Lüneburg ihre Erneuerung gefunden habe[85]. Eben nach den Dokumenten wurde in Ratzeburg geforscht.

---

82. Schreiben aus Lübeck, 10./20. Okt. (a. a. O.).

83. Classens Bericht, Ratzeburg, 12./22. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

84. Leti a. a. O. S. 338: „amateur de la lecture."

85. Fabricius' Bericht, Celle, 24 Okt. / 3. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr 23). Havemann a. a. O. S. 318. Die Urkunde der Erbverbrüderung gedruckt bei Rethmeier: „Braunschweigische Chronik", Tl. 3, S. 1848 f. Vgl. Christoph Gottlob Heinrich in „Allgemeine Weltgeschichte." Leipzig 1797, Bd. 9, Tl. 7, S. 355, Anm. 1.

Militärisches und juristisches Rüsten ging Hand in Hand, auf dem ersteren aber lag der Akzent. Sein Augenmerk richtete der neue Herr vornehmlich auf Ratzeburg. Um die Befestigungswerke zu verbessern, verlangte Boisdavid den Hauptmann Stechinelly als Ingenieur[86]. Es hieß, er beabsichtige das Schloß dergestalt zu erhöhen, daß es das gegenüberliegende Seeufer beherrsche[87]. Jedenfalls brachte man viele Kanonen nebst Munition dahin, errichtete auch ein Magazin[88]. Da große Mengen Pallisaden zu fällen waren, wurden die Gehölze verwüstet, das Wild weggeschossen. Für die Bevölkerung begann eine harte Zeit[89]. Die Ratzeburger Garnison wurde zusehends verstärkt; zählte man Ende Oktober 1000 Mann[90], so gab Zapf in seiner Relation vom 5. November eine Besatzung von bereits 1400 Mann an, was dahin führte, daß in manches Haus zwanzig Soldaten einquartiert wurden. Dazu kam noch zu Beginn des November ein Aufgebot von 1500 Mann, das im ganzen Lande verteilt lag, davon ein Drittel in Mölln[91]. Einen großen Teil ihrer Truppen, je 8000 Mann, hatten die lüneburgischen Brüder unter Führung des Erbprinzen Georg Ludwig zum rheinischen Feldzug entsandt, die wie die Sachsen zum Falle der Festung Mainz beitrugen[92]. Am 19. Oktober registrierte Zapf das Gerücht, daß Order an diese Truppen ergangen sei, sich ins Lüneburgische zurückzuziehen, sobald Kursachsen die seinigen abberufe, am 2. No-

---

86. Instruktion für Fabricius, Göhrde, 7./17. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 27).

87. Canitz' Bericht, Hamburg, 11./21. Okt. (B. St., Rep. XI, 148b, Lauenb. fasc. 3).

88. Classen an Schleten, Lübeck, 20./30. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

89. Zapfs Bericht, Hamburg, 26. Okt. / 5. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

90. Vgl. Anm. 88.

91. Zapfs Bericht, Hamburg, 23. Okt. / 2. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

92. Duve a. a. O. S. 760.

vember bestätigte er, daß Celle tatsächlich zur Zurückziehung geschritten sei, und daß seine Truppenmacht bereits Westfalen passiert habe; mit der calenbergischen stände es ebenso, wenn diese nicht schon zu weit in die Brabanter Winterquartiere vorgerückt wäre.

Man konnte also noch umfassendere Maßregeln in Lauenburg erwarten. Bürgerschaft und Bauern seufzten über die drückenden Nöte der Einquartierung und Zerstörung und über das ferner drohende Ungemach[93]. Die Ritterschaft aber bildete sich ein, daß für sie ein aureum saeculum aufgehen werde. Sie rechnete Bernstorff und Wackerbarth, die beide dem mecklenburgischen Adel angehörten, zu ihrer Clique. „Der Wackerbarth", schrieb der frühere Regierungsverweser bitter über seinen Nachfolger, „kommandiert im Herzogtum Sachsen-Lauenburg en souverain, und ist der Adel stets um ihn, meinen, er könne sie zu lauter Fürsten machen." Stolze Bürger der alten Führerin der Hanse sahen voraus, daß diese Ritter „mit ihrem ungereimten principio wider ihren künftigen Lehn- und Landesfürsten würden können durchdringen, so darin besteht, daß der Lehn- und Landesfürst in seinem Herzogtum sonder ihren consens, Vorwissen und Willen nicht das allergeringste vornehmen müsse, sie aber hingegen auf ihren Gütern alle iura superioritatis, sonder den Landesfürsten im geringsten darum zu befragen, frei exerciren und ausüben können"[94]. Der bürgerliche Peter Classen wurde in seinem Hause scharf bewacht; Briefe

---

93. Classen an Zapf, Ratzeburg, 18./28. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II): „und ist ein solch Lamentieren unter die Leute, daß es mit keiner Feder zu beschreiben, sonderlich wegen des Stehlens." — Relation nach Augsburg (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 9): Die lüneburgischen Soldaten „stehlen, was sie kriegen, fressen den Leuten die Speisen aus den Töpfen und schießen hinweg und ruinieren alles, wie leicht zu ermessen, totaliter".

94. Classen an Zapf, Lübeck, 20./30. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

waren aufgegriffen, die seine Anhänglichkeit an Kursachsen dartaten[95]. Es gelang ihm doch, nach Lübeck zu flüchten[96].

Die Besitzergreifung ging nicht ohne Härten vor sich, aber alles stand dabei unter dem Gesichtspunkte der großzügigen Machtpolitik Ernst Augusts. Wie kleinlich muten demgegenüber die Maßnahmen der sächsischen Regierung an, die zunächst einmal als vermeintlicher Erbe sich verpflichtet fühlte, für das Begräbnis des toten Lauenburgers Sorge zu tragen[97]. Der Rentkammersekretär Kramer, der nach Reichsstadt entsandt wurde, hatte darüber höchst belanglose Besprechungen mit dem dortigen Hofstaat. Der Tote solle im fürstlichen Erbbegräbnis zu Schlackenwerth beigesetzt werden. Man war Kramer gegenüber ziemlich wortkarg, betonte das eine, daß die böhmischen Güter nicht zugleich an den Kurfürsten fielen[98].

Regierung und Landesherr waren sich nicht einig, wie die Okkupierung am besten vorzunehmen sei. Aus Heidelberg, wohin Johann Georg III. von Mainz gegangen war, sandte er den Generalwachtmeister von Minckwitz mit dem Flemmingschen Regiment zu Fuß und einem halben Dragonerregiment ungesäumt in der Richtung auf das Vogtland, damit dieser zur Behauptung des von Zapf begonnenen Werkes beitrage. 1000 Mann Infanterie, 250 bis 300 Reiter hätten wohl dem welfischen Aufgebot die Spitze bieten können. Erforderlichenfalls seien noch 1000 Mann von den Defensionern aufzubieten[99], die seit der dem Dreißigjährigen

---

95. Schreiben aus Lübeck, 10./20. Okt. (a. a. O.) und Classens Bericht, Ratzeburg, 12./22. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

96. Vgl. Anm. 88.

97. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 24. Sept. / 14. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

98. Kramers Bericht, Dresden, 29. Sept. / 9. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

99. Johann Georg III. an die kursächs. Geh. Räte, Heidelberg, 26. Sept. / 6. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

Kriege vorausgegangenen Zeit in Sachsen zur Landesverteidigung dienten[100]. Wenn der Kurfürst diese Truppen abzukommandieren gewillt war, so dokumentierte er damit doch seine Entschlossenheit, kriegerischen Verwicklungen ins Antlitz zu sehen. Davor scheuten seine Räte aber zurück. Der Marsch dieser beträchtlichen Mannschaft aus dem obersächsischen in den niedersächsischen Kreis möchte „großes Aufsehen, womöglich Opposition" erregen. Wenn die Räte hinwiederum dem Zapf den Obersten Krosigk nachzusenden empfahlen, damit dieser für eine Heranziehung dänischer Truppen Sorge trage[101], so konnte der Kurfürst nicht eben finden, daß dieser der geeignete Mann sei, auch sträubte sich sein Patriotismus dagegen, eine fremde Macht in Anspruch zu nehmen, „zumal bei so gutem durch Zapf gemachten Anfang Wir das übrige durch Unsre Leute vollends zu souteniren getrauen". Nach Nürnberg war ihm Gersdorf entgegengekommen, in Leipzig gedachte er sich mit Haugwitz und Hünicke ins Einvernehmen zu setzen[102]. Der rührige Zapf ließ es sich nach seiner Rückkehr aus Hadeln in Hamburg zu allererst angelegen sein, den dänischen Diplomaten Ehrenschild zu sondieren, der sich für eine Hilfeleistung der Dänen ins Zeug legte[103]. Als Krosigk daselbst anlangte, schickte er ihn sofort nach Hadeln, wo er selber es „so weit gebracht, daß selbiges Land sich an Kursachsen verbindlich gemacht dergestalt, daß auch schon auf den Kanzeln für selbige kurfürstliche Durchlaucht gebetet

---

100. Friesen: „Das Defensionswesen im Kurfürstentum Sachsen." „Arch. f. Sächs. Gesch.", Leipzig 1863, Bd. 1.

101. Die kursächsischen Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 3./13. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

102. Johann Georg III. an die kursächsischen Geh. Räte, 6./16. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

103. Zapfs Bericht, Hamburg, 9./19. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

104. Canitz' Bericht, Hamburg, 11./21. Okt. (a. a. O.).

wird"[104]. Die Wahrheit ist, daß er die widerstrebenden Landstände mit der Drohung eines Einmarsches von 6000 Dänen einschüchterte[105]. Krosigk sollte nunmehr das ungeübte, aber wehrhafte hadelsche Landvolk zu den Waffen rufen[106]. Nach den Erfahrungen, die Zapf in Ratzeburg gemacht hatte, durfte er von diesem Plane nicht zu viel erwarten. Das muß man aber sagen, daß er getan hat, was in seiner Macht stand. Nicht so die sächsische Regierung. Tag um Tag verging, ohne daß man sich über die Frage, ob dänische Kräfte in Anspruch zu nehmen seien, schlüssig wurde.

Man wird wieder der Aktivität der Bernstorffschen Politik inne. Wackerbarth wurde instruiert, „auf der königlich dänischen Völker Vorhaben, actiones und mouvements genaue Achtung" zu geben, mit den gottorpischen Beamten fleißig zu korrespondieren und von Hamburg und Lübeck aus ein Spionagesystem einzurichten[107]. Der cellische Kammerpräsident und Oberhofmarschall Joachim Heinrich von Bülow wurde damit betraut, Unterhandlungen zur Einigung mit dem Dresdener Hofe einzuleiten. Der gediegene, für das Ansehen seines Herrn eifrig besorgte Mann[108] hoffte den Kurfürsten noch in den Feldquartieren anzutreffen. Ueber Gießen gelangte er am Abend des 19. Oktober nach Frankfurt a. M., woselbst andern Tags der gewandte, oberflächliche kursächsische General-

---

105. Reinbecks und Rumanns Bericht, Otterndorf, 12./22. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 10).

106. Zapfs Bericht, Hamburg, 12./22. Okt. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

107. Instruktion für Wackerbarth, 17./27. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 13).

108. Bodemann a. a. O. S. 159: „Le großvogt Bulow éstoit en réputation d'un très honnet homme et zélé pour le service de son maistre" (so charakterisiert ihn der Landdrost Thomas Eberhard von Ilten).

feldmarschall Jakob Heinrich von Flemming[109] in ihn drang, ihm „en confident" Eröffnungen zu machen. Bülow entgegnete, daß Celle ebenso wie Sachsen die Hand auf Lauenburg lege; die beiderseitigen Ansprüche auszugleichen, sei seine Regierung zur Beschickung einer Konferenz bereit[110].

Hier ist der Moment, wo sich Welfen und Wettiner in den Personen zweier ihrer höchsten Staatsbeamten zum ersten Male in der Lauenburger Machtfrage Auge in Auge gegenüberstanden. Wenige Wochen waren vergangen, seit ihre Heere in Waffenbrüderschaft vor Mainz gerungen. Die Kriegsoperationen hatten für dies Jahr ihr Ende erreicht, konnten also durch Zwietracht in den Reihen der Deutschen fürs erste nicht mehr gefährdet werden. Erwägungen über den Fortgang des Feldzuges durften den gegnerischen Parteien den Entschluß zu resolutem, schnellem Vorgehen nicht trüben. Und wirklich, die Tat des Welfengeschlechtes war ohne alles Zaudern geschehen und nicht „von des Gedankens Blässe angekränkelt". Sandte der Wettiner nunmehr Hünicke an die Höfe seiner Widersacher, so verzichtete er damit auf eine machtvolle Durchsetzung seiner Ansprüche. Immer noch war dann die Politik Kursachsens die alte, wie sie unter Johann Georg II. gewesen, der durch ohnmächtige Vorstellungen in Wien und Mainz Erfurt verloren hatte. Nur wenn Hünicke der Ueberbringer eines Ultimatums war, so rechtfertigte sich die kursächsische Politik; ihr aber lag jede Drohung an die Adresse des energievollen Brüderpaares fern, ein Angehen Christians V. um Hülfstruppen schien in weitem Felde zu liegen.

Von Celle, wo Hünicke am 25. Oktober anlangte, wurde er zur Göhrde an den Herzog verwiesen. Vom dänischen

---

109. Paul Haake nennt Flemming im „Neuen Arch. f. sächs. Geschichte", Bd. 22, S. 344, „einen durch galantes Wesen und geistreichen Witz bestechenden Streber".

110. Flemmings Bericht, Frankfurt a. M., 10./20. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

Sekretär vernahm er, daß dieser sich, „es koste, was es wolle, zu stabilieren gedenke“[111]. Der Empfang im Göhrder Jagdschloß war sehr zufriedenstellend. Der leidenschaftliche fürstliche Jäger, dem ein Stück Wild mit seinem Hinterlauf die rechte Wange verletzt hatte, gewährte ihm, das Auge blutig unterlaufen, in liebenswürdiger Weise Audienz, behandelte ihn sehr zuvorkommend, zog ihn zum Mittagsmahl, an dem — eine seltene Ehre! — außer ihm und dem Gastgeber nur die Herzogin Eleonore teilnahm. Aus den ersten Unterredungen, die er mit Bernstorff hatte, gewann er den Eindruck, daß alles gut stehe. Er gedachte nun „das Werk mit guter Manier weiter zu poussieren und inzwischen nichts gar zu sehr zu übereilen“. Ein diplomatisches Fiasko ohnegleichen! Hünicke merkte nicht, daß dies Abwarten, diese Scheu vor Ueberstürzung ihn lahmlegte, übersah völlig, warum ihn Bernstorff wiederholt um „einen kleinen Anstand“ bat; die Kommunikation mit Calenberg und Wolfenbüttel sei mit Schwierigkeiten verknüpft und dabei zeitraubend. Unter diesen Umständen hatte es denn wenig auf sich, wenn Hünicke „pure“ auf Restituierung seines Herrn bestand und erklärte, daß Seine kurfürstliche Durchlaucht „sich nicht einschläfern lassen, sondern das Werk in seiner Krisi mit behörigem Ernst und Eifer traktieren und sich bei der einmal erlangten possession“ — die alte Phrase — „es koste, was es wolle, maintenieren würden“[112]. Der Vorschlag zur Güte, mit dem Bernstorff endlich am dritten Tage hervortrat, zielte auf eine Geldabfindung bzw. eine Entschädigung an Land und Leuten oder Gerechtigkeiten. Hünicke wollte davon nichts wissen[113]. Der Kurfürst

---

111. Hünickes Bericht, Celle, 15./25. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

112. Hünickes Bericht, Göhrde, 16./26. Okt. (Dr. St, Loc. 9444, Vol. II).

113. Hünickes Bericht, Göhrde, 18./28. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

fand in diesen Tagen Bülow gegenüber zu Torgau sehr harte Worte, beklagte es, daß Julius Franz so unvermutet verblichen sei, „sonsten wollten Sie sich schon besser vorgesehen haben". Als Bülow sich äußerte, daß durch Dänemarks Hineinziehen leicht Weitschweifigkeiten entstünden, ward er bald inne, „daß es damit noch nicht so weit gekommen sei"[114].

Die Zeit, in der diese Besprechungen vor sich gingen, einen Monat nach dem Todesfall, war die der höchsten Spannung. Am 30. Oktober richtete Christian V. an Georg Wilhelm ein Schreiben, worin er seiner Erwartung Ausdruck gab, jener werde sich der kaiserlichen Entscheidung unterwerfen. Die Wunde, die er zu Altona erhalten hatte, war noch nicht geheilt. Eine Bemerkung über das Opfer, das er daselbst gebracht, ließ er in den Brief einfließen, eine deutliche Warnung an die Lüneburger[115]. Ehrenschild gab im Auftrage seines Herrn dem kursächsischen Abgesandten in Hamburg folgende Erklärung ab: Der König ziehe die befremdende cellische Prozedur in reiflichste Erwägung; er werde „der nahen Anverwandtnis halber" dem Kurfürsten „mit wirklicher Assistenz zu Handen gehen", wofern er nur wisse, was dieser dabei zu tun gemeint sei, ob er im Bedarfsfalle seine rheinische Armee zurückziehen und mit dem König „für einen Mann zu stehen sich verbindlich machen" wolle. Er, der König, halte seine Truppen zum Einmarsch ins Lüneburgische bereit[116]. Treffend, wie Zapf am 31. Oktober die Lage kennzeichnet! „Ein mächtiger und jetzt bekanntermaßen fürtrefflich armierter König steht zu vollem Anmarsche, uns zu helfen und wiederum in ruhige

114. Bülow an Bernstorff, Torgau, 19./29. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 17).

115. Christian V. an Georg Wilhelm, Kopenhagen, 20./30. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104b, I, 1, Nr. 13).

116. Zapfs Bericht, Hamburg, 19./29. Okt. (Dr. St., Loc. 9441, Vol. II).

Posseß zu setzen fertig und wartet auf nichts, als daß wir nur ja sprechen und uns mit ihm darüber vereinigen. Lassen wir uns nun um diese ansehnliche Succession bringen, so sind wir wohl nicht wert, daß uns Gott etwas Gutes zugeschickt, und werden bei der Posterität Schimpf und Schande haben. Daß wir aber darum kommen, ist nichts gewisser, wenn wir uns mit Komplimenten und guten Vertröstungen solange amüsieren lassen, bis Zella mehrere Zeit und Luft gewinnt, sich vollends allenthalben in rechte posture zu setzen. Wer den Leuten mehr auf die Finger, als aufs Maul zu sehen pflegt, kann solches allhier mit Händen greifen." Er empfiehlt den cellischen Dilatoren kein Gehör zu geben. Sein Rat ist, daß man sich „unverzüglich und, weil das Eisen noch warm ist, mit Dänemark vollends feste setze..., die Völker auch vom Rheine herbeiziehe, dem Herzog von Zella... ohne Gönnung einiger Zeit ins Land und auf den Leib gehe und dadurch die Evakuation des lauenburgischen Landes extorquiere, welcher modus operandi... künftig nicht mehr so leicht zu prakticieren. Hoc genus daemonis non expellitur nisi stricto gladio. Alle andre Mühe ist umsonst und vergebens, wofür ich meinen Hals versetzen wollte[117]." Ganz anders Hünicke, der sich schlecht und recht für eine Passivität aussprach: „Das hochfürstliche Haus Lüneburg wird sich gewißlich mit diesem Wesen so übel hin und wieder rekommendieren, daß es solches mit der Zeit wohl dürfte fühlen." Es scheint, daß die gewiegten cellischen Diplomaten dem Leichtgläubigen die Meinung einimpften, Dänemarks Herrscher habe seine Wehrmacht anderwärts zu sehr engagiert und sei daher nicht in der Lage, den kurfürstlichen Schwager wirksam zu unterstützen[118].

---

117. Zapf an Hünicke, Hamburg, 21./31. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

118. Hünickes Bericht, Göhrde, 24. Okt. / 3. Nov.; Hünicke an Zapf, Göhrde, 29. Okt. / 8. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

Am 25. August 1689 hatte sich Christian V. dem Oranier gegenüber zu einer Hilfesendung von 7000 Mann verpflichtet; sie waren für Irlands Schlachtfelder bestimmt. Erst am 13. November haben die Transportschiffe die Anker gelichtet[119]. Die Hände gebunden hatte sich der König durch jene Verpflichtung nicht und im vorliegenden Falle war er persönlich lebhaft interessiert, galt es doch, Vergeltung zu üben und die in Altona verlorene Position wiederzugewinnen. Graf Konrad von Reventlow, der Leiter der dänischen Politik, verriet in Wort und Benehmen dem brandenburgischen Gesandten Hoverbeck den tiefen Haß gegen die Lüneburger und den Wunsch seines Königs, ihnen ein Denkblatt zu geben. Der König selbst ließ sich vernehmen, die lüneburgische Grenzverschiebung sei nicht zu dulden[120].

Es ist der schwerste Fehler Johann Georgs III. in seiner auswärtigen Politik, daß er es versäumt hat, sich diese dänische Leidenschaft nutzbar zu machen[121]. Sechshundert-

---

119. Ludw. Albrecht Gebhard: „Geschichte der Königreiche Dänemark und Norwegen", 1770, Tl. 2, S. 2217; Hünicke an Zapf, Göhrde, 23. Okt. / 2. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

120. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 26. Okt. / 5. Nov. (B. St., Rep. XI, Dänemark, 14A): „Aus des Graffen discurs und der manier mit welcher Er alles vorbrachte konte . . . ich so viel woll schließen, daß es diesem Hoff so sehr nicht umb das Chur Sächsische Interesse zu thun ist, alß daß man woll suchen möchte, durch das mittel, dem fürstl. Hause Lüneburg wegen des, alhier wieder dasselbe eingewurzelten Hasses, Eines auf bedörffenden fall, et quidem per indirectum beyzubringen."

121. Böttiger-Flathe a. a. O. S. 264: „Auf Gewalt, von der auch Friedrich von Brandenburg abmahnte, wollte oder konnte es Johann Georg, dessen Truppen damals gegen Frankreich standen, nicht ankommen lassen." — Der Verf. gibt S. 263 f. eine kurze, undurchdachte, in fast allen Einzelheiten fehlerhafte Darstellung des lauenburgischen Erbfolgestreites. Ich glaube hier ausdrücklich feststellen zu sollen, daß das angeführte Buch auch sonst überaus inkorrekt ist. Leider ist man danach zu greifen genötigt, da ein annehmbares Werk über Sachsens Geschichte nicht existiert.

mal waren Sommer und Winter ins Land gegangen, seit der Wettiner Macht zuerst begründet worden war. Bei diesem bedeutungsvollen Zeitabschnitt stand der Sproß jenes alten Geschlechts wie Herakles am Scheidewege, doch er folgte der Stimme nicht, die ihm Gefahren, aber auch Ruhm verhieß. Er machte sich — das kann man gewiß behaupten — mitschuldig an dem kühnen Irrtum, den die Nachwelt allein auf Rechnung seines zweiten Sohnes zu setzen geneigt ist, ja ermöglichte ihn vielleicht erst. Ein frisches Wagen des Vaters und ein gar nicht unwahrscheinlicher Erfolg hätten Friedrich Augusts Ehrgeiz in vorteilhaftere Bahnen lenken müssen. Es ist im allgemeinen müßig, sich die Zukunft auszuspinnen auf einer Grundlage, die nicht vorhanden ist. Man muß aber doch beachten, daß die künftige Verkettung Sachsens mit Polen auf weiter zurückliegenden Ursachen mitberuht, die in diesem Zusammenhange nicht bekannt sind. Das Schwert kreuzte der Wettiner mit Ludwig XIV. und Mohammed IV., nicht mit den Welfen. Die Pflichten des Landesherrn verstand er nicht mit denen des Reichsstandes zu vereinigen. Den ehrenden Beinamen, den seine kriegerische Gesinnung ihm eintrug[122], durften ihm nicht seine Landeskinder geben. Besprechungen mit dem Gegenpart waren nun einmal eingeleitet. Wie sie verliefen, hätten sie am Ende dem Kurfürsten Veranlassung zum tatkräftigen Handeln sein müssen. Ihr wirklicher Ausgang zeigt wiederum charakteristische Züge in dem sonderbaren Glücksspiel der kursächsischen und in der großartigen Verschleppungstaktik der lüneburgischen Politik.

In Dresden gaben sich Hans Ernst von Knoch, Präsident des Oberkonsistoriums, und der alte Wolf Kaspar Martini mit der Erklärung Bülows nicht zufrieden, der seines Herrn Vorgehen mit seiner Pflicht als Kreisoberster, Unruhen zu verhüten, zu motivieren suchte, bezeichneten es vielmehr

122. Böttiger-Flathe a. a. O. S. 254.

als Raub, der allein erst die Unruhe verursache. Sie weigerten sich, in irgendeine Diskussion einzutreten, bevor der Kurfürst im Besitze völlig restituiert sei, genau wie das Hünicke immer und immer wieder erklärte, ohne sich durch Bernstorffs ablehnende Haltung von weiterer Unterhandlung abhalten zu lassen. In Dresden mißverstand man offenbar den Zweck von Bülows Kommen. Er war ja nur beauftragt, den guten Willen seines Herrn zu bezeugen und künftige Unterhandlungen zu vereinbaren; Vorschläge, erklärte er, könne er mangels Instruktion nicht machen. Dabei blieb es nun. Das Konferenzprotokoll erwähnt nicht, daß Ort und Zeit zu künftigen Unterhandlungen bestimmt wurden. Bülow meinte, durch Hünicke könne alles ausgemacht werden[123].

Dieser befand sich noch immer an des Herzogs Hoflager im Jagdschloß zur Göhrde. So oft er auf endliche Entschließung in der Satisfaktionsfrage drängte, wurde er auf das Zeitraubende einer Verständigung mit den anderen Welfenlinien hingewiesen. Es hat den Anschein, als ob der Herzog der Göhrder Jagd in diesen wichtigen Zeiten darum so lange oblag, um den Höfen von Calenberg und Wolfenbüttel möglichst fern zu sein. Hünicke dachte daran, endlich persönlich hierhin zu reisen, doch hielt ihn der Umstand zurück, daß Bülow am 13. November aus Dresden heimkehrte, und es hieß, die „Resolution“ werde nunmehr erfolgen. Es begann ein neues Hinhaltungsspiel. Am folgenden Tage entschuldigten sich Bernstorff und Bülow: man habe noch einmal nach Hannover schreiben müssen. Hünicke befand sich nicht wohl bei dem Gedanken, daß man ihn an der Nase herumführte. Es vergingen zwei Tage, da suchten ihn die beiden Räte ganz unvermittelt auf, sprachen scherzend von der grimmigen Kälte, die um diese Jahreszeit hier herrsche. Ob diese Gegend darum wirklich so ver-

123. Konferenzprotokoll, Dresden, 23.—24. Okt. / 2.—3. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

lockend sei? Man solle doch lieber in den wohltemperierten obersächsischen Landen bleiben. Ihr Vorschlag laute, man möge gegen Ueberlassung des Herzogtums „ein Stück Geldes“ nehmen. Hünicke drückte sein Befremden aus: den eben gehörten Vorschlag könne er nicht einmal amtlich zur Kenntnis nehmen[124]. Als er ihn aber doch nach Dresden berichtete, erhielt er Weisung, „davon als einer unpracticirlichen Sache zu abstrahiren“[125]. Ein neuer Vorschlag Bernstorffs, den Kurfürsten in seiner clevischen Anwartschaft unterstützen zu wollen, wurde überhaupt nicht erörtert[126].

Hünicke hat sich dann doch, um dem leidigen Geschäft ein Ende zu machen, nach Hannover begeben. Ernst August stellte ihm vor, Lauenburg sei viel zu gering, als daß deswegen Mißhelligkeiten entstehen könnten. Auch Bernstorff hatte ihm kürzlich die jährlichen Zolleinnahmen, die allein des Landes Bedeutung ausmachten, auf nicht mehr als 15 000 Taler beziffert. In früheren Jahren hätten sie das Doppelte betragen; ihre Verminderung schreibe sich von dem Anfall des Erzbistums Magdeburg an Brandenburg her[127]. Der Herzog erlaubte sich die Frage, wie es sich mit der Stellung Sachsen-Weimars in diesem Streite verhalte. Wenn die Ernestiner nach der Mühlberger Schlappe auf die Kur zugunsten ihrer Vettern hatten Verzicht leisten müssen, so hatten sie sich dadurch offenbar nicht ihrer Gesamtansprüche begeben. Indem der kluge Fürst der Besprechung diese dem kursächsischen Abgesandten unangenehme Wendung gab, erreichte er aufs schnellste ihre Beendigung. Grote,

---

124. Hünickes Bericht, Göhrde, 6./16. Nov. (Dr. St, Loc. 9444, Vol. III).

125. Instruktion für Hünicke, Pretzsch, 14./24. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

126. Hünickes Bericht, Celle, 8./18. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

127. Hünickes Bericht, Göhrde, 23. Okt. / 2. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

bei dem noch vorzusprechen gewesen wäre, hatte sich mit einer notwendigen Harzreise entschuldigt. Anton Ulrich, bei dem Hünicke in Wolfenbüttel anklopfte, stellte sich als minder beteiligt hin; „von Ihren Vettern könnten Sie sich aber nicht separieren". Wenn er das nach Lage und Größe für das Kurfürstentum ungleich wertlosere, der wolfenbüttelschen Grafschaft Blankenburg inkorporierte Stiftsamt Walkenried als Tauschobjekt vorschlug, so leitete ihn dabei der Gedanke, ein ihm genehmeres Gebiet von den lüneburgischen Vettern zum Ersatz herauszuschlagen. Eine verdeckte Opposition gegen Hannover kommt doch gelegentlich zum Ausdruck: er sei mit dem wenigen zufrieden, was er besitze; „dero Herren Vettern zu Hannover sollte es aber sehr zu passe kommen, weil sie mehr Prinzen in ihrem Hause hätten". Rudolf August erklärte charakteristisch seinen Standpunkt dahin, ihm komme es allein darauf an, die Ruhe zu erhalten[128].

Die Resolution ward Hünicke auch so nicht zuteil. Endlich geschah, was er kaum noch hoffte. Am 28. November fand eine Zusammenkunft der drei herzoglichen Regierungen statt, zu Burgdorf, „dem Herkommen nach und wie sie in hochwichtigen gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu tun pflegen". Als man Hünicke, der gleichfalls dorthin geeilt war, folgenden Tags fragte, wo die von ihm gewünschte Konferenz vor sich gehen solle, antwortete er scherzend, aber bitter wahr, er halte sich auch hierin passiv. Von Fabricius, der das Wort führte, bekam er dann zu hören, er möge sich nur gedulden, bis die Rechtsansprüche der Welfen auf Sachsen-Lauenburg in einer Deduktion ordentlich ausgearbeitet seien. Eine versiegelte, nichtssagende Resolution bekam Hünicke mit auf den Weg[129].

---

128. Hünickes Bericht, Celle, 14./24. Nov. (Dr. St., Loc. 9144, Vol. III).

129. Hünickes Bericht, Torgau, 30. Nov. / 10. Dez. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV; ebendort auch die Resolution).

Die Akten über den Sachsen-Lauenburgischen Erbfolgestreit, dessen Beilegung eine erste Besprechung nicht herbeigeführt, und dessen Ausbruch in offene Feindseligkeiten die Schwäche des einen Prätendenten vorderhand verhütet hatte, waren nicht geschlossen. In Dänemark glimmte der Funke weiter, der sich zur Flamme entfachen konnte. Bei dem Gegenspiel der Welfen und der albertinischen Wettiner allein blieb es auch nicht. Von Belang war das Eingreifen eines dritten großen Herrschergeschlechtes des norddeutschen Landes, der Hohenzollern.

Dritter Abschnitt.

Kurbrandenburg und Anhalt.

Erst anderthalb Jahre war Friedrich III. Kurfürst von Brandenburg, als Regent aber doch kein unbeschriebenes Blatt mehr. Der sterbende Vater hatte ihn ermahnt, die Regierung in denselben Grundsätzen zu führen, die ihn geleitet hätten; er möge den Ruhm, den er ihm vererbe, bewahren und mehren[1]. So fühlte sich denn der Sohn veranlaßt, die bisherigen Minister im Amte zu behalten, die Meinders, Fuchs, Spanheim und Rhetz, sie alle, die dereinst an den wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen des Hofes lebendigen Anteil nehmen sollten. Mit überwiegendem Einfluß trat jedoch ein homo novus in den Geheimen Rat ein, Eberhard von Danckelmann, Friedrichs Erzieher. Man hat den Grund für diese eigenartige Erscheinung darin gesehen, daß Danckelmann in Einzelheiten eingeweiht war, die sich auf die Expedition des Oraniers bezogen. „So war es nun immer; und so wird es immer sein, daß der Mann, der die wichtigste der vorliegenden Angelegenheiten in seinen Händen hat, ein alle andere Geschäfte beherrschendes Ansehen erlangt[2].“ Das mag stimmen; man muß aber den Fürsten, der ihn in jener stürmevollen Zeit zum dirigierenden Minister erkor, zu der Wahl dieser energischen,

1. Joh. Gustav Droysen: „Geschichte der preußischen Politik.“ Leipzig 1872. Bd. III, Tl. 3, S. 569.

2. Leopold Ranke: „Abhandlungen und Versuche.“ Leipzig 1872, 1. Sammlung, S. 75.

wetterfesten Natur beglückwünschen. Daß jener die Größe des Augenblicks erkannte, bezeugt der damals an den berühmten Publizisten Samuel von Pufendorf ergangene Auftrag, die Geschichte des Gründers der preußischen Macht zu schreiben, eine dankbare Aufgabe für den Verkündiger der Ansicht, daß das Reich ein Monstrum von Staatswesen sei[3].

Das Unterfangen Friedrichs, sich mit der letztwilligen Verfügung des Vorgängers vom 16. Januar 1686 auseinanderzusetzen, kann man als einen Prüfstein dafür ansehen, ob der Geist des Vaters im Sohne fortlebte. Der greise, von der Pflege seiner Gemahlin abhängige Kurfürst hatte hier nicht unbedeutende Gebietsabtrennungen an jüngere Söhne testamentarisch festgesetzt[4]. Zwanzig Jahre früher war dies seine Meinung: „durch zertheillung der Lande fellet die macht..., wie man dan solche exempell ahn dem hausse Sackssen und Anhaldt"[5]. Das Staatswohl hat Friedrich am besten gewahrt, indem er jene Verfügung kassierte. Für die Einheitsidee hatte er allerdings nicht wie Ernst August trübe, schwierige Kämpfe mit den in ihren Aussichten betrogenen Gliedern seines Hauses auszufechten, der Erfolg war in beiden Fällen der gleiche. Das Recht der Primogenitur siegte über das alte Uebel der Erbteilungen[6].

Die auswärtige Politik war dem neuen Kurfürsten in dem „Politischen Testament" vom 19. Mai 1667 vorgezeichnet[7]. Gute Allianzen solle er vornehmlich mit seinen Nachbarn halten. Diese Mahnung war auf das Verhältnis

---

3. Ueber Pufendorf vgl. H. Breßlau in „A. D. B.", Bd. 26, S. 701 ff.

4. Droysen a. a. O. Bd. IV, Tl. 1, S. 14.

5. O. Küntzel u. M. Haß: „Die politischen Testamente der Hohenzollern." Leipzig u. Berlin 1911, Bd. 1, S. 56.

6. Leopold Ranke: „Zwölf Bücher Preußischer Geschichte." Leipzig 1878, 1. u. 2. Bd., S. 400 f.

7. Küntzel u. Haß a. a. O. S. 41 ff.

zum Kaiser, mit dem am 1. April 1686 ein Defensivbündnis auf zwanzig Jahre abgeschlossen war[8], und auf das zu Polen anzuwenden, das mit seiner schwachen Regierung und seiner zu allem fähigen Adelspartei seit der Erstreitung der Souveränität durch den Hohenzollern für den brandenburgischen Staat einen stets beunruhigenden Faktor bildete. Frankreich und Schweden galten als die zu bekämpfenden Feinde. Brandenburgs Beziehungen zu Frankreich hatten sich ebenso wie die Celles seit dem Edikt von Nantes gelockert, Schweden hatte Brandenburgs sehnliche Hoffnungen auf Vorpommern getäuscht. Seit Ludwig XIV. eine katholische Reaktion inaugurierte, stand die nordische Macht bei ihrer Rivalität mit Dänemark ziemlich isoliert da, bis sie sich zu Altona mit Lüneburg zusammenfand. Um so mehr hat der Große Kurfürst bis an sein Lebensende auf die Erwerbung Stettins und der Odermündung gerechnet, jener schwedischen Provinz auf deutschem Boden[9]. Zu den Seemächten England, dessen Bestreben auf eine Beherrschung der Meere gerichtet war, und Holland, dessen wohllebige Mynheers die gebietende Handelsstellung der Hansen an sich gerissen hatten, auch zu Dänemark fühlte sich der Protestant Friedrich Wilhelm hingezogen, sein Nachfolger nicht minder. Lebhaft erkannte Wilhelm von Oranien seines Vetters gute Intention an; daß Norddeutschland für ihn gewonnen sei, „diesen Succeß danke die gemeine Sache dem Kurfürsten“[10].

Der neue Herr ließ sich von den vornehmsten überkommenen Gesichtspunkten rücksichtlich der Machtstellung des Staates leiten. Es zeigte sich jedoch bald, daß seine Individualität einen Wechsel in der Politik verursachte.

---

8. Theodor von Moerner: „Kurbrandenburgs Staatsverträge.“ Berlin 1867, S. 481 ff.

9. Haake a. a. O. S. 11. („Brandenburgische Politik ...“)

10. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 24 ff.

Fuchs deutete bei den Huldigungsakten seinen Namen: Friedenreich. Das harte Wort des Vorgängers: „Oderint, dum metuant!“ verwandelte er vor den märkischen Ständen in ein: „Amabo, dum pareant“[11]. Charakteristisch für diese Friedensvorliebe war Kurbrandenburgs Vermittlungstätigkeit auf dem Altonaer Kongreß. Die Politik, die vor allen Dingen die Erwerbung Vorpommerns ins Auge faßte, versuchte dies Ziel durch diplomatische Unterhandlungen mit Königin Christine zu erreichen. Phantastische Pläne tauchten hier auf[12]. Derweilen regten sich wieder Revanchegelüste Polens; auf den dortigen Landtagen wurden Stimmen laut, die das Lehen Preußen zurückforderten[13]. Man muß sich den Wert Preußens für Brandenburgs Machtentwicklung vorstellen. Der Große Kurfürst nannte es „ein so furnehmes Hertzogtumb das deren keines im Romischen Reich von macht undt stercke ist, undt dahero gleich als ein kostbahres kleinodt zu schetzen“[14]. Gegen Osten und Westen hieß es gerüstet sein. Friedrich war es, der am 22. Oktober 1688 im Magdeburger Konzert den Widerstand des deutschen Nordens gegen Ludwig XIV. organisierte[15]. Vor Bonn erfuhr er Juli/August 1689 das endgültige Scheitern seiner pommerschen Versuche[16]. Der Streit zwischen Dänemark und Holstein-Gottorp hatte seinerseits seinen bedrohlichen Charakter verloren, höchstens bestanden noch Besorgnisse vor Polen. Bei vereinfachter politischer Situation stürmte Friedrich Bonn mit frischen Kräften. Das Unternehmen war von Erfolg gekrönt. Am 12. Oktober, bald nachdem Mainz gefallen, ward die Kapitulation der Festung unterzeichnet[17]. Der eben erst

11. Ebd. IV, 1, S. 274, Anm. 14.
12. Haake a. a. O. S. 22 ff.
13. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 34.
14. Küntzel u. Haß a. a. O. S. 60.
15. Haake a. a. O. S. 48 f.
16. Ebd. S. 124, Anm. 2.
17. Ebd. S. 149.

geklärte Horizont verdunkelte sich sehr bald von neuem. Für den Hohenzollernstaat war der Tod des lauenburgischen Herzogs von gleicher fundamentaler Wichtigkeit, wie der des Pommern Bogislaw, der vor einem halben Jahrhundert eingetreten war. Metternich, der kurbrandenburgische Gesandte am Regensburger Reichstag, erfuhr von dem Ereignis am 3. Oktober und ließ es sofort nach Cölln (an der Spree) melden, wo gegenwärtig Fürst Johann Georg II. von Anhalt als Statthalter residierte[18].

Wenn das Leben Kursachsens durch die Elbe allein bedingt war, so durften die mittleren kurbrandenburgischen Lande aus zwei großen Strömen Nahrung saugen, der Elbe und der Oder. Die Wirtschaftslage war in diesem Gebiete mannigfaltiger als in jenem, in ihrem Wesen aber die gleiche. Sie richtig einzuschätzen und zu verwerten besaßen die sächsischen Johann George nicht die realpolitische Begabung eines Friedrich Wilhelm. Dieser hat Zeit seiner Regierung sein Augenmerk auf die Hebung des Elbhandels gerichtet[19]. Als er 1658 die Schweden aus Holstein verjagte, wurde ihm der imposante Plan eingereicht, sich Glücksstadts zu bemächtigen und sich zum Admiral des deutschen Reichs und der Hansestädte aufzuwerfen. Er hat dem kein Gehör gegeben. Die Tat, die sein später Nachkomme wahr machte, mag auch diesem hochgemuten Hohenzollern als fernes Ziel vorgeleuchtet haben, der richtigen Entwicklung aber vorzugreifen und sich auf die Bahn des Abenteurers zu begeben lag ihm nicht. Der Westfälische Friede sicherte ihm das Herzogtum Magdeburg; für eine Tätigkeit, der Stadt ihre Jahrhunderte alte Handelsgröße

---

18. Metternichs Bericht, Regensburg, 23. Sept. / 3. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

19. Gustav Schmoller: „Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen“ im „Jahrbuch für Gesetzgebung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich.“ N. F. 8, S. 1052 ff. — Auch für das Folgende, wenn nicht anders vermerkt.

wiederzugewinnen, schuf der Friede von Oliva freies Feld. Der Lieblingsort Kaiser Ottos des Großen war vom Meere durch eine ganze Reihe von Zollschranken geschieden: vornehmlich Tangermünde, Sandau und Lentzen auf brandenburgischem Gebiet, Dömitz und Boitzenburg, beide mecklenburgisch, Schnakenburg, Hitzacker und Bleckede, mehr oder weniger als lüneburgische Plätze zu betrachten, zuguterletzt Lauenburg und Hamburg. Es galt nun, die einzelnen Lokalstandpunkte unter der großen Maxime gemeinsamen Interesses zu vereinigen. Brandenburgischerseits predigte man die libertas commerciorum; sie sei eine Forderung des Völkerrechts. Der Elbschiffahrtskongreß[20], der 1662 zu Magdeburg tagte, verlief ergebnislos: die Macht der verschiedenartigen Tendenzen war zu groß. Wir hören dann erst wieder 1669 und 1672 von neuen, Hamburger Zusammenkünften. Auf der letzteren wurde ein Vergleich festgestellt: „Ob des gemeinen Gravamens, daß an den meisten Zollstätten die Rollen erhöht worden, sollen solche auf den alten Fuß vor dem Kriegswesen reduciert... werden." Die Interessenten einigten sich auf Abstellung mancher unhaltbarer Zustände. Eine immer wiederkehrende Klage: „Den Schiffern dürfen keine Geschenke abgedrückt werden." Die mecklenburgischen und lauenburgischen Gesandten reisten klüglich ab, noch ehe sie ihre Unterschrift gegeben hatten. Diese beiden Staaten standen jedweder Einigung im Wege, sahen kleinlichen Sinnes im Elbstrom ein Mittel, sich maßlos zu bereichern. Enttäuschung klang aus einem Briefe[21] des Kurfürsten an den Magdeburger Administrator: er habe sich bis aufs äußerste der Redressierung des zerfallenen Elbhandels angenommen, aber bei dem Widerstande

---

20. Ueber Elbschiffahrtskongresse und -Vergleiche vgl. Theodor von Moerner: „Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601 bis 1700." Berlin 1867, S. 345 ff. u. S. 466 ff.

21. Datiert vom 12. März 1674.

der beteiligten Stände sei nichts zu erreichen. Zwanzig Jahre war es her, daß Julius Heinrich von Sachsen-Lauenburg den Revers unterschrieben hatte, der den Untertanen des Großen Kurfürsten Zollerleichterungen brachte, Julius Franz dachte anders. Je näher die Mündung, desto leichter ließen sich Zollplünderungen inszenieren, da Vergeltung weniger zu befürchten war. Es kam das Jahr 1680, das mit dem tatsächlichen Anfall Magdeburgs an Brandenburg Friedrich Wilhelms Interesse an einer Regelung des Elbhandels zu verstärken geeignet war. In Dömitz fuhr man fort, das längst allerseits beanstandete „Baumgeld" zu erheben. Ein Rezeß, der 1685 auf dem Tage zu Lentzen zu Papier gebracht wurde, wartete vergebens auf Ratifizierung.

Unerschöpflich in seinen Mitteln, wie der Große Kurfürst bei der Verfolgung seiner Pläne war, betraute er schon 1670 Franz Meinders mit einer Sendung an die Sachsen-Lauenburger Regierung. Er war der erste, der bei Julius Franz und seinem Obermarschall Grafen Johann Ernst von Wallenrodt um eine Erbverbrüderung anklopfte. Als Aequivalent schlug er das Fürstentum Halberstadt bzw. das Land Krossen vor. Man war bereits auf ein Projekt übereingekommen, da trat ein Umstand ein, welcher der Angelegenheit eine neue Wendung gab. Es gelang Johann Georg II. von Anhalt-Dessau, den Kurfürsten zu überzeugen, daß Anhalts Ansprüche den seinen vorgingen[22].

Der Vater des Alten Dessauers[23] hatte sich als gereifter Mann eng an den Großen Kurfürsten angeschlossen, von dem er zum Statthalter der Kurmark bestellt wurde. Die Zeit, die starke Machtzentren im Reiche herausbildete, ließ es den schwächeren Ständen geraten erscheinen, Anlehnung

22. Meinders an Friedrich III., Cölln 1./11. Okt. 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

23. Ueber Johann Georg II. vgl. Siebigk in „A. D. B.", Bd. 14, S. 116 f.

an einen starken zu suchen. Die lauenburgischen Askanier schlossen sich an den Kaiser an, die anhaltischen, die ihrer Gebietsteilungen wegen der Stütze noch mehr bedurften, erwählten sich diese in Brandenburg mit seinem guten Heer. Hier hatten Bande des Blutes eine Bedeutung: Henriette Katharina von Oranien, des Großen Kurfürsten Schwägerin, ward Johann Georgs II. Weib. Das alte reichsfürstliche Bewußtsein, das nur Einen Obern anerkannte, den römischen Kaiser, ist dem Anhaltiner dabei nicht abgegangen[24]. Eine glänzende Gestalt, bombastisch, aber ohne Hinterhalt, ein richtiger Außenmensch[25]. 1670 trat er das Seniorat seines Hauses an. Das Recht der Anhaltiner auf Sachsen-Lauenburg ließ er durch Daniel Mithobius von Mithofen erweisen, der 1671 eine „Gründliche Fürstell- und Erweisung, daß die Succession in und an Lauenburg auf den sich begebenden Fall dem fürstlichen Haus Anhalt allein gebühre" veröffentlichte[26]: Johann Georg und seine Vettern seien erbberechtigt, da sie die Deszendenten Bernhards seien, der, wie angenommen wurde, als erster Sachsen-Lauenburg in Besitz gehabt; obendrein existiere eine Erbverbrüderung zwischen Anhalt und Lauenburg aus dem Jahre 1404.

Aus Mithofens Schrift mag der Große Kurfürst Information gezogen haben. Die projektierte Erbverbrüderung ließ er daraufhin fallen[27]. Die mittelbare Folge war ein Vertrag (2. Oktober 1671) zwischen ihm und den Anhaltinern. Diese machten sich für den Fall, daß der lauenburgi-

---

24. Martin Philippson: „Der Große Kurfürst." Berlin 1903, Bd. 3, S. 46.

25. Vgl. Charakteristiken bei Philippson a. a. O. S. 47 u. Beckmann: „Historie von Anhalt", V, S. 263. Beckmanns Lobhudelei ist zu modifizieren.

26. Lünig: „Grundfeste." Leipzig 1717, Tl. 2, S. 384 ff. Eine Auflage von 1689 im B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenburg fasc. 7.

27. Vgl. Anm. 22.

sche Mannesstamm demnächst erlöschen sollte, anheischig, mit dem Kurfürsten oder dessen Nachfolgern einen Erbvertrag einzugehen, „welches hiemit der Art geschieht, daß alsdann, nach Abgang des anhaltischen Mannesstamms, das Kurhaus Brandenburg in Lauenburg succediren soll. Der Kurfürst von Brandenburg will sich hingegen zu dem fürstlichen Haus Anhalt mit einem gleichwichtigen Fürstenthum von seinen Landen setzen". Inzwischen solle der Kurfürst den Fürsten von Anhalt „mit Rath und That beistehen", das Herzogtum Sachsen-Lauenburg in Besitz zu nehmen und es zu behaupten. Als Gegendienst gestatten die Fürsten von Anhalt dem Kurfürsten die festen Plätze des Herzogtums, „solange erforderlich", zu besetzen, den lauenburgischen Elbzoll auf zwanzig Jahre zu genießen, „jedoch" — wie am Schlusse ausbedungen ist — „daß er nach deren Ablauf den Fürsten von Anhalt restituirt werde".

Es ist nicht ohne Interesse, den Vertrag auf die voraussichtliche Einhaltung einzelner Punkte hin zu prüfen. Staatsverträge haben nur einen relativen Wert. Das Prestige der brandenburgischen Politik hätte erfordert, den einmal errungenen Vorteil festzuhalten, den Verzicht des zugestandenen Zolls nach Verlauf von zwanzig Jahren mit machiavellistischer Rücksichtslosigkeit — man mag von der Person ganz absehen — zu verweigern, falls sich eine Modifizierung des Vertrages nicht erreichen ließ. Von der anderen Seite betrachtet: Die vielen Häupter und Stimmen Anhalts hätten nach Verlauf der gesetzten Frist die Wiedererweckung des Elbhandels in Frage gestellt; stieg das Haus währenddes durch einen kraftvollen Willen zu einheitlicher Macht, so war es ebenso in Versuchung geführt, den Vertragsgedanken, der naturgemäß längeren Bestand als der Vertrag selbst forderte, in Zukunft nicht mehr zu respektieren[28]. Die Gesinnung der Kontrahenten aber war dabei

28. Hünickes Bericht, Göhrde, 30. Okt. / 9. Nov. 1689 (Dr. St.,

doch aufrichtig. Was den Anhaltinern den Vertrag als besonders erwünscht erscheinen ließ, war die einen Monat vorher zwischen Kursachsen und Lauenburg geschlossene Erbverbrüderung. Diese veranlaßte auch vornehmlich Mithofens Arbeit, die man in den interessierten Kreisen zu verbreiten bemüht war[29]. Damals (1672) schrieb der wolfenbüttelsche Rudolf August an die Fürsten von Anhalt, er gönne ihnen ihre Gerechtsame „herzlich gerne"; zu ihrer Durchsetzung sei er bereit, ihnen zu „cooperiren"[30].

Das Klügste, was die anhaltischen Askanier tun konnten, war eine Annäherung an ihren lauenburgischen Vetter. Sie verfielen wieder auf eine Erbverbrüderung, jene Art von Staatsverträgen, von denen die lauenburgische Geschichte strotzt. Die Bedenken, die Julius Franz hatte, zerstreute Wallenrodt, jedenfalls bezichtigte man ihn später dessen: nur damit er für seine Person von jedem Teile große Remunerationen erhalte, zumal er jedesmal die Bedingung setze, daß der Vertrag geheim gehalten werde, widrigenfalls er null und nichtig sei[31]. 1678 ward zu Wien die Sache abgemacht. Wenn Julius Franz zwei Jahre darauf nebst Gemahlin und beiden Prinzessinnen mit großem Hofstaat — man überliefert die für jenen Kleinfürsten respektable Anzahl von 153 Personen — beim Dessauer einen Besuch abstattete[32], so gab er seiner geheimen Meinung

Loc. 9444, Vol. II): Bernstorff erklärte, „wie man sich wundern müsse, daß Kurbrandenburg nicht begriffe, was Präjudiz Ihr und Ihrem Hause mit der Zeit daraus entstehen könnte, wenn die lauenburgischen Lande an die Fürsten von Anhalt kämen".

29. Johann Georg, Viktor Amadeus und Wilhelm an Rudolf August, 8./18. Jan. 1672 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 2).

30. Rudolf August an Johann Georg usw., 17./27. Jan. 1672 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 2).

31. Canitz' Bericht, Hamburg, 7./17. Okt. 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

32. Beckmann a. a. O. S. 256. Der Besuch erfolgte am 20. März 1680.

öffentlich einen nicht mißzuverstehenden Ausdruck. Imponierender Glanz gab der letzten Erbverbrüderung einen besonderen Wert. Von wesentlicher Bedeutung schien es auch zu sein, daß der cellische Georg Wilhelm auf des Dessauers Ansuchen diesen in der Erlangung des lauenburgischen Besitzes zu unterstützen versprach[33]. Nicht sicher, aber gut möglich, wenn nicht wahrscheinlich ist es, daß der kluge Welfe damals eigene Absichten unter der Maske des uneigennützigen Freundes geflissentlich verbarg.

Am 7. Januar 1681 ward der brandenburgisch-anhaltische Pakt vom 2. Oktober 1671 erneuert[34]. Im großen ganzen bleiben dieselben Stipulationen. Anhalt verspricht, den Zoll nach zwanzigjähriger Nutznießung der Gefälle durch den Kurfürsten gemäß den Reversalen des Herzogs Julius Heinrich zu handhaben. Oben angedeuteten Gelüsten der vertragsmäßig als spätere Nutznießer anerkannten Fürsten war damit von vornherein ein Riegel vorgeschoben. Im März desselben Jahres gab der Kurfürst seinerseits die bindende Erklärung ab, die Vertragsgenossen gegen jegliche „Prätendenten und Turbanten", die sie wegen des Erbfalles in ihren eigenen Landen angreifen würden, kräftigst unterstützen zu wollen[35].

Diese Elbhandelspolitik, wie wir sie aus Staatsverträgen und einzelnen Briefen zu erkennen vermögen, gedachte Friedrich, getreu seinen Grundsätzen, fortzuführen. Bald nachdem er zur Regierung gekommen, am 10. Mai 1688, konfirmierte er die Pakte von 1671 und 1681 und den zugehörigen Revers[36]. Der Dessauer, der seit einigen Jahren

---

33. Georg Wilhelm an Johann Georg II., Göhrde, 6./16. Okt. 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2). Die Zusage erteilte Georg Wilhelm im Jahre 1679.

34. Moerner a. a. O. S. 415 f.

35. Revers vom 8. März 1681, abgedruckt bei Moerner a. a. O. S. 416.

36. Moerner a. a. O. S. 499.

allein die Rechte seines Gesamthauses zu beobachten ermächtigt war[37], mag darauf hingewirkt haben. Kein Wunder, daß er so schnellen Erfolg hatte, galt er doch für den erklärten Günstling des neuen Herrn. In früheren Jahren war er mit dem Kurprinzen zerfallen. Der von diesem in jugendlichem Leichtsinn ausgestellte geheime Schwiebuser Revers, bei dem der Dessauer die Hände im Spiele hatte, kettete die beiden Fürsten eng aneinander[38]. Neben dem Senior ihres Hauses traten der sozialpolitisch veranlagte Viktor I. Amadeus von Bernburg, Karl Wilhelm von Zerbst und naturgemäß auch der unmündige Emanuel Lebrecht von Köthen völlig in den Hintergrund. Auf seine Veranlassung stellte Friedrich alsbald eine Order aus, durch welche die magdeburgischen Kreisvölker dem Hause Anhalt gemäß dem Pakt von 1681 für eine militärische Besetzung des Herzogtums Lauenburg zur Verfügung gestellt wurden[39]. Bei Eintritt des Todesfalles konnte der Statthalter sich ihrer ohne weitere Formalitäten bedienen. Ein Aufgebot von 120 Mann unter Hauptmann von Treskow schien genügend, dem Anspruche auf das verwaiste Land Geltung zu verschaffen; sie hatten sich an den Hof- und Legationsrat Friedrich Rudolf von Canitz zu halten[40], der gleichzeitig nach Ratzeburg entsandt wurde, angeblich, um die Römermonate einzuziehen, die das lauenburgische Land bei gegenwärtigem Kriegszustand an Brandenburg zu entrichten von Reichs wegen gehalten war[41]. Schon einmal war Canitz

---

37. Die wolfenbüttelschen Geheimen Räte an die cellischen, 24. Okt. / 3. Nov. 1689 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 2).

38. Philippson a. a. O. S. 48.

39. Order Friedrichs III., Cölln, 17./27. Mai 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb.. fasc. 2).

40. Instruktion für Bornstedt, 28. Sept. / 8. Okt. 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

41. Johann Georg II. an Friedrich III., Cölln, 28. Sept. / 8. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

1689 an der Niederelbe diplomatisch tätig gewesen, zu Altona. Aus der vormals geübten Neutralität galt es jetzt herauszutreten und die Schwingen des Hohenzollernaars zur Entfaltung zu bringen. Man war darauf gefaßt, eine Auseinandersetzung mit Kursachsen bestehen zu müssen. Derartige Erwägungen stellte Franz von Meinders, der in Cölln dem Statthalter assistierte, an die Spitze eines Aufsatzes[42], welcher die durch den Tod des letzten Lauenburgers geschaffene politische Lage beleuchtete. Jetzt sei die Gelegenheit da, den Elbhandel in Aufnahme zu bringen und die von Braunschweig-Lüneburg und Mecklenburg anmaßlich gemachten Neuerungen zu hintertreiben, weil der lauenburgische Zoll der letzte und nächste an Hamburg sei. Unheil bringe es, wenn ein mächtiger Nachbar sein „Domus potens" durch die Erwerbung Lauenburgs noch mächtiger mache; Kursachsen bekomme eine Stimme im Fürstenrat zu Regensburg, eine Position an der Unterelbe und ein neues Suffrag beim niedersächsischen Kreise. Mit keinem Worte zieht Meinders die Möglichkeit welfischer Gelüste in Betracht. Am Ende hatten aber auch die Berater des Statthalters geringen Einfluß auf den Gang der Ereignisse. Meinders' politische Rolle war seit dem Bruch mit Frankreich ausgespielt, sein Kollege, Ezechiel Spanheim, der hochgebildete ehemalige Gesandte am Hofe Ludwigs XIV., war es nach seinen eigenen Worten zufrieden, „den rechten Weg zu gehen, der besteht in der Pflichterfüllung und in der Unterordnung unter die Befehle und Ziele seiner Herren"[43].

In der Stadt Lauenburg mußte Canitz nun erfahren, daß Zapf für Kursachsen ihm zuvorgekommen sei[44]. Dessen-

---

42. Meinders an Friedrich III., Cölln, 1./11. Okt. 1689 (B. St., Rep XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

43. Ueber Meinders und Spanheim vgl. Bernhard Erdmannsdörffer in „A. D. B.", Bd. 21, S. 220 bzw. H. v. Petersdorff in „A. D. B.", Bd. 35, S. 50 ff.

44. Die Einzelheiten der Besitzergreifung usw. in Marecs'

ungeachtet nahm der anhaltische Hofrat David Cassius auf der Amtsstube und im Ratshaus trotz feierlichster Proteste von Amtsschreiber und Bürgermeister das Herzogtum symbolisch in Besitz. Im Zollhaus ließ sich der Zollinspektor auf Zureden bereit finden, Handschlag zu leisten, „soweit es seine Pflicht und Gewissen zuließe, Ihrer hochfürstlichen Durchlaucht zu Anhalt treu und hold zu sein". Das geschah am 10. Oktober. Am folgenden Tage gaben sich die Abgesandten ein Rendezvous im Dorfe Schmilau, das eine halbe Meile von Ratzeburg entfernt liegt. Da man eine lüneburgische Abteilung von 200 Mann auf dem Marsche dorthin erblickte — es war der Tag der geglückten welfischen Invasion —, sandte man aus, das Terrain zu rekognoszieren. Auf dem Felde traf Canitz den Landmarschall von Bülow auf Gudow. Der Sprecher der lauenburgischen Stände war auf die „lacheté" Forsts und Classens schlecht zu sprechen, die sich Kursachsen unüberlegt verpflichtet hätten. Demgegenüber pries er selbstgefällig die Ritterschaft, welche die Entscheidung kaiserlicher Majestät und des Reiches erwarte und die bisherige Regierung, da sie in Kursachsens Abhängigkeit stehe, nicht weiter zu respektieren gesonnen sei. Er wahrte auch das Gesicht, als Canitz die Gelegenheit benutzte, Anhalts „sonnenklares und unstreitiges Recht" vorzustellen. Im Laufe des Gespräches wurde auch das Einrücken lüneburgischer Truppen gestreift; es geschah in einer Weise, die ein tieferes Verständnis für welfische Intentionen vermissen ließ. Die Kunde von dem Handstreich auf Ratzeburg drang in das brandenburgische Lager, allzugroße Bedenken verursachte sie aber nicht. „Morgen, will's Gott", so erklärte Canitz, „werde ich hineinfahren." Ihm ward jedoch wie seinen Helfern, wie ins-

---

Notariatsinstrument (Londorp a. a. O. XVI, S. 398) und Canitz' Berichten, Schmilau, 1./11. Okt.; Büchen, 4./14. Okt.; Hamburg, 7./17. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

besondere Cassius, der Eintritt in die Stadt vom lüneburgischen Kommandanten verwehrt. Am 13. Oktober tagten die Stände in der Kirche zu Büchen. Daselbst überreichte ihnen Cassius eine „Proposition“ seines Fürsten, ihn als Landesherrn anzuerkennen; er biete ihnen seinen Schutz dafür an. Canitz sekundierte dem Abgesandten: Widerstrebten die Stände, so wolle sein Heer Anhalt zu seinem Rechte verhelfen. Gleichzeitig tat er Erinnerung wegen der kaiserlichen Assignation auf Lauenburg. Er verquickte geschickt die beiden Angelegenheiten, indem er eine sofortige positive Antwort verlangte, widrigenfalls er, wenn auch in höflicher Form, Zwangsmaßregeln in Aussicht stellte. Nicht minder geschickt reagierten die Stände, die sich keineswegs einschüchtern ließen. In Erledigung des ersten Punktes lautete am folgenden Tage ihre „Resolution“, den neuen Herren erwarteten sie vom Kaiser. Bülows mündlicher Bescheid in der Assignationsfrage trennte diese vorderhand von der Angelegenheit der Erbfolge[45]. Bei der lüneburgischen Sperre über das Herzogtum fand es Canitz ratsam, seinen Aufenthalt in Hamburg zu nehmen, um wenigstens in der Nähe zu bleiben, während sich Cassius zu Schiff nach Hadeln weiterbegab, zu retten, was noch möglich. Für Canitz war ein Meinungsaustausch mit den Gesandten anderer, interessierter Staaten das Gegebene. Ehrenschild, der Däne, markierte einen Standpunkt, als ob ihn die Sache wenig angehe. Fabricius wollte an der Mittagstafel des Gottorper Herzogs nicht zugeben, daß sein Herr Absichten

---

45. Classen hat später (Lübeck, 6./16. Jan. 1691) in einem Schreiben an Johann Georg III. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V) behauptet, daß damals in der Ritterschaft eine anhaltische Partei existierte, der auch Bülow und Oberhauptmann Perkentin angehörten. Diese habe eine Heirat zwischen einer der lauenburgischen Prinzessinnen und dem Prinzen von Anhalt-Dessau vorgeschlagen, weswegen sich auch Bülow nach Schlackenwerth begeben habe.

im Schilde führe, die über die Wirksamkeit des Kreisobersten hinausgingen.

In der kurfürstlichen Residenz hatte man allerdings gleich, als die erste Kunde von dem lüneburgischen Hervortreten anlangte, Lunte gerochen. Die Gründe, die Meinders gegen eine Festsetzung Kursachsens an der Niederelbe ins Feld führte, richteten sich jetzt gegen Georg Wilhelms Unternehmen. „Sollte man gedachtem Herzog auf diese Weise nach seinem Belieben zu verfahren verstatten, so würde Ihro und dem fürstlichen Hause Braunschweig dadurch nicht allein abermalen eine große Macht zuwachsen, sondern demselben auch das Arbitrium rerum im Niedersächsischen Kreise fast cum absoluta potestate und mehr, als ein römischer Kaiser sich dessen anmaßt, in die Hände fallen.“ Es war dem Statthalter versagt, alsobald einen folgereichen Entschluß zu fassen, da der Kurfürst mit seinen einflußreichsten Ministern, Danckelmann und Fuchs, in Bonn, danach in der vom Glanze Caesars umflossenen Rheinresidenz Kleve weilte[46].

Ein Schreiben Danckelmanns vom 13. Oktober versicherte Anhalt wohl, daß der Kurfürst den Pakt mit ihm einzuhalten entschlossen sei[47]. Der junge, zukunftsreiche calenbergische Diplomat Johann Caspar von Bothmer, der sich in der Umgebung Friedrichs befand und das besondere Vertrauen der Kurfürstin Sophie Charlotte genoß[48] — neben Sophie Charlottens hannöverschen Neigungen mag Bothmers „humeur douce et bienfaisante“[49] ihre Wirkung ausgeübt

---

46. Johann Georg II., Meinders und Spanheim an Friedrich III., Cölln, 2./12. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

47. Danckelmann an Johann Georg II., Bonn, 3./13. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

48. R. Doebner: „Briefe der Königin Sophie Charlotte von Preußen . . .“ in „Publikationen aus den K. Preuß. Staatsarchiven“. Leipzig 1905, Bd. 79, S. VIII.

49. Bodemann a. a. O. S. 159.

haben —, hatte von Georg Wilhelm Weisung, zu verhindern, daß „man allda... zu hitzigen consiliis zu schreiten Anlaß nehmen sollte". Die Verschleppungstaktik, welche die Welfen gegenüber Kursachsen beobachteten, gedachten sie auch gegen das verschwägerte Hohenzollernhaus einzuschlagen. Sie wünschten sich in Güte zu einigen, „wann man nur dem Werke ein wenig Zeit gönnen" würde[50]. Die nächste Instruktion wies Bothmer an, auf Grund ihm schriftlich zuteil gewordener Information den Hof von lüneburgischen Rechtsansprüchen mündlich in Kenntnis zu setzen, dabei keinem Minister die Informationsschrift „ad actum legendi" zu leihen. Was die vor zehn Jahren dem Dessauer in der lauenburgischen Erbfolgefrage zugesagte lüneburgische Unterstützung betreffe, so müsse man in Kleve einsehen, daß das Welfenhaus „um eines fremden Interesse willen sein eigenes zu abandonnieren sich nicht entschließen könnte"[51].

Es ist eigenartig, wie die brandenburgischen Staatsmänner gegen den lüneburgischen Antagonismus die Augen verschlossen. Seitdem im Westfälischen Frieden der wohlgerüstete Arm des Großen Kurfürsten bei der Aufteilung der geistlichen Fürstentümer den Löwenanteil erlangt hatte, während dem zersplitterten Welfenstamme Hildesheim, Minden und Halberstadt entgangen waren, war zwischen den beiden Herrschergeschlechtern eine Spannung eingetreten. Sie zu heben war der Zweck des Defensivbündnisses, das am 2. August 1684 zwischen Welfen und Hohenzollern zustande kam, und die Vermählung der calenbergischen Prinzessin Sophie Charlotte mit dem brandenburgischen Kurprinzen am 28. September desselben Jahres[52]. Als nun die pro-

50. Instruktion für Bothmer, 4./14. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

51. Instruktion für Bothmer, Göhrde, 7./17. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

52. Paul Zimmermann: „Brandenburg und Braunschweig." Hohenzollern-Jahrbuch. Berlin u. Leipzig 1905, S. 235 f.

testantische Kurstimme von Pfalz-Simmern an die katholische Linie Pfalz-Neuburg fiel, riet der Große Kurfürst dem calenbergischen Herzog, sich um eine Kur, die neunte, zu bewerben. Der Protestant Friedrich Wilhelm befürchtete eine Gefährdung seines Bekenntnisses, jenem Fürsten aber, der in seinem Machtstreben das Primogeniturstatut glücklich unter Dach und Fach gebracht hatte, erschien die Kur als die Krönung seines ganzen Lebenswerkes[53]. 1689, zu Beginn des Jahres, gab Friedrich III. in Hannover dem Schwiegervater persönlich das Versprechen, alles zu tun, um ihm die Kurwürde zu gewinnen[54]. Trotzdem sich Celle Boitzenburgs bemächtigte, Calenberg den Schwiegersohn in der Frage der Winterquartiere schikanierte, fuhr dieser fort, sich „in söhnlicher Affektion" für die Errichtung der Kur zu verwenden. Ungehört verhallten die Worte des Reichsvizekanzlers zum brandenburgischen Gesandten Nikolaus Bartholomäus Danckelmann: „Der Kurfürst tut für Hannover mehr als ein Bruder dem andern tun möchte, aber Ihr werdet für solche Güte schlechten Dank bekommen[55]."

Da wird Mitte Oktober das neue Vorgehen Georg Wilhelms in Kleve ruchbar. Fuchs würdigt es in seinem Exposé vom 19. Oktober[56] wohl: „Des Herzogen Verfahren ... ist fast ohne Exempel und von großer Wichtigkeit und Konsequenz", ebendort sieht er aber vornehmlich in Kursachsen den Rivalen, der es auf Waffengewalt ankommen lassen möchte. Nur in diesem Sinne spricht er von einem unsäglichen Schaden für das gemeine Beste, für „die gute Apparenz, so jetzo ist, das Reich von dem französischen Joch zu befreien und in eine beständige

53. Clemens Schwarte: „Die neunte Kur und Braunschweig-Wolfenbüttel." Münster 1905, S. 6 f.

54. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 36.

55. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 48.

56. Fuchs an Johann Georg II., Kleve, 9./19. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

Sicherheit zu setzen". Weiter fürchtet er, „daß Kursachsen, wenn dieses sich von uns pressiert sehen sollte, sich mit Lüneburg und wohl gar mit Schweden zusammensetzen möchte". Aus dieser gefährlichen Situation sieht er zwei Auswege: Sequestration oder Interimsvergleich mit Kursachsen, durch den sie eine gemeinsame Besitzergreifung vereinbarten, gemeinschaftliche Regierung und Verwaltung, Teilung der Einkünfte, bis ein rechtlicher Ausspruch entscheide. Der erste Ausweg, die Sequestration, scheint ihm nicht ratsam; sie auszuführen kämen doch nur die Kreisdirektoren oder der Kaiser in Betracht, und da sei zu bedenken, daß Kursachsen, Dänemark und Brandenburg ihrerseits Lüneburg und Schweden nimmermehr als Sequestratoren zulassen würden — man beachte diese Mächtegruppierung! —, daß aber auch der Kaiser als Sequestrator nicht akzeptabel sei, denn „wenn derselbe einmal die avantage eines so wohl situierten Landes gekostet und einen festen Fuß im Niedersächsischen Kreis gesetzet", so würde ihm schwer fallen, daraus wieder zu weichen. Auch bestünde für solch kaiserliches Eingreifen bei den Reichsständen keine Neigung, wie der Jülich-klevische Erbfolgestreit am besten dartue. „Aus diesen erheblichen Konsideraten finden wir das zweite Mittel, nämlich den oberwähnten Interimsvergleich, unstreitig besser zu sein, denn dadurch würde die jetzige Verbindung wider Frankreich und insonderheit die Ruhe im Niedersächsischen Kreise beibehalten." Verließen dann die Welfen nicht freiwillig das Herzogtum, „sollte es Kursachsen und uns leicht fallen, sie heraus zu treiben". Zieht man das Resumé, so wird ein Widerstand Braunschweigs nur als sekundär in Betracht gezogen. Alles Heil erwartet Fuchs aus dem guten Einvernehmen mit Kursachsen: dies bleibt immer die Hauptsache. Daneben wird die Erhaltung der Einmütigkeit unter den Bourbonengegnern als erstrebenswertes Ziel hingestellt. Dem entspricht es auch, wenn Fuchs seinem Schwiegersohn Wolfgang von

Schmettau, dem brandenburgischen Gesandten in der Themsestadt, Anweisung gab, daselbst vorstellig zu werden, daß Wilhelm von Oranien mit den Welfen ein energisches Wort rede, auf daß Brandenburgs und Braunschweigs Bündnistreue gewahrt bleibe[57]. Die Stimmung, die damals zu Kleve herrschte, charakterisierte Bothmer dahin, er habe „noch zur Zeit keine sonderliche Hitze in diesem Werke gespüret"[58].

Das Einvernehmen zwischen Kursachsen und Brandenburg, für das Fuchs eine Lanze brach, schien damals gerade durch Vorkommnisse auf dem Regensburger Reichstage getrübt zu sein, Vorkommnisse von unfreiwilliger Komik, welche die alte Reichsverfassung nicht eben loben. Der bizarre Baron von Miltitz nahm am 5. Oktober im fürstlichen Konklav den lauenburgischen Sitz für Kursachsen in Anspruch. Die fürstlichen Direktoren erklärten diese Besitzergreifung voti et sessionis für ungültig, da sie „contra Stylum" geschehen sei, denn der Abgesandte habe sich beim kurmainzischen Direktorium noch nicht gebührend legitimiert. Metternich, der als brandenburgischer Gesandter zugleich Anhalt vertrat, fühlte sich zum Ueberfluß noch zu einem Protest bewogen, wie auf dem Regensburger Reichstage eben keine Handlung ohne feierliche Proteste vor sich ging. Am 14. Oktober erschien Exzellenz Miltitz in langem schwarzen Mantel im Re- und Correlationssaal und besetzte nochmals den Platz, nicht ohne Protest gegen das Vorgehen des kurmainzischen Direktoriums, das ihm den Legitimationsschein verweigere. Auch Metternich protestierte wieder. Vor dem Wortschwall der beiden Redner stob alles auseinander, Gesandte und Sekretäre. Drei Tage

57. Instruktion für die kurfürstlichen Minister zu . . . London usw., Kleve, 9./19. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

58. Bothmers Bericht, Kleve, 11./21. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

später erneuerte sich das Treiben. Als Metternich den Re- und Correlationssaal betrat, rief ihm Miltitz mit Stentorstimme zu, er protestiere gegen ihn als lauenburgischen Bevollmächtigten. Jener, es schicke sich nicht, daß hier ein Bureau d'Advocats aufgemacht werde. Man hörte schließlich nichts als Protestieren, Reservieren und Kontradizieren. Nunmehr riß Metternich den besiegelten Ansagezettel Kursachsens vom lauenburgischen Platz und ließ sich selbst dort nieder, wodurch seines Kollegen Aufregung wuchs: er respektiere Metternich als brandenburgischen Minister, sonst ließe er ihn von dem Platze wegziehen. Gegenrede folgte, die Szene wurde immer turbulenter, Kanzlisten mischten sich in den Streit. „Kerl, halt das Maul!", rief Metternich dem einen zu. Als er im fürstlichen Konklav den Ansagezettel gleichfalls herunterriß, nannten das die Bedienten des Erbmarschalls, die, wie sich danach herausstellte, von Miltitz bestochen waren, eine Freveltat. Der eine verzog sich bei Zeiten, den anderen zu verprügeln machte Metternich alle Anstalt. Es ist bezeichnend, daß sich in der von Metternich selbst verfaßten Relation die Stelle findet: „Und wurden dergleichen harte Worte, wie der Herr kursächsische Gesandte gebrauchet, auf einem Reichskonvent schwerlich sein gehört worden." Der Vorgang verursachte bei den beteiligten Kabinetten eine gewisse Aufregung. Was aber das Wichtigste, eine vernünftige Tagung des Fürstenstandes war unter solchen Umständen ausgeschlossen. Eine Konferenz der kaiserlichen Kommission mit den Direktoren der Kurfürsten und Fürsten beschloß, beide Prätendenten sollten einstweilen das lauenburgische Votum ruhen lassen. Anhalt erklärte sich dazu unter der Bedingung bereit, daß Kursachsen das Gleiche tue. Der kursächsische Gesandte aber ließ sich nicht undeutlich vernehmen, wenn man gleich tausend Beschlüsse fasse, so werde er sich daran nicht kehren[59]. Zinzendorff beklagte

59. Regensburger Gesandtschaftsberichte, 25. Sept. / 5. Okt.,

sich in Augsburg beim Mainzer Erzbischof über die Verweigerung des Legitimationsscheines und erinnerte an die Verdienste seines Herrn um Stadt und Erzstift Mainz. Es lag an der Mannigfaltigkeit der immer neu aus dem Boden sprießenden Ansprüche, daß eine positive theoretische Entscheidung von einem Tage zum andern unmöglich herbeigeführt werden konnte[60].

Auf brandenburgischer Seite sieht man das Bestreben, mit dem Rivalen auf der Fürstenbank in Regensburg zu einer Einigung zu gelangen. Den Fürsten von Anhalt, der sich die Insignien des Lauenburgers und den Titel eines Herzogs von Sachsen, Engern und Westfalen zuzulegen wünschte[61], bat Fuchs davon Abstand zu nehmen, da Kurbrandenburg auf dem bevorstehenden Augsburger Kollegialtage und Wahlgeschäft viele Angelegenheiten im Einverständnis mit dem evangelischen Kursachsen vorzunehmen habe — man denke an die Unterstützung der hannöverschen Bewerbung um die Kur! Eine kraß verkehrte Situation, daß der Mann, der dem schwiegerväterlichen Genossen behilflich ist, mit einem anderen bei eben dieser Gelegenheit eine Verbindung sucht, nur um jenem zuguterletzt einen Hieb versetzen zu können. „Muß ich nicht unbillig befürchten, daß wenn ich solche Titel Ew. Durchlaucht jetzo sofort hautement beilege und mich dadurch öffentlich wider Kursachsen in dieser Sache deklarieren sollte, daß solches das Vertrauen und die nötige Kommunikation bei diesem Kollegialtags-negotio merklich behindere, wo nicht gar bei Kursachsens und meiner persönlichen Anwesenheit zu Augs-

---

2./12., 4./14., 7./17., 9./19. u. 16./26. Okt. (Londorp a. a. O. XVI, S. 392 ff.; Dr. St., Loc. 9443, Vol. I; Wm. St., Rep. A, Nr. 2184; B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

60. Zinzendorffs Bericht, Augsburg, 10./20. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

61. Johann Georg II. an Friedrich III., Cölln, 5./15. Okt. (B St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

burg einige Verdrießlichkeit zwischen uns erregen möchte, dannenhero denn Ew. Durchlaucht mich hoffentlich nicht verdenken werden, wenn ich mit solchen Titulaten noch in etwas an mich halte[62]." Die Folge dieses Winkes war, daß der anhaltische Kammerdirektor von Wülcknitz dem Kurfürsten von Sachen in Leipzig ein Handschreiben seines Herrn überbrachte, das durch besondere Höflichkeit ausgezeichnet war[63].

Wenn Friedrich III. dem Dessauer seine Anerkennung ausspricht, daß er bei dem lüneburgischen Gewaltstreich Treskows Truppen noch zurückhalte[64], so ist das wiederum so zu verstehen, daß der Hohenzoller die Welfen nicht ganz durchschaute, sie zugleich, so widersinnig es hier klingen mag, nicht fürchtete. Canitz erhielt Auftrag, an den Celler Hof zu reisen, dort wegen der Winterquartiere vorstellig zu werden und bei dieser Gelegenheit Anhalts Interesse wahrzunehmen[65]. Statt seiner ging ins Lauenburgische der magdeburgische Ratspräsident Ackenhausen, „allermaßen er von der Niedersächsischen Landen Beschaffenheit, weil er einige Jahre in des verstorbenen Herzogs Diensten gestanden, gar gute Information hat, auch sonsten ein geschickter und in studiis et rebus Germaniae wohlgeübter Mann ist"[66].

---

62. Friedrich III. / Fuchs an Johann Georg II., Kleve, 9./19. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

63. Wülcknitz' Bericht, Leipzig, 13./23. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

64. Friedrich III. an die kurbrand. Geh. Räte, Kleve, 9./19. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2). Am 2./12. Okt. versicherte Johann Georg II. dem Kurfürsten, daß er „sorgfältig beobachten werde, daß Ew. Kurfürstlichen Gnaden Soldatesque und Waffen nicht temerairement hierbei engagiert werden mögen".

65. Johann Georg II. an Friedrich III., Cölln, 5./15. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

66. Die kurbrandenburg. Geh. Räte an Friedrich III., Cölln, 8./18. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

Canitz langte gleichzeitig mit Hünicke, am 28. Oktober, in Göhrde an. Als er dem Herzog Georg Wilhelm aufwartete, warf sich dieser im Biedermannstone in die Brust. „Ihre Durchlaucht“, lesen wir in des Abgesandten Relation, „bezeugten bei Gott und Ihrer Ehre, daß Sie hierunter wissentlich nichts vornähmen, aus einer bloßen Begierde etwas zu akquiriren, sondern weil Sie vollkommen glaubten, daß Sie es mit gutem Fug tun könnten. Zumalen alle Reichskundige und Rechtsgelehrte, die Sie darüber befragt, einhellig beteuerten, daß unter allen Beweistümern, so noch zur Zeit von den hohen Prätendenten an Wege gebracht worden, das Haus Braunschweig-Lüneburg die stärkste und beste für sich hätte.“ Nachher machte Canitz Bernstorff darauf aufmerksam, daß durch Zwistigkeiten zwischen den Verbündeten mehr Schaden angerichtet werde, als das strittige Fürstentum es verdiene, und schlug Auswege vor, wie sie in Cölln und Kleve erörtert wurden, die aber Bernstorff für unpraktikabel hielt. Dem cellischen Premier sprang der holländische Gesandte Freiherr von Heekern bei, stand doch eine Allianz Celles und der Generalstaaten vor der Tür! Könne Anhalt denn nicht durch Geld befriedigt werden? Canitz erwiderte, sein Fürst prätendiere das Land und kein Geld. Das einzig Erfreuliche, was er melden konnte: Boitzenburg sei nunmehr wieder evakuiert[67]. Natürlich, denn die cellischen Truppen waren von dort nach Ratzeburg marschiert[68]. Ein paar Tage war man in Göhrde perplex, weil Bothmer berichtete, daß der Kurfürst von Brandenburg seine Reise nach Augsburg eingestellt habe, was man dahin deutete, er wolle in der lauenburgischen Angelegenheit straffe Saiten aufziehen. Daraus schöpfte Canitz Hoffnung, bald aber fühlte er sich wieder hingehalten. Weil der lauen-

---

67. Canitz' Bericht, Göhrde, 19./29. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

68. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 49.

burgische Landmarschall Bülow schrieb, daß die Ritter- und Landschaft die hundert Römermonate, eine so unerträgliche Last sie dem Herzogtum auch seien, am 10. November in Hamburg zu zahlen beabsichtigten[69], so kam ihm sehr gelegen, daß der Statthalter ihn ebendorthin zurückbeorderte[70].

Inzwischen waren partikulare Interessen im Werke, die bei der Vielheit der anhaltischen Fürsten der ganzen Angelegenheit eine für Brandenburg ungünstige Richtung geben konnten. Anton Ulrich, der eifrig bemüht war, Walkenried an den Mann zu bringen, brachte dies Stiftsamt, das mit Sitz und Stimme im obersächsischen Kreise ausgestattet und für Anhalt beträchtlich wertvoller als für Kursachsen war, am 1. November auf einer geheimen Zusammenkunft mit seinem Nachbar Viktor Amadeus als Kompensationsobjekt unverbindlich in Vorschlag, nachdem die Gegenpartei hatte durchblicken lassen, daß sie für eine Geldabfindung schlechterdings nicht zu haben sei. Johann Georg, so erklärte der Bernburger, habe nur den vierten Teil zu beanspruchen; mache er Schwierigkeiten, so möge man mit den übrigen Gliedern seines Hauses allein zu einem Schlusse kommen. Er versprach, sich innerhalb vierzehn Tagen durch einen Rat in Wolfenbüttel erklären zu wollen[71]. Wenn er gegebenenfalls die Sache auch gegen den Dessauer durchzuführen willens war, so entsprach er den Intentionen der Welfen, die nach dem alten Spruche Divide et impera! den Fürsten des anhaltischen Hauses durch getrennte Verhandhandlungen ihre Prätensionen abzugewinnen dachten. Auch Celle war dafür, den Dessauer möglichst aus dem Spiel

69. Bülow an Canitz, Gudow, 27. Okt. / 6. Nov. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

70. Canitz' Bericht, Göhrde, 29. Okt. / 8. Nov. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

71. Die wolfenb. Geh. Räte an die cellischen und calenberg., 24. Okt. / 3. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 2).

zu lassen, denn, wie die Geheimen Räte richtig bemerkten, dieser würde unter Brandenburgs Druck Einigungsversuche seiner Vettern zunichte machen. Als die Frist von zwei Wochen ergebnislos verstrichen war, empfahl Wolfenbüttel, ganz seiner Rolle entsprechend, den Fürsten von Bernburg und Zerbst ein paar blankenburgische Aemter, etwa Elbingerode und Stiege, anzubieten[72]. Da erhob Hugo erfolgreich seine gewichtige Stimme und warnte vor jeglicher Uebereilung; erst solle einmal die Rechtsdeduktion fertig sein[73].

Bei diesen Vorgängen wird man die Erwägung nicht unterdrücken können, ob denn die Anhaltiner gut taten, sich so eng an Brandenburg zu halten, oder wenigstens, die lauenburgische Angelegenheit mit ihm gemeinsam zu betreiben. Da Anton Ulrich sehr viel daran gelegen war, das wolfenbüttelsche Land abzurunden, war allem Anschein nach eine Ausdehnung des anhaltischen Fürstentums westwärts ins Blankenburgische durch gesonderte Verhandlungen zu erreichen. Für Brandenburg war diese Möglichkeit von vornherein undiskutierbar, da es ihm unter allen Umständen ausschließlich auf Hebung des Elbhandels und die davon abhängende Blüte Magdeburgs ankam. Wenn Viktor Amadeus auf der Blankenburger Zusammenkunft vertraulich eröffnete, daß mit dem Kurfürsten von Brandenburg Lauenburgs wegen nicht die geringste Abmachung getroffen sei, so beabsichtigte er dadurch wohl seinen Mitbewerber irre zu machen; wir aber hören aus diesen Worten auch den Wunsch, ohne Brandenburg und ohne dessen für ihn recht zweifelhafte Unterstützung den Gewinn einzuheimsen. Am

72. Die cellischen Geh. Räte an die wolfenb., Göhrde, 29. Okt. / 8. Nov.; die wolfenb. Geh. Räte an die cellischen und calenb., 9./19. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 2).

73. Hugo an die wolfenb. Geh. Räte, Hannover, 12./22. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 2).

Ende gab der Bernburger doch diesen Weg auf — es bleibt zweifelhaft, weswegen er Bedenken hatte —, identifizierte sich vielmehr mit seinem Dessauer Vetter.

Der Briefwechsel zwischen Fuchs und Johann Georg II. tut dar, wie sehr Brandenburg und Anhalt in der Behandlung der lauenburgischen Frage differierten. Zog Fuchs einen Interimsvergleich mit Kursachsen einer Sequestration entschieden vor, so wollte Anhalt „unvorgreiflich dafür halten, daß es endlich zuträglicher sein möchte, es dazu (zur Sequestration) kommen zu lassen, als daß das Land von Kursachsen oder dem fürstlichen Hause Braunschweig okkupiert und genossen werden sollte“[74].

Ueber die zu Kleve herrschende Stimmung informieren Bothmers Berichte. Der englische Gesandte äußerte zum calenbergischen, daß seines Erachtens zur Vermeidung aller Ungelegenheiten seines Königs Vermittlung am Platze sei. Er schlüge vor, den Status quo wiederherzustellen; geschehe es aus Liebe zum allgemeinen Besten, so könne es nicht präjudizieren. Bothmer, der die Empfindung hatte, daß der Engländer unter einer Decke mit Brandenburg stehe, erwiderte, Dänemark und Brandenburg, welche die Sache gar nichts anginge, müsse man vor Weitläufigkeiten warnen. Danckelmann beendete den Diskurs, indem er zugab, daß Brandenburg allerdings nur das Interesse habe, Weiterungen zu verhüten. Bothmer stutzte; die ungewöhnliche Nachgiebigkeit kam ihm verdächtig vor. Auch der Kurfürst hatte so etwas gesagt; andere Minister dagegen hatten mit ziemlicher Hitze von der Leber geredet. Dann hörte er zufällig, wie der Kurfürst zu Fuchs im Vorübergehen die Worte sprach, man müsse ihm von dem brandenburgischen Interesse nichts merken lassen. Dem Gesandten

74. Johann Georg II. an Friedrich III., Cölln. 12./22. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

erschien die politische Lage gespannt, er witterte die Kombination Brandenburg, Kursachsen und Dänemark[75].

Daß Brandenburg Kursachsens Freundschaft suchte, ist bekannt. Auch um Dänemark, Kursachsens Bundesgenossen, buhlte es. Der Bischof von Münster, Friedrich Christian von Plettenberg, sollte den Bund vervollständigen; Verhandlungen mit ihm aber waren gescheitert[76]. Dänemark war, wie Hoverbeck berichtete, einer Allianz nicht abgeneigt[77]. Bothmer erfaßte nun die Lage so, daß er am

---

75. Bothmers Bericht, Kleve, 15./25. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

76. Instruktion für Hoverbeck, Kleve 23. Okt. / 2. Nov. (B. St., Rep. XI, Dänemark, 14 A): „Wir haben auch bishehr alles was nur zu ersinnen gewesen, angewant umb ged's Bischofs Ld. zu eingehung solcher Alliantz zu bewegen, Es ist aber dazu nicht zu bringen gewesen, und hat obged'r Bischof . . . noch jüngstverwichenen tages abermahl durch dehn anhero gesandten Vice-Dom von Vehlen, unter allerhand herbeygesuchten Uhrsachen solche Alliantz gäntzlich decliniret."

77. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 8./18. Okt. (B. St., Rep. XI, Dänemark, 14 A): „Dieses . . . haben . . . der Graff Reventlow, und (der in der auswärtigen Politik sehr einflußreiche) Ober Secretarius von Jessen mich versichert, daß wann Ew. Churf. Dhltt. nebst dem Bischoffe von Münster zu conservation des Friedens- und Ruhestandes in dem Westphälischen und Nieder-Sächsischen-Creyse, mit Ihrer Königl. Mayt. sich setzen, und wieder alle so darinnen, etwas fürzunehmen sich unterfangen möchten, für Einen Mann stehen wolten; Sie alles dasjenige thun und zu wercke richten wolten, was Ewr. Churfl. Dhltt. von Ihr verlangen würden, und solte an Ihro nichts ermangeln was von Einem Erewen Freunde und aufrichtigen Alliirten und Bundes Genossen in einigerley wege disidiret werden könte. Auch sagte vor erwehnter Graff, daß wann zu Hintertreibung des Herzogen zu Braunschweig Lüneb.—Zelle Dhltt Vernehmens, man von Ewr. Chfl. Dhtt. wegen Ihrer Königl. Majt. umb einige troupen ersuchet hätte, Sie nicht würden manquiret haben, so fort so viel Manschafft alß man verlangen möge, an-

Hof zu Kleve dringliche Vorstellungen erhob, wie nachteilig für Anhalt, will sagen Brandenburg, eine dänische Einmischung sei, da Dänemark sich für Kursachsen interessiere, dessen zukünftiger Kurinhaber als Erbe der nordischen Krone gelte. Wer Dänemark, Kursachsen und Sachsen-Lauenburg beherrsche, werde für Hamburg und Lübeck, ja für den ganzen niedersächsischen Kreis gefährlich werden. Diese These hatte allerdings eine große Wahrscheinlichkeit für sich. Danckelmann meinte aber, die weibliche Linie könne in Dänemark nicht nachfolgen, worauf Bothmer zurückgab, daß dies Reich erst unter dem letztverstorbenen König Erbmonarchie geworden sei, und bekanntlich außer in Frankreich in allen Erbkönigreichen beiderlei Geschlecht sukzediere[78]. Drei Tage später, und der Kurfürst gab Bothmer zu verstehen, er werde Anhalt Hilfe leisten, weil er ihm seine Gerechtsame garantiert habe. Mit einiger Erregung setzte er hinzu: Der Kaiser habe sowohl die Erbverbrüderung mit Kursachsen konfirmiert, als Anhalts Rechte beigestimmt und ihm Anwartschaft gegeben; es scheine gleichsam, als wolle man die Prätendenten mit Fleiß aufeinanderhetzen. Bothmer stimmte bei: Es liege im Interesse der Katholiken, zwischen den Protestanten Uneinigkeit zu stiften[79].

Die Unterredung, so kurz sie ist, kennzeichnet zur Genüge die Erregtheit, in die den Kurfürsten die antibrandenburgische Politik des Kaisers versetzt hatte. Friedrich hatte kaum durch Bonns Einnahme den diesjährigen Feldzug glücklich beendet, als er sich aus strategischen Rücksichten erbot, seine Armee bis an die Maas vorzuschieben und sie von Lüttich bis an den Rhein überwintern zu lassen. Da aber Kurpfalz die Quartiere Jülichs fremden Kontingenten nicht

---

marchiren, und nach Ewr. Churtl. Dhltt. Verlangen agiren zu lassen."

78. Vgl. Anm. 75.

79. Bothmers Bericht. Kleve. 18./28. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

zugestehen wollte, beschied der Kaiser den Brandenburger abschlägig. Dann aber das schwerere Aergernis, der Schwiebuser Revers! Am Rhein drängte Fridag, der gewandte kaiserliche Diplomat, auf Erfüllung des Reverses. Der Kurfürst aber anderthalb Wochen vor Eintritt des lauenburgischen Todesfalles: „Wir sind gänzlich entschlossen, den ausgestellten Schein in keinem Wege zu halten.“ Gebe man nicht nach, so weigere er sich nach Augsburg zu kommen[80]. Als der Kurfürst in der Besprechung mit Bothmer seiner Erregung über des Kaisers Benehmen Luft machte, hatte er kurz vorher Fridag in Audienz empfangen. Bothmer vermutete, daß dieser auch in der Erbfolgefrage keine Satisfaktion müsse gegeben haben. Danckelmann hätte seines Herrn Worte nachher gerne unterdrückt. Er bedeutete Bothmer wieder mit ausgesuchtester Höflichkeit, der Erbfolgestreit sei eine Rechtssache, die vom Kaiser entschieden werden müsse. „Wenn ich also Seiner Kurfürstlichen Durchlaucht und des Geheimen Rats Danckelmann Rede gegeneinanderhalte und diese wieder mit der übrigen ministrorum ihre betrachte, muß ich nach meiner Wenigkeit urteilen, daß man in der Tat empfindlich genug auf dieses Successionswerk ist, dabei aber es nach Möglichkeit eine Zeit lang zu verbergen sucht[81].“

Nie und nimmer kann sich Friedrich zu einer kaiserlichen Sequestration verstehen; sie schädigt nach seiner Meinung die Protestanten, den niedersächsischen Kreis und nicht zum wenigsten Anhalt und Brandenburg. „Es ist jederzeit“, so in einem von Fuchs konzipierten Schreiben an den Statthalter, „eines von den vornehmsten arcanis der evangelischen Reichsstände gewesen, den Kaiser aus dem Niedersächsischen Kreise zu halten, und mangelt es im Reich an alten und neuen Exempeln nicht, woraus man mehr als

80. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 48 ff.
81. Vgl. Anm. 79.

zuviel gelernt hat, wie schwer es zugeht, den Kaiser aus denjenigen Orten, in welchen derselbe einmal Fuß gesetzt, wieder los zu werden[82]." Als Deutscher sah Friedrich in Frankreich den Hauptfeind, als Dynast erkannte er ihn jetzt in Oesterreich.

Welche Absichten verfolgt der Kaiser in den lauenburgischen Händeln? Er will, daß die brandenburgische Macht sich im Kampfe mit dem aufstrebenden Welfenland und mit Kursachsen zerfleische. Er bestätigt allen ihre Gerechtsame. Noch mehr, er will sich selbst im deutschen Norden festsetzen; der Brüderkrieg würde ihm dazu Vorschub leisten. Der Fürst von Anhalt beginnt zu ahnen, „daß man öfters etiam sub iustissimo clypeo succumbiren und Macht vor Recht gehen lassen müsse", denn er sieht ein, daß Friedrich mit niemand, „am allerwenigsten mit Kursachsen oder dem fürstlichen Hause Braunschweig-Lüneburg unsertwegen sich committiren oder uns zum besten gar einen Krieg anfangen" könnte. Von einem Interimsvergleich mit Kursachsen will er nichts wissen, denn dieser präjudiziere[83].

Währenddessen standen zu Regensburg Brandenburg und Sachsen immer noch gewissermaßen auf dem Kriegs-

---

82. Fuchs an Johann Georg II., Kleve, 19./29. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2). Vgl. dazu die Instruktion für Hoverbeck, Cölln, 3./13. Dez. (B. St., Rep. XI, Dänemark, 14 A): „und ob zwar eingewendet werden mögte, es seyn des Kaysers übrige Lande gar zu weit entfernt und würde der Kayser wegen mangelnder communication daselbst nichts sonderliches anfangen können, so ist doch bekant, daß durch übernehmung einiger m/100 rthlr. nach Hamburg und Lübeck die Keyserlichen gar bald zu einer armée gelangen und dadurch der ends eben so leicht wieder den Meister spielen könten wie Sie hie bevor zu des Ferdinandi IIdi Zeiten da der Kayser woll gar das Dominium Maris Baltici affectiren dörfte gethan."

83. Johann Georg II. an Friedrich III., Cölln, 19./29. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

fuß, um ein Nichts, möchte man sagen. Celle hütete sich als tertius gaudens klüglich, in der Frage des Votums Schwierigkeiten zu bereiten, und erklärte sich mit der vorläufigen Suspendierung sans phrase einverstanden. Sachsen verharrte in seinem Widerstande[84]. Brandenburg wünschte aus der fatalen Situation, die es in Gegensatz zu Sachsen brachte, befreit zu werden. So mußte sich Anhalt dazu verstehen, einen eigenen Vertreter, den Hofrat Raumer, nach Regensburg zu entsenden, da Metternich mit einmal „überbürdet" war[85]. Der Dessauer mag im Stillen auf seinen Oberherrn gewettert haben, der Raumers Ankunft in Regensburg kaum erwarten konnte[86]. Vielleicht, daß Friedrichs Rückkehr nach Berlin eine Uebereinstimmung in den Meinungen beider Fürsten brachte.

Sophie Charlotte trennte sich derweil von ihrem Gemahl und besuchte die hannöverschen Verwandten[87]. Sie war trotz ihrer Heirat eine Welfin geblieben. Eine der Frauen, die in der Politik eine gewichtige Rolle gespielt haben, verdient ihr Einfluß zur Erklärung des relativ günstigen Verhältnisses Brandenburgs zu Braunschweig in diesen Zeiten betont zu werden. Die historische Detailforschung kommt, wenn solcher Fraueneinfluß vorhanden ist, stets schlecht weg, und es ist zu begrüßen, daß er in unserm Falle nicht der allein herrschende war, denn sonst ähnelte die Politik Friedrichs einem schweren, bei dem Fehlen von Urkunden fast unlösbaren Rätsel.

Mitte November, nach seiner Ankunft in Cölln, hatte

---

84 Regensburger Gesandtschaftsberichte (Londorp a. a. O. XVI, S. 395 ff.).

85. Fuchs an Johann Georg II., Kleve, 19./29. Okt.; Johann Georg II. an Friedrich III., Cölln, 26. Okt. / 5. Nov. (B. St., Rep. XI, 148 b., Lauenb. fasc. 2).

86. Friedrich III. an Johann Georg II., 31. Okt. / 10. Nov. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

87. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 55.

der Kurfürst mit dem Statthalter eine „ausführliche“ Besprechung. Als deren Ergebnis ist die Instruktion für Nikolaus Danckelmann vom 22. November anzusprechen: Man schlage einen Interimsvergleich zwischen Kursachsen und Anhalt vor, und zwar des Inhalts, daß beide Teile die ganze Angelegenheit kaiserlicher Entscheidung überlassen, die innerhalb Jahresfrist zu erfolgen habe. Friedrichs und Johann Georgs von Anhalt Wünsche hat man damit unter vorwiegender Berücksichtigung des ersteren in einen einzigen Rahmen zu spannen versucht.

Die brandenburgische Politik stellt noch Kautelen auf und entwickelt damit ihr Programm: Zwischen Dänemark, Sachsen und Brandenburg müsse ein Traktat errichtet werden, die lüneburgischen Truppen gegebenenfalls mit Waffengewalt aus Lauenburg zu jagen, das Land dann bis zu erfolgter kaiserlicher Entscheidung von jeder Besatzung freizuhalten. Vorher müßte der Kaiser an Lüneburg „Mandata et Monitoria“ erlassen. Mit einem eigentümlichen Optimismus drückt die Instruktion am Schlusse den Glauben aus, daß vor Ostern nächsten Jahres alles abgetan sei[88].

Wieder hielt sich Friedrich an die Satzung des verstorbenen Vaters: „Jedoch das Ihr Euch keineswegs von Eweren Landen, grenssen, oder wollhergebrachten gerechtigkeilten etwas entziehen oder nehmen lassen sollet, da auch deßwegen einiger Streit entstehen mochte, kan zuvorders in der gutte solches beizulegen gesucht werden, Wan aber gegen alles verhoffen solche gutliche vergleichung nichts verfangen wolte, So muß man sich best muglichst dabey zu manuteniren angelegen sein lassen[89].“ In der Theorie hielt er sich daran; es war noch ein weiter Schritt zur Tat.

---

88. Instruktion für Nikolaus Danckelmann, Cölln, 12./22. Nov. (B St., Rep. 41, 2 b, 1).

89. Küntzel u. Haß a. a. O. S. 50.

Es ist nicht leicht, Friedrichs Absichten und Entwürfe zu kritisieren. Das gilt insbesondere, soweit sie sein Verhältnis zu Braunschweig berühren. Suchte er eine Verständigung mit Sachsen herbeizuführen, so hatte er im Grunde damit Recht, noch berechtigter war sein Mißtrauen gegenüber Kaiser Leopold und Oesterreichs Gelüsten.

Vierter Abschnitt.

Oesterreich und Schweden.

Wie im Reiche sich die Staaten zu Mächten herausbildeten, begann auch die österreichische Politik sich zu regen. Mit dem „Mirakel“ von 1683, mit der Eroberung Ungarns, schon auch mit der Aussicht auf die unermeßliche Erbschaft der spanischen Krone erhob sie sich zu altbegründetem Selbstgefühl. Noch immer empfing ja der kaiserliche Oberlehnsherr die Huldigung seiner Untertanen, der Reichsstände. Er übte weithin die Gerichtsbarkeit durch seinen Reichshofrat, als sei er wirklich noch der höchste Richter über Eigen und Lehen und über jeglichen Mannes Leib, wie einst in den Tagen des Sachsenspiegels. Noch immer schwang der Herold bei der Krönung das Kaiserschwert nach allen vier Winden, weil die weite Christenheit dem Doppeladler gehorche. Kurz, in der Idee, daß er der oberste Lehns- und Gerichtsherr, der Schützer der Christen sei, lag die Bedeutung des Kaisers. Seit den Zeiten des Westfälischen Friedens aber verblaßte der Heiligenschein, und aller unmittelbar eingreifenden Macht im Reiche war Ferdinand III. entkleidet. Zu Regensburg tagte der „ewige“ Reichstag ergebnislos. Der große Kampf mit den Türken trug einen spezifisch österreichischen Charakter. Wohl vertrieb das gute Schwert der Oesterreicher, Märker, Sachsen und Bayern die Eroberer Ungarns, aber es handelte sich um keinen Kampf der deutschen Kaiserkrone. Während deren Inhaber im Glanze des Jahres 1689 daran ging, seinen kaum zwölfjährigen Sohn zum römischen König wählen zu lassen, träumte man in Wien von der Erwerbung des ost-



römischen Kaisertums[1]. Es war der Hauptsinn des leopoldinischen Regimes, Oesterreich aus der Reihe der Territorialstaaten zur Großmacht zu erheben. Der Reichsvizekanzler Graf Leopold Wilhelm von Königseck war Oesterreichs Handlanger.

Kaiser Leopold I.[2] war nach dem Urteil von Esaias Pufendorf, dem schwedischen Gesandten in Wien, „in Resolutionen von Wichtigkeit etwas langsam und circumspect", doch stehe er „fest bei dem, was er einmal gefasset"; im allgemeinen sei er „ein von Gott mit guten, gesunden Verstandes- und Gemütsgaben gezierter Herr". — Bei Betrachtung des Vaillantschen Gemäldes[3] fällt einem die starke Unterlippe des Herrschers auf. Sie drückt Beharrlichkeit aus. Daß er ein eifriger Bibliophile war, paßt ebenfalls zu Pufendorfs Urteil, wie auch, daß er in seiner Ehe mit Eleonore von Pfalz-Neuburg ein Beispiel deutscher Zucht und Sitte gab, und das zu einer Zeit, wo das bourbonische Mätressenwesen an den Höfen stark grassierte. Was nicht genug anzuerkennen ist, er verstand treffliche Männer zu finden, sie festzuhalten und eng an Oesterreich zu fesseln. Das Jahrzehnt, das der Befreiung Wiens folgte, sah Theodor Heinrich Grafen Strattmann[4] als Hofkanzler. Leopolds ernstes, melancholisches Temperament bedurfte einer solchen beweglichen Natur an seiner Seite, ihn zu entschlossener Tätigkeit fortzureißen. So ward Strattmann ein wichtiger Träger der neuen österreichischen Politik.

Seinem frischen Draufgängertum ist nun wohl der Gedanke zuzuschreiben, Lauenburg in Sequester zu nehmen.

1. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 28.

2. Karl Theodor von Heigel: „Neue Beiträge zur Charakteristik Kaiser Leopolds I." Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. München 1890.

3. Abbildung bei Erdmannsdörffer a. a. O. S. 36.

4. Ueber Strattmann vgl. Schlitter in „A. D. B.", Bd. 36, S. 518 ff.

In aller Eile sollte er durchgeführt werden, weshalb der Kaiser am 15. Oktober zu Augsburg ein Mandat ausstellte. Zu Sequestratoren wurden die Reichshofräte Hans Burchard Fridag Freiherr von Gödens, der kaiserliche Gesandte in Hamburg, und Christian Ernst Edler von Reichenbach ernannt[5]. Nach außen verkündigte man, daß es auf eine vorläufige Besetzung Lauenburgs bis zu rechtlicher Entscheidung der Erbfolge abgesehen sei. Wer sah aber das Ende des Prozesses voraus, wer bürgte dafür, daß der Kaiser, wenn ein Urteil wirklich zustande käme, seine einmal gewonnene Position an der unteren Elbe wieder aufgeben würde?

Der Wunsch Oesterreichs, sich in Niedersachsen einzunisten, war nicht neu. Kaiser Ferdinand II., Leopolds Großvater, hatte den Versuch gewagt, seinem jüngeren Sohne Leopold Wilhelm das Bistum des „tollen Halberstädters" zu verschaffen, damals als Tillys Waffen siegten. Wallenstein setzte in Niedersachsen die kaiserliche Autorität an die Stelle der Landeshoheiten[6]. Die damals errungene Machtstellung des Kaisers brachte Deutschland, wie nie zuvor, bis dicht an die Grenzen seiner Einigung. Ein Hauch jener glorreichen Zeit Wallensteins umwehte die politischen Intentionen Strattmanns, dessen letzte Ziele vielleicht dahingingen, deutsches Land und deutsche Fürsten unter dem Zeichen eines machtvollen österreichischen Kaisertums zusammenzuschließen[7].

Die Sequestratoren hatten über ein paar hundert Mann Kaiserlicher zu verfügen, die in Ostfriesland standen[8]. Habs-

5. Das Mandat abgedruckt bei Londorp a. a. O. XVI, S. 409.

6. Leopold Ranke: „Geschichte Wallensteins." Leipzig 1910, 6. Aufl., S. 65.

7. Franz von Krones: „Geschichte Oesterreichs." 1878, Bd. 3, S. 580.

8. Canitz' Bericht, Hamburg, 11./21. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

burg machte aber dieselbe unangenehme Erfahrung wie Hohenzollern. Der Welfe war am flinksten und resolutesten vorgegangen; keineswegs war er gesonnen, den Kaiser zur Possession zuzulassen. „Wir müssen“, schrieb Georg Wilhelm an Wackerbarth, „darauf sehen, daß solches verhütet werde[9].“ Fabricius bezweckte mit einem Besuche bei Gödens, sich über die kaiserlichen Absichten zu vergewissern. Dieser erklärte, seine Order weise ihn an, dahin zu sehen, daß nur der Ruhestand gewahrt bleibe und Tätlichkeiten vermieden würden, damit nicht der französische Feind Luft bekomme. Derlei Gründe wurden jetzt immer mit großer Vorliebe ins Treffen geführt. Dänemark sei außerordentlich eifersüchtig. Wenn Fabricius Gödens auszuhorchen suchte, so veranlaßte ihn dazu vor allen Dingen die Nachricht, daß der Kaiser den König von Schweden durch einen Kurier um Hilfeleistung ersucht habe[10]. Georg Wilhelm rechnete seinerseits auf die Unterstützung des Stockholmer Hofes[11]. Durch seine letzten Allianzen bewies Schweden eine Hinneigung zu beiden Bewerbern. So blieb seine Stellungnahme zunächst noch unklar.

Am 18. Oktober beorderte der Generalgouverneur der schwedischen Provinzen auf deutschem Boden, Graf Niels Bielke, den Oberstleutnant Christian Schmidt, sein Regiment zu Stade möglichst „ohne bruit“ zusammenzuziehen und „ungesäumt nach dem Lande Hadeln seinen Marsch damit anzutreten“. Dem Otterndorfer Statthalter solle er begreiflich machen, daß es nicht darauf abgesehen sei, „Gerechtsame zu beeinträchtigen“ (sehr vorsichtig ausgedrückt), noch das Land

---

9. Instruktion für Wackerbarth, Göhrde, 11./21. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 16).

10. Fabricius' Berichte, Hamburg, 10./20. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 9).

11. Instruktion für Oberg, Göhrde, 8./18. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

„beständig zu behalten"[12]. Zwei Tage darauf forzierten tatsächlich zwei schwedische Reiterkompagnien unter Schmidt und Major Wrangel die Stadtwache zu Otterndorf. Als sie eingedrungen waren, ritten sie zum Schlosse, hieben die unteren Pforten mit Aexten auf, die oberen bezwangen sie zunächst noch nicht. Es verbreitete sich das Gerücht, daß noch 400 Mann zu Fuß und Dragoner folgen würden. Zapf mutmaßte darin, wohl mit Unrecht, eine Wirkung von Reichenbachs Reise[13].

Bielke ging tastend und lauernd vor. Aus Stockholm hatte er anscheinend keine Weisung. Da König Karl XI. für ihn eine persönliche Zuneigung hegte, die tief wurzelte und in der Schlacht bei Lund mit Blut besiegelt war, liebte es der tapfere und glänzende Mann, eigenmächtig zu handeln[14]. Er galt als Anhänger Ludwigs XIV. Von Natur schien er dazu bestimmt zu sein[15]. Die stolze Gabe der Initiative war ihm wie keinem Schweden dieser Tage zu eigen. Ueber seine Absichten ließ er in Hamburg nichts Gewisses verlauten. An Heinrich Grafen Horn, den schwedischen Generalfeldmarschall, schrieb er, daß „diese Affaire

---

12. Order für Schmidt, Stade, 8./18. Okt. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

13. Zapfs Bericht, Hamburg, 12./22. Okt. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

14. Carlson a. a. O. S. 410.

15. „Recueil des Instructions. Suède." Par A. Geffroy. Paris 1885, S. 158: Instruktion für Marquis de Béthune, Fontainebleau, 18. Okt. 1691: „Le comte de Bielke, qui a toujours témoigné de bonnes intentions pour le service de sa Majesté, et qui est ennemy capital du sieur d'Oxenstiern." S. 174: Instruktion für Comte d'Avaux, 1. Dez. 1692: „Bielke et ses amis, qui ont fait paroître de meilleures intentions pour le service du Roi que ledit comte d'Oxenstiern . . . ainsi il faudra entretenir toujours une correspondance secrète avec lui et avec ses amis, dont les principaux sont le comte Wrede, les sieurs Weling, Guldenstolp, Oliverkrans et Lillienrot."

mit Vorsicht ins Werk gerichtet" sei[16]. Als Gödens von ihm begehrte, er solle dem Anzug kaiserlicher Truppen aus Ostfriesland nach Hadeln — bei ihrem Marsche mußten sie das schwedische Herzogtum Bremen passieren — kein Hindernis in den Weg legen, vielmehr das Unternehmen befördern helfen, gab er zum Bescheid, er habe bereits mit Lüneburg verabredet, ihre beiderseitigen Truppen in Hadeln einrücken zu lassen. Als Fabricius ihn aber interpellierte, was er zu tun gedenke, wenn die Kaiserlichen anrückten, zuckte er mit den Achseln[17]. Reichenbach hat später einmal berichtet, daß vornehmlich Bielke die Sequestration, die sie nicht eher ins Werk setzen wollten, als bis es mit Nachdruck geschehen könne, durch sein Zureden veranlaßt habe, und zwar, um eine Probe seiner Aufrichtigkeit zu geben[18].

Wie dachte nun der schwedische König selber, der Freund Wilhelms von Oranien? Voll Bekümmernis sah der schlichte Mann den gewaltigen Kriegssturm. Die Diplomatie

---

16. Bielke an Horn, Hamburg, 9./19. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 175, Vol. 1).

17. Vgl. Anm. 10.

18. Zapfs Bericht, Hamburg, 6./16. Nov. (Dr. St., Loc. 9446): „indem er (Bielke) von freien Stücken zu ihnen gekommen und sich anfangs beklagt, als ob er, wie er von einem vertrauten Orte erfahren müssen, aus unterschiedenen zugleich mit referierten Ursachen in Verdacht gezogen werden wollte, daß er dem kaiserlichen Interesse entgegenstünde, welches er denn mit vielerlei Remonstration und unter anderm sonderlich auch dahero zu elevieren bemüht gewesen, daß er ja von den beiden ihm und den Seinigen erblich konferierten kaiserlichen und holländischen Regimentern einen so wichtigen Zugang hätte, dergleichen ihm Frankreich, wenn es ihm . . . Tonnen Geldes schenkte, nichts ersetzen könnte, dabei aber gleichsam als zufällig ihm hinterbracht, wie Lüneburg in Werk begriffen, Völker nach dem Lande Hadeln zu schicken, welches ihn dergleichen zu tun und selbigen hierunter vorzukommen bewogen hätte, mit Anbietung, daß, wenn Ihrer Kaiserlichen Majestät hieran ein Gefallen geschähe, die schwedischen Truppen zu Dero Diensten stehen sollten."

mit ihren Verschlingungen und Irrungen war ihm ein Greuel. So kam es, daß er am liebsten jedweder Berührung mit auswärtigen Gesandten aus dem Wege ging, so völlig anders geartet als sein dänischer Rivale[19]. Der greise, bedächtige Bengt Oxenstiern war sein vornehmster Berater und Vertreter, derselbe, der zur Wiederherstellung des Gottorpers die Allianz mit Lüneburg schloß und im Vertrage zu Altona den Sieg errang, der Schwedens Ansehen wesentlich hob[20]. Oberg, der lüneburgische Gesandte, sondierte. Er bekam den Eindruck, daß die Stockholmer Regierung Celles kreisdirektoriales Verfahren wohl gutheiße, aber die kaiserliche Approbation dazu für erwünscht halte. Offenbar wollte es Oxenstiern weder mit Lüneburg noch mit dem Kaiser verderben.

Eine Neuigkeit berichtete Oberg noch: „Man machet hier sonst, wie es scheint, große Reflektion auf das Land Hadeln und dürfte man wohl (als auf ein vordem vom Stifte Bremen alieniertes Stück) Prätension darauf formieren[21].“ So war auch ein Schreiben Horns aufzufassen: Schweden habe genügend Militär nach Hadeln abgefertigt; es sei daher nicht nötig, daß Celle noch eigene Mannschaft entbiete[22]. Fabricius drang indessen bei Bielke auf die Teilnahme lüneburgischer Truppen. Wenn nun, so wandte Bielke ein, die Kaiserlichen kämen und die Schweden nach getanem Werk wieder abzögen? Fabricius ahnte die geheimsten Absichten Oesterreichs; sie mußten dem welfischen Minister geläufig sein, denn die cellisch-calenbergische Politik bewegte sich

---

19. Carlson a. a. O. S. 400 f.

20. Bengt Oxenstierns (nicht zu verwechseln mit Axel O.) Selbstbiographie in Aug. Ludw. Schlözer: „Schwedische Biographie.“ Altona u. Lübeck 1760, Tl. 1, S. 481 ff.

21. Obergs Bericht, Stockholm, 12./22. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

22. Horn an Georg Wilhelm, Stade, 10./20. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 9).

in denselben Zirkeln. Mit natürlicher Bonhomie meinte er statt aller Antwort, der Kaiser könne doch damit nicht unzufrieden sein, daß man seine Kreispflichten erfülle[23].

In einem Briefe an Horn eröffnete Bielke endlich vollkommen klar seine Absichten: Da die Lüneburger nach Hadelns Besitz trachten, „so sehe ich nicht, daß man uns verdenken könne, wann wir auch daselbst so wohl als andre, die keine kräftigere Prätension haben, verbleiben". Schmidt erteilte er Order, sich nicht verdrängen zu lassen[24]. Nachdem die schwedische Kavallerie außer zwei Dragonerkompagnien, ehe diese Order eintraf, auf Reichenbachs Verordnung Otterndorf bereits den Rücken gekehrt hatte, war es nicht zu verwundern, daß sie nach zwei Tagen in voller Anzahl wiederum auf dem Platze erschien[25]. Das wurde jetzt wieder klar, daß Schweden seine durch Gustav Adolf errungene Stellung an den Mündungen der deutschen Ströme auszubauen gesonnen war. Der Herzog von Holstein meinte, daß Schweden und Lüneburg „nicht am selben Strang zögen", sondern daß Schweden „seine besonderen Viséen dabei habe". Bielke, der schlaue Fuchs, wußte die Umgebung aber gründlich zu täuschen. Man kann sich des Lächelns nicht enthalten, wenn man sieht, mit welcher Gutgläubigkeit Zapf des Schweden Enthüllungen hinnahm, er, der davor warnte, den Leuten „aufs Maul zu sehen". Bielke gestand ihm, daß alles, was Schweden tue, auf kaiserliche Requisition geschehe, und daß es für sich nichts in Hadeln suche[26].

---

23. Fabricius' Bericht, Hamburg, 11./21. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 9).

24. Bielke an Horn, Hamburg, 12./22. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, 175, Vol. 1).

25. Reinbecks und Rumanns Berichte an Georg Wilhelm, Otterndorf, 14./24. u. 15./25. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 10).

26. Zapfs Bericht, Hamburg, 16./26. Okt. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

Den Elbmarschen fehlt der Reiz großer geschichtlicher Vergangenheit. Die Epen der Slawenkämpfe fallen in die Zeit, wo das Schwemmland kaum den Fluten entstiegen war. Jahrhunderte lang herrschte in ihm ein stilles Sonderleben, jetzt sollte es streitende Scharen aus allen Himmelsgegenden heranziehen sehen. Reichenbach langte am 21. Oktober zu Wasser in Hadeln an. Die vorher beunruhigten Einwohner schöpften Hoffnung für ihre Sicherheit, wie denn Reichenbach sofort mit dem Otterndorfer Schulzen konferierte. Zwei Tage später wurden Beamte und Untertanen, und zwar in größerer Anzahl, als dies bei der Anwesenheit Zapfs geschehen, dem Kaiser durch Handgelübde verpflichtet. Die öffentliche Gebäude wiesen von nun an das kaiserliche Wappen, in der Kirche rief man in neuem Landesgebet zum Höchsten. Fast gleichzeitig mit Reichenbach machte sich aber auch Krosigk durch eine unbesetzte Passage in die Stadt, und wie Zapf seiner Zeit den Einzug dänischer Truppen angedroht hatte, so ging jetzt wieder das Gerede, daß die Dänen auf der Elbe seien. Schon vorher waren Reinbeck und Rumann in Otterndorf erschienen, zwei von Georg Wilhelm abgesandte und zu guter Korrespondenz mit dem Schweden Schmidt verwiesene Magistratspersonen[27], die in Hadeln Weg und Steg kannten und unter den Gemeinen sich eines großen Anhangs erfreuten[28]. Die lüneburgischen sechzig Mann aber, die von Harburg aus zu Hadelns Besetzung ihren Weg am linken Elbufer nahmen, wurden am Alten Kloster bei Buxtehude von schwedischen Posten zurückgehalten, ein Vorfall, dem

---

27. Reinbecks und Rumanns Berichte, Otterndorf, 12./22. und 14./24. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 10) und Bericht der kaiserlichen Minister, Hamburg, 12./22. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

28. Krosigks Bericht, Otterndorf 20./30. Okt. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

eine Order Horns seine unangenehme Wirkung auf die Celler Regierung nahm[29].

So oft Fabricius Bielke und den Generalmajor Welling zu Gesicht bekam, arbeitete er dahin, den lüneburgisch-schwedischen Bund zu stärken. „Die amitié und Assistenz der Kron Schweden", bemerkte er in einer Relation, „(ist) dem fürstlichen Haus zu Appuyrung dessen Gerechtsame an den erledigten lauenburgischen Landen absolutè nötig." Einmal bekam er von Bielke, dem es jetzt gleichfalls auf ein Zusammenarbeiten der beiden Staaten anzukommen schien, zu hören, er habe den Kaiserlichen auf ihre Frage, was Schweden tun werde, wenn andere Mächte die lüneburgischen Truppen in Lauenburg nicht leiden wollten, „deutlich gesagt, er würde sich des Hauses Lüneburg und dessen Interesse, Ihrer Königlichen Majestät ihm erteilten Befehl nach, annehmen". Er habe Gödens die schriftliche Order vorgezeigt, die der König ihm vormals in der Gottorper Angelegenheit gegeben. Er habe auch angedeutet, daß Schweden, nachdem es die Restitution des Herzogs mit Hüneburgs Hilfe erreicht, von dem Bundesgenossen „nimmer lassen würde". Beide Diplomaten hielten einen engen Bund ihrer Häuser, womöglich mit Einschluß Gottorps, für „sehr nützlich und nötig"[30]. Es ist fast immer schwer, Bielkes Worte und Taten in Einklang zu bringen. Ihm war die Sprache gegeben, um seine Gedanken zu verbergen. Auf Reichenbach machte er den Eindruck, „daß man nicht recht penetrieren könne, wie man mit ihm dran sei"[31]. Es steht aber außer Frage, und spätere Vorkommnisse beweisen es, daß der staatsmännische Blick des hochtalentierten Mannes

---

29. Georg Wilhelm an die schwedische Regierung zu Stade, Göhrde, 13./23. Okt., u. Horns Order, 13./23. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 9).

30. Fabricius' Bericht, Hamburg, 14./24. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 9).

31. Zapfs Bericht, Hamburg, 6./16. Nov. (Dr. St., Loc. 9446).

bei allem Intrigenspiel den Wert der lüneburgisch-schwedischen Bundesgenossenschaft zu schätzen verstand. Der lauenburgische Erbfolgestreit war eine Probe für ihren Bestand. Daß Schweden mit Lüneburg blindlings durch Dick und Dünn gehen würde, durfte der gemeinste Menschenverstand von vornherein nicht annehmen.

Auf Obergs Ansuchen, insbesondere an die Wismarer Garnison Befehl zu tatkräftiger Unterstützung Georg Wilhelms zu geben[32], benachrichtigte König Karl seinen Generalgouverneur, dem Kreisobersten an Hand zu gehen. Die gleiche Order wurde an die Stader Regierung ausgefertigt[33]. Zapf erörterte in diesen Tagen das Verhältnis der beiden Staaten und kam zu dem Ergebnis, „daß die Intelligenz so groß, daß an durchgängiger Umtretung nicht zu zweifeln, gestalt auch der Generalgouverneur Bielke schon einen förmlichen Rat getan und à bon conto nicht allein der Paß durchs Bremische bewilligt, sondern sich auch sonst, wie vor Augen, für Lüneburg je länger je mehr deklarierte"[34]. Bernstorff pochte auf die Logik der Tatsachen, die Schweden an Lüneburgs Seite festhalten müsse[35]. Als er Mitte Oktober die Kunde von Lüneburgs Ansprüchen in die Welt gehen ließ, mag er nicht vermutet haben, daß

32. Obergs Diarium, 13.—16. / 23.—26. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, 25).

33. Order für Bielke, dsgl. für Horn, Stockholm, 16./26. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

34. Zapfs Bericht, Hamburg, 19./29. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

35. Instruktion für Oberg, 20./30. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „Alldieweil Sie (Karl XI.) Dero höchsten Begabnis nach leicht ermessen müssen, wie hoch Ihren selbsteigenen Provinzen, diesem Niedersächsischen Kreise und in specie des H. Herzogen zu Gottorf Dl. daran gelegen, daß dies Stück Landes der Kron Dänemark, als welcher Kursachsen oder auch Kurbrandenburgs Dl., als der das frstl. Haus Anhalt ihre daran vermeintlich habendes Recht außer allem Zweifel cedieren oder zum wenigsten stets dero Interesse folgen würden, zu teil werden möge."

dadurch Schweden sich zu einiger Reserve veranlaßt sehen werde. Oxenstiern war „ein Weg wie den andern bei dem Werke betreten", so meldete Oberg[36]. Dabei ließ der Kanzler durchblicken, daß Schweden das Herzogtum niemand lieber als Lüneburg gönnte „und dazu gerne kontribuieren würde, wenn nur ein guter modus oder Prätext könnte aufgefunden werden". Der Hauptgrund, weswegen Schweden das Aufgeben des guten Scheins bedauerte, ist darin zu suchen, daß die Truppen, die Dänemark als Hilfeleistung England schuldete, gerüstet und, wie man fürchtete, gegen Lüneburg oder sogar gegen Schweden selbst bereit standen. Man argwöhnte auch ein geheimes Einverständnis zwischen Dänemark und Frankreich[37]. Die gemeinsamen Lorbeeren Schwedens und Lüneburgs aus den Altonaer Tagen wären in dem Hader um Sachsen-Lauenburg nach Menschenermessen leichtlich verwelkt, zu einer Zeit, wo die großen Weltverhältnisse sich samt und sonders verkehrten.

König Karl war krank. Den lüneburgischen Gesandten ließ er durch Oxenstiern bitten, seine Regierung zu vorsichtigeren Maßregeln zu bestimmen. Sie solle sich an der Aussprechung ihrer Prätension genug sein lassen und nur in ihrer Eigenschaft als Kreisoberster die Lande weiter besetzt halten; die Entscheidung stünde dann letzten Endes

---

36. Obergs Diarium, 22.—23. Okt. / 1.—2. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „Er vermeinte, solange des H. Herzogs Dl. als Kreisoberster sich der Beschützung der Sachsen-Lauenburgischen Lande angenommen, hätte man derselben diesseits wider jedermann assistieren können. Nachdem S. Dl. aber nunmehro, wie man vernehme, partikuliere praetensiones auf das Land machten, wäre man besorgt, unter was Scheine man Deroselben würde können zu halten kommen, und hätte man hier wohl lieber gesehen, daß man mit gedachter parkulier Prätension noch in etwas zurück gehalten hätte, wiewohl man nicht zweifelte, man würde seine triftigen raisons gehabt haben, damit heraus zu gehen."

37. Obergs Bericht, 24. Okt. / 3. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).



dem Kaiser oder Reiche zu. Nur unter diesen Voraussetzungen kann Schweden seine Unterstützung in Aussicht stellen[38]. Der zweite kalte Wasserstrahl für Oxenstierns Bundeseifer war die Beschwerde des kaiserlichen Gesandten Grafen Nostitz, der energisch zu verstehen gegeben hatte, „daß dieser Hof... mannigmal wider Ihrer Kaiserlichen Majestät Respekt ließe und das Interesse publicum in hasard setzten. Ihre Kaiserliche Majestät würde es nicht leiden und nicht verstatten, daß jemand anders als Sie die lauenburgischen Lande bis zur Decision der Sache inne hätte." Oxenstiern bemerkte Oberg gegenüber, daß

38. Obergs Diarium, 24. Okt. / 3. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „Bei währendem solchen Besitz als Kreisoberster müßte man mit den übrigen Prätendenten gütlich traktieren, da man dann als possessor gute Konditionen zu erhalten hoffen könnte, und wollte Ihre Majestät solches auch aller Möglichkeit nach favorisieren. Dahingegen, wenn des H. Herzogs Dl. prätendieren würden, sich wegen Ihres partikulieren Anspruchs in dem Herzogtum Sachsen-Lauenburg zu maintenieren, so sehen I. M. nicht, wie Sie dem Dl. Hause würden können zustatten kommen. Denn fürerst stünde alsdann die Cognition der Sache dem Kaiser oder Reiche zu, und könnten I. M., ohne großen Unwillen und die Nachrede auf sich zu laden, als ob Sie der Sache arbitrieren Ihnen anmaßen wollten, des H. Herzogs Dl. nicht assistieren. Wenn Sie es aber täten, würden Sie sich den Kaiser nicht allein zuwider machen, sondern auch zwischen demselben, wie auch Dänemark, Sachsen und Brandenburg zu einer Zusammensetzung Anlaß geben, als welche sämtlich nicht ermangeln würden, zu argwohnen und einander zu überreden, daß zwischen Schweden und dem Dl. Hause ein Komplott gemacht wäre, sich wider anderer Interesse und zu ihrem Privatnutzen die Hand zu bieten. Auch würde man, wenn etwa Dänemark die Truppen nach England nicht sollte abgehen lassen, sich bei den Alliierten in das Tort setzen, solches gehindert zu haben. Welche Inkonvenienzien man alle verhüte, absonderlich aber sich außer Tort behalten würde, wenn man als Kreisoberster die Lande beschützen, sein Recht daneben gründlich deducieren und im übrigen sich dem Vaterlande zuliebe erbieten würde, das Werk lieber durch gütliche Komposition, als durch gewaltige maintien zu terminieren."

er „die Ehre hätte, von Ihrer Kaiserlichen Majestät als ein treuer Diener angesehen zu sein“[39]. Im französischen Lager galt er als Freund Oesterreichs und aller Feinde Ludwigs XIV.[40]. Dohna, den Gesandten am Kaiserhofe, beauftragte er, die Sachlage in der Weise klarzustellen, daß er zu Anfang von lüneburgischen Prätensionen nichts gewußt, dann aber dem Generalgouverneur Befehl gegeben habe, „hierin mit guter Behutsamkeit zu gehen“ — eine sehr zweideutige Fassung, gefährlich zumal in Bielkes Händen! Es gebe jetzt zwei Auswege. Entweder werde das Land provisorisch zwischen den gesamten Prätendenten geteilt, oder der Kreisdirektor nehme es unter Hintansetzung persönlicher Ansprüche auf kaiserliche Verordnung in Schutz[41]. Bei aller Freundschaft zu Oesterreich dachte Oxenstiern ebensowenig wie Fuchs daran, das Kaiserhaus in Niedersachsen Fuß fassen zu lassen. Er sagt es nicht, er schweigt beredt. Nach wie vor hält er am Bunde mit Lüneburg fest. Dem Freunde soll geholfen werden, allerdings mit der Bedingung, daß er sich als Kreisoberster geriere. Aber Oberg meint, seien erst einmal die dänischen Truppen nach Irland abgegangen, so werde Stockholms Skrupel noch etwas zusammenschrumpfen. Daneben wird Oberg wieder Schwedens Absichten auf Hadeln gewahr[42].

---

39. Obergs Diarium, 24. Okt. / 3. Nov. (a. a. O.).

40. Geffroy a. a. O. S. 172: „Il est dans la réputation d'être fort attaché aux intérêts de la maison d'Austriche et tous les autres ennemis de la France.“

41. Order für Dohna, Stockholm, 25. Okt. / 4. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

42. Obergs Bericht, Stockholm, 26. Okt. / 5. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „Sonst ist das Absehen hier wohl, das Land Hadeln davon zu ziehen, und sucht man deswegen in den alten Dokumenten fleißig nach und soll soviel Nachricht gefunden haben, daß die Erzbischöfe vordem die Kontribution davon gezogen haben, wie auch, daß das Land vermutlich vom Erzbistum versetzt sei.“

Hier knüpft Bernstorff an. Warum will Schweden nicht, daß die Welfen ihre Rechtsansprüche in den Vordergrund schieben? Oberg möge nachforschen, „was man dessen für Ursachen haben, und ob etwa die Reflektion auf das Land Hadeln eine mit sei, oder sonsten etwa darunter intendiret werden möge“[43].

In der Tat, es ist sehr eigenartig, wie sich beide Freunde neben Oesterreich und Kursachsen in Hadeln festzusetzen suchen. Die Situation erscheint in Otterndorf weit komplizierter als in Ratzeburg. Reichenbach predigte die Vorteile einer kaiserlichen Sequestration. Dem Bürgermeister Reinbeck führte er zu Gemüte, daß, wenn Georg Wilhelm Mannschaften in die Stadt bringe, Krosigk und der brandenburgische Ackenhausen das Gleiche täten. Was sei also akzeptabler als der Vorschlag des Kaisers, des obersten Richters? Später erwähnte er, daß Schweden sich entschlossen habe, dem kaiserlichen Begehren gemäß seine Völker aus Hadeln hinauszuziehen[44]. Am 7. November berichtete man aus Otterndorf, daß Reichenbach die Schweden gerne los würde; es möchte ihm nur nicht gelingen[45]. Zwei Tage danach: Aus der Schweden Abzug wird nichts, obgleich sie immer davon sprechen[46]. Und noch am 22. November empfahlen die kaiserlichen Sequestratoren, Dohna zu ersuchen, er wolle wegen Abberufung bei seiner Regierung vorstellig werden[47]. Was die Lüneburger betrifft,

---

43. Instruktion für Oberg, Göhrde, 31. Okt. / 10. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

44. Reinbecks Bericht, Otterndorf, 17./27. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 10).

45. Bericht an Cassius, Otterndorf, 28. Okt. / 7. Nov. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

46. Krosigks Bericht, Otterndorf, 30. Okt. / 9. Nov. (Dr. St., Loc. 9446).

47. Bericht der kaiserlichen Minister, Hamburg, 12./22. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

so fanden sie bei ihrem Anmarsch, wie vorher am Alten Kloster, so jetzt bei der Passage von Neuhaus schwedischen Widerstand. Dem Hauptmann Lepper wurde der Eintritt in die Stadt „platt verweigert". Schmidt entschuldigte sich; der von Horn ausgeschriebene Paß sei nicht an ihn gerichtet, folglich habe er auch keine Vollmacht, Lepper einzulassen[48]. Bielke, der sich noch unlängst für ein harmonisches Zusammenwirken Schwedens und Lüneburgs lebhaft ausgesprochen, hatte zum Bedauern aller Welfen auf höheren Befehl den Rückweg nach Stockholm angetreten[49]. Jetzt war Lüneburg allein auf Horn angewiesen. Nachdem man bei ihm Klage geführt hatte, durfte man glauben, daß nunmehr der Einmarsch unbehindert vonstatten gehen könnte. Da verbreitete sich das Gerücht, daß Lüneburg einen gewaltsamen Einbruch plane. So unähnlich sah dies Vorhaben den Welfen nicht! Die Landleute waren nun entschlossen, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Reichenbach hatte gewiß seine Hand im Spiele. Die Leute zu zerstreuen, fehlte Schmidt wieder die Order. Er redete den Lüneburgern aber kaltblütig zu, es doch mit einigen „Granaden" zu versuchen[50]. Bald bestätigte sich der Argwohn Reinbecks und Rumanns, daß Reichenbach den Widerstand der Landleute organisiert haben möchte. Auf dies jungfräuliche Marschland übte die Stimme des Kaisers einen faszinierenden Zauber aus. Während die lüneburgischen Abgesandten hier wie zu Hause waren, wurde ihr natürlicher Einfluß durch den fremden des kaiserlichen Sprechers beträchtlich überholt. Im Augenblick der Entscheidung stand das ganze Land gegen sie auf. Da fühlten sie sich allzuschwach, „weil

48. Vgl. Anm. 44.

49. Obergs Bericht, Stockholm, 2./12. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

50. Reinbecks u. Rumanns Bericht. Otterndorf, 20./30. Okt. Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 10).

es unter den Landleuten viel verwegene Männer gibt, und weil sie, wie es scheint, voller Verzweiflung kämpfen“[51].

Die schon erwähnte Konferenz zwischen Fabricius und Hugo, die zu Engesen am 3. November stattfand, stellte auch diese Angelegenheit zur Erörterung. Der Wert des Hadler Ländchens repräsentiert sich mit seinen vortrefflichen Schiffahrtsverhältnissen an den Ufern von Altenbruch in der Nachbarschaft Cuxhavens uns Nachlebenden als respektabel. Man findet nirgends, daß es die Welfen damals derart schätzten. Es ist aber mehr als wahrscheinlich, daß der einmal heimgefallene Besitz des Landes dem Nebenbuhler der brandenburgischen Politik die Blicke auf das Meer gerichtet hätte. Ernst August als Kolonialpolitiker, vielleicht als Zerstörer des Hamburger Handels, der Gedanke ist zu reizvoll, als daß man ihn unterdrücken mag. Hugo stellte nur ganz nüchtern fest, der Mitbesitz des Otterndorfer Schlosses sei erwünscht; man müsse aber auch sehen, „daß Caesar dadurch nicht zu sehr moviert würde“[52]. Hugos Worte sind verständlich — Hannover betrieb gegenwärtig zu Augsburg die Verleihung der Kur —, nach Georg Wilhelms und Bernstorffs Sinn waren sie nicht. Am 7. November ersuchte man Gödens, da man Anspruch auf Hadeln erhebe, die kaiserliche Order, die fünfzig Mann aus Ostfriesland herbeizog, zu widerrufen[53]. Dann aber merkte man, daß man mit Schweden konkurriere. So ist

---

51. Reinbecks u. Rumanns Bericht, Otterndorf, 22. Okt. / 1. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 10). Nach dem in Anm. 45 angeführten Bericht unterstützte Ackenhausen den kaiserlichen Abgesandten, indem er den Landleuten beständig vorhielt, Order an die brandenburgische Marine in Friesland zu haben, 1000 Mann auf Schiffe zu setzen und sie in Hadeln landen zu lassen, falls die Lüneburger eindrängen.

52. Fabricius' Bericht, Celle, 24. Okt. / 3. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 23).

53. Georg Wilhelm an Gödens, Göhrde, 28. Okt. / 7. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 10).

es zu verstehen, wenn Reinbeck am 15. November den kaiserlichen Sequestratoren die Erklärung abgab: Da der Kaiser besorgt sei, daß durch die Einlogierung lüneburgischer Truppen in Hadeln Irrungen entstünden, so sei man endlich damit zufrieden, daß das Land allein durch Schweden belegt werde. Man verlange jedoch die ausdrückliche Deklaration, daß dies dem Hause Lüneburg bei seiner Possession nichts schade, daß ferner andere Truppen als schwedische von Hadeln gleichfalls ausgeschlossen seien. Die erste Erklärung wurde ihm nicht zuteil; von einer lüneburgischen Possession in Hadeln könne doch keine Rede sein. Daß die Kaiserlichen aus dem Lande weichen sollten, mit dieser Forderung konnte sich Reichenbach noch weniger befreunden[54]. Erst in diesen Tagen war die Truppe aus Ostfriesland angelangt[55]. Dadurch wurde es Reichenbach möglich, seine Machtbefugnis in vollerem Maße als bisher zu betonen, so dem sächsischen Bevollmächtigten gegenüber, neben dem er bisher gewissermaßen nur als gleichberechtigter Mitbesitzer aufgetreten war.

Zapf hatte Hadeln, wie Lauenburg, formell okkupiert. Krosigk, der nach ihm in Otterndorf fungierte, bat um Nachschub. Auf die Otterndorfer, denen er Handgeld gegeben hatte, war nicht bestimmt zu rechnen; um Kursachsens Präponderanz zu wahren, war er auch so nicht stark genug. Zapf versuchte in Hamburg frische Truppen zu werben, mußte sich dabei aber einige Vorsicht auferlegen, da der Bürgermeister Mayer lüneburgisch gesinnt war[56]. Daß Krosigk sich mit Schmidt verstand, lag daran, daß dieser ihm seinen Schutz gegen die Lüneburger versprach. Sobald er ihn mit Argwohn betrachtete, suchte er

54. Reinbecks Berichte, Hamburg, 6./16. u. 9./19. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 10).

55. Vgl. Anm. 45.

56. Zapfs Bericht, Hamburg, 19./29. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

seine eigenen Leute auf die Pässe zu bringen, was ihm auch mit vieler Not gelang. Da der Winterfrost noch nicht eingetreten war, glaubte er sich immerhin gegen einen lüneburgischen Einbruch halten zu können. Daß auch der Kaiser seine besonderen Absichten habe, kam ihm nicht in den Sinn. Die feinsten Ziele österreichischer Politik hat auch sein Herr, Johann Georg III., nie verstanden. Der kursächsische Oberst sah sich stets — eine Reminiszenz aus Ratzeburg — vom lüneburgischen Gespenst bedroht. Er fürchtete dabei eine Desertion des angeworbenen Landvolks, doch wollte er sich, wie er sagte, bis auf den letzten Blutstropfen wehren[57]. Ehrenschild bot Zapf fünfzig Mann der Glückstadter Garnison zur Verwendung in Hadeln an[58]. Dieser akzeptierte das Anerbieten nicht; einmal fühlte er sich dazu nicht autorisiert, dann aber fürchtete er, es dadurch mit Schweden zu verderben. Andere Hilfe hatte er für Krosigk auch nicht[59]. Die Besorgnis vor Lüneburg veranlaßte diesen nun zu einem eigenartigen Manöver. Er offerierte Reichenbach hundert Mann, die er zur Verfügung zu haben vorgab. Darüber groß' Geräusch! Ackenhausen, der immer als Reichenbachs Helfer erscheint, veranlaßte, daß die Schleusen besetzt, die Mannschaft verdoppelt, Pechtonnen aufgesteckt würden, die sofort in Brand zu setzen seien, wenn sich ein unbekanntes Fahrzeug dem Hafen nähere. Dann solle im Lande sofort die Trommel zum Sturme gerührt werden. Krosigk setzte seinen Kniff fort: er habe 300 Mann bei der Hand, wolle sie aber nur im Falle eines lüneburgischen Angriffes landen lassen. Er erreichte jedenfalls, daß das Land sich stark in Verteidigungs-

57. Krosigk an Zapf, Otterndorf, 20./30. Okt. (Dr. St., Loc 9446, Vol. IV).

58. Zapfs Bericht, Hamburg, 26. Okt. / 5. Nov. (Dr. St., Loc 9444, Vol. II).

59. Zapf an Krosigk, Hamburg, 27. Okt. / 6. Nov. (Dr. St., Loc. 9446).

zustand setzte. Allmählich merkte man Krosigks „gasconnades“[60].

Inzwischen waren aber die kaiserlichen Musketiere angelangt. Nunmehr hing das militärische Kommando im Schloß von Reichenbach ab. Die kursächsische Possession ging auch in Hadeln ihrem Ende zu. Nicht Lüneburg vertrieb hier Sachsen, der Kaiser war der „Räuber“, wie Lüneburg inbezug auf Lauenburg benannt wurde. Reichenbach wollte die Soldaten Krosigks unter die Kaiserlichen stecken, weswegen dieser „einen harten Stand gehabt“[61]. Es erfolgte die Abberufung der Kursächsischen von den Pässen, kaiserliche Posten traten an ihre Stelle[62]. Einen Anschlag, den Krosigk plante, indem er nach Hamburg ging und fleißig Mannschaften warb, verhinderte Gödens, der einen warnenden Eilboten nach Otterndorf entsandte[63]. Reichenbach hatte hier fürs erste seine Mission beendet. Am Morgen des 9. November verließ er die Stadt. Dem Lüneburger Rumann sandte er Wein und Austern zum Abschied; er tue eine Reise nach Hamburg[64].

Waren die kaiserlichen Sequestrationsversuche in Hadeln von Erfolg gekrönt, so erlebte man im Herzogtum selbst das gerade Gegenteil. Wohl tat Gödens sein Bestes, gegen die starken lüneburgischen Herzöge aber war von seiner Stellung aus nicht anzukommen. Seine Tätigkeit blieb im Gegensatz zu der seines glücklicheren Kollegen eine rein diplomatische. Zu Canitz äußerte er sich, daß nach dem, was er von seinem Bruder, der Berliner Ge-

---

60. Vgl. Anm. 45.

61. Krosigks Bericht, Otterndorf, 30. Okt. / 9. Nov. (Dr. St., Loc. 9446).

62. Rumanns Bericht, Otterndorf, 30. Okt. / 9. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 10).

63. Auszug aus einem Bericht, Hamburg, Nov. 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

64. Vgl. Anm. 62.

sandten, erfahren habe, an Anhalts Einverständnis mit der Sequestration nicht zu zweifeln sei. Anhalt möge aber auch seinen Einfluß auf Kursachsen aufbieten, damit dieses das gute Mittel gleichfalls beliebe. Als ob er Canitz ein schweres Geheimnis entdecke, wollte er ihm einreden, daß Bülow in Dresden den Vorschlag unterbreite, Kursachsen solle Lüneburg in der Frage der neunten Kur in Augsburg unterstützen, wogegen man die lauenburgischen Lande und seine Ansprüche darauf als Gegendienst anbiete[65]. Reichenbach half Gödens, als sein Geschäft in Hadeln erledigt war. Er suchte Zapf die Sequestration aufzureden; nur durch sie werde Lüneburg zur Räumung gebracht[66]. Dem Kaiser gegenüber verhehlten die Sequestratoren nicht, daß man sich auf das Gelingen ihres Werkes in Lauenburg kaum Hoffnung machen dürfe. Voller Entrüstung wiesen sie zugleich die Verdächtigung zurück, als wolle die kaiserliche Politik aus der Sequestration ihren Profit ziehen[67]. Gödens und Reichenbach mochte wohl immerhin von den letzten Zielen des Kaisers nichts bekannt sein. Das ist sogar vielleicht nicht anders zu erwarten. Der Sünder liebt seiner Tat einen beschönigenden Namen zu geben.

Den Kaiser mußte seine fieberhafte Tätigkeit in den Ruf der Eigennützigkeit bringen. An den lüneburgischen Höfen erschien sein Minister Franz Anton Graf von Berka, der die Notwendigkeit vorstellte, Lauenburg „auf eine geringe Zeit“ in Sequester zu nehmen. Die Welfen sahen keine Veranlassung dazu[68]. Zu Neuhaus wies Schenk von Winterstädt Gödens' Gefolge, das die Stadt betreten wollte,

---

65. Canitz' Bericht, Hamburg, 16./26. Okt. (B. St., Rep. XI. 148 b, Lauenb. fasc. 3).

66. Zapfs Bericht, Hamburg, 6./16. Nov. (Dr. St., Loc. 9446).

67. Bericht der kaiserl. Minister, Hamburg, 12./22. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

68. Die calenb. Geh. Räte an die wolfenb., 2./12. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“, Nr. 17).

ab[69]. In Dresden erschien in des Kaisers Auftrag Christoph Dietmayr Graf von Schallenberg. Er hatte mit seiner Mission so wenig als Berka Erfolg. Das sehe der Kurfürst, erklärten die Geheimen Räte, für gewiß an: wenn er auf die Sequestration eingehe, so verliere er dadurch seine Posseß[70]. Fridag war für den Kaiser am Hofe des dritten der großen Mitprätendenten tätig. Danckelmann traf den Nagel auf den Kopf, wenn er zu Bothmer sagte, „daß man sich vor der kaiserlichen Sequestration hüten müßte, wo nicht alle Kompetenten ihrem Rechte hinter nach sehen wollten", und als dieser bemerkte, „wie die kaiserlichen ministri sich schon verlauten ließen, daß wohl keiner Recht haben, sondern viel eher das Lehen Seiner Kaiserlichen Majestät Disposition heimfallen sein möchte", ergänzte ihn wieder Danckelmann, „daß er solches ebenfalls von andern wohl gehört hätte"[71]. Man mag einiges von diesen Worten abstrahieren, die Stimmung kennzeichnen sie zum mindesten gut.

Zu Regensburg bemühte sich der kaiserliche Prinzipalkommissar, Markgraf Hermann zu Baden und Hochberg, ebenso die österreichischen Direktoren eifrig, ein Reichsgutachten zu erlangen, das dem Kaiser die Sequestration anempfehle[72]. Bei den katholischen Ständen fanden sie Unterstützung. Jene sahen in dem Gelingen des kaiserlichen Plans eine Stärkung ihrer Religion in Niedersachsen. Sie waren dort allzuschwach, nur Hildesheim zählte noch zu

69. Schenks Bericht, Neuhaus, 16./26. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 16).

70. Konferenzprotokoll, Dresden, 26. Okt. / 5. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

71. Bothmers Bericht, Berlin, 21./31. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

72. Miltitz' Bericht, Regensburg, 4./14. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

den Ihren[73]. Das Kolleg der Kurfürsten aber kam zu keinem Entschluß[74].

Die Spatzen pfiffen es jetzt von den Dächern, mit welcher Absicht der Kaiser umgehe. Er war der Vormund der lauenburgischen Prinzessinnen. Wie, wenn er sie an seine Kreaturen verheiratete! Mittel, in den Besitz Lauenburgs zu gelangen, gab es dann leicht. Die Prinzessinnen erheben Anspruch auf das Land, der Prozeß wird vor den Reichshofrat gebracht, den der Kaiser beherrscht; gut, wenn er da schon im Lande als Sequestrator sitzt[75]. „Opportune Heiraten stiften ist allzeit ein so wichtig Geschäft gewesen, als Battaglien gewinnen undt anstossendt lande mit dem Schwert zu arquiriren,“ schrieb der kaiserliche Appellationsrat und böhmische Vizepräsident Julius Freiherr von Bluhm am 6. November an den Pfalzgrafen[76]. Rund drei Wochen

73. Miltitz' Bericht, Regensburg, 7./17. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III): „Die Austriani . . . finden auch bei den Catholicis einmütigen Beifall, als die sich nicht undeutlich merken lassen, es versiere hierinnen ihr sonderbares Interesse, daß solche Lande Kaiserliche Majestät administriere, auch daß die Führung des Voti, so lang als möglich, möge suspendiert, und nicht aus einem katholischen in ein evangelisches verwandelt werden.“

74. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 20./30. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

75. Bothmers Diarium, 24.—25. Nov. / 4.—5. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21). Als Friedrich Wilhelm von Horn, der schwedische Gesandte in Berlin, zu Bothmer äußerte, „man meinte, als würden die sachsen-lauenburgischen Lande in faveur der Prinzesse als ein Allodium zu behaupten intendiert, gab ich (Bothmer) zurück, daß man dannenhero die kaiserliche Sequestration desto mehr zu besorgen hätte, maßen auf solche Weise der kaiserliche Hof desto ehender Gelegenheit haben könnte, durch eine Heirat mit der Prinzessin das Land an jemand seiner Kreaturen zu bringen, gleichwie man denn bereits von einer mit des Herrn Markgrafen Ludwig von Baden Dl. sagte.“

76. Karl Theodor von Heigel: „Biographische und kulturgeschichtliche Essays“, Berlin 1906, S. 106 ff.: „Die Brautwerbung des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden und des Prinzen Eugen

später: „Auf die amouretten der Prinzessinnen durchlaucht kommt es nicht an, sondern nur auf die Intentionen Kayserlicher Majestät, die ad politicam sich beziehen.“ Schon lange hatte sich das Gerücht verbreitet, „ob wollte die Kaiserliche Majestät dem Prinzen Louis von Baden wegen seiner Meriten dies fürstliche Lehen konferiren und unsere älteste Prinzessin an denselben verehlichen“[77]. Bernstorff erkannte alsbald, von welch' starker Art die neuen Kräfte waren, die ihm den Raub streitig zu machen suchten[78].

Der „Türkenlouis“ war der Mann, der dem Kaiserhause Königreiche und Fürstentümer erwarb und rettete. Währenddessen lagen seine eigenen, badischen Lande verarmt, verbrannt und geplündert von den Soldaten seines großen Paten, von dem er den Namen führte. Im vorigen Jahr hatte der Kaiser ihn mit einem außerordentlich schmeichelhaften „Dankbriefl“ für seine glänzenden Waffentaten beehrt. Wenn er ihm jetzt gefällig war und ihn für das persönlich erlittene Unheil entschädigte, so schlug er gleich zwei Fliegen mit einem Schlag. Der Markgraf wünschte sich die Verbindung mit einer der reichen Lauenburger Erbinnen, denn er liebte ein glänzendes Auftreten[79].

---

von Savoyen.“ — Auch im Folgenden benutzt, wenn nicht anders vermerkt.

77. Classen an Schleten, Lübeck, 20./30. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

78. Hünickes Bericht, Celle, 8./18. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III). Bernstorff erklärte: „Dem kaiserlichen Hof sei . . . nicht zu trauen, denn einmal sei gewiß, daß man daselbst zweierlei mariages so gut als beschlossen habe, nämlich mit einem Neuburgischen Prinzen und Prinz Ludwig von Baden an die beiden lauenburgischen Prinzessinnen. Daher nichts gewisseres, als daß die Lande verloren gingen, wenn Ihre Kaiserliche Majestät die Sequestration, dazu sie hier es nicht kommen lassen, weniger darein willigen würden, erhielten.“

79. Aloys Schulte: „Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden.“ Karlsruhe 1892, Bd. 1, S. 34.

Welche Wirkungen hatte nicht der prächtige Badener bei den gelegentlich der Wahl Josephs zum erblichen König von Ungarn veranstalteten Turnieren auf die Mitlebenden erzielt![80]. Sein Oheim, der Regensburger Prinzipalkommissar, unterstützte seine Bewerbung. Nach des Kaisers Wunsch sollte er Anna Maria, die ältere Prinzessin, zum Weibe haben. Die jüngere, berichtete der wohlorientierte Bluhm, habe Leopold dem jungen Sohn des Fürsten zu Salm, eines seiner Räte, bestimmt: „Ist ein Herr von ohngefehr 15 jahren, einer feinen person von schönen qualitaeten, studiert itzo dahier (in Prag).“ Von Wien eilte der Sieger in der Schlacht von Nisch nach Böhmen. Er hatte vernommen, daß den Prinzessinnen „einige widrige Impressiones wegen seiner gemacht worden“, und fürchtete, „man möchte ihn an seiten der Prinzessinnen nicht allzu liebreich tractiren“. Sternberg, erster Statthalter Böhmens, ermunterte ihn, „einen treuen galant und amant (zu) agiren, so wurde sich schon alles geben“. Am 14. Januar 1690 fand zu Schlackenwerth die Verlobung des Markgrafen mit Franziska, der jüngeren Prinzeß statt, „als gegen welche... Se. Liebden die mehreste inclination allzeit spüren lassen“. Mit besonderer Genugtuung vernahm der Kaiser die Nachricht zu Augsburg. Die Politik spielte in dem unscheinbaren Ehehandel auf dem böhmischen Schlosse eine beträchtliche Rolle. Am 27. März desselben Jahres, am zweiten Osterfeiertage, konnte zu Raudnitz die Trauung vor sich gehen. Der Bischof von Leitmeritz versicherte, das fürstliche Beilager habe sich „solenniter und lustig vollzogen. Möge Gott die neuen Gatten mit einem baldigen Prince gnädigst erfreuen!“ Die Ehe war glücklich. Der materielle Gewinn für den Badener war die Herrschaft Schlackerwerth. Ihm ward aber auch die Aufgabe zuteil, in den weitverzweigten Streit um das volle Erbe seines

80. „Theatrum Europaeum“, XIII, S. 112.

Schwiegervaters einzugreifen, aus dem Schiffbruch zu retten, was noch menschenmöglich wäre. Er mochte dabei mehr oder weniger das Werkzeug eines höheren Herrn sein.

Neben den drei Mächtigen Norddeutschlands stand der Kaiser oder der Markgraf im Streit um Sachsen-Lauenburg. Die Zahl der Bewerber hatte sich auch damit noch nicht erfüllt.



Fünfter Abschnitt.

Ausgang des Jahres 1689.

Der Regensburger Reichstag bewährte bei allem Streit und Hader den ihm eigentümlichen Charakter. Monate lang setzten die „Deliberationen“ aus. Miltitz erschien jederzeit als erster im Rate[1]. Wenn ihm dann vorgehalten wurde, es sei beabsichtigt, sich über das kaiserliche Kommissionsdekret auszusprechen, und dabei könne er als Partei nicht zugegen sein, gab er zu verstehen, daß er sich den Eintritt ins fürstliche Kolleg nie und nimmer verweigern lasse[2]. Die Suspendierung des lauenburgischen Votums, so schrieb Johann Georg III. auf Schloß Düben an den brandenburgischen Glaubensgenossen, benachteilige das Evangelium und die Fürstenbank[3]. Oesterreich wünschte zur Beschlußfassung die Reichsstädte hinzuzuziehen; ließen die Fürsten dies zu, so erlitten sie in ihrer Stellung Einbuße[4]. Auch so kam man nicht von der Stelle.

1. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 20./30. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

2. Miltitz' Bericht, Regensburg, 31. Okt. / 10. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

3. Johann Georg III. an Friedrich III., Düben, 30. Nov. / 10. Dez. (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 2).

4. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 13./23. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184): „Gleichwie man aber die Zuziehung des Reichsstädtischen Kollegs als eine den iuribus principum zu nahe kommende und präjudicierliche Sache geachtet, also hat man auch nicht allein darin, sondern auch von Seiten der Interessenten und aller evan-

Die Welfen werden dem Regensburger Schauspiel voller Befriedigung zugeschaut haben. Sie kümmerte wenig der Gegensatz der Bekenntnisse und der Stände untereinander und zum Kaiser. Das nutzlose Geschrei nicht beachtend setzten sie das Werk fort, das sie angefangen hatten. Georg Wilhelm erschien persönlich in Begleitung Bernstorffs und Bülows vor Ratzeburg. Sie nahmen die angefangenen Befestigungswerke, das Schloß sowie die Lage der Stadt in Augenschein. Daneben wurde wieder die Feder gespitzt. Bernstorff wies gelegentlich seines Ratzeburger Aufenthaltes Laffert an, nach Dokumenten fleißig Umschau zu halten[5]. Fabricius versuchte in denselben Tagen in Schlackenwerth beim Hofrat Steinhoff das Material zu erforschen[6]. Die Welfen waren weit davon entfernt, auch nur selber an ihr Recht zu glauben.

Am 6. November hatte Bernstorff Hannover und Wolfenbüttel die Fragen vorgelegt, wie man sich zur Sequestration verhalten solle, und ob der Streit, wenn es einmal soweit komme, vor den Reichshofrat oder vor eine kaiserliche Kommission zu bringen sei[7]. Darin war man sich sogleich einig, daß die Sequestration unannehmbar sei[8]. Die

---

gelischer Ständen in die vorgeschlagene Sequestration nicht einwilligen wollen."

5. Lafferts Bericht, Lüneburg, 24. Nov. / 4. Dez. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 14).

6. Fabricius' Bericht, Schlackenwerth, 24. Nov. / 4. Dez. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 11). — Als Schmettau in London ein Memorial über die anhaltischen Rechtsansprüche überreicht hatte, wurde der lüneburgische Gesandte Schütz angewiesen, dessen habhaft zu werden, „ob es schon etwas koste . . ., weil uns daran gelegen." (Instruktion für Schütz, 6./16. Dez. [Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 20]).

7. Bernstorff an die calenb. u. wolfenb. Geh. Räte, 27. Okt. / 6. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 17).

8. Die lüneburgischen Gesandten führten in Regensburg folgende Gründe gegen die Sequestration an: „1.) daß die Sequestration ein remedium plane extraordinarium, wozu nicht leicht zu schreiten.

prozessuale Alternative aber war für Grote eine cura posterior[9]. Das war auch Bernstorffs Meinung, daß man sich nicht überstürzen dürfe. Eben darum zog er den Reichshofrat mit seinem Verschleppungsgewohnheiten der Kommission vor, „als mit und von welcher es viel eher übereilt werden kann"[10]. Und nun lese man Bernstorffs Instruktion

---

2.) daß selbiges notwendig cognitionem causae praerequirire, folglich des fürstl. Hauses Braunschweig deductio jurium von dem Sachsen-Lauenburgischen Fürstentum zu erwarten sei. 3.) Sei es eine Sache von großem Nachdenken und hochschädlicher Konsequenz, wenn in Fällen, da mehr Prätendenten sich angeben, sofort zu einem solchen odiösen remedio sollte gegriffen werden. 4.) bezeugte die Erfahrung, z. E. in Jülich Cleve- und Bergischer Successions-Sache, daß ein gütliches Accommodement sowohl den Interessenten als gemeinem Ruhestand als erträglichsten und das remedium sequestrationis dazu garnicht ablänglich, als welches in dergleichen Fällen mehr hinderlich als beförderlich zu sein pflege. 5.) befinde sich das fürstl. Haus in wirklicher Possession der Sachsen-Lauenburgischen Landen, und wäre außer S. Kurfl. Dl. zu Sachsen (so doch sich der Sequestration mit opponiere) niemand, der solcher Possession halber etwas vorgebracht oder vorbringen könnte, auch ohne rechtliche Erkenntnis niemand aus der Possession zu setzen sei. So wäre auch 6.) metus armorum nicht vorhanden, wann aber wider Vermuten sich ein tertius einmischen wollte, wären dagegen die remedia, so contra turbatores pacis publicae et internae in den Reichssatzungen verordnet, zu gebrauchen und nicht die Sequestration." (Regensburger Gesandtschaftsbericht, 11./21. Dez. [Wm. St., Rep. A, Nr. 2185]).

9. Grote an die cellischen Geh. Räte, 1./11. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 17): „Wegen der 2. Anfrage aber halten dieselbe (Ernst August) sowohl den einen als andern Weg bedenklich, und besser zu sein, es dahin zu richten, damit man noch etwas Zeit gewinnen und zuvorders der unter der Feder begriffenen Aufsatz oder Deduktion von des fürstl. Hauses juribus abgewartet werden und man auch fürders sehen möge, wie weit mit der gütlichen Vernehmung mit einen und andern der hohen Mitprätendenten auszulangen."

10. Bernstorff an die calenb. Geh. Räte. 4./14. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 17).

für Platen vom 3. Dezember, ein Muster diplomatischer Kunst: Der Kaiser wird mit Schmeicheleien bedacht, Brandenburg vor des Kaisers Augen abgekanzelt. Den Reichshofräten solle der Abgesandte für Leopolds Entschluß, vor der Fertigstellung der lüneburgischen Rechtsschrift keine Verordnung zu tun, Dank sagen. Der Kaiser möge die „widrigen machinationes" Brandenburgs unschädlich machen und verhindern, daß die durch dessen „artificia" aufs Tapet gebrachte Sequestration beschlossen werde, „als worüber es ganz gewiß und unfehlbar zum Kriege und Unruhe kommen müßte." Aus Hadeln ziehe Lüneburg aus Respekt vor dem Kaiser seine Truppen zurück, in der Zuversicht, daß das Ländchen zurückerstattet werde, sobald erwiesen, daß es ein Pertinenzstück Lauenburgs und kein Allod sei. Für eine Garantie des lauenburgischen Besitzes wäre man dem Kaiser sehr verbunden. Zum Schluß reagiert Bernstorff auf Aeußerungen, die Graf Windischgrätz getan. Das Argument vom brandenburgischen Interesse sei schlecht und irrelevant. Wie ungereimt wäre es, wenn Lüneburg „angemutet werden wollte, daß es sich, unangesehen, ob selbiges (Brandenburg) einiges Recht an solchen Landen habe oder nicht..., blos wegen eines Kurbrandenburg vermeintlichen Interesse, (zurückziehe)... und daß man derseits seiner Connivens und schon des gegen unser fürstliches Haus ohne alle Ursache gefaßten Hasses und Widerwillens halber dasselbe jenseits der Elbe nicht dulden könne"[11]. Wenn Bernstorff hier die brandenburgische Politik als Urheberin des Sequestrationsgedankens hinstellte, so baute er auf diesem Grunde später weiter. Platen hatte Ende des Jahres den kaiserlichen Ministern vorzustellen, daß „Kurbrandenburg selbsten, von dem sonst das Werk am meisten poussiert worden, seine darauf abgezielten Sentiments —

11. Instruktion für Platen, Celle, 23. Nov. / 3. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 17).

und zwar ... aus der ... Ration, daß man dem kaiserlichen Hofe nicht traue und dieses Herzogtum nicht gerne in dessen Hände gestellt sehen wollte — geändert". „Weil wir uns", fährt Bernstorff fort, „vor der ganzen Welt prostituieren würden, wenn wir uns dergestalt aus der Posseß solcher Lande setzen lassen", so möge der Kaiser von der Sequestrierung absehen[12].

Die cellische Politik war keineswegs auf Rosen gebettet. Die Tat in Lauenburg, die Ludwigs XIV. allgemein gehaßtem Vorgehen in Straßburg ähnlich sah, kühlte die Freunde, Schweden und die „Seemächte", ab. Der Dank, den der Oranier für Hilfeleistungen bei seiner vorjährigen Expedition abzustatten hatte, kannte seine Grenzen. Als Baron Salentin von Schütz, Bernstorffs Schwager, der die welfischen Interessen in London vertrat, den König um Unterstützung ansprach, erklärte dieser, bei aller Hochachtung vor dem Welfenhaus habe er sich doch in Reichsangelegenheiten nicht zu mischen. Unter der Hand möchten seine Minister wohl gute Dienste erweisen, doch bitte er dafür, jede „Weiterung" zu vermeiden. Er hätte die kaiserliche Sequestration gern gesehen. Schütz packte den König, der die Seele der antifranzösischen Koalition war, geschickt an seiner verwundbaren Stelle: „Es würden ... weder die nordischen Kronen noch die angrenzenden Fürsten des Reichs wegen dieses Herzogtums Situation zugeben, daß es dem Kaiser in Besitz gegeben würde, zu geschweigen vieler andrer Inkonvenienzien, so die Sequestration notwendig nach sich zöge." Mylord Nottingham betonte, die Einigkeit unter den Verbündeten müsse gewahrt bleiben.

---

12. Instruktion für Platen, Celle, 11./21. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 17): „Jedenfalls möchten wir gerne wissen, wozu dann die Constitutio pacis publicae, als worin die Rechtsmittel gegen diejenigen, die den innerlichen Ruhestand des Reichs zu turbieren sich unterstehen, an Hand gegeben werde, diene."

Graf Portland[13] begriff nicht, wie ein Reichsfürst sich aus eigener Machtvollkommenheit in den Besitz eines erledigten Lehens setzen könne. „Ich habe ihm dagegen remonstriert, daß solches nach aller Welt Rechten erlaubt, die tägliche Erfahrung auch bezeugte, daß es in dergleichen Fällen praktisiert würde... Es hätte auch Kurbrandenburg in der Jülich und Klevischen Succession mit seinem eignen Exempel bezeuget, daß die Ergreifung der Possession in solchen Fällen wohl zulässig[14].“ Brandenburg mußte erfahren, daß Paget, der englische Gesandte am Kaiserhofe, für die Sequestration eintrat. Portland erklärte dem überraschten Schütz, jener habe es irrtümlich getan; seiner Instruktion gemäß müsse er generell jede „Desunion“ im Reiche zu verhindern suchen[15]. Jedenfalls war Englands Haltung nicht, wie sie Bernstorff gewünscht hätte. Nicht anders stand es mit den Generalstaaten. Zu Anfang des Krieges hatte Lüneburg die Allianz mit ihnen abgelehnt, jetzt bot es sie aus freien Stücken an[16]. Die Verhandlungen zogen sich aber in die Länge, und die holländischen Gesandten bekannten sich zum kaiserlichen Vorschlag, Heemskerk in Augsburg und Hop in London[17]. Wenig günstig für die Welfen klang, was der schwedische König an den Kurfürsten von Sachsen schrieb[18]. Dieser hatte ihm

---

13. Portland ist identisch mit Bentinck, der schon auf niederländischem Boden zu den Vertrauten Wilhelms von Oranien zählte.

14. Schütz' Berichte, London, 25. Okt. / 4. Nov. und 10./20. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 20).

15. Schütz' Bericht, London, 27. Dez. 1689 / 6. Jan. 1690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 20): „Er gab mir dabei zu verstehen, daß so ein Verstoß bei einem solchen ministro leicht geschehen könnte, dem die Reichssachen noch so völlig nicht bekannt.“

16. Zapfs Bericht, Dresden, 26. Nov. / 6. Dez. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

17. Vgl. Anm. 14.

18. Karl XI. an Johann Georg III., Stockholm, 2./12. Nov. (Celle-

die etwas eigenartige Mitteilung gemacht, daß er Dänemark um Ueberlassung einiger Truppen gebeten habe[19]. Daraufhin wollte man in Stockholm auch nicht recht an die Einschiffung des dänischen Kontingents nach Irland glauben[20]. Der schwedische Resident Wollnitz eröffnete dem kursächsischen Abgesandten in Hamburg auf königlichen Befehl, seinen Herrn erfülle es mit Betrübnis, sich in den Verdacht lüneburgischer Parteinahme gezogen zu sehen. Wahr sei, daß Schweden die Maßregeln des Kreisobersten gutgeheißen habe, bei veränderter Situation sei es entschlossen, „sich von der Sache gänzlich abzuziehen". Zapf frohlockte: Das Blatt wendet sich! Falls die schwedische Zurückhaltung, so sagte Ehrenschild, von Herzen geht, wird die lüneburgische Rechnung gewaltig verrückt. Man erlebe einen großen Augenblick[21].

In Stockholm beriet man lange und viel. Oxenstiern

Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 20): „Dahero Wir dann bey sogestalten Sachen kein zureichlicheres Mittel dergleichen besorgendem Unheyl vorzukehren zu ersinnen wissen, als was die im Westphälischen Friedens-Schluß bestätigte Reichs-Constitutiones, bey dergleichen Fällen und Vorkommenheiten an Hand geben und mit sich bringen, dahin vornemlich zielend, daß man sein Recht non via facti oder durch eigenmächtige Thätlichkeit, sondern durch andere heylsame Mittel und Wege des Rechtens oder gütliche Abhelfung zu behaupten suche, worinn auch dem Röm. Kayser als des Reichs höchsten Ober-Haupt, obristen Lehn-Herrn und competenten Richter so viel weniger vorzugreiffen, als Wir vernehmen, daß höchst-gedachte Kayserl. Majestät Kraft Ihres Kayserl. Amts hierinnen aus rühmlicher Vigilance und Vorsorge gewisse Verfügung gethan, und besagte streitige Länder sequestriren und in Verwahrung nehmen lassen (wollen)."

19. Obergs Bericht, Stockholm, 2./12. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „welches sowohl an sich selbst, als auch die davon gegebene Nachricht man hier etwas extraordinaire findet."

20. Obergs Bericht, Stockholm, 6./16. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

21. Zapfs Bericht, Hamburg, 9./19. Nov. (Dr. St., Loc. 9446).

verbarg sich vor Oberg wider seiner Gewohnheit. Lilienroth[22], der frühere Gesandte bei Ludwig XIV., äußerte zu Oberg, der ihn aushorchen wollte: „Si vous n'éties pas si habiles chez vous, il y auroit bien moyen de faire tout a fait entrer le Roy dans vos Interess, mais vous embrassez trop" — weiter wollte er sich nicht erklären[23]. Später ließ er Oberg im Vertrauen wissen, daß Oxenstiern die Lauenburger Angelegenheit so schwer mache, „und zwar zum Teil aus Timidität, andrerseits auch aus gar zu großem egard für den kaiserlichen Hof, für welchen er von neuem eine ganz abandonirete Complaisance hätte". Er solle nur bedacht sein, dem Kanzler die Sache so vorzustellen, daß sie zu keinen Weitläufigkeiten zu führen schiene. Als Oberg nun bei Oxenstiern um ausgedehnte Order für die bremische und pommersche Regierung anhielt, damit diese Braunschweig Hilfe leisteten, strich der Kanzler Wellings „gute conduite und sorgfältigen Eifer" für die Welfen heraus, gleich als wollte er Verdienste anderer verkleinern[24]. Offenbar war der Einfluß der Bielke anhängenden Partei am Stockholmer Hofe im Wachsen begriffen. Ein dunkles Intrigenspiel wob sich um die Person des Königs, die Spannung war stark. Ihr Oberhaupt erwarteten die einen aus Deutschland zurück, die Lilienroth, Graf Lindsköld, der

---

22. In Obergs Bericht erscheint er unter der Chiffre „859", wie Oxenstiern als „1137".

23. Obergs Bericht, Stockholm, 16./26. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

24. Obergs Diarium, 17.—20. / 27.—30. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „und schiene er solches mit dessein zu tun, und als wenn er die confience, so man etwa in den Graf Bielke setzen möchte, nicht ohne Jalousie ansehe, als daß ich fast dafür halte, daß die retenue, so mir der Graf einige Zeit her spüren lassen, vielleicht aus diesem principio herrühren könnte, weshalb ich ihm denn das Vertrauen, so man vor allem andern in den von Welling setzte, mithin die particuliere estime, so man für seine Person hätte, zu persuadiren mich bemüht habe."

Schwärmer für französische Klassizistik, und Gyldenstolp, der von diesen Parteigängern als künftiger Kanzler verlangt wurde[25]. Bielke hatte das Unternehmen der Annektierung Hadelns kühn begonnen; er war aus Deutschland abberufen, und Oxenstiern schien bei seinem vorsichtigen Hin- und Herlavieren, bei seinem allzu großen Respekt vor dem Kaiser alles zu verderben. Jetzt sollte Bielke es gutmachen. Hadeln erkor sich die Umsturzpartei als Stichwort. Dem lüneburgischen Gesandten war diese Gruppierung bei Ausgang November noch nicht völlig klar: „Mich deucht, ich merke an dem Grafen, daß man mit morgender Post vom kaiserlichen Hofe noch einige Briefe erwarten will, ehe man sich weiter herausläßt, denn man macht bei dem ganzen Werke große Reflektion auf des Kaisers dabei führende Sentimenten. Auch dürfte das Interesse, so man am Lande Hadeln nimmt und weshalb man vielleicht aus dem Bremischen noch einige Briefe erwartet, gleichfalls dabei unterlaufen[26].

Am 1. Dezember verlangte der König, daß Oberg seinen Unterstützungsantrag schriftlich einbringe. Die Angelegenheit, meinte Oxenstiern, sei ja allerdings von großer Wichtigkeit, allein er wisse nicht, wer den König veranlaßt habe, sie so zu behandeln. Oberg weigerte sich, und der König verzichtete schließlich für diesmal auf alles Schriftliche. Der Vorgang zeigt, wie sehr die Feinde Oxenstierns an der Arbeit waren, an den Staatsgeschäften Anteil zu bekommen. Die mündliche Unterhandlung des Kanzlers stand ihrem Ziele im Wege. Aber noch hatte dieser die Oberhand. Die alte Forderung an Lüneburg, es solle die Erklärung abgeben, Lauenburg als Kreisoberster zu besitzen — dann werde es auch England und Holland für sich gewinnen —, tauchte

25. Friedrich Ferdinand Carlson: „Geschichte Schwedens." Gotha 1875, Bd. 5, S. 409.

26. Obergs Bericht, Stockholm, 20./30. Nov. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

wieder auf[27]. Daß Oxenstiern vorerst über seine Gegner gesiegt hatte, beweist vor allem die Order an Horn, die der König am 3. Dezember unterzeichnete: Die restlichen zwei Kompagnien Dragoner sollen aus Hadeln abziehen, „nach demmahlen wir nicht gemeint sein, bei diesem Sachsen-Lauenburgischen Wesen andere mesures zu nehmen, als welche den kaiserlichen Sentimenten gleichstimmig und zu Erhaltung des Ruhestandes im Niedersächsischen Kreis ersprießlich sein können“[28].

Bielkes Freunde intrigierten weiter. Schon in den nächsten Tagen hatten sie beim König wieder einen Stein im Brett. Sie überzeugten ihn, daß man Hadeln bekommen und — was diese Partei gleichfalls auf ihre Fahne geschrieben hatte — den Bund mit Lüneburg durch die Tat aufrechterhalten müsse[29]. Als Oberg sich am 8. Dezember bei

---

27. Obergs Diarium, 21.—23. Nov. / 1.—3. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „Wegen der gebetenen Erläuterung der Ordres hat er mir auf meine Nachfrage berichtet, daß solche bei gestalten Sachen wohl nicht abgehen würden. Ich habe also den Grafen im Vertrauen gefragt, ob, wenn Kurbrandenburg was unternehmen sollte, die Bremische und Pommersche Gouverneurs und Regierung vermöge der erhaltenen Ordres die Hülfe leisten würden. Der Graf antwortete mir, er könne solches, ohne I. M. positive darüber zu fragen, nicht beantworten, auch würde ihm lieb sein, wenn ich, im Fall ich verlangte, sicher davon zu sein, solches per Memoriale anfragte, zumal er mir nicht alles sagen könnte, was passieret; und was er für Mühe gehabt hätte, die Sache, so andre bei währender seiner Unpäßlichkeit verdorben hätten, wieder zu redressieren.“

28. Order für Horn, Stockholm, 23. Nov. / 3. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 175, V. 1).

29. Obergs Bericht, Stockholm, 27. Nov. / 7. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): „Neben dem wird mir vertraulich berichtet, daß I. M. je mehr und mehr Reflexion darauf machen sollen, daß es Ihrem Interesse sehr nachteilig sein würde, wenn Sachsen oder Brandenburg die Lande sollte an sich bringen; ob Sie aber etwa für sich aufs Land Hadeln oder sonsten wohin zielen,

Lilienroth wieder Verhaltungsmaßregeln holte, wollte sich dieser nicht deutlich ausdrücken: Lüneburg solle zur Befriedigung der Mitprätendenten auf einen kleinen Teil des Herzogtums Verzicht leisten. Oberg trieb ihn in die Enge. Da gab Lilienroth Schwedens Absichten auf Hadeln offen zu[30].

Oxenstiern mußte sich infolge der starken Gegenströmung nach kurzem Fernsein vom Hofe, wollte er seine Stellung behaupten, endlich zu einer Modifizierung seiner Anschauung verstehen. Als Oberg ihm am 18. Dezember auf eine Erklärung Lüneburgs, daß sein Besitz Lauenburgs den Mitprätendenten nicht präjudiziere, bestimmte Hoffnung machte, erging sogleich an Schwedens Bevollmächtigten in Regensburg die Weisung ab, die kaiserliche Sequestration abzulehnen. Zu spät gab der Kanzler zu verstehen, daß Brandenburg ihm Hadeln offeriert habe. Oberg nahm von diesem Wink keine Notiz[31]. Er war angewiesen, von sich aus keine Anerbietung zu machen; man dürfe zu einem Engagement mit Schweden nicht den Anlaß geben, nachdem man die Fühlhörner andershin ausgestreckt habe[32]. Bernstorff hatte sich, hingehalten von den drei Staaten, auf deren Hilfe er am meisten baute, aus sich heraus zu

kann ich nicht penetrieren, und wollen die ministri, welchen ich wohl unvermerkt Anlaß dazu geben, sich darüber gar nicht explicieren. Die gemeine Rede aber ist, daß I. M. die Sache, falls endlich, wie Sie wolle, das Land Hadeln zu bekräftigen trachten werden, wie auch daß an einen gewissen Christiani zu Stade solle Ordre abgelassen sein, I. M. an dem Lande Hadeln habendes Recht in einer förmlichen Deduktion zu verfassen."

30. Obergs Diarium, 28. Nov. / 7. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

31. Obergs Bericht, Stockholm, 4./14. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

32. Die calenb. Geh. Räte an die wolfenb., 7./17. Dez. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 9).

neuen Verhandlungen mit Kursachsen entschlossen[33]. Der Wettiner durfte sich das ganz gewiß nicht als Verdienst anrechnen, hinter ihm stand der König von Dänemark mit seinen nie rastenden antiwelfischen Bemühungen. —

Der ohnehin schon keineswegs glücklich geführte diplomatische Kampf um das Lauenburger Erbe sollte Kursachsen noch erschwert werden. Johann Georg III. hatte zu büßen, was seine Vorfahren gesündigt. Das landesväterliche Beispiel, das der Hohenzoller Albrecht Achilles 1473 mit seiner „Dispositio" gab, hatte die Wettiner die für Sachsens Geschichte verderbliche Klippe der Landesteilung auf dem Tage zu Leipzig (1485) zu vermeiden nicht gelehrt. Die Zeiten, welche die Albertiner an das Stromgebiet der Elbe, die Ernestiner an Thüringen band, waren für sie wieder keine Lehre. Kurfürst Johann Georg I. verringerte 1652 seinen Staat um Weißenfels[34], Merseburg und Zeitz mit Naumburg. Thüringen zersplitterte sich immerwährend. Seit 1640 bestanden die dauernden Linien Weimar und Gotha. Weimar spaltete sich 1672 in Weimar, Eisenach und Jena; Gotha 1680 in Gotha-Altenburg, Koburg, Meiningen, Römhild, Eisenberg, Hildburghausen und Saalfeld. Die Weimarer Richtung bevorzugte deutsches, die Gothaer französisches Wesen.

In Eisenach hatte Landgraf Hermann die sangesfrohen Wolfram von Eschenbach und Walter von der Vogelweide empfangen. Die Stätte der Wartburg war durch die Bibelübersetzung des deutschesten Mannes geheiligt. Von Weimar ging der Palmenorden aus: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" Auf der prunklosen Wilhelmsburg an der Ilm saß der religiöse, verwaltungstechnisch reichbegabte Herzog Wil-

33. Die calenb. Geh. Räte an die cellischen, 28. Jan. / 7. Febr. 1690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 4, Nr. 140).

34. 1659 mit Barby vereinigt.

helm Ernst, der Direktor der Weimarer Hauptlinie[35]. Man neigt dazu, ihn mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. zu vergleichen. Auf die Wehrhaftigkeit seiner Truppen war auch er bedacht. Mit Oesterreich befand er sich in gutem Einvernehmen, wie das bei den Ernestinern nicht gerade häufig zu beobachten ist. 1689 stand er noch in den Anfängen seines besten Mannesalters.

Das Haupt der Gothaer Linie, Herzog Friedrich I., war ein Politiker ersten Ranges, zu seinem Unglück als Herrscher über ein nur kleines Land gesetzt[36]. Dennoch unterhielt er — es ist erstaunlich! — ein Heer von über 10000 Mann. Es war nicht blos ein Streben nach Macht, das ihn beseelte, Eitelkeit, Pomp- und Genußsucht liefen mit unter. Ludwig XIV., sein von ihm bewundertes Vorbild, hatte Wohlgefallen an ihm[37]. Sein starkes politisches Verständnis bewies er, als er bald nach dem Welfen Ernst August die Primogenitur in seinem Lande einführte (1685). Mit dem kurfürstlichen Wettiner stand er 1689 in Verbindung. Er überließ ihm zum französischen Feldzuge ein Reiter- und zwei Fußregimenter. Bei Beendigung der Kampagne bat dieser ihn oder seinen Vertreter wegen der Militärverfassung zu einer Unterredung nach Leipzig. Er führte in dem Schreiben auch die lauenburgische Angelegenheit als ein Motiv an, weshalb Albertiner und Ernestiner eifrigst zusammenhalten müßten. Friedrich versah seinen altenburgischen Hofrat Heinrich Hildebrand von Einsiedel mit

---

35. Ueber Wilhelm Ernst vgl. G. Lämmerhirt in „A. D. Bd.", Bd. 43, S. 195 ff.

36. Ueber Friedrich I. vgl. Beck in „A. D. B.", Bd. 8, S. 2 f. — Herr Dr. Haake machte mich darauf aufmerksam, welche dankbare Aufgabe eine Biographie dieses Machtpolitikers wäre.

37. Ludwig XIV. äußerte sich 1687 gegenüber Louvois über Friedrich I.: „C'est un prince qui me plaît fort." (Emmerling: „Beschreibung der Reise nach Frankreich." Cod. Chart. A, 544 auf der herzogl. Bibliothek zu Gotha.)

Instruktion, in Leipzig nach den Grundlagen von Kursachsens lauenburgischen Ansprüchen zu forschen und sich um Abschriften von etwaigen Verträgen und kaiserlichen Konfirmationen zu bemühen. Johann Georgs III. Räte begegneten Einsiedel nur „in generalibus"; die Akten seien nicht vorhanden[38]. Kursachsen suchte offenbar seine Ansprüche vor den Ernestinern zu verbergen. Als Wilhelm Ernst dem Albertiner „zu dieser ansehnlichen Vermehrung Dero Lande" gratulierte, bemerkte er dazu, daß er über Expektanz, Erbverbrüderung und Lehnbrief im Dunkel tappe[39]. Das Gesamtarchiv des ernestinischen Hauses zu Weimar konnte keine Aufklärung geben. Als Kurfürst August die Vormundschaft über die unmündigen Sprossen seines Vetternstammes versah, nutzte er seine Stellung dazu aus, die Dokumente nach Dresden fortzuschaffen[40]. Diese Tatsache war den Ernestinern von vornherein bedenklich. Offenbar stand der Anspruch, den der Albertiner erhob, ihnen zu. Inzwischen verhandelte jener durch Hünicke mit Braunschweig. Herzog Johann Georg II. von Eisenach verlangte eine baldige Konferenz der Gothaer Brüder und Weimarer Vettern. Sollen wir stillsitzen, rief der feurige Zweiundzwanzigjährige[41]. Der Kurfürst kam mit seiner Bitte, Miltitz durch den ernestinischen Abgesandten Schönberg unterstützen zu lassen[42], schlecht an. Schönberg sollte

---

38. Friedrich I. an Wilhelm Ernst, Friedenstein, 18./28. Okt. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

39. Wilhelm Ernst an Johann Georg III., Wilhelmsburg, 18./28. Okt. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

40. Wilhelm Ernst an Johann Georg II. von Eisenach, Wilhelmsburg, 26. Okt. / 5. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

41. Johann Georg II. an Wilhelm Ernst, Eisenach, 30. Okt. / 9. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184): „einige dafür halten, daß wohl, ehe man es vermutet, ein gütliches accomodement erfolgen möchte."

42. Johann Georg III. an die Ernestiner, Dresden, 4./14. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

sich von Regensburg fernhalten oder Unpäßlichkeit simulieren[43]. Die kursächsische Gesandtschaft zu Augsburg war in Sorge wegen der Ernestiner[44]. Sie machte sich ihre Stichpunkte zurecht: Als jene noch im Besitze der Kur gewesen, hätten sie auch die lauenburgischen Ansprüche auf ihrer Seite gehabt; das sei nicht mehr der Fall, nachdem die Albertiner Kurfürsten geworden und die Erbansprüche ohne Zutun der Vettern weiter verfolgt hätten[45].

Die Ernestiner wünschten eine Kollision mit dem mächtigen Verwandten vermieden zu sehen, doch waren sie nicht gewillt, ihr Recht an der Eintracht mit ihm scheitern zu lassen[46]. Ein Bericht des gothaschen Hofrats Jacobs aus Dresden brachte in die herrschende Unklarheit über die Rechtsansprüche Licht. Der junge Eisenacher drängte wieder zur Initiative, ließ den Thüringer Verwandten die Wahl zwischen einer Abordnung und einem Schreiben an den Kurfürsten[47]. Eine Konferenz zu Gotha beschloß das erstere. Der gothasche Geheime Rat Johann Friedrich Bachoff von Echt erklärte, die Erlangung der ganzen Erbschaft sei erwünscht; äußerstenfalls könne man sich mit der Hälfte begnügen. Dann sprach er sich für, der Eisenacher

---

43. Johann Georg II. an Wilhelm Ernst, Eisenach, 31. Okt. / 10. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

44. Bericht der kursächsischen Gesandtschaft, Augsburg, 7./17. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III): „Was die ernestinische Linie betrifft, da wird man wegen der nunmehr gemachten Prätension das Werk wohl zu überlegen und zu erkundigen haben, ob nicht ihres teils acquirierte Lande vorhanden, von welchen kurfürstlicher Seiten kein Titul geführt wird."

45. Bericht der kursächs. Gesandtschaft, Augsburg, 9./19. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

46. Instruktion für den eisenachschen Geh. Rat u. Präsidenten von Reichenbach, unterzeichnet von Gotha, Weimar und Eisenach, 5./15. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

47. Johann Georg II. an Wilhelm Ernst, Eisenach, 12./22. Nov. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

Präsident von Reichenbach gegen gleichzeitige Unterhandlungen mit Celle aus. Gotha siegte mit Hilfe Weimars[48]. Friedrich hatte seine Ziele immer am weitesten gesteckt. Johann Georg von Eisenach wollte, wie resolut er auch bisher für eine Auseinandersetzung mit dem gleichnamigen Albertiner eingetreten war, sein gutes Verhältnis zu ihm nach Möglichkeit schonen[49]. Darin stimmte ihm nun Wilhelm Ernst bei[50]. Döhler, fürstlich altenburgischer Hofrat, der nach Dresden als Präliminargesandter ging, richtete daselbst an den Kurfürsten ein Weimars und Eisenachs Intentionen entsprechendes Schreiben: Die Ernestiner handelten unverantwortlich, wenn sie sich wegen ihrer Posterität nicht regten. Er verlangte eine Zusammenkunft albertinischer und ernestinischer Bevollmächtigter, erhielt aber vom Sekretär des Geheimen Rats Dietrich eine mündliche, ablehnende Antwort[51].

Nach Celle, auch nach Hamburg entsandte Friedrich seinen Hofrat Zollmann, allzu geschwind und ohne die Instruktion Weimars und Eisenachs abzuwarten. Die nicht gefragten Fürsten drückten über diese Eigenmächtigkeit ihr Befremden aus[52]. Der Vorgang gab Friedrich als Hauptdirekter zu denken: Wenn alle ihre Ansicht zur Geltung bringen wollten, so werde eine Tat unmöglich gemacht. Bei den Vorfahren sei es üblich gewesen, gemeinsam nur über die wichtigsten Richtlinien der Politik Bestimmungen zu

---

48. Konferenzprotokoll, Gotha, 21.—22. Nov. / 1.—2. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

49. Johann Georg II. an Wilhelm Ernst, Eisenach, 29. Nov. / 9. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

50. Instruktion für Döhler, Weimar, 3./13. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

51. Döhler an Johann Georg III., Dresden, 9./19. Dez. und 12./22. Dez. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I u. Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

52. Johann Georg II. an Wilhelm Ernst, Eisenach 10./20. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

treffen, das Vorgehen aber bleibe dem Hauptdirektor überlassen, „wie dann auch die Einführung des Directorii eben daher entstanden, daß man vor unpraktikabel befunden, bei singulis momentis rerum communium allerseits wirklich zu konkurriren oder zu deliberiren". Gegebenenfalls, erklärte er, müsse er für sich allein sorgen[53]. Hier war der Mann, der wußte, was er wollte. Die Tat erwartete er nicht aus der Ohnmacht vetterlicher und brüderlicher Konferenzen heraus, als einzelner wünschte er sie mit Schneid zu vollbringen. Wenn die Verwandten sich diesem Beginnen versagten, so warf er darum die Flinte erst recht nicht ins Korn.

Zu Celle wurde Zollmann mit aller Feierlichkeit eines großen Abgesandten zur Audienz eingeholt. Man setzte ihn von dem neuen, wichtigen Entschluß der lüneburgischen Sendung an den kursächsischen Hof in Kenntnis: Vielleicht mache das Gesamthaus Sachsen dort gemeinsame Sache. Nach der Tafel ließen Bernstorff und Bülow in einem Gespräch mit ihm erkennen, daß sie nicht abgeneigt seien, mit den Ernestinern in Einverständnis zu treten, und baten, es so einzurichten, daß diese die in Aussicht stehende Konferenz mit Kursachsen gleichfalls beschickten. Zollmann berichtete seinem Herrn, daß Bernstorff „in solchem Absehen zum wenigsten gleiche Reflektion auf der ernestinischen Linie klares Recht, als auf die kursächsischen Waffen machet"[54]. Die Ernestiner kamen Bernstorff zu guter Stunde. Wer ihm am Albertinerhofe Helfer und Bundesgenosse sein sollte, erkannte er eben jetzt. —

Kursachsen war inzwischen auf seine Weise tätig. Man entdeckte, daß in der kaiserlichen Konfirmation die Klausel

---

53. Friedrich I. an Wilhelm Ernst, Friedenstein, 12./22. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

54. Zollmanns Bericht, Celle, 15./25. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2184).

eingeschlossen war, die Kurfürsten hätten hierüber einen Konsens beizubringen. Der mainzische fand sich bereits vor[55]. Aus den lauenburgischen Akten der Augsburger Gesandtschaft ergab sich dann ferner, daß Trier ihn 1671 gegeben hatte. Blieben Köln, Bayern, Pfalz, Brandenburg und Böhmen übrig. Kurbayern ließ den Konsens nach einigem Zögern Ende November unter Vorbehalt ausfertigen und machte zugleich auf den kölnischen Vertröstung; der Erzbischof Joseph Clemens war Max Emanuels Bruder. Auf Brandenburg war naturgemäß nicht zu rechnen. Bei den kaiserlichen Okkupationsgelüsten schieden auch die böhmische Stimme und die des Kurfürsten Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg aus, der Leopolds Schwiegervater war. Es kam darauf an, sich mit dem Kaiser auseinanderzusetzen. Nach der ersten Ansuchung Zinzendorffs überreichte man Ende Oktober dem Kaiser ein Memorial, worin auf Restitution gedrungen ward[56]. Der Erfolg ließ auf sich warten[57]. Fast als wäre nichts geschehen, sprach Leopold am 13. Dezember dem Kurfürsten den Wunsch aus, einige Truppen zur Deckung der Bergstraße wieder nach Mainz zu legen[58]. Ein gesunder Instinkt mochte diesen leiten, als er schließlich vor der Anbringung des Streitfalles beim Reichshofrate zurückscheute und es vorzog, auf die von Brandenburg angebotenen Einigungsverhandlungen einzugehen. Gersdorf und die übrigen kursächsischen Räte in Augsburg waren nicht dagegen[59], sahen aber vorerst Anhalts Ansprüche als

55. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 24. Sept. / 4. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I).

56. Berichte der kursächs. Gesandtschaft, Augsburg, 3./13. Okt., 6./16. Nov. u. 21./31. Okt. (Dr. St., Loc. 9443, Vol. I, Loc. 9444, Vol. III u. II).

57. Johann Georg III. an die kursächs. Gesandtschaft zu Augsburg, Dresden, 1./11. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. III).

58. Leopold an Johann Georg III., Augsburg, 3./13. Dez. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

59. Bericht der kursächs. Gesandtschaft, Augsburg, 5./15. Dez.

zu wenig geklärt an. Die Ernestiner drängten. Sachsen-Merseburg und -Nauenburg reklamierten das lauenburgische Erbe als allen regierenden Albertinern gemeinsames Eigentum[60]. Etwas mußte geschehen!

Am 22. November hatte Friis, der dänische Gesandtschaftssekretär in Dresden, auf Befehl seines Königs Erklärungen abgegeben. Er warnte nachdrücklich vor Unterhandlungen mit Lüneburg. Verharre Kursachsen auf seinem Standpunkt, so werde der König in Unterstützung Anhalts den Räuber über die Elbe zurücktreiben. „Dahingegen, wann Ihre Kurfürstliche Durchlaucht zu Sachsen alle Handlung mit dem Hause Lüneburg deklinieren und nebst provisionaler Admittierung der kaiserlichen Sequestration sich mit Kurbrandenburg, folglich auch Anhalt (wohin selbiges Haus ziemlich portiert sein soll) einlassen und setzen, wozu Ihre Königliche Majestät dann Ihres Orts zu konkurrieren erbötig sind, wird nicht allein das Haus Lüneburg aus der ergriffenen gewaltsamen Possession mit weniger Mühe gebracht, sondern auch des Kurfürsten zu Sachsen Respekt, welcher durch die lüneburgische im Sachsen-Lauenburgischen vorgenommene harte Proceduren in einem und andern nicht wenig lädiert zu sein scheint, gebührend vindiciert werden können[61].“ Die dänische Sprache verlangte die Tathandlung.

(Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV): „Da müßten wir zwar anfänglich wohl gestehen, daß, wenn diese Sache sich in der Güte auf billige conditiones gegen andre Ergötzlichkeit und absonderlich gegen Gebung eines Stück Geldes aus dem Grunde verglichen und erheben lassen sollte, solcher Vergleich bei mit unterlaufenden Umständen allen andern Wegen vorzuziehen und dazu einzuraten sein möchte, und würde man vielleicht auch eine ziemlich hohe Summe Geldes etwa, da es darauf ankäme, nicht anzusehen haben, weil bei gegenwärtigen Läufen Land und Leute für Geld nicht zu erlangen sind.“

60. Memorial des Agenten Koch an den Kaiser, Wien, 22. Nov. / 2. Dez. (Londorp a. a. O. XVI, S. 410).

61. Friis bei Kursachsen zu insinuieren befehligt, 12./22. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

Eine Woche später ergänzte Friis Dänemarks Erklärungen. Der König drängte und drängte Kursachsen zu einer Verbindung mit ihm und Brandenburg und schloß mit der Versicherung, „daß, wann nur erst die Sachsen-Lauenburgischen Lande von der gegenwärtigen Usurpation des fürstlichen Hauses Lüneburg wiederum befreit, Ihre Königliche Majestät hernach des Kurfürsten Interesse in dieser Sache auf alle mögliche Wege und Weise zu appuyiren nicht unterlassen würden"[62].

Der Kurfürst sah sich gedeckt. Einen Posttag um den andern hatte er sich bisher von Celle vertrösten lassen, das währenddessen seine Stellung in Lauenburg verstärkte. Am 21. Dezember richtete er ein geharnischtes Schreiben an Georg Wilhelm, das folgendermaßen schloß: „Sie wollen, wessen wir uns am Ende zu versehen, förderlichst deklarieren, im widrigen aber uns nicht verdenken, wenn wir in dessen längerer Entstehung andere mesurcs, zu dem, was uns von Gott und Rechts wegen gebühret, zu gelangen, ergreifen. Allermaßen wir dann die schon oft und viel begehrte Restitution und Satisfaktion nochmals zum kräftigsten urgieren und um kategorische Erklärung Ew. Ld. so inständig anlangen, als etc.[63]." Die Gewitterschwüle hatte Bernstorff bereits veranlaßt, dem Kurfürsten entgegenzukommen und eine Absendung ins Werk zu richten. Der Schlüssel für sein Handeln gibt Dänemarks und Brandenburgs Stellungnahme.

Fuchs wählte seinen Rückweg von Kleve über Hamburg. Ehrenschild teilte er mit, daß Brandenburg von seiner Armee an 10000 Mann in die Marken zurückziehe[64]. An-

62. Friis bei Kursachsen zu insinuieren befehligt, ca. 20./30. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

63. Johann Georg III. an Georg Wilhelm, Spechthausen, 11./21. Dez. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

64. Zapfs Bericht, Hamburg, 9./19 Nov. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV): Ehrenschild meldete das Gehörte Zapf mit dem Zusatz,

fang Dezember überreichte Schmettau in London Mithofens Arbeit, die allerdings auf den König keinen sonderlichen Eindruck zu machen schien. Man wollte aber wissen, daß ihn die „große Animosität" Brandenburgs beunruhige[65]. Reventlow hatte Hoverbeck gegenüber bedauert, daß der Bund Brandenburgs und Dänemarks mit Münster nicht zustande gekommen sei. Er bohrte, daß sie dafür mit Kursachsen „in allem de concert gehen" möchten; es sei eine um so dringendere Notwendigkeit, als er den eingegangenen Berichten zufolge versichern könne, daß zwischen Lüneburg und Frankreich ein Einvernehmen bestehe. Erweisen läßt sich die Richtigkeit dieser Behauptung nicht ohne weiteres. Daß Bourgeauville die Lauenburger Affäre nicht vorübergehen lassen würde, ohne bei den lüneburgischen Ministern anzuklopfen, leuchtet ein[66]. Dem Kurfürsten von Branden-

---

es käme ihm so vor, „daß man selbigen Orts jetzt noch lavierte, bis man sich in posture gesetzt, daß man ein Wort zur Sache mit Nachdruck sprechen könnte, alsdann aber wohl leichtlich etwas tentieren und Anhalt mit mehrer Macht und Gewalt sekundieren dürfte."

65. Schütz' Bericht, London, 26. Nov. / 6. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, , Nr. 20).

66. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 5./15. Nov. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A): Reventlow sprach die Besorgnis aus, „daß endlich hochgedachtes fürstl.s Hauß darinnen auch woll bey Franckreich einen starcken apuy finden dorfte; Weil selbige Chron, des von Meyercroon mit gestriger Post eingelauffenem Bericht nach, des Herzogen zu Braunschweig Zelle Dhlt. bißhero geführete conduite und harte proceduren im Nieder Sachsischen Creyse nicht allein höchst billigen, sondern sich auch schon gar verlauten lassen haben soll, demselben auf bedörffenden fall, und zu conservirung seiner Gerechtsahme gerne und aufs Kräftigste assistiren zu wollen. Ermeldter Graff sagte mir auch im Vertrauen, und begehrete daß Ew.r Chrfl.n Dhlt auf sein wohrt und Ehre unterthänigst versichern solte, daß der von Meyercroon auch für gewiß gemeldet, daß noch eine genawe Correspondence zwischen den fürnehmsten Ministris, des hochfürstl.n Hauses, und dem de Gourville beständig unterhalten würde und Er, der von Meyercroon, so woll darauß, als auß

burg waren Dänemarks Auslassungen sehr recht, da er sich mit seinem sächsischen Nachbarn zu vertragen wünschte. Das Aktionsprogramm vom 22. November unterzog er aber einer Revision. Den Bund mit Dänemark und Sachsen hatte er sich zum Ziele gesetzt, dem er sich jetzt bei Reventlows Anerbieten so nahe glaubte, daß er, auffallend rührig, mit einem Vorschlag kam, der Lauenburg Schweden und Brandenburg zur Sequestrierung überwies[67]. Der Charakter der Sequestration erscheint nicht ganz klar. Jedenfalls trat das kaiserliche Projekt aus dem Regen in die Traufe.

Immer und immer wieder spornt Dänemark. Es bildet sich ein, daß Brandenburg die Unternehmung zu lau betreibe. Lenthe, der dänische Gesandte in Berlin, berichtete nach Kopenhagen, daß noch kein Entschluß gefaßt sei, und der Fürst von Anhalt-Dessau ohne „ferveur" rede. Bei der Diskrepanz des brandenburgischen und des anhaltischen Standpunktes, die das Aktionsprogramm kürzlich zu verwischen versucht hatte, ist Anhalts matte Haltung verständlich. Der dänische König aber will nicht länger stillsitzen und mit gekreuzten Armen zusehen, wie Lüneburg sein Handwerk weiter treibt[68]. Dann hört er, daß Brandenburg

---

vielen andern anzeigungen mehr, anders nicht schließen könte, alß daß noch ein gewisses menagement zwischen der Chron Franckreich, und gedachtem fürstl.n Hause sein, und conserviret werden müsse."

67. Instruktion für Hoverbeck, Cölln, 16./26. Nov. (B. St., Rep. 41, Nr. 2b, 1).

68. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 19./29. Nov. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A): Reventlow zu Hoverbeck: „Und wenn Ew.e Churf.e Dhlt. über alles verhoffen hierunter, und zu Hemmung solcher thätlichkeiten, ... mit deroselben keine gemeinsahme mesures nehmen noch de concert gehen solten: Ihro Mayt. nicht zu verdencken sein würde auf zulängliche mittel bedacht zu sein, umb sich der beschwer und Ihro und Ihrem Königl. Estat, höchstgefährlichen Nachtbahrschaft loß zu machen."

zum Konzert bereit sei. Mit dem neuen Sequestrationsvorschlage ist er unzufrieden, denn ihm ist es gleich gefährlich, ob Schweden oder Lüneburg das Herzogtum besitze. Er unterbreitet drei Gegenvorschläge: Sequestration des Kaisers, Evakuation und Sequestration Brandenburgs, Schwedens und Dänemarks. Hoverbeck gewann aber die Ueberzeugung, „daß es endlich auch darinnen so gar große schwürigkeit nicht geben, und man Ew. Chfl. Dhlt. conciliis und Vorschläge, Schweden Brehmen mit zum Kayserl. Sequestro zu ziehen, wann Sie nur keine troupen ins Sachsen-Lawenb. schicken möchten, sich woll conformiren werde“[69].

Fuchs ließ den König bitten, die Unternehmung bei Kursachsen herrichten zu helfen und Lenthe als Mittelsperson zu instruieren[70]. Später beauftragte er Hoverbeck, sich auf die dänischen Gegenvorschläge zu äußern und den brandenburgischen Standpunkt dahin zu erläutern, daß nicht beabsichtigt sei, das Herzogtum mit Truppen zu belegen, sondern es nur in des Kaisers, Schwedens und Brandenburgs Namen zu regieren und zu verwalten. Plan und Verstand lag diesem brandenburgischen Vorschlag zugrunde: der schwedisch-lüneburgische Bund sollte verhindert werden[71]. Die Vernunft ließ Dänemark endlich zustimmen[72].

69. Hoverbecks Bericht, 23. Nov. / 3. Dez. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A).

70. Instruktion für Hoverbeck, Cölln, 29. Nov. / 9. Dez. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A). Hoverbeck berichtet am 3./13. Dez. aus Kopenhagen (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A): „Man entziehet sich . . . nicht zu temoigniren, daß wann alle bey diesem werck hoch Interessirte, es endlich auch so hingehen, und fünffe gerade sein lassen wolten; Ihrer Königl.n Mayt. doch nimmer darzu still sitzen, und mit gekreuzten Armen geschehen lassen würden, daß Ihr ein solcher gefährlicher Dorn in den fuß gestoßen werde, es möchte auch davon kommen, was da wolle.“

71. Instruktion für Hoverbeck, Cölln, 3./13. Dez. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A): „Soviel aber die, wegen des Konigs in Schweden movirete difficultät betrifft, da solte Uns selbsten nichts

Brandenburgs Haltung zu Braunschweig war in dieser ganzen Zeit wohlberechnet. Einige Tage hüllte man sich in eisiges Schweigen. Danckelmann vermied es, mit Bothmer in ein Gespräch zu kommen, Meinders schützte einmal Unwissenheit in der Materie vor. Bothmer drückte das Befremden seiner Herren aus, „daß man sich des Werkes so eifrig gegen sie annehme"; dann beklagte er sich, als er den Premier doch einmal erwischte, daß man von einem unvermeidlichen Kriege spreche und über Braunschweigs Ansprüche frühzeitig aburteile. Es komme ihm vor, „als wenn ich souteniren wollte, es wäre kein Amerika, weil ich 's nicht gesehen hätte". Vor allem fielen den Welfen die brandenburgischen Truppen auf die Nerven. Bothmer führte beim Oberhofmarschall Joachim Ernst von Grumbkow Beschwerde, „daß die Völker unangemeldet ins Land gerücket, und zum Teile sich eigenmächtig logirt hätten"[73]. Truppenkonzentrationen hielten ihn ständig in Aufregung. Das Dunkel wurde geflissentlich so unheimlich wie möglich gemacht. Seine Reise nach Augsburg gab der Kurfürst auf: es lägen sehr schwerwiegende Gründe vor[74]. Von den

---

lieber seyn als wan selbiger Konig gar aus dieser sache gehalten und davon excludiret werden könte, Wir sehen aber dazu schlechte apparentz und stünde zu besorgen, daß wan man ged.n Konig in Schweden gar (ausschließen) wolte, das Fürstliche Haus Braunschweig dadurch Gelegenheit finden mögte, denselben auf seine seite zu bringen."

72. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 17./27. Dez. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A).

73. Bothmers Diarium, 27.—30. Nov. / 7.—10. Dez. u. 4.—7 14.—17. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

74. Bothmers Bericht, Cölln, 14./24. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21): „Unterdessen ist's eine gemeine Rede, daß die kurfürstlichen Truppen in dem Magdeburgischen, Halberstädtischen, Alten-, Mittel- und Uckermann stehen bleiben, unter dem Prätexte, als sollten sie sich daselbst von dem getanen weiten Marsche ein 14 Tage ausruhen, um zu den bevorstehenden nach Preußen desto

Ansprüchen Braunschweigs, erklärte Danckelmann, habe er jetzt etwas zu sehen bekommen; sie seien so schwach, daß der Wind sie umwehen würde[75].

Bei der Zurückhaltung Brandenburgs kam es für die Welfen darauf an, die schon einmal mit den Anhaltinern gesondert geführten Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Am 2. Dezember offenbarte Bernstorff solche Absichten im Jagdlager des Herzogs zu Winsen an der Luhe. Man möge nur zu erkennen geben, „daß man sich fürstlich anhaltischer Seiten sehr abusiren dürfte, wenn man bei Churbrandenburg sein Conto besser als diesem fürstlichen Hause zu finden vermeinte"[76]. Bei dem Dessauer war nichts auszurichten[77]. Zerbst war zu Besprechungen bereit, „wenn sie ohne praejudice der Hauptsache geschehen könnten". Die jüngeren Linien des Hauses Anhalt waren auf den Senior eifersüchtig, weil er den größten Gewinn aus diesem Handel ziehen möchte[78], waren aber an ihn und an den Kurfürsten vertraglich gebunden. Diese letztere Tatsache war Bothmer nicht bekannt. Gerüchte, daß Anhalt Lauenburg oder den lauenburgischen Zoll an Brandenburg ab-

---

frischer zu sein; ob nun wohl solche 14 Tage schon verflossen sein, so hört man doch von keinem Aufbruche, sondern man läßt das Frostwetter vorbeigehen, worauf man sonst zu warten vorgab, damit die Wege desto bequemer sein möchten."

75. Bothmers Bericht, Cölln, 17./27. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

76. Bernstorff an die wolfenb. Geh. Räte, Winsen, 22. Nov. 1. Dez. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 2).

77. Bothmers Bericht, Cölln, 30. Nov. / 10. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21): „Zum wenigsten ist dieses merklich, daß des Fürsten von Anhalt Dl., welche anfänglichen zum gütlichen Vernehmen sehr geneigt zu sein schienen, daß Sie auch in eigener Person über diese Sache mit H. Herzogs Georg Wilhelm Dl. sich zu besprechen erboten, jetzt seit S. Kurfl. Dl. Wiederkunft davon ganz abwendig geworden seien."

78. Bothmers Diarium, 1.—3. / 11.—13. Dez. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

getreten habe, schwirrten in der Luft. Es war auf keine Weise möglich, von Danckelmann etwas Bestimmtes darüber zu erfahren[79].

Die Gazette De Londres sagte manches Richtige, wenn sie den Stand des Lauenburgischen Erbfolgestreites am Ende des Jahres 1689 in folgenden kurzen Sätzen skizzierte: „Quelques troupes de Brandenbourg ayant fait un mouve-

79. Bothmers Diarium, 19.—21. / 29.—31. Dez. (a. a. O.). Bothmer war am 30. Dezember bei Danckelmann zum Essen. Nach der Malzeit war davon die Rede, daß die Minister allenthalben von einer Zession der lauenburgischen Ansprüche Anhalts an Brandenburg sprächen. Da entspann sich nach Bothmers Bericht zwischen ihm und Danckelmann folgender Wortwechsel: „Er, der Danckelmann, wüßte nicht, ob es unwissend oder vorsätzlich geschehe, müßte sich aber darüber beschweren und bitten, daß solches hinfüro nachbleiben möchte, maßen er versichern könnte, daß daran nicht das geringste wäre, noch vom fürstl. Hause Anhalt ein daumenbreit Land cedirt wäre. Ich möchte solches berichten, man würde sonst genötigt sein, solcher Auflage anderwärts sich zu entledigen. Wie nun solches mit Lachen und gleichsam scherzweise gesagt ward, so antwortete ich dsgl. darauf, daß das ganze Sachsen-Lauenburger Land gewiß kein daumenbreit Land wäre, und ich also seiner Versicherung wohl glaubte; er fuhr fort, er verstünde solches nach dem Buchstaben, daß weder ein daumenbreit Land noch mehr, vielweniger das ganze Lauenburgische oder die anhaltische Prätension darauf S. Kurfl. Dl. cedirt wäre. Ich nahm aber solches noch nicht ernstlich auf, sondern sagte, das Land läge am Wasser, hätte daraus und sonst Einkommen, so eben auf kein Land ankämen, es wären schöne Zölle auf der Elbe und dergleichen, die sollten dem Hause Brandenburg nicht übel anstehen. Er wollte mich anfangs versichern, daß auch hiervon nichts gedacht wäre; endlich sagte er, daß, um seine Gewissenhaftigkeit zu beweisen, er nicht sagen wollte, daß man daran nicht einst gedacht hätte, sondern könnte mich versichern, daß daran nichts wäre; zwar wäre ein Arbeiter seines Lohnes wert, und wohl billig, daß, wenn Sie vor Behauptung des fürstl. Hauses Anhalt Gerechtsame Unkosten anwendeten, Ihm dieselben einigermaßen erstattet würden; allein er könnte mich nochmals versichern, daß kein Buchstabe der Cession halber aufgesetzt wäre."



ment du costé de Mecklenburg, qui est leur chemin pour aller vers Saxe Lawembourg, les Princs de Lunebourg qui semblent estre allarmés de cette marche, assemblent un Corps de dix ou douze mille hommes et fortifient avec beaucoup de diligence, Ratzebourg et Mollen, deux places de ce Duché, estant résolus de garder ce dont ils se sont mis en possession. On espere pourtant que par l'entremise de Princes voisins, cette affaire sera bien tost accommodée. Le Duc de Zell envoye le Chancellier Fabritius à la Cour de Saxe[80]." Die Spannung zwischen Lüneburg und Brandenburg hatte sich in bedenklichem Maße verschärft. Bernstorff wurde mit seinem Liebeswerben in Berlin zurückgewiesen. Auf Dresden setzte er im Augenblick die größte Hoffnung. Ein Lichtstrahl war für ihn das Erscheinen der Ernestiner. Es galt, den drohenden Bund Dänemarks, Kurbrandenburgs und Kursachsens zu bekämpfen.

---

80. „Gazette De Londres", De Hambourg, 30. Dez. 1689 / 9. Jan. 1690 (B. St., Rep. XI, 73, Conv. 11).

Sechster Abschnitt.

Torgauer Kongreß Januar bis Februar 1690.

Der Druck, der Bernstorff „zur Räson brachte", ging, wie das auch die Gazette De Londres andeutet, am fühlbarsten von Brandenburg aus. Daneben läßt sich nicht verkennen, daß Dänemark die Rolle des agent provocateur spielte. Das rechte diplomatische Maß aber, das Friedrich einzuhalten wußte, neigte Christian zu überschreiten. Den König beunruhigte es, daß Bernstorff die Absendung an den kursächsischen Hof betrieb und zugleich sich Schwedens zu versichern suchte[1]. In Kopenhagen wurden wieder Klagen über Brandenburgs Saumseligkeit laut. Der besonnene Reventlow konnte seine Aufgeregtheit nicht verbergen. Man ging soweit, eine radikale Neuorientierung der dänischen Politik in Erwägung zu ziehen[2], und war auf dem besten

1. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 21./31. Dez. (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A).

2. Hoverbecks Bericht, Kopenhagen, 24. Dez. 1689 / 3. Jan. 1690 (a. a. O.). Reventlow zu Hoverbeck: „Daferne ... dieses werck länger verschläppet, und auf die lange bancke geschoben werden solte, Sie (der König) nicht zu verdencken sein würden, sich umb andere assistenz und cooperirung bey der Sache, umb zu thun; Und wenn Sie keinen finden möchte der mit Ihr darinnen anstehen und causam communem machen wolte, Sie es alleine, und mit eigener macht außzuführen übernehmen müsten, es möchte auch darauß entstehen, was da wolte. . . . Er sagte auch daß Ihre Königl. Mayt. nun die Crohn Schweden sondiren lassen wolle, wohin deroselben Sentimente in dieser Sachen gehen, und ob auf den fall, daß

Wege, dem geplanten Dreibund, noch ehe er zustande kam, seine Existenzmöglichkeit zu nehmen. In Berlin konnte man sich diesem Eindruck nicht verschließen[3]. In Dresden richtete Friis Unheil an, indem er Anfang Januar der Kurfürstin und einigen Geheimen Räten mitteilte, auch anderweitig aussprengte, Bülow habe bei seiner Anwesenheit in Kursachsen bis 9000 Taler am Hofe ausgeteilt. Er beabsichtigte offenbar mit seinem Uebereifer eine Annäherung Lüneburgs an Kursachsen zu verhindern, erreichte aber zunächst nur, daß Haugwitz, Hünicke, Knoch, Martini und wer sonst von den Räten mit der Lauenburger Materie betraut war, den Verkehr mit ihm abbrachen[4]. Lenthe hatte noch tief im Februar Mühe, die Affäre in Ordnung zu bringen, um den Boden für den Bund zu ebnen[5].

In Torgau sollte sich das weitere Schicksal des lauenburgischen Streites entscheiden. Auf den Standpunkt des sächsischen Kurfürsten kam alles an. Vom Schlosse Hartenfels ließ dieser am 7. Januar 1690 in die Lande gehen, daß er sich „nach Jülich, Kleve und Berg" nunmehr „einen Herzog zu Engern und Westphalen schreibe"[6], und als sich der Fürst von Anhalt in der Neujahrsgratulation (vom 23. Dezember a. St.) des gleichen Titels bediente, sprach er von Anmaßung[7]. In Augsburg war aber weder Investitur noch Titulatur noch Posseß zu erlangen, so eifrig Gersdorf

---

Ewe Churf.e Dhlt. mit Ihrer Königln. Mayt. nicht anstehen wolten, Sie sich mit derselben Croon zu erlangung des Zwecks, nicht setzen könten."

3. Instruktion für Hoverbeck, Cölln, 31. Dez. 1689 / 10. Jan. 1690 (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 A).

4. Johann Georg III. an Christian V., Pertzsch, 16./26. Jan. 1690 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

5. Dietrich, Registratur (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

6. Notifikation, 28. Dez. 1689 / 7. Jan. 1690 (Londorp a. a. O. XVI, S. 414).

7. Registratur, 31. Dez. 1689 / 10. Jan. 1690 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

auch bei Königseck darum ansuchte[8]. Ja der Kaiser ließ dem Kurfürsten durch Schallenberg hinterbringen, wenn Sachsen oder Brandenburg in Lauenburg eigenmächtig verführen, werde er sie als Feinde behandeln. Er könne Brandenburg durch Schlesien schon beikommen, er kenne das Komplott, das beide Kurfürsten anläßlich ihrer Magdeburger Zusammenkunft geschmiedet hätten. Auf Kursachsens heftige Beschwerde wurde dann allerdings der „ungehobelte" Schallenberg instruiert, auf andere Manier zu verfahren. Des Kurfürsten Gereiztheit auf den Kaiser war aber einmal da und blieb bestehen. Als er in jüngeren Jahren als Kurprinz in kaiserlichen Diensten gestanden, habe man sich eingebildet, er werde katholisch werden; daß er es nicht geworden, könne man ihm nicht vergeben. Man dürfe diesem Landfrieden nicht trauen! Der Kaiser werde endlich noch aus Lauenburg ein Pfaffennest machen, wenn man nicht beizeiten auf der Hut sei. Man wolle dem Markgrafen von Baden die Lande zuspielen. Auf Celle zog der Kurfürst greulich los: es habe ihn beschimpft; sobald er seine Truppen im Lande habe, werde er ins Lüneburgische gehen und dort sengen und brennen[9]. Dem Kaiser wiederum versicherte er seine Friedensliebe: „So wahr er ein ehrlicher Kurfürst wäre, wolle er keinen Krieg anfangen[10]." Auf den lüneburgischen Deputierten war er schlecht zu sprechen (brandenburgischerseits hatte man ihm eingeflüstert, jener habe vornehmlich die Tätlichkeiten in Lauenburg veranlaßt): solle es wider Vermuten doch zu einem Vergleich mit Lüneburg kommen, so werde er Fabricius und dessen Anhang

---

8. Bericht der kursächs. Gesandtschaft, Augsburg, 1./11. Jan. 1690 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

9. Chwalkowskis Bericht, Torgau, 27. Dez. 1689 / 6. Jan. 1690 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

10. Fabricius' u. Münchhausens Diarium, Leipzig, 6.—8. / 16.—18. Jan. 1690 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.", Nr. 5).

zu den Traktaten nicht zulassen[11]. Restitution und Satisfaktion wurden für ihn zu Schlagworten. Seine Ehre gehe ihm über alles. Ebendarum und weil er dem Kaiser nicht traute, konnte er sich auch mit dem brandenburgischen Vorschlage eines Interims-Vergleiches und der kaiserlichen Entscheidung nicht befreunden: auf „Schulfuchserei und die Gelehrten" wolle er die Sache nicht ankommen lassen. Das Recht stehe auf seiner Seite, aber er wisse wohl, daß der kaiserliche Hof Anhalt zugetan sei[12]. Wie bei Brandenburg, nahm er aber auch bei Dänemark an starken selbstischen Interessen Anstoß. Mehr Verständnis für den Dreibund zeigte der Kurprinz[13]. Flemming, „dieser" — so der Ausdruck des brandenburgischen Deputierten — „für das gemeine beste so wohl gesinnte Cavalier", sprach sich gegen eine Einigung mit Lüneburg aus[14]. Dreibund Dänemarks, Brandenburgs und Sachsens oder Annäherung Lüneburgs an Sachsen, so lautete die Fragestellung. Bei dem Kurfürsten lag die Entscheidung. Sie konnte auch in der Weise ausfallen, daß weder die eine noch die andere Möglichkeit verwirklicht wurde.

In der Instruktion, die Samuel von Chwalkowski bei seiner außerordentlichen Sendung nach Torgau von Fuchs erhielt, wurden Lüneburgs Absichten beleuchtet, die dahin gingen, „das divide et impera zu spielen". Noch ehe der Frühling komme, müsse Lüneburg dem Dreibunde gegenüber nachgeben[15]. Beim Kurfürsten Johann Georg III. betonte Chwalkowski in einer Audienz, es gelte, Lüneburg

---

11. Chwalkowskis Bericht, Torgau, 30. Dez. 1689 / 9. Jan. 1690 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

12. Vgl. Anm. 9.

13. Vgl. Anm. 11.

14. Chwalkowskis Bericht, Torgau, 31. Dez. 1689 / 10. Jan. 1690 (a. a. O.).

15. Instruktion für Chwalkowski, Cölln, 21./31. Dez. 1689 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 3).

mit Hülfe Dänemarks über den Haufen zu werfen; man stehe der weltbekannten Liäson Schweden-Lüneburg gegenüber[16]. Auch er sei der Ansicht, so deduzierte Fuchs in der Instruktion, daß Kursachsen von Lüneburg schimpflich aus der Posseß gesetzt sei; sein Ziel erreiche Kursachsen aber nicht durch Unterhandlungen mit dem „Turbator". Käme tausendmal ein Teilungsvertrag zustande, so werde Anhalt ihn nicht anerkennen, und der Kaiser sich des Richterspruches nicht begeben[17]. Entscheidend war die Konferenz, die am 14. Februar stattfand. Hünicke verlangte kategorische Erklärung, ob Brandenburg für die Restitution Kursachsens eintrete oder nicht. Damit war einer Verständigung zur Zeit der Boden entzogen[18]. Johann Georgs III. stark entwickeltes Ehrgefühl konnte in dem gemeinschaftlichen Vorgehen mit Brandenburg keine Befriedigung finden. Selbstlosigkeit verlangte keiner von ihm. Brandenburgs zweifelsohne egoistisch gefärbter Vorschlag hätte sich für beide Teile annehmbar umgestalten lassen.

Man bemerkt auch, wie in Sachsen die Entscheidung letzten Endes beim Kurfürsten liegt, in Brandenburg gehen die Fäden der diplomatischen Verhandlungen keineswegs von Friedrich aus. Danckelmann und Fuchs erledigen die Angelegenheit mit größerer Autorität als die sächsischen Minister. Die Instruktionen für die auswärtigen Vertreter setzte Fuchs eigenhändig in seiner Lapidarschrift auf; man findet nicht, daß daran viel Veränderungen vorgenommen wurden. Dieser Minister glänzte durch vielseitige Begabung[19]. Er hat die Universität Halle, die Berliner Akademie der Wissenschaften stiften helfen. Man rühmte seine

16. Vgl. Anm. 9.

17. Instruktion für Chwalkowski, Cölln, 29. Dez. 1689 / 8. Jan. 1690 (a. a. O.).

18. Konferenzprotokolle, Torgau, 4./14. u. 7./17. Febr. 1690 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

19. F. v. Salpius: „Paul von Fuchs." Leipzig 1877.

Geschicklichkeit und Ueberredungskunst als politischer Unterhändler. Christian V. hatte allen Respekt vor ihm; Fuchs, so beklagte er sich einmal, könne ihn dahin bringen, das Hemd vom Leibe wegzugeben. Vornehmlich erscheint Fuchs uns heute als der Typus jener Ministergattung, bei der sich das gesamte „Auswärtige" konzentriert, und man muß sagen, daß die Geschäfte bei ihm gut aufgehoben waren. Seinen Vermittlungsvorschlag war er eifrig bemüht zur Annahme zu bringen. Da vieles auf die „Seemächte" ankam, hatte Schmettau Mitte Januar dem Oranier vorzustellen, daß im Entstehungsfalle Kursachsen und Dänemark die Eintracht gegen Frankreich stören würden. Während der Dreibund entschieden doch mehr als nur friedliche Absichten gehabt hätte, erläuterte Fuchs ihn doch in dieser Richtung. Der Kurfürst von Sachsen habe sich verlauten lassen, er wolle „einen Zug ins Lüneburgische tun und daselbst mit Feuer und Schwert behörige Satisfaktion sich verschaffen". Dänemark, das Brandenburg allzu geringe „vigueur" vorwerfe, drohe in gleicher Weise mit gewalttätigem Vorgehen. Die dänischen Truppen in Holstein und Jütland samt der Artillerie hätten bereits Befehl, sich zum Marsch parat zu halten. Lüneburg, „welches dieses wider sich aufsteigende Ungewitter schon kommen sieht", ziehe seinerseits die Truppen vom Kriegsschauplatz zurück. England werde bereuen, wenn es seinen Vorschlag nicht annehme[20]. Die brandenburgische Schmarzmalerei veranlaßte Wilhelm aber nur, Lüneburg die gütliche Austragung des Streites dringend anzuraten[21]. Um Ludwig XIV. nicht den

20. Instruktion für Schmettau, Cölln, 1./11. Jan. (B. St., Rep. XI, 73, Conv. 12).

21. Schütz' Bericht, London, 21./31. Jan. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 20): „Der spanische Ambassadeur sagte mir gestern, daß er (Schmettau) den Zustand der Sachen in Deutschland wegen dieses lauenburgischen Wesens noch niemals gefährlicher vorgestellt als jetzt." — Der König zu Schütz: „Er finde sich . . . gemüßigt,

Herrn spielen zu lassen, ließ man sich von den Welfen alles bieten.

Dänemark war natürlich auch nicht müßig. Zweimal während der Verhandlungswochen hat Lenthe in Torgau vorgesprochen, zuerst in enger Fühlungnahme mit Brandenburg, am 9. Januar[22]. Die Reise wurde von Fuchs möglichst geheim gehalten, wohl um seine Friedensillusionen nicht in Gefahr zu bringen. Sie bezweckte, den Plan eines Dreibundes als solchen beim Kurfürsten von Sachsen zu unterstützen und Dänemarks Sonderinteresse zu verhüllen[23]. Zwei Wochen später begab sich Lenthe nach vorhergegangener Unterredung mit Fuchs abermals nach Torgau, diesmal zu längerem Aufenthalte[24]. Die Konferenz mit Hünicke und Knoch am 3. Februar begann Lenthe mit der Feststellung, seines Königs Wunsch sei es, daß die beiden nahverwandten Fürstenhäuser Nachbarn würden. Den Dreibund und die „ostentatio armorum“ stellte er als notwendig hin; nur so werde sich Lüneburg eine andere Tonart angewöhnen. Den sächsischen Schwierigkeitskrämern hat Lenthe später vertrauensvoll zu bedenken gegeben, ob man sein Anrecht auf Possession sich nicht durch das beliebte Mittel eines Protestes erhalten könne, und ob nicht das Zusammenarbeiten mit Brandenburg als das kleinere Uebel der Annahme welfischer Anerbietungen vorzuziehen sei. Knoch und Hünicke offenbarten, daß sie auch an der im brandenburgischen Vorschlage vorgesehenen Heranziehung des

---

das hochfürstliche Haus inständigst zu ersuchen, alles dasjenige beizutragen, was zur gütlichen Beilegung in dieser Sachen dienen möge, damit die Union in Deutschland nicht getrennt, und Frankreich dadurch bei einer bald angehenden Campagne ein großer Vorteil zuwachse.“

22. Bothmers Berichte, Cölln, 28. Dez. 1689 / 7. Jan. 1690 u. 4./14. Jan. 1690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

23. Vgl. Anm. 11.

24. Bothmers Bericht, Cölln, 14./24. Jan. (a. a. O.).

Kaisers Anstoß nähmen. Das war ja aber der große Gedanke von Fuchs, den Kaiser und durch ihn die „Seemächte“ zu gewinnen. Weite politische Aspekte treten zu Tage: Fuchs wollte die Ostsee frei und das vom Kaiser sekurierte Polen geschützt haben. Ihre kurfürstliche Durchlaucht möge „das Werk nicht zu hoch spannen“, bat Lenthe die kursächsischen Minister. Am 10. März gab er noch den gut gemeinten Rat, die Tür mit Brandenburg offen zu halten. Nach des Königs Erachten müsse die Sache ausgemacht sein, noch ehe der Frühling komme, denn vor Mitte Mai könne Schweden keine Truppen nach Deutschland senden, weil die Häfen nicht eher aufgingen[25]. Die Frage war aber noch nicht geklärt, ob der lüneburgisch-schwedische Bund überhaupt Bestand haben würde.

Am Morgen des 24. Dezember 1689 hatte Welling mit Oberg hierüber eine vertrauliche Besprechung: bevor die in Aussicht gestellte Deduktion fertig sei, werde sich der König auf die im ersten Separatartikel des Allianzprojektes enthaltene Hülfeleistung nicht einlassen können[26]. Auch der Kaiser verlangte über Braunschweigs Ansprüche orientiert zu sein[27], nicht minder England. Bernstorff hat Anstand genommen, die Schrift, an der Hugo eifrig arbeitete, jetzt schon publizieren zu lassen; ihre Grundzüge in einer „Präliminar-Vorstellung“[28] unter gewissen Vorsichtsmaßregeln mitzuteilen hat er doch nicht länger zögern wollen[29]. Die

---

25. Konferenzprotokolle, Torgau, 24. Jan. / 3. Febr., 5./15. Febr. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV) u. 28. Febr. / 10. März (Dr. St., Loc. 9446).

26. Obergs Bericht, Stockholm, 14./24. Dez. 1689 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

27. Georg Wilhelm an Leopold, Celle, 12./22. Dez. 1689 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 17).

28. Präliminar-Vorstellung, Anf. Jan. 1690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 29).

29. Instruktion für Schütz, Celle, 28. Dez. 1689 / 7. Jan. 1690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 20).

Absendung an den Kurfürsten von Sachsen scheint Mitte Dezember 1689 auf einer Zusammenkunft von Vertretern aller Welfenlinien beschlossen worden zu sein[30]. Wolfenbüttel suchte bei der ganzen Angelegenheit wieder seinen Gewinn herauszuschlagen und für Walkenried, das Kursachsen angeboten werden sollte, seinen braunschweigischen Besitz zu arrondieren. Mit Bestimmtheit drang es darauf, daß sofort Festsetzungen über seine Entschädigung getroffen würden[31]. Celle sprach sich nicht dagegen aus, doch wünschte es die Verhandlung mit Kursachsen dadurch nicht verschoben zu sehen. Ein baldiges Abkommen zu treffen war Bernstorff heiliger Ernst: unter keinen Umständen solle man von einem „bloßen Amüsement" sprechen[32]. Um den Jahreswechsel betraten Fabricius und Münchhausen kursächsischen Boden[33].

Eine einleitende Konferenz fand am 9. Januar zu Torgau statt. Der ewigen Restitutions- und Satisfaktionsforderung Kursachsens gegenüber berief sich Braunschweig auf sein gutes Recht, das in Wirklichkeit so schwach war, daß die Deduktion das Tageslicht scheute[34]. Dann konferierte man Mitte Januar unter starker Beteiligung des Geheimen Rats zu Leipzig. Neben Hünicke, dem Sprecher, und Knoch erschienen Haugwitz, Pöllnitz, Martini, der Generalfeldmarschall Flemming und der Apellationsrat Jakob Born, der große Rechtsgelehrte Sachsens, der ein Gutachten über den

30. Die calenb. Geh. Räte an die wolfenb., 7./17. Dez. und wolfenb. Antwort (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 9).

31. Die wolfenb. Geh. Räte an die cellischen, 13./23. Dez. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

32. Die cellischen Geh. Räte an die wolfenb., 15./25. Dez. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

33. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 23. Dez. 1689 / 2. Jan. 1690 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. II).

34. Konferenzprotokoll, Torgau, 30. Dez. 1689 / 9. Jan. 1690 Dr. St., Loc. 9446).

lauenburgischen Streitfall ausgearbeitet hatte[35]. Fabricius vertröstete auf die Deduktion, die wesentlichen Punkte der braunschweigischen Rechtsansprüche trug er indessen mit der Spitze gegen Anhalt vor. Im Anschluß daran erlaubte er sich die Frage, welche Stellung die Ernestiner einnähmen. Die welfische Politik ließ es sich nicht entgehen, die Vettern der Albertiner immer und immer wieder gegen diese auszuspielen. Die kursächsischen Räte hatten alle Mühe, von dem ihnen unangenehmen Thema abzukommen. Fabricius operierte dann mit Bernstorffs alten Gründen: Lauenburg dürfe man nicht überwerten; es sei Kursachsen weit entlegen, sein jährlicher Ertrag mache höchstens 50 000 Taler aus, der Zoll etwa 14—15 000. Braunschweigs Absicht sei, dem Mitprätendenten am bequemeren Orte Land und Leute abzutreten. Wo bliebe da die „réparation d'honneur", rief man dazwischen. Braunschweig bot Walkenried als Ersatzobjekt an, das aber etwas zu hoch gegriffen sei[36]. Der Kurfürst war — so berichtet jedenfalls einer der sächsischen Minister — „bestürzt und ganz impatient". Der Vorschlag sehe wie Spott aus: Walkenried sei „locus obscurus", Lauenburg dagegen habe — ein unschätzbarer Vorteil! — Sitz und Stimme im Reiche. Das angebotene Amt trage kaum 6000 Taler, das ersehnte Land 200 000. Unwillkürlich griff er mit der Hand an die Klinge: Dänemark sei bereit, ihm „an Hand zu gehen". Für die Frühe des nächsten Morgens wurde der Geheime Rat zum Kurfürsten befohlen. Man war enttäuscht, denn man hatte bestimmt auf angenehme Erklärungen gerechnet[37]. Der aber kannte Bernstorff schlecht, der von ihm in Zeiten der Verlegenheit selbst ein starkes

35. Borns Gutachten, Leipzig, 17./27. Dez. 1689 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

36. Konferenzprotokoll, Leipzig, 4./14. Jan. (Dr. St., Loc. 9446).

37. Fabricius' und Münchhausens Diarium, Leipzig, 6.—8. / 16.—18. Jan., u. Bericht, Leipzig, 6./16. Jan. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

Nachgeben erwartete. Hünicke erklärte dem braunschweigischen Abgesandten, was Walkenried betreffe, so wisse der Kurfürst nicht, was er dazu sagen solle, da diese Offerte überhaupt nicht in Betracht komme. Nur ein Austragsmittel gebe es, die Restitution. „Der Güte halber" sei der Kurfürst erbötig, nach erlangter Possess sich doch nicht dazu anzuschicken. Als die Abgesandten zu Walkenried noch die Hoheitsrechte über Amt Hohnstein einschließlich des Stifts Ilefeld hinzutaten und Kursachsens Zulassung als Mitbesitzer Lauenburgs vor Bekanntgabe solchen Vergleichs in Aussicht stellten, erwiderte Hünicke, die Offerte sei gering, eine zeitlich begrenzte Komposseß sei Spiegelfechterei, und nur die völlige Restitution könne eine Einigung bringen[38].

Zur Stellungnahme gegenüber dem weiteren Gang der Unterhandlungen traten am 27. Januar Bernstorff und Bülow für Celle, Grote, Hugo und Westenholz für Calenberg, Präsident von Heimburg und Oberhofmarschall von Krosigk für Wolfenbüttel im Schlosse zu Burgdorf zusammen. Celle schlug vor, da Kursachsen den Ertrag der lauenburgischen Lande überschätze, die diesen Betrag überschreitenden Einnahmen und die Anstellung eines kursächsischen Zollbeamten anzubieten. Cabenberg ging darauf aus, lieber den vierten Teil Lauenburgs aufzugeben, als es zum Kriege kommen zu lassen. Des Elektorats willen wollte es Calenberg mit Kursachsen nicht verderben. Die Rücksicht auf die neunte Kur ließ es jetzt und in der nächsten Zeit eine von Celles Intentionen abweichende Politik in der Frage des Lauenburgischen Erbfolgestreites einnehmen. Man versteht es nun, wenn Georg Wilhelm dem Kurgesuche seines Bruders zunächst nicht eben hold war[39]. Bernstorff betonte,

---

38. Konferenzprotokoll, Leipzig, 7.—8. / 17.—18. Jan. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

39. A. F. H. Schaumann: „Geschichte der Erwerbung der

sein Fürst werde nimmermehr einwilligen, daß der Kurfürst von Sachsen ein Fußbreit Lauenburgs erhalte[40].

Am 4. Februar gaben die braunschweigischen Abgesandten zu Torgau die Erklärung ab, Walkenried habe man irrtümlich angeboten. Man war zu reichhaltigerer Entschädigung bereit[41]. Der Gegenpartei waren diese Vorschläge so unzulänglich als die alten. Besondere Unzufriedenheit erregten die von Braunschweig vorgeschlagenen Bedingungen für einen Vergleich: Uebertragung der Rechtsansprüche, Garantie des Besitzstandes und Waffenhilfe[42]. Die welfische Politik zielte weiter, als nur ein Ueberein-

---

neunten Kur für die hannoverschen Lande" in der „Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen", 1874, S. 23 nimmt an, daß Georg Wilhelm und Ernst August, wie stets, auch Ende 1689 einig waren; er sagt so ohnehin. die alte Eintracht der Brüder habe sich in der Kurfrage wieder „im schönsten Glanze" gezeigt. Clemens Schwarte: „Die neunte Kur und Braunschweig-Wolfenbüttel", Münster 1905, S. 7 stellt berichtigend fest, daß die ersten Unterhandlungen Hannovers in Augsburg zum Teil gerade an der Uneinigkeit der Brüder scheiterten, denn die Bedenken Leopolds wurden u. a. durch die ablehnende Haltung Georg Wilhelms dem Kurgesuche seines Bruders gegenüber hervorgerufen. Eine Erklärung für diese bei dem sonstigen vorzüglichen Einvernehmen der Brüder überraschenden oppositionellen Stellung Georg Wilhelms bleibt Schwarte schuldig.

40. Bericht der wolfenb. Geh. Räte, Burgdorf, 17./27. Jan. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 6).

41. Konferenzprotokoll, Torgau, 25. Jan. / 4. Febr. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV). Die Offerte belief sich auf 12—14 000 Taler jährlicher Einkünfte und 15 000 Taler für den Ertrag des Elbzolles, jedenfalls in Landentschädigung umgesetzt. Die kursächs. Geh. Räte haben angenommen, daß es sich um eine Geldentschädigung handle, wie aus dem Konferenzprotokoll vom 7./17. Febr. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV) ersichtlich: „maßen man jederzeit von jährlichen Revenuen und Intraden gesprochen, es auch ihrerseits keine Meinnung gehabt, als daß dieselbe I. K. Dl. an Land und Leuten . . . zu stellen."

42. Konferenzprotokoll, Torgau, 29. Jan. / 8. Febr. (a. a. O.).



kommen mit Kursachsen über den leidigen Erbstreit zu treffen. Es kam ihr darauf an, gegen andere Prätendenten und gegen Neider gewappnet zu sein. In dem Augenblick aber, wo sie mit einem entsprechenden Vorschlage in Torgau herausrückte und zugleich eine Ablehnung erfuhr, hatte sie bereits andere Mittel und Wege zum Ziele gefunden.

Ein Gespräch, das Oberg mit Oxenstiern am 5. Januar hatte, war geeignet, Bernstoff mancher Sorgen zu entheben. Das von Brandenburg lanzierte „Ehrenwort" Schwedens, sich in die Lauenburger Händel nicht mischen zu wollen, sei erfunden, behauptete der Kanzler. „Im übrigen möchte man nicht glauben, daß Kurbrandenburg sich bei dieser Zeit neue Affären zuziehen würde; der Kurfürst wäre von Polen ombragiret, und darunter brauchete er S. M. Beitritt, also daß er durch Erregung (von) troublen im Kreise I. M. nimmer würde choquiren wollen[43]." In Regensburg machte ein paar Tage darauf der Vertreter Schwedens Anzeige, daß sein König die Sequestration „für eine den Rechtsgrundsätzen höchst präjudicierliche Sache halte"[44]. Kurze Zeit und Bielke, des Königs Busenfreund, betrat den Boden Stockholms. Sofort machte er sich an Oberg: man werde Lüneburg die Garantie für Lauenburg wohl leisten; der kürzeste Weg dazu sei der, daß das fürstliche Haus dem Könige ein gleiches für Hadeln verspreche. Die Hilfstruppen, die Schwedens deutsche Provinzen zum Feldzuge gegen Frankreich verlieren würden, sollten zum guten Teil durch nationale ersetzt werden[45]. Die Nachrichten, die aus Stockholm kamen, wurden immer erfreulicher[46]. Eine zu-

---

43. Obergs Diarium, 26.—28. Dez. 1689 / 5.—7. Jan. 690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

44. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 1./11. Jan. (Londorp a. a. O. XVII, S. 42).

45. Obergs Diarium, 13.—14. / 23.—24. Jan. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

46. Obergs Bericht, Stockholm, 15./25. Jan. (a. a. O.).

versichtliche Stimmung teilte sich den lüneburgischen Ministern mit. Bothmer äußerte sich jetzt, daß man durch Intrigen nichts von Lüneburg erreichen werde: es wage lieber alles, als sich Gesetze vorschreiben zu lassen. „Das Dl. Haus würde allenfalls wider Gewalt sich schützen müssen, es hätte 30 000 Mann auf den Beinen; wäre das nicht genug, so würden sich noch Freunde finden, die nicht zugeben könnten, daß man es über'n Haufen würfe[47]." Die langen Unterhandlungen mit den Generalstaaten waren zu Ende geführt. Am 25. Januar unterzeichnete Heekeren zu Celle den Vertrag, durch den Braunschweig berechtigt war, im Falle von Unruhen im niedersächsischen Kreise seine an die Generalstaaten überlassenen Truppen aus den Niederlanden zurückzuziehen[48].

Wir stehen an einem Wendepunkt der Bernstorffschen Politik. Die Isoliertheit, die Fuchs ihr zugedacht hatte, war ein Gedanke von gestern, die Bedrohung durch einen Dreibund war nicht mehr so stark wie ehedem. Am 11. Februar entdeckte Bernstorff seine Gedanken: es entspreche der Würde des braunschweigischen Hauses nicht, dem kursächsischen Hofe weiter nachzugeben und einen gütlichen Vergleich abzubitten. Fabricius und Münchhausen sollten in Torgau „mit guter Manier ihren Abschied nehmen"[49]. Das taten diese denn auch. Am 24. Februar teilten sie den sächsischen Konferenzräten mit, daß weitere Unterhandlungen zwecklos seien, wenn der Kurfürst auf seinem Stundpunkt verharre[50]. Haugwitz und Flemming gegenüber

---

47. Bothmers Diarium, 15.—18. / 25.—28. Jan. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

48. Niederländisch-braunschw. Traktat, Celle, 15./25. Jan. 1690 (Dumont: „Corps Universel Diplomatique", Tome VII, Partie II, Amsterdam 1731, S. 242, Art. VIII).

49. Bernstorff an die calenb. Geh. Räte, 1./11. Febr. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

50. Konferenzprotokoll, Torgau, 14./24. Febr. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

gaben sie sich den Anschein, als wünschten sie den im Entstehen begriffenen Dreibund nicht zu stören[51]. Gersdorf, der eben aus Augsburg zurückgekehrt war, hatte noch die Ehre, der Schlußkonferenz vom 8. März zu präsidieren. Er meinte, daß Braunschweig durch seine Einwilligung in die Restitution die Bahn zu weiteren Unterhandlungen hätte frei machen sollen. Zwei Tage darauf teilte er Lenthe die „Abfertigung" der braunschweigischen Minister mit[52]. Fabricius drückte sich in den Worten aus: „Die kursächsischen humores sind mir ein wenig zu stark gewesen[53]."

Die fünfte Macht, mit der Kursachsen in den Torgauer und Leipziger Tagen verhandelte, waren die Ernestiner. Döhler hatte bei Haugwitz Klage geführt, daß der Dresdener Hof gegen sie dilatorisch verfahre[54]. Bei ihnen hatte er auf alles andere als auf Gewinn zu rechnen. Auf die Dauer ließ sich die Auseinandersetzung aber nicht vermeiden. Mitte Januar wurden von Weimar der Hofrat Anton Günther von Schwarzenfels und Bernhard Zech abgesandt, Gotha wurde durch Döhler vertreten[55]. Am 7. und 17. Februar hatten diese zu Torgau Konferenzen mit Haugwitz, Knoch und Hünicke, die ihnen auseinandersetzten, der Ernestiner Anbringen sei „von sotaner Wichtigkeit, daß es hier nicht füglich zu resolviren". Da es sich um Rechtsfragen drehe, seien erst die Dokumente zu prüfen, und dann etwa im

---

51. Fabricius' und Münchhausens Bericht, Torgau, 14./24. Febr. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 5).

52. Konferenzprotokolle, Torgau, 26. Febr. / 8. März u. 28. Febr. / 10. März (Dr. St., Loc. 9446).

53. Fabricius an Zech, Celle, 10./20. März (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

54. Döhlers Bericht, Dresden, 21./31. Dez. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

55. Wilhelm Ernst an Johann Georg III., Weimar, 7./17. Jan., u. Friedrich I. an Johann Georg III., Friedenstein, 3./13. Jan. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

März in Dresden neue Unterhandlungen zu pflegen[56]. Ein Schriftstück, in dem die Ernestiner ihre Ansprüche dartaten und das Haugwitz überliefert wurde, ward Veranlassung zu eingehenden Rechtserörterungen der kursächsischen Geheimen Räte mit Born[57]. Es äußerte sich, „daß das kurfürstliche Geheime Ratskollegium die fundamenta des fürstlichen Hauses mit andern Augen anzusehen begonnen“[58]. Ihr Gutachten vom 15. Februar, das sich auch über die Unterhandlungen mit Braunschweig, Dänemark und Brandenburg ausläßt[59], rät zu Vorsichtsmaßregeln, damit die Ernestiner nicht etwa durch Abtretung ihrer Rechte Braunschweig stabilierten, sondern auf Sachsens Seite blieben.

---

56. Konferenzprotokolle, Torgau, 28. Jan. / 7. Febr. u. 7./17. Febr. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

57. Haugwitz an die kursächs. Geh. Räte, Torgau, 29. Jan. 8. Febr. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

58. Schwarzenfels' u. Zechs Bericht, Weimar, 12./22. Febr. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

59. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 15./25. Febr. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV): Die braunschweigischen Vorschläge seien unannehmbar, zumal sie mit so schweren Bedingungen einer Garantie und einer Waffenhülfe verbunden seien. Man müsse unter wiederholten Vorstellungen der Allianz- und Religionsgleichheit ferner versuchen, ob nicht bessere Bedingungen zu erlangen. Die Vorschläge der dänischen Krone seien am aufrichtigsten; „weil aber Ihre Truppen zum Teil außer Landes geschickt sein sollen, auf die Krone Schweden sonderbare reflexion zu machen und den statum publicum in seiner Tranquillität zu erhalten notwendig, auch wenn man was zu effektuieren getraut, ohne Kurbrandenburgs Beitritt schwerlich etwas Vorteiliges zu hoffen, von welcher Seiten aber die Restitution der Posseß an Ew. K. Dl. wegen der darunter waltender anhaltischer Respekten auf bloße Worte ohne Effekt und Wirkung gesetzt wird, so würde, wann Sie davon nicht abwendig gemacht und eine wahre Realposseß Ew. K. Dl. einzuräumen bewogen werden könnten“, auf sie schwerlich zu hoffen sein. Der brandenburgische Vorschlag sei am vorsichtigsten aufzunehmen, da die vertröstete Restitution keine Realposseß bewirke.

Sie machten dem Kurfürsten arg zu schaffen. In Augsburg überreichte der ernestinische Vertreter, Präsident Saul, dem Kaiser ein Memorial, worin an den Konstanzer Vorgang erinnert wurde und an die den Ernestinern gegebene Versicherung: „Als wir auch hiemit geliehen haben wollen, zu gleicher Weise, als ob der Fall itzo geschehen wäre[60]." Gleichzeitig erhielt der gothasche Geheime Rat Christian Ludwig von Schönberg Vollmacht, das lauenburgische Votum in Regensburg für Weimar und Gotha zu vertreten. Das war für Miltitz Grund genug, vom lauenburgischen Sitze nicht zu weichen und damit noch fernerhin die Beratungen zu verhindern[61]. Auf der letzten Torgauer Konferenz drängten die ernestinischen Herzöge auf Anerkennung ihres neuen Titels[62] und notifizierten bald darauf den Landesanfall an ihre Linie[63].

Ebenso war man in Dresden wegen der Ansprüche von Weißenfels, Merseburg und Zeitz besorgt[64]. Neben der Erbschaft an der Niederelbe gedachten diese auch an der böhmischen teilzunehmen. Prinz Christian August von Sachsen-Zeitz beabsichtigte, in Schlackenwerth „seine auf die ältere Prinzessin wohl gefaßte eheliebende intention einigermaßen gebührend verspüren zu lassen". „Es soll", so vernahm der Herzog Christian von Pfalz-Sulzbach im März, „alles sehr geheim geschehen, damit dem Prinzen nicht einige nachteilige controversia sonderlich ex parte electoris Saxoniae erfolge." Der Sulzbacher ließ ihm bedeuten, der kaiserliche Hof werde es nicht gern sehen, daß ein Fürst aus

60. Londorp a. a. O. XVII, S. 47.

61. Londorp a. a. O. XVII, S. 43 ff.

62. Konferenzprotokoll, Torgau 7./17. Febr. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

63. Notifikation, Weimar, 17./27. Febr. (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

64. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 5./15. Febr. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

einem hohen Nachbarhause im Königreich Böhmen so ansehnliche Herrschaften erwerbe[65]. Oesterreich und Kursachsen standen dem Unternehmen des Zeitzers im Wege. Der Kaiser hatte dabei seine besonderen Absichten. Auch Kursachsen zielte auf die böhmischen Güter.

Schon im November 1689 wurden in Dresden Besprechungen über den Plan, den zweiten Prinzen, den weiberliebenden Friedrich August, der damals im zwanzigsten Lebensjahre stand, einer lauenburgischen Prinzessin zu vermählen. Zinzendorff und Friesen sondierten in Augsburg beim Pfalzgrafen und erfuhren, daß die Verschiedenheit der Bekenntnisse einer Verbindung im Wege stehe[66]. Im Dezember sprach sich dann am Kaiserhofe das Gerücht herum, der junge Prinz beabsichtige heimlich in Schlackenwerth vorzusprechen. Bluhm fürchtete dessen heißes Blut: „Die Prinzessinnen seind noch jung, man muß da Acht geben!... Offenbar machen Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen auf diese Heirat eine reflexion, in meinung, hiedurch ihre praetension auf das Herzogthum Sachsen-Lauenburg noch mehr zu befördern“[67]. Der Prinz erschien im Schlosse zu Schlackenwerth unter einem Pseudonym in Begleitung des Kriegsrates Christian August von Haxthausen, seines Erziehers. Er gab vor, Pferde kaufen zu wollen, und wurde zur Tafel gezogen, wo er die Prinzessinnen sah und kennen lernte[68]. Der Bewerber scheint stürmisch aufgetreten zu sein. Der Kaiser aber stand mit seinem Willen schließlich dem sächsischen Plane im Wege. Er sah es sogar gern, daß der Kurfürst der Augsburger Krönungsfeier fernblieb

---

65. Heigel: „Biographische und kulturgeschichtliche Essays“, S. 135 ff.

66. Gersdorfs, Zinzendorffs und Friesens Bericht, Augsburg, 16./26. Nov. 1689 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

67. Heigel a. a. O. S. 119.

68. Fabricius' (weimarischen Gesandten) Bericht, Augsburg, 30. Dez. 1689 / 9. Jan. 1690 (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

— so versicherte jedenfalls Graf Sternberg —, „damit er nicht etwa mit der Anwerbung plötzlich losbräche, was dann ebenso schwer zu bewilligen als abzuschlagen gewesen wäre“[69]. Der Kurfürst war nicht der Mann, der dem Reichsoberhaupt die Stirne bot. Er verkroch sich grollend. Hier wie in den Torgauer Verhandlungen mit den prätendierenden Reichsständen hatte er kein einziges vorteilhaftes Resultat zu verzeichnen. Die Bernstorffsche Politik war von anderem Schlage als die Johann Georgs III., Gersdorfs, Haugwitz' und Hünickes.

69. Heigel a. a. O. S. 120 ff.

Siebenter Abschnitt.

Frühjahr 1690.

Von Hamburg aus erbat sich Zollmann am 4. Januar Weisung, ob die Ernestiner sich durch einen Präliminar-Rezeß mit den Welfen wider alle präjudizierlichen Sonderverträge versichern wollten. Das Haus Braunschweig wünsche einen Vergleich mit ganz Sachsen, im Entstehungsfalle mit den Albertinern oder den Ernestinern allein, denn um sein Recht sei es nicht gut bestellt, während seine Waffen durch Allianzen so sehr in Anspruch genommen seien, daß es von 24000 Mann kaum die Hälfte zur Verfügung habe. Im Bunde mit Sachsen habe es niemand zu fürchten. Ehe es aber zur Punktation des Rezesses kam, hatte sich der Umschwung in der braunschweigischen Politik vollzogen. In Celle erfuhr Zollmann Anfang Februar, man müsse vor einer Abmachung — die beliebte Ausrede! — mit den übrigen braunschweigischen Höfen korrespondieren. Bernstorff versicherte, daß er mit den Albertinern allein nicht „transigieren“ könne[1]. Er wollte es weder mit ihnen noch mit den Ernestinern. Man müsse, schrieb er nach Hannover, Zollmann einen guten Willen zeigen und unverfänglich mit ihm unterhandeln[2]. Am 17. Februar fand die von Gotha lange erwartete Hauptkonferenz mit Zollmann zu Braunschweig im Hause des bettlägrigen Kammer-

1. Zollmanns Berichte, Hamburg, 25. Dez. 1689 / 4. Jan. 1690 u. Celle, 23. Jan. / 2. Febr. 1690 (Wr St., Rep. A, Nr. 2185).

2. Bernstorff an die calenb. Geh. Räte, Celle, 23. Jan. / 2. Febr. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 4, Nr. 140).

präsidenten Heimburg statt. Bernstorff trug vor, man wünsche mit dem Gesamthause Sachsen in gutem Einvernehmen zu stehen, obgleich fast gar keine Hoffnung vorhanden, für diesmal mit Kursachsen durchzukommen. Zollmann behauptete, der Kurfürst Johann Georg III. halte bei den Ernestinern um Uebertragung ihrer Rechte an. Die Konferenz kennzeichnete sich braunschweigischerseits als ein Spielen mit dem vom gothaschen Abgesandten vorgeschlagenen Rezeß[3]. Seine wahre Meinung enthüllte Bernstorff, als er „ein für allemal" die Erklärung abgab, das Haus Braunschweig werde nimmermehr aus Lauenburg gehen, noch irgend jemand hineinlassen. Zollmann mußte unverrichteter Sache heimkehren[4].

Am 16. Februar hatten in der Stadt Heinrichs des Löwen Minister aller Welfenlinien wichtige Besprechungen gepflogen; Bernstorff und Bülow, Grote und Westenholz, Probst, Heimburg und Krosigk waren zugegen. Celle legte, wie das Konferenzprotokoll besagt, die Fragen vor, „1. ob man nicht das Lauenburgische omni et quocumque modo mainteniren wolle, 2. auf was Weise und mit welcher force jeder Teil dazu konkurriren wollte", und knüpfte gleich die Bemerkung daran, für sein Teil sei es entschlossen, im Notfalle alle Truppen zur Verteidigung Lauenburgs heranzuziehen. Hinter Calenbergs Auslassungen stand wieder die Sorge um die Kur: man sei den täglichen Veränderungen unterworfen, solle also keine starren Prinzipien aufstellen, „einer so kleinen Akquisition halber alle übrigen Lande in hasard zu setzen". Wolfenbüttel nahm einen ähnlichen Standpunkt ein: man müsse das mögliche tun; alles deswegen in Gefahr zu bringen sei eine andere Frage. Bern-

3. Konferenzprotokoll, Braunschweig, 7./17. Febr. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 4, Nr. 140).

4. Zollmanns Bericht, Gotha, 21. Febr. / 4. März (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

storff erinnerte beredt an die Würde des Hauses und bat, die Vorteile, die der französische Krieg biete, nicht aus der Hand zu lassen und Ratzeburgs Befestigung in Angriff zu nehmen. Calenberg und Wolfenbüttel wollten ihren Fürsten über seine Vorschläge berichten[5].

Die lüneburgische Politik gedachte nunmehr, um Hadeln mit Schweden zu paktieren. Die Anerbietungen, die sie machte, waren ihrer würdig. Man hätte meinen sollen, Lüneburg würde das Marschland, auf dessen Besitz es selber nicht hoffen konnte, der schwedischen Krone, um deren starke Deckung zu erhalten, schlechterdings zugestanden haben. Nichts von dem. Auf folgende Punkte wurde Oberg instruiert: Abtretung der lüneburgischen Ansprüche auf Hadeln an Schweden, gegenseitige Waffenhilfe (5000 Mann) im Falle eines Angriffes auf Schweden wegen Hadelns oder auf Lüneburg wegen Lauenburgs, worin der Schutz Hadelns vor kaiserlicher Sequestration nicht einbegriffen, Entschädigung Lüneburgs durch das bremische Amt Rotenburg oder den zwischen Harburg und der Este gelegenen Teil des Alten Landes[6]. Oxenstiern schwieg auf diesen Vorschlag. Welling wollte von den Bedingungen nichts wissen; reziproke Garantie, das sei alles, was die Krone zugestehen könne[7]. Man suchte in Stockholm in jeder Weise Lüneburgs Widerstand zu beheben. „Vertraulich" wurde Oberg mitgeteilt, daß der Oberstleutnant Oesterling, der sich nun bald im fünften Monat wegen eines „Partikulier-Prozesses" und wegen Zollangelegenheiten am Hofe befand[8], den König um Unterstützung Mecklenburgs in seinem Anspruch auf

---

5. Konferenzprotokoll, Braunschweig, 6./16. Febr. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 34).

6. Instruktion für Oberg, 20. Febr. / 2. März (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 9).

7. Obergs Bericht, Stockholm, 1./11. März (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

8. Obergs Bericht, Stockholm, 2./12. Nov. (a. a. O.).

Lauenburg requiriert und zugleich Hadeln angeboten habe. Auch Anhalt spielte man gegen Lüneburg aus[9]. Auf den Politiker Bernstorff machte wohltuendes Entgegenkommen keinen Eindruck. Oxenstiern suchte daher sein Ziel durch Kälte und durch Hervorkehrung von Schwierigkeiten — „froide und difficile maniren", wie Oberg sich ausdrückte[10] — zu erreichen: mit der Garantie für Lauenburg könne der König sich nicht „beladen", bevor die Deduktion erschienen sei; Hadeln komme ihm mit Fug und Recht zu, und es bedürfe deswegen keiner Bedingungen[11].

Inzwischen hatte es sich gezeigt, daß Platens Mission in der Kurfrage vornehmlich an dem Zerwürfnis mit Kursachsen und mit Brandenburg, indirekt also an der Lauenburger Angelegenheit gescheitert war. Leibniz, der soeben erst, den Glanz des welfischen Hauses zu verkünden, in Italien und Wien urkundliches geschichtliches Material gesammelt hatte, begrüßte es daher mit Freuden, daß seine Herren sich, unbekümmert um Rechtsgrundsätze, gleichsam um sich für den Ausfall der Kur schadlos zu halten, in Lauenburg befestigten[12]. Mitten in der zweiten Märzhälfte

9. Obergs Diarium, 27.—28. Febr. / 9.—10. März (a. a. O.).

10. Obergs Bericht, Stockholm, 5./15. März (a. a. O.).

11. Obergs Diarium, 4./14. März (a. a. O.).

12. Leibniz an Bussche, 24. Febr. / 6. März („Die Werke von Leibniz", hrsg. von Onno Klopp, 1. Reihe, Bd. 6, Hannover 1872, S. 53 f.): „Inzwischen kan denen eifrig catholischen nichts angenehmers widerfahren, als daß die fürnehmsten protestirenden Fürsten, über dem Sachsen - Lauenburgischen werk zerfallen, und ihr interesse verabsäumen, wie ich dann nicht zweifle, daß dieses incident des Herrn Grafen von Platen negotiation nicht wenig gehindert, maßen Chur-Sachsen und Chur-Brandbg die praetension eines neuen protestirenden Electorats in dem anfangs gezeigten Eifer nicht mehr getrieben. Inzwischen thut das hochfürstl. Haus nicht übel, daß es realia notionalibus vorziehet, und weil man im Reich so wenig auf dessen satisfaction bedacht, selbige daselbst gebührend beobachtet. Und weilen gegen alle praetendenten viel zu sagen, also daß keiner wohl, so viel mir bewußt, sein

wurde in Burgdorf der folgenreiche Entschluß gefaßt, während des kommenden Feldzuges die calenbergischen Truppen gänzlich vom Kriegsschauplatze fern zu halten, cellische und wolfenbüttelsche bis zu 5000 Mann nur in den Niederlanden zu postieren, vorausgesetzt, daß Brandenburg und Sachsen an der Kampagne teilnähmen, an den Rhein aber keine zu schicken[13]. Ernst August verstand auf die Augsburger Abweisung zu parieren. Sofort war sein Entschluß gefaßt, den Kurfürsten von Sachsen persönlich durch eine Reise zu ihm und durch die neue Anerbietung der Grafschaft Blankenburg sich wieder gefügig zu machen. Gleichzeitig wurde die Verabredung getroffen, noch im März eine Inspizierung Ratzeburgs durch die welfische Generalität und sachkundige Offiziere vorzunehmen, um alsbald ein Projekt der Befestigung zu vereinbaren[14]. Am 7. April beredeten sich zu Celle Bernstorff und Bülow, Grote und Hugo über den Festungsbau. Grote hätte lieber gesehen, statt sich in Ratzeburg so viel zu schaffen zu machen, eine gute Armee aufzustellen, „allezeit le plus fort en campagne“ zu sein. Der Platz sei nicht wichtig genug und könne wenig Soldaten aufnehmen. Dem widersetzte sich Bernstorff eifrig. Er sprach von strategischen Rücksichten, von der Lage Ratzeburgs, die Holstein und Mecklenburg dominiere, und von der Aufnahmemöglichkeit von 3000 Mann, die in Baracken

---

Recht völlig deduciren kan, So bleibt das Fürstenthum billig dem domino antiquo, so vormahls darauf renunciiret, und dem auch ohnedem wegen so vieler des Nieder-Sächsisch. Creises und ganzen Reichs wegen angewandter Kosten, solche lande, wenn sie auch dem Reich eröfnet seyn solten, in vim satisfactionis debitae bis zu anderweitiger vergnügung, mit guthem recht behält. Weilen doch die sachen im Reich also leider bewand, daß es nicht sicher den weg des rechtens abzuwarten.“

13. Instruktion für Münchhausen u. Probst zu Burgdorf, Wolfenbüttel, 13./23. März (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 5).

14. Münchhausens u. Probsts Bericht, Burgdorf, 14./24. März (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 6).

unterzubringen seien. Er verfocht, über alle Kleinlichkeiten erhaben, eine weitaussehende Politik — wie das Thomas Eberhard von Ilten an ihm rühmte. Hamburg und Lübeck könnten durch Ratzeburg „maintenirt" werden. Dann erörterte man die Projekte der Befestigungsanlagen, hielt das cellische gegen das von dem Franzosen La Motte ausgearbeitete und von Calenberg bevorzugte. La Motte hatte ein pallisadiertes Retranchement vorgesehen. Dies, erklärte Bernstorff, garantiere für eine „Attaque", nicht aber für eine „Surprise". Er wünschte dafür eine Ringmauer, welche die Insel hermetisch gegen den See abschließe, und eine Tête an dem Ort, wo Ratzeburg von der Landseite her angreifbar sei. Calenberg setzte 60 000 Taler Baukosten aus, Celle erschien die Summe viel zu gering. Es kam letzten Endes darauf hinaus, daß Ernst August bei seinem anderweitigen Machtbestreben „so groß bruit in der Welt" vermeiden wollte[15]. Wie die abweichenden Meinungen sich ausglichen, verlautet zunächst nicht. Jedenfalls erhielt der Generalissimus Jeremias de Chauvet bald darauf Weisung, für den Beginn des Festungsbaues Sorge zu tragen, das alte Schloß der Askanierherzöge und dessen Wall vollständig kassieren und an der Spitze der Stadt zwei Hauptbastionen und mitten davor ein Ravelin anlegen zu lassen. Das Baukommando wurde Major Roger und Hauptmann Strackowitz übertragen[16]. Mit dem Abbruche des Schlosses, das von dem angrenzenden Höhenufer zu leicht bestrichen werden konnte, hatte man schon längst beginnen wollen, aber Franz Erdmanns Witwe mochte sich von ihren Appartements nicht trennen. Voller Entrüstung meldete man Wackerbarths angebliche Worte zum Hofmeister Bülow:

---

15. Konferenzprotokoll, Celle, 28. März / 7. April (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 34).

16. Georg Wilhelm an Chauvet, Celle, 31. März / 10. April (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 22).

„Wie ist's, Bruder, willst Du mit dem alten Weibe noch nicht bald fort?" Es bleibe dahingestellt, ob das Gerede wahr ist, man habe unter ihren Gemächern viel Pulver untergebracht, um sie daraus zu verscheuchen[17].

Daneben zogen sich die Unterhandlungen mit Schweden in die Länge. Oberg verteidigte mit seinen Vergleichsbedingungen einen verlorenen Posten. Welling versicherte ihm, „daß der König Hadeln nicht mit einem einzigen Bauern akquiriren würde, geschweige denn, daß er mehr daran wenden wolle". Umsonst warnte Gyldenstolp davor, die Angelegenheit durch welfische Unnachgiebigkeit ins Ungewisse zu setzen[18]. Als Oberg von der Geringfügigkeit der gestellten Bedingungen sprach, kam er damit schlecht an[19]. Mitte Mai führte Oxenstiern neues Geschütz auf: Kursachsen habe den König mit Anerbietung Hadelns um dessen diplomatische Unterstützung beim Kaiser gebeten. Auf den Schiedsgerichtsvorschlag, mit dem Oberg endlich herausrückte, erfolgte eine „kaltsinnige Antwort": die Krone Schweden getraue sich, Hadeln durch ihr Recht zu behaupten, und habe sich ebensowenig einem Schiedsrichterspruche zu unterwerfen, als Bedingungen anzunehmen[20].

Wenn Schweden Hadelns wegen jemand zu fürchten hatte, so war es vornehmlich der Kaiser, dem nicht so leicht beizukommen war. Krosigk hatte seine Putschversuche nicht aufgegeben. Unablässig warb er in Hamburg Soldaten

---

17. Bericht, Ratzeburg, 22. Febr. / 4. März (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV).

18. Obergs Bericht, Stockholm, 29. März / 8. April (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

19. Obergs Bericht, Stockholm, 23. April / 3. Mai (a. a. O.): „Die ministri haben mir alle einhellig und zum Teil hart versichert, daß I. Kgl. M. sich nimmer zu einer Niederlage resolviren würden, sondern wäre es bei demselben feste gestellet, allenfalls einen richterlichen Ausspruch zu erwarten."

20. Obergs Diarium, 4.—5. / 14.—15. Mai (a. a. O.).

und suchte das Hadelner Landvolk für sich einzunehmen, was ihm auch zum Teil gelang. So finden wir ihn schließlich Ende Januar zu Otterndorf in einer Position, wie sie Gödens nicht dulden zu dürfen glaubte. Die Stände, die dieser zur Gegenwehr zwang, redete Krosigk eindringlich an, sie könnten ihr Vorhaben mit ihren Köpfen nicht verantworten. Da gingen sie auseinander, einige sangen sogar abends auf den Gassen: Es lebe unser gnädigster Kurfürst von Sachsen! Zwei Wochen später aber, Mitte Februar, mußte Krosigk einer regulären Belagerung im Schlosse durch 800 Mann Kaiserlicher weichen[21]. Fridag brauchte sich nicht zu wundern, wenn die Leute von „Wallensteins Maximen" sprachen[22].

Auch mit Heiratsplänen für die ältere Lauenburger Prinzessin gab man sich am kaiserlichen Hofe ab, nachdem Franziska unter die Haube gebracht war. Anna Maria glich ihrer vortrefflichen Schwester wenig[23]. Trotzdem fanden sich zahlreiche Bewerber — die Politik sieht eben nicht so sehr auf Vorzüge des Charakters. Der pfälzische Kurprinz Johann Wilhelm, des Kaisers Schwager, wird an erster Stelle genannt[24]. Später erscheinen zwei welfische Freiersmänner,

21. Krosigks Berichte, Otterndorf, 23. Jan. / 2. Febr. und 4./14. Febr. (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

22. Bothmers Bericht, Cölln, 4./14. Febr. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21).

23. „Briefe der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans aus dem Jahre 1719", hrsg. v. Wilhelm Ludw. Holland, Tübingen 1877, S. 64. Brief vom 16. März 1719: „Printz Gaston (Johann Gaston von Toskana, Anna Marias zweiter Gemahl) sagt, seine gemahlin trag einen silberne gürttel, woran gar viel schlüssel undt speycher (schlüssel), wie eine beschlisserin; daß ist ja garnicht fürstlich. Der hertzog von Saxsen Lauenburg muß einen liederlichen hoff gehalten haben; jedoch, so sagt man, daß die markgraffin von Baden wohl erzogen sein solle."

24. Heigel a. a. O. S. 115 f. belegt die Wichtigkeit dieses Heiratsprojekts mit der Feststellung, daß die hierhin gehörige Korre-

Prinz Maximilian Wilhelm, Ernst Augusts dritter Sohn, der sogar seine Geneigtheit zu erkennen gab, „sich darob zur katholischen Religion zu bequemen“, und — der siebenundfünfzigjährige Wolfenbüttler Anton Ulrich, durch dessen glänzende Erscheinung der Prinzessin „das maul trefflich wässerig worden“. Von den Wettinern hoffte außer Friedrich August und dem Prinzen von Zeitz des regierenden Herzogs von Sachsen-Eisenach Bruder Johann Wilhelm die Lauenburgerin als Braut heimzuführen. Braunschweiger wie Sachsen waren nicht nach dem Sinne Leopolds, ebensowenig der „Ausländer“ Prinz Eugen von Savoyen, der künftige große Stratege. Im Mai erinnerte sich Anna Maria des pfälzischen Kurprinzen: „On revient toujours à ses premières amours.“ Da kam aber ein Gegenwink aus der Umgebung des Kaisers: es müsse ein für allemal gesagt sein, daß seine „intention gar nicht dahin gehe, daß diese Prinzessin den Kurprinzen heiraten solle“; man möge ihren Sinn auf den Bruder wenden. Der Pfalzgraf machte seine Bemerkung dazu: „Ja, ja, man sieht halt bey Hof keinen Churfürsten gern in Böhmen, am End ist doch das Haus, die Kayserliche Schwägerschaft und hoffentlich die Person des Philipp nicht zu verwerfen.“ Am 29. Oktober wurde auf Schloß Raudnitz der Ehevertrag abgeschlossen. Damit kam der Pfälzer Philipp Wilhelm als regierender Herr nach Reichenbach[25].

Man sage nicht, Kaiser Leopold erfüllte nur die Pflichten, die ihm als des Reiches Oberhaupt und Testamentsvollstrecker oblagen: am 16. Juli 1690 eröffnete er dem Markgrafen von Baden für den Fall, daß Lauenburg ein dem Reiche heimgefallenes Lehen sei, in einem geheimen

---

spondenz nahezu tausend Stück umfaßt, die sich, wie alles von Heigel benutzte urkundliche Material, im k. geheimen Hausarchiv zu München (62. / 1. Sachsen-Lauenburgische Acta Nr. 1—54) befinden.

25. Heigel a. a. O. S. 135 ff.

Dekret die Aussicht, ihn damit zu belehnen[26]. Wie Braunschweig in Lauenburg als Kreisoberster, war Habsburg in Hadeln als Sequestrator eingezogen. Von Amts wegen standen beiden Machtbefugnisse zu, die sie zu ihrem persönlichen Vorteile ausnutzten, charakteristisch für die Zeit mit ihren chaotischen Staatsrechtsverhältnissen. Wer nicht schwimmen konnte, ging unter.

Die Ernestiner, denen unzweifelhaft das beste Recht zur Seite stand, ließen von ihrem Versuche nicht ab, sich an der Oberfläche zu halten, so zerspalten sie untereinander waren. Weimar war es um die Fühlung mit den Albertinern, Gotha um die mit den Welfen zu tun. Eine Auslassung des Eisenachers Johann Georg von Mitte März kennzeichnet das Verhältnis: Sollte Gotha einer Absendung nach Dresden Schwierigkeiten in den Weg legen, so könne man Weimar nicht verdenken, „sein Bestes für sich zu beobachten"; mit Braunschweiger Unterhandlungen habe es keine Eile[27]. Friedrich von Gotha sah es voraus, daß der Ernestiner Haus „mit der Zeit in gänzliche Zergliederung zerfallen" werde[28]. Am 31. März war man soweit, über die Absendung nach Dresden einen Beschluß zu fassen. Gotha nahm auf Grund alter Verträge von 1629 und 1641 die alleinige Erledigung als Senior des Hauses in Anspruch, wogegen Weimar mit dem Motiv operierte, die Lauenburger Frage sei keine res integra mehr; es habe sich bisher daran beteiligt und hoffe auch in Zukunft nicht ausgeschlossen zu sein. Weimar war es mit den Dresdener Unterhandlungen

---

26. Kaiserliches Versicherungs-Dekret, 16. Juli 1690 („Gründliche Ausführung des Erb-Rechts beyder Sachsen-Lauenburgischen Erb-Prinzessinnen", Rastatt 1757, Beil. 112; daselbst auch das väterliche Testament als Beil. 35).

27. Instruktion für Reichenbach und Lilienheim, Eisenach, ungef. 4./14. März (Eisenach. St., „Lauenb.-Succ.", Vol. V).

28. Friedrich I. an Wilhelm Ernst, Friedenstein, 11./21. März (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

mehr Ernst. Wenn es $^1/_3$ bis $^1/_2$ des Lauenburger Landes — die Praxis war von der Theorie weit entfernt — anzubieten geneigt war, so ging Gotha nur auf $^1/_6$ bis $^1/_4$[29]. In Sachsens Hauptstadt zog sich die Abfertigung Döhlers, Schwarzenfels' und Zechs hin, da Gersdorf auf seine Güter verreist war[30]. Die Abgesandten zeigten ein felsenfestes Vertrauen auf die Unwiderleglichkeit der ernestinischen Ansprüche. Mit der Aussicht auf die Mitbelehnschaft ließen sie sich in der Konferenz vom 27. April nicht abspeisen. Als die kursächsischen Minister den Passus in der ernestinischen Schrift, der von der Hinterziehung des Diploms Kaiser Maximilians handelte, beanstandeten[31], sagten sie ihnen gehörig Bescheid. Sobald sie nun mit ihren Anerbietungen hervortraten, „dergestalt", wie der kursächsische Bericht besagt, „als ob Ew. K. Dl. solche oblata aus ihren Händen und in Kraft ihres vermeintlich habenden beesseren Rechts anzunehmen hätten", erschien eine Einigung aussichtslos. Gersdorf nahm den Vorschlag nur amtlich zur Kenntnis, ohne sich weiter auszulassen, mit der Begründung, der Kurfürst sei in Karlsbad; vor der Leipziger Messe lasse sich überhaupt nichts ausmachen[32].

---

29. Konferenzprotokoll, Gotha, 21./31. März (Wm. St., Rep. A, Nr. 2185).

30. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 9./19. April (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

31. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 9./19. April (a. a. O.): „Dies aber hätte man ungern vernommen, daß in ihrer Schrift eine fast unglimpfliche Klausel influirt, als ob das Diploma Maximiliani aus der Vormundschaft, so Ew. K. Dl. in Gott ruhender Herr Großvater christseligen Andenkens verwaltet, anhero kommen und hier zurück verblieben wäre, welches Vorgeben mit dem langen Verlaufe der Zeit und Vormundschafts-Quittung nicht zu conciliiren."

32. Schwarzenfels' u. Zechs Bericht, Dresden, 18./28. April (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186) u. die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg III., Dresden, 19./29. April (a. a. O.).

Und dann kam wirklich Mitte Mai aus Dresden eine Einladung an die ernestinischen Unterhändler, nach Leipzig zu kommen, wo auch der Kurfürst erscheinen werde: „Sollte nun gefällig sein, zur Reassumtion oberwähnter Handlung sich etwa... anfangs der Messe und nächsten Montag dortselbst hinwieder einzufinden, würde es gar gerne gesehen werden[33]." Jubilate wurde überaus großartig begangen. Der ganze kursächsische Hof war versammelt, 1500 Berittene. Ernst August, der Bewerber um die Kur, trat mit starkem Gefolge auf, von den Ernestinern ließen sich Friedrich von Gotha und sein Bruder Albrecht von Koburg blicken[34]. In der Weimarer Linie herrschte tiefe Besorgnis. Man erfuhr, daß der Gothaer den Kanzler Bachof und den Geheimen Rat Fischer in seiner Begleitung hatte. Ohne Zweifel wollte er die Lauenburger Angelegenheit eigenmächtig erledigen, wie er es bereits angedeutet hatte. Schwarzenfels sollte nachforschen, worin Gothas Vorhaben bestehe, und was zwischen Kursachsen und Braunschweig vor sich gehe[35]. Man war in Weimar und Eisenach entschlossen, gegebenenfalls seinerseits getrennt mit Kursachsen zu unterhandeln, nur die vormundschaftliche Regierung in Jena bat, eine Trennung von Gotha solange als irgend möglich zu vermeiden[36]. Ausgangs Mai ersuchte Schwarzenfels Friedrichs Kanzler, „die Saiten nicht allzuhoch zu spannen" und sich wenigstens mit der Anerbietung der Hälfte des

---

33. Schreiben an Döhler, desgl. an Schwarzenfels und Zech, Dresden, 5./15. Mai (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

34. Schwarzenfels' Bericht, Leipzig, 13./23. Mai (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

35. Johann Georg II. an Wilhelm Ernst, Eisenach, 13./23. Mai (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

36. Instruktion für Reichenbach, Eisenach, 15./25. Mai (Eisenach. St., „Lauenb. Succ.", Vol. VI) u. Instruktionspunkte für Schwarzenfels u. Zech mit Bemerkungen Weimars u. Jenas, 14./24. Mai (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

Herzogtums einverstanden zu zeigen. Gersdorf ließ sich durch einen Sekretär mit der Ueberbürdung durch Geschäfte entschuldigen. Schwarzenfels traf ihn dann in Auerbachs Keller. Er habe mit Fridag viel zu konferieren. Auf der endlichen Zusammenkunft wurde eine weitläufige kursächsische „Duplikschrift" verlesen, die Lauenburg als ein Annex der Kur in Anspruch nahm und den Ernestinern ein „ansehnliches Stück Geld" (später auf eine Tonne Goldes festgesetzt) und die Mitbelehnschaft anbot. Um mit Nachdruck zu verfahren, betonte Gersdorf, von Hannover die Versicherung zu haben, daß Braunschweig mit ihnen keinen Vergleich treffen werde. Daß Gersdorfs Worte keine leere Drohung seien und Wahrheit sprechen möchten, schlossen die Unterhändler aus manchen Anzeichen. Man wird die Empfindung haben, daß die Ernestiner hier eine Gelegenheit ungenützt vorübergehen ließen. So wie die große Politik ihren Gang nahm, war die Annahme absurd, den Ernestinern werde je ein erheblicher Teil der beanspruchten Erbschaft zuteil werden. Auf das Lauenburger Land im Speziellen durften sie schon gar nicht rechnen. Machtmittel in dem Maße, wie sie dem Kaiser, den Welfen, Hohenzollern oder Wettinern zur Verfügung standen, konnten sie nicht dransetzen. Vom Horizonte der Kleinfürsten aus hätten sie sich mit kleineren Abfindungen begnügen oder den Einen begabten Friedrich ins Feld schicken sollen, denn seine Politik überragte die seiner Vettern in entscheidender Weise. Indem sie sich gegenseitig ins Fleisch schnitten, verspielten sie im Streit um Sachsen-Lauenburg. Die ernestinischen Abgesandten beschlossen, der Aeußerung Kursachsens mit einer „Triplikschrift" entgegenzutreten, was noch seine Zeit hatte. Das halbe Lauenburg boten sie noch einmal an, natürlich erfolglos[37].

---

37. Schwarzenfels' u. Zechs Berichte, Leipzig, 18./28. Mai u. 24. Mai / 3. Juni (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

Es macht einen wunderlichen Eindruck, wie die Nachkommen Alberts und Ernsts die Federn und Zungen kämpfen lassen um ein Etwas, das sie beide nicht besitzen. Nur ein Welfe durfte bei der Lage der Dinge über das Streitobjekt verfügen. Georg Wilhelm wurde im Frühjahr 1690 ständig unnachgiebiger, sah keine Veranlassung mehr, sich das Neuerworbene zu verkürzen, während Ernst August — bildlich gesprochen — in Lauenburg sich die Kur holen wollte. In einem Schreiben vom 13. April ließ Bernstorff Hannover die Gründe zukommen, die gegen neue Unterhandlungen mit dem Albertinerstaate sprachen: es drohe von ihm, zumal dies Jahr über, keine Gefahr; auch habe es kein wohlfundiertes Recht, wie das dem Kaiser selbst bekannt sei. Was Kursachsen will, ist die Posseß. Wozu also neue Traktate? Die Freundschaft mit Kursachsen darf nicht erkauft werden um Blankenburg, das zu Beginn des Jahres „fast wider Willen“ angeboten wurde. Wenn Hannover dennoch einen Vergleich mit dem Kurfürsten wünscht, und Wolfenbüttel ihm darin beitritt, so wird Celle in den sauren Apfel beißen, verwahrt sich aber zugleich gegen jeden künftigen Vorwurf. Auf alle Fälle muß man dann von Kursachsen Garantie und Waffenhilfe erlangen[38].

Mitte Mai traf Ernst August mit dem Kurfürsten in Karlsbad zusammen. Er versicherte ihm, daß Lüneburg endlich „den Rechten nicht zuwider“ sein werde; er merkte auch, daß jener von gütlichem Vergleich „wohl nicht mehr soweit als vorhin entfernt“ sei. Dann ging's auf die Leipziger Messe, während Grote mit Gersdorf konferierte[39]. Noch im Mai hatte Georg Wilhelm dem Bruder angeraten, den Kurfürsten wenigstens nur mit Vertröstungen zu speisen,

38. Bernstorff an die calenb. Geh. Räte, 3./13. April (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 5).

39. Ernst August an Rudolf August u. Anton Ulrich, Karlsbad, 6./16. Mai (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 5) u. Konferenzprotokoll, Leipzig, 10./20. Mai (Dr. St., Loc. 9446).

vielleicht eine Abrede zu treffen, daß wegen des Beginns des Sommerfeldzuges spätestens nächsten Winter ein Abschluß erzielt werden solle[40]. Die vorhandenen Akten und Briefe zeigen nicht, daß Ernst August weiter gegangen wäre. Daß auch die Messe für Sachsen kein zufriedenstellendes Ergebnis in der Lauenburger Frage zeitigte, läßt sich belegen. Im April führte Johann Georg III. bei Dänemark und Brandenburg Klage, daß Braunschweig an Ratzeburg „sonderliche Neuerungen der Befestigung genommen, ja sogar das Residenzschloß großenteils abgetragen worden, und man im Werk begriffen sein solle, den Dom (der mecklenburgisch) von der Stadt durch einen tiefen Graben abzuschneiden und die Ratzeburger See durchzuführen“[41]. Der Kurfürst von Brandenburg, der nach Königsberg gegangen war, die Huldigung der Stände zu empfangen und die Verhältnisse mit Polen zu ordnen, beobachtete die niedersächsische Affäre nicht mehr mit dem früheren Eifer[42]. Der Reverskonflikt war der Angelpunkt seiner auswärtigen Politik geworden[43]. Indeß sprach Chwalkowski noch einmal, zeitlich nach Grote, in Leipzig vor und verwies auf sein früheres Projekt, Kursachsen aber biß auch jetzt nicht

---

40. Georg Wilhelm an Ernst August, Celle, 12./22. Mai (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 5).

41. Johann Georg III. an Christian V., desgl. an Friedrich III., 8./18. April (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

42. Bothmers Bericht, Königsberg, 24. März / 3. April (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21): „Hiesiger Orten redet man gar wenig von dieser Sache, nur daß dieser tage mir jemand im Vertrauen sagte, S. Kurfl. Dl. hätten sich darüber gegen I. Kgl. M. von England solchergestalt erklärt, daß daraus das Dl. Haus von Braunschweig-Lüneburg würde abzunehmen haben, wie Sie in das Werk sich zu mischen, weniger demselben zuwider darunter etwas vorzunehmen garnicht willens wären, mehrere specialia aber könnte ich von ihm nicht erfahren.“

43. Droysen a. a. O. IV, 1. S 57.

an wegen der „vielen Diffikultäten“ des brandenburgischen Vorschlags[44].

Ueberblickt man den Standpunkt der Parteien des Lauenburgischen Erbfolgestreites im Frühling 1690, so gewahrt man eine starke Entschlossenheit bei Welf und Habsburg, eine gewisse Uninteressiertheit bei Hohenzollern und eine Zaghaftigkeit beim albertinischen Wettin. Ein Schreiben Gersdorfs vom 1. Mai an seinen Kurfürsten gibt Zeugnis vom Charakter der sächsischen Politik: „Also was das Hauptwerk anbelangt, da ist es gewiß eine solche intrikate Sache, daß, wo man selbige angreifet, ein Stachel dem andern entgegenstehet; denn jetzo nur von Braunschweig-Lüneburg zu reden, wenn mit demselben, welches doch das Fürstentum selbst abzutreten nicht gemeint, sollte traktirt werden, so würde Dänemark und Kurbrandenburg sich aufs höchste offendirt halten, der kaiserliche Hof, da man braunschweig-lüneburgischer Seite die Cession expresse begehrt, nicht consentiren, sondern gegen Anhalt ... das Judicium frei behalten und das fürstliche Haus Sachsen ... interveniren oder concuriren wollen, der Merseburgischen und Zeitzeschen zu schweigen, und daher allenthalben kein wahrer Effekt vor Ew. Ch. Dl. übrig bleiben möchte[45].“

---

44. Konferenzprotokoll, Leipzig, 21./31. Mai (Dr. St., Loc. 9446).

45. Gersdorf an Johann Georg III., Dresden, 21. April / 1. Mai (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

Achter Abschnitt.

Bis zum Tode Johann Georgs III. und Friedrichs I.

Den ganzen lieben Winter hindurch war Braunschweig im ungehinderten Besitze Lauenburgs geblieben, weder Dänemarks Rüstung noch Brandenburgs Plänereichtum noch auch Kursachsens Eigensinn hatten es daraus vertrieben. Die offene Wunde im Reichskörper konnte im Sommer, wo es zum neuen Schlagen mit Frankreich kam, höchst gefährlich werden. „Les François font grand fondement sur les diversions qu'ils s'en promettent", so der als Verfasser des deutschen Kriegsmanifestes angesprochene Leibniz[1] in einem Schreiben an Bothmer[2]. Ludwig XIV. und seine Minister Louvois und Colbert entfalteten eine ungemeine Rührigkeit, um dem Angriffe der zahlreichen Koalitionsmitglieder trotzen zu können. Offen und im geheimen waren die französischen Diplomaten überall tätig. Durch Irland, wo der entthronte Jakob noch viele Anhänger zählte, galt es Wilhelm III. beizukommen. Im Oktober des vorangegangenen Jahres war ein Gerede gewesen, daß der französische Gesandte in Kopenhagen versprochen habe, die von England ausgesetzte Summe zu verdoppeln, wenn die dänischen Hilfstruppen ausblieben[3]. In Konstantinopel ver-

---

1. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 9.

2. Leibniz à Mr. de Bothmer, Modene, 20./30. Dez. 1689 („Die Werke von Leibniz", hrsg. von Onno Klopp, Hannover 1872, 1. Reihe, Bd. 6).

3. Obergs Bericht, Stockholm, 19./29. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

hinderte Frankreich einen Frieden des Sultans mit dem Kaiser, in Algier schloß es ein Abkommen, um seine Flotte gegen die „Seemächte“ konzentrieren zu können, in Rom vollzog es eine Annäherung an die Kurie[4]. Den einen Vorteil hat Frankreich, das sich so oft einer Welt von Waffen gegenübersah, auch in diesem Kriege ausgenutzt, die Ueberlegenheit einheitlichen Willens über die individuellen Interessen der Koalitionsmächte.

Die Generalstaaten und England unterdrückten jeglichen Seehandel mit Frankreich und schädigten dadurch Schweden. Man werde „de haut en bas“ behandelt, klagte Stockholm, „Zweibrücken könne der König alle Tage wiederbekommen“[5] — wenn er sich nämlich mit Frankreich verband. Am 1. Februar 1690 schloß er mit Christian V. ein Bündnis zum Schutze der neutralen Seefahrt. Zur selben Zeit kam der geheime Bevollmächtigte Frankreichs, Oberst Bidal d'Asfeld, nach Stockholm, fand einen wohlvorbereiteten Boden vor und knüpfte Verbindungen mit Lindsköld, Gyldenstolp und den anderen Bewegungsparteilern an[6]. Fuchs beschuldigte die lüneburgischen Häuser, sie trieben Schweden zum Bunde mit Frankreich, um sich in Lauenburg besser behaupten zu können. Es werde, „wo man ihnen noch mehr Zeit läßt und ferner durch die Finger sieht, ... ein viel schädlicher Feuer daraus entstehen ..., als jemalen aus der holsteinischen Sache zu befahren gewesen“[7].

---

4. Immich a. a. O. S. 144.
5. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 281.
6. Carlson a. a. O. S. 409.
7. Instruktion für Schmettau, Cölln, 4./14. Jan. (B. St., Rep. XI, Nr. 73, Conv. 12). In der Instruktion vom 11./21. Febr. (a. a. O.) macht Fuchs Schmettau darauf aufmerksam, daß Schweden „umsatteln und sich mit Frankreich verbinden wird, wozu dann das fürstliche Haus Lüneburg nicht wenig hilft, welches durch dieses Mittel den Besitz des Herzogtums Sachsen-Lauenburg zu behaupten vermeint. Uns ist es eine fast nie erhörte Untreue, so selbiges Haus an uns erweist, daß es die Secretissima consiliia, so wir mit

Während nun Frankreich mit Fleiß auch seine militärischen Vorbereitungen betrieb, kam man im Haag, wo die Verbündeten beratend zusammentraten, und in Wien über Truppenverteilung, Subsidien- und Quartierfrage und, als der Herzog von Lothringen im April starb, über die Wahl des Oberbefehlshabers am Mittelrhein nicht ins Klare[8]. Und dazu nun die Lauenburger Frage! Der Fürst von Anhalt beklagte es, daß Braunschweig und Kursachsen aus dieser Veranlassung ihre Truppen vom Kriegsschauplatze abberiefen, und meinte, daß Brandenburg schließlich auch nicht anders werde handeln können[9]. Vor allen Dingen warnte man in Berlin vor einem schwedischen Truppentransport nach Deutschland und beauftragte Schmettau, in London die Erklärung abzugeben, „daß, wann selbiger, unter was

---

demselben Anno 83 und 84 wider Schweden gepflogen, und wozu es selber Anlaß gegeben, um das Herzogtum Bremen zu überkommen, an Schweden entdeckt, blos alleine um selbige Krone wider uns aufzureitzen und Frankreich zu rekommendieren; wie es dann in der Tat sich also verhält, daß der Graf Rebenac dazumalen verhindert, daß erstes geschlossen worden, nicht aus Liebe zu Schweden, sondern blos allein, damit Dänemark, Lauenburg und wir nicht möchten mächtiger werden."

8. Immich a. a. O. S. 145.

9. Bothmers Diarium, 2.—4. / 12.—14. Febr. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 21): „Ich gab zurück, daß S. Ch. Dl. zu Brandenburg davon den Anfang bekanntermaßen gemacht hätte; zu welchem Ende, stellte ich dahin, es würde aber so wenig von Chursachsen als von dem Dl. Hause gesagt werden können, daß der Sachsen-Lauenburgischen Sache halber Ihre Truppen an sich gezogen, sondern es wäre vielmehr darum geschehen, wie es der ganzen Welt bekannt genug wäre, daß man Ihnen keine Subsistenze an dem Rhein geben wollen, und zwar hätten des Herrn Landgrafen von Hessen - Kassel Dl. gar inständige und vielfältige Vorstellungen tun lassen, daß man die Quartiere, wo des Dl. Hauses Truppen am Rheine gestanden, evacuiren und der Kaiserlichen Assignation gemäß Ihr überlassen möchte, dem man endlich deferiren müssen."

Prätext es auch sei, geschehen sollte, Wir zur Sicherheit Unseres états sofort Unsere Armee vom Rhein würden zurückfordern müssen, weil wir Uns alsdann zu Schweden und Lüneburg nichts Gutes zu versehen hätten"[10]. Johann Georg III. wollte seine Mitwirkung bei den Kriegsoperationen von seiner Befriedigung in der Lauenburger Angelegenheit abhängig machen[11]. Dieselbe Uneinigkeit in Regensburg, wo über den Streit um die Stimme Lauenburgs nun glücklich noch Ende Mai die Beratungen stockten[12]. Das Reichsgutachten, wie dem Streite abzuhelfen sei, das der Kaiser verlangte und immer noch nicht erhalten konnte, wäre jetzt von erhöhter Wichtigkeit gewesen. Das sah man nun aber in Wien ein, daß sich die Stände mit einer kaiserlichen Sequestration praeter propter nicht zufriedengeben würden. Vielleicht vom Kaiser inspiriert, wie Miltitz vermutete, suchte jetzt Bayerns Kurfürst Max Emanuel, des ersten Maximilian Enkel, damals einer der besten Streiter im Kampfe gegen Ludwig XIV., für ein Reichsgutachten Stimmung zu machen, die Administration Lauenburgs einstweilen dem Kreisdirektor Braunschweig zu übertragen, wobei dieser eine Erklärung abgebe und einen Revers unterzeichne, alles für Kaiser und Reich zu verrichten[13]. Natürlich erhoben Kursachsen und Braunschweig sofort Einspruch, freilich aus verschiedenen Beweggründen. Johann Georg III. spielte wieder den gekränkten Ehrenmann, der die Possession „ohne Waffen

---

10. Instruktion für Schmettau, Cölln, 11./21. Febr. 1690 (B. St., Rep. XI, Nr. 73, Conv. 12).

11. Johann Georg III. an die Generalstaaten, Teplitz, 4./14. Mai (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

12. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 21./31. Mai (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

13. Miltitz' Bericht, Regensburg, 27. Febr. / 9. März (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV): Miltitz vermutet unter dem bayrischen Vorschlag einen versteckten Gedanken des Kaisers, daß nämlich die Sequestration pro ultimo expediente angenommen würde, wenn jener Vorschlag eine Ablehnung von den Interessenten erfahre.

placide und civiliter" ergriffen habe[14], Lüneburg wollte sich nicht auf diese Weise aus seinem „uralten Patrimonium" bringen lassen[15]. Max Emanuel gestand, daß „das bewußte Temperament... von andern herkommen", vertrat es aber weiter vornehmlich im Reichsinteresse[16].

Danach tauchte ein „spanischer" Beilegungsvorschlag auf. In London proponierte der Ambassadeur Spaniens, Hamburg solle das Lauenburgische kaufen und die Prätendenten sich in den Kaufpreis teilen[17]. Man ist darüber schnell zur Tagesordnung übergegangen. Seiner Stimme Gehör verschafft und damit eine wenn auch notdürftige Einigung gebracht hat Wilhelm von Oranien, der vornehmste Vorkämpfer Europas gegen Ludwig XIV. Am 14. März gab Nottingham namens des Königs die Erklärung ab, dieser beabsichtige die streitenden Parteien dahin zu bestimmen,

---

14. Johann Georg III. an Max Emanuel, Torgau, 5./15. März (Dr. St., Loc. 9444, Vol. IV). Johann Georg III. beklagte sich bei der Gelegenheit auch über die Behandlung, die Krosigk in Otterndorf durch Gödens zuteil geworden sei. „Ob nun Ew. Ld. und andre meine Herren Mit-Churfürsten solche Proceduren wider mich approbiren oder auch die lüneburgische Gewalttätigkeiten zu autorisiren vermeinen, kann ich schwerlich glauben."

15. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 24. März / 3. April (a. a. O.).

16. Max Emanuel an Johann Georg III., München, 4./14. April (Londorp a. a. O. XVII, S. 53): „Da man die Sache quoad spoliantem et spoliatum auf die Formalitäten und Apices Juris ankommen lassen, oder wohl etwa auch, wie es das Ansehen gewinnt und meines Vernehmens Kurbrandenburgs Ld. dergleichen Konzept führen soll, noch schärfer angreifen will, nichts anders denn ein einheimischer blutiger Krieg und selbiger wie auch mehrerer andrer Reichs-Lande Total-Ruin zu befahren steht.

17. Schmettaus Bericht, London, 4./14. März (B. St., Rep. XI, Nr. 73, Conv. 12): „welchergestalt seinem Erachten nach die Jalousie verhindert werden könnte, welche die mächtigen Benachbarten abhalte, daß keiner dem andern den Besitz dieser Lande lassen wolle."

während des Feldzuges nichts gegeneinander zu unternehmen, sondern alles in statu quo zu lassen, cellischerseits auch nicht mehr als etwa 1000 bis 1200 Mann im Lauenburgischen zu behalten und die übrigen Truppen an den Rhein zu schicken. Ob Kursachsen sich mit diesem Vorschlag einverstanden zeigen werde, war Englands größte Sorge[18]. Der Kaiser billigte ihn und ließ ihn durch den Grafen Clary dem Kurfürsten mitteilen. Er stellte zugleich für den Sommer die gütliche Austragung des Streites durch eine Hofkommission in Aussicht[19]. Auch Brandenburg betrieb die richterliche Entscheidung und verlangte vom Kaiser, „daß, wenn es ja die bevorstehende campagne über mit den lauenburgischen Landen und deren Besitz in statu quo verbleiben sollte, nichtsdestoweniger diese Sache so gar ruhen, sondern alle Interessenten und in specie das fürstl. Haus Braunschweig angewiesen werden möge, seine vermeintlich habende practensiones und iura, wie das Anhalt längst getan, dem publico zu communiciren und sonderlich bei Ew. Kaiserl. M. damit einzukommen“[20]. Uebrigens hatte Brandenburg bereits am 21. März sein grundsätzliches Einverständnis mit Englands Vorschlag in London zu erkennen gegeben[21]. Kursachsen erhob Einwendungen und verlangte noch immer eine „Resolution in possessorio“[22].

Die Welfen versuchten, den Vorschlag auszubeuten. Der calenbergische Hofrat Limbach bekam Auftrag, in Wien die Garantie für Lauenburg auf die Dauer des Feldzuges zu fordern, auch daß die ganze kursächsische Armee

---

18. Schmettaus Berichte, London, 4./14. u. 11./21. März (a. a. O.).

19. Leopold durch Clary an Johann Georg III., 29. März / 8. April (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

20. Friedrich III. an Leopold, Königsberg, 24. April / 4. Mai (Londorp a. a. O. XVII, S. 54).

21. Schmettaus Bericht, London, 11./21. März (a. a. O.).

22. Limbachs Bericht, Wien, 12./22. Mai (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 19).

an den Rhein dirigiert werde, widrigenfalls Lüneburg seine Truppen nicht zur Verfügung stellen könne. Es gehörte schon die welfische Politik mit ihrem Stolz und ihrer Anmaßung dazu, solches Verlangen zu stellen. „Männiglich wundert sich über diese proponenda", berichtete Miltitz aus Regensburg[23]. Der cellische Resident Siegel wurde am 30. Mai instruiert, im Haag von England, den Generalstaaten und Spanien die Garantie für Lauenburg ohne die Limitation, daß welfischerseits der Statusquo gewahrt bleibe, zu verlangen, insgeheim vor Sachsen und Brandenburg, „weil selbige sonsten dieserwegen viel unnötiges Geschreies wieder erregen". Die Limitation bringe nur Schikanen, von einem Festungsbau in Ratzeburg wüßten nur Uebelwollende, und keine Schaufel sei dazu in die Erde gesetzt, nur daß das alte baufällige Schloß abgerissen werde. Wie dem Kaiser, sollte auch dem Haager Kongreß mit der Entziehung der welfischen Truppen gedroht werden[24]. Im Haag hatte man

---

23. Miltitz' Bericht, Regensburg, 10./20. April (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

24. Instruktion für den Residenten Siegel, Celle, 20./30. Mai (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 28). Thomas Ernst Danckelmann, der vom Haager Kongreß aus als brandenburgischer Gesandter nach London ging, beurteilte die Absichten der welfischen Politik schlecht, wenn er in einem Bericht vom 23. Mai / 2. Juni (B. St., Rep. XI, Nr. 73, Conv. 12) die Meinung aussprach, „das Haus Branschweig Luneburg werde resolviren den fortificationsbau stecken zu lassen, allermaßen in der Versamblunge des Congressus am 12./22. May wie meinen abschiedt genommen, durch den hochfürstl. Casselschen Ministrum die abwesende Hannovrische und Wolfenbüttelsche Abgeordnete, von Goritz und Croseck vortragen lassen, welcher gestalt das Haus Braunschweig Lun. gewillet wehre, von dero troupes drey à vier tausendt Man an den Rheyn, an welchen ohrt man dieselbe würde nöhtig erachten, marchiren zu lassen, wan nuhr wegen Ihro Kayserliche Majestet, und dter übrigen Herren Alyrten denselben wolte versicherunge gegeben werden, daß in den Saxen Lauwenburgischen in diesen jahre wieder das selbe nichtes thätliches solte vohrgenommen,

aber bereits am 22. Mai den Beschluß gefaßt, die Garantie Braunschweig nur unter der Bedingung zu leisten, daß es keinerlei Neuerungen in Sachsen-Lauenburg vornehme. Diesem Beispiel wollte der Kaiser folgen, wie Strattmann im späten Juni mitteilte; er konnte garantieren, weil der kursächsische Gesandte in der Donaustadt kurz zuvor sein Ehrenwort verpfändet hatte, daß seine Regierung von Tätlichkeiten absehen werde[25].

Vor unseren Augen entspinnt sich ein langwieriges Hinundher von Verhandlungen, deren Kernpunkt die Frage des Schutzes der Niederlande und des Reiches bildet. Frankreich hatte umfassendere militärische Maßnahmen als in den Jahren zuvor getroffen[26] und hatte um so mehr Aussicht, diesmal den Sieg zu erringen, als starke Truppenteile der Verbündeten vom Kampfplatz tief in den Sommer hinein zurückgehalten wurden. Auch in diesem Zusammenhange hat der Streit um Sachsen-Lauenburg weit über die lokale Historie des strittigen Landes hinaus eine besondere Bedeutung. Erst am 2. Juli konnte Johann Georg III. dem Kaiser aus Leipzig berichten, daß seine Truppen, die im vergangenen Jahr so wesentlich an den Kriegsoperationen teilgenommen hatten, auf dem Marsche begriffen seien; er tat es, indem er ihm noch einmal ersuchte, „die so oft gehorsamst gebetene Mandata restitutoria dereinst erteilen

---

besondern in statu quo alles gelassen werden, welches die sämptliche anwesende abgeordnete übernommen, und ich nahmens Ewer Churff. versichert, wie daß dieselbe damitt zufrieden, gestalt alles in statu quo bis zu ende der campagne mogte pleiben, es müßte aber solches allerseytts geschehen, und das Haus Braunschw. Luneburg in Kraft dessen, mitt aller fortification im Sachsen Lauwenburgischen anstehen, welches von allen anwesenden Abgeordneten vohr högst billich erachtet, undt der resolution des Congressus einverleibet wardt."

25. Limbachs Berichte, Wien, 5./15. u. 15./25. Juni (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 19).

26. Immich a. a. O. S. 144.



und ausstellen zu lassen und mich dadurch bei gegenwärtigen zur Verteidigung des Reiches unternommenen Expedition desto mehreres aufzumuntern"[27]. Und noch immer hatte es seine Not mit den Welfen. Sie hätten damit genug getan, daß sie den größten Teil ihrer Mannschaft nach den Niederlanden geschickt hätten, auch warteten sie auf die kaiserliche Garantie. Die Hofburg sah sich noch am 7. Juli veranlaßt, dem Celler Herzog die schriftliche Versicherung zu geben, „daß in und wegen des Sachsen-Lauenburgischen gegen dieselbe und dero Haus, von wem und unter was Prätext es immer sein möchte, diese Campagne hindurch via facti nichts vorgenommen oder attentirt werden soll". Sie sprach zugleich die Erwartung aus, daß eine Fortsetzung der Ratzeburger Befestigung unterbleibe[28]. Bernstorff hatte kurz vorher auf einer Konferenz zu Burgdorf auf die Frage, ob man sich mit der von den Alliierten im Haag mit den Worten vorgeschlagenen Garantie: „daß es mit der Sachsen-Lauenburgischen Sache hinc inde in statu quo diese Campagne über bleiben solle" begnügen solle, von Calenberg die Ansicht gehört, man möge den Limitationspunkt stillschweigend übergehen; sie fand Celles und Wolfenbüttels Beifall[29].

Unterdessen hatte sich eine Entscheidung vollzogen. Am 1. Juli schlug der genialische Marschall von Luxemburg die niederländisch-deutschen Truppen des Grafen von Waldeck auf dem historischen Felde von Fleurus. Was die Gegner Ludwigs XIV. unter einheitlich-starkem Willen

---

27. Johann Georg III. an Leopold, Leipzig, 22. Juni / 2. Juli (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

28. Leopold an Georg Wilhelm, 27. Juni / 7. Juli (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 19).

29. Konferenzprotokoll, Burgdorf, 11./21. Juni (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 28). Anwesend Bernstorff, Fabricius, Platen, Hugo, Westenholz, Münchhausen und Probst.

vermochten, das zeigte zehn Tage später Wilhelm von Oranien mit seinem entscheidenden Siege am Boynefluß.

Zum Ueberflusse erschienen neue Prätendenten. Schon zu Beginn des Jahres erhob der Gottorper Herzog in einem Memorial an die Reichsversammlung Anspruch auf acht auf der linken Seite der Bille gelegene lauenburgische Dörfer: Köthel, Mühlenrade, Fuhlenhagen, Talckau, Börnsen, Escheburg, Wentorf und Wohltorf. Das Kloster Reinbeck hatte diese Dörfer 1529 dem König Friedrich I. von Dänemark als Herzog von Holstein verkauft, Lauenburg aber hatte sie sich wieder einverleibt. Eine Spolienklage, die Adolf von Holstein 1563 beim Reichskammergerichte zu Speyer anhängig machte, hatte bis jetzt noch keine Entscheidung herbeigeführt. Eleonore Charlotte, jüngste Tochter des Prinzen Franz Heinrich zu Sachsen-Lauenburg-Franzhagen, vermählte Herzogin zu Holstein-Sonderburg, sprach gleichfalls Teile des Landes als Erbschaft an[30].

Auf das dringende Verlangen aller Mitprätendenten wurden nun in Wien endlich Ende Juni Erörterungen angestellt und vom Hofrat Gutachten eingefordert, wie in der Lauenburger Frage rechtlich zu verfahren sei. Es hatte lange gedauert, ehe dieser Beschluß gefaßt war, und nur unter dem Drucke der Kriegszeit kam er zustande. Limbach bemühte sich eifrig, das Gutachten zu verzögern, damit Braunschweig seine Deduktion einzubringen genügend Zeit habe. Bei Oettingen, dem Reichshofratspräsidenten, kam er nicht gut an: Braunschweig hätte mit der Deduktion längst fertig werden können, es suche nur Zeit zu gewinnen und baue immerfort, so daß alles umgekehrt werde, und sogar die Totengräber nicht verschont blieben; der Festungsbau geschehe wider die Abrede[31].

---

30. Londorp a. a. O. XVII, S. 140 ff.

31. Limbachs Berichte, Wien, 15./25. Juni u. 14./24. Aug. (a. a. O.).

Georg Wilhelm hatte kürzlich in eigener Person die neuen Arbeiten in Ratzeburg besichtigt. Daraufhin wurden erhöhte Anstrengungen gemacht, der dem jenseitigen Ufer zu nahe Schloßplatz unter Wasser gesetzt, und neue Werke abgemessen[32]. Der kaiserliche Resident Adrian Müller meldete aus Lübeck, daß diese Hansestadt „erliegen und schwerlich in der annoch bisher per tot saecula konservirten reichsfreien Qualität ferner weit sich würde mainteniren können“[33]. Der Magistrat der Stadt, die einst an ihrem Schirmherrn und Wohltäter Heinrich dem Löwen in Treue gehangen hatte, richtete jetzt an den Kaiser eine förmliche Beschwerdeschrift über die schädlichen Maßnahmen des Welfen Georg Wilhelm[34]. Der Referent des vom Kaiser angeordneten Gutachtens konnte Limbach nicht verhehlen, daß man am Hofe das Werk unter dem Unwillen über Lüneburgs neue Prozeduren nicht länger zu verschieben in der Lage sei[35]. Der kursächsische Geheime Kriegsrat Christoph Dietrich Bose drang bei Strattmann und Königseck auf Mandata inhibitoria und restitutoria und drohte mit Rückberufung der Truppen seines Herrn, dessen „Reputation dabei engagiert“ sei[36]. Die Hofburg stand vor der Alternative, Braunschweig oder Kursachsen zu verletzten. Sie wählte den zweiten Weg, um durch die Welfen keine Störung der deutschen Harmonie hervorzurufen, denn von Johann Georg III. war sie nicht zu befürchten. Ein kaiserliches

32. Classen an Johann Georg III., Lübeck, 19./29. Juli (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V), ferner ein Schreiben aus Lübeck, 26. Juli / 5. Aug. (Londorp a. a. O. XVII, S. 63). Classen berichtet auch von dem Anrücken neuer 500 Mann cellischer Truppen.

33. Adrian Müllers Bericht, Lübeck, 9./19. Aug. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

34. Der lübische Magistrat an den Kaiser, 16./26. Aug. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 19).

35. Limbachs Bericht, Wien, 31. Aug. / 10. Sept. (a. a. O.).

36. Boses Bericht, Wien, ca. 5./15. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

Reskript vom 14. September forderte alle Prätendenten auf, ihre Ansprüche zu gütlichem Austrag innerhalb vier Monate beim Reichshofrate einzubringen[37]. Mit anderen Worten, bis tief in den Winter hinein hatten die Welfen Lauenburgs wegen Ruhe.

Der Beschluß sei „ganz konfus eingerichtet", meldete der sächsische Resident aus Wien. Königseck entschuldigte sich damit, daß er bei der Beschlußfassung im Geheimen Rate nicht zugegen gewesen[38]. Schon längst hätte die kursächsische Politik einsehen müssen, daß sie im Guten auf Restituierung in Lauenburg nicht zu rechnen habe, weder durch Unterhandlungen mit den Welfen noch durch kaiserliche Mandate. Wenn der Forderung, Braunschweig solle veranlaßt werden, die Ratzeburger Befestigung nicht weiterzubetreiben, ja die vorhandene zu zerstören, in gewisser Weise stattgegeben wurde, so muß man sagen, daß dies Ergebnis im Interesse der kaiserlichen Autorität herbeigeführt wurde. Gödens erhielt Weisung, Celle mündlich um Inhibition zu ersuchen und erst, wenn dies verschlage, formell ein kaiserliches Mandat zu überreichen[39]. Der Kurfürst war ungehalten: wenn der Kaiser befürchte, daß Braunschweig seine Truppen aus den spanischen Niederlanden zurückziehen werde, könnte dann nicht auch Sachsen seine 13 000 Kombattanten abberufen[40]? In Regensburg sprachen

---

37. Kaiserliches Reskript, 4./14. Sept. (Londorp a. a. O. XVII, S. 67).

38. Willis Bericht, Wien, 18./28. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

39. Willis Bericht, Wien, 21. Sept. / 1. Okt. (a. a. O.); vgl. Fabricius' Bericht, Hamburg, 13./23. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 16).

40. Dietrich an Miltitz, Dresden, 23. Sept. / 3. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V). Brandenburgs Standpunkt kennzeichnet eine von Fuchs konzipierte Instruktion für Falaiseau, Kleve, 25. Okt. / 4. Nov. 1690 (B. St., Rep. XI, Dänemark Nr. 14 b): „Betreffend sogn. Die Sachsen-lauenburgische sache, aus welcher der Graf Reventlau mit

die Gesandten der Kurfürsten ihre Verwunderung darüber aus, daß man in Wien den Streitfall so sehr auf sich beruhen lasse und dem Hause Braunschweig wieder Gelegenheit gebe, einige Monate ungehindert in Lauenburg zu bleiben. Es handle sich, erklärte der österreichische Kommissar, um einen Beschluß der Reichshofrates; der Kaiser könne ihn nicht verändern, sonst komme er mit dem Artikel 42 seiner Wahlkapitulation in Konflikt[41]. Der Herzog von Celle aber fragte Gödens erstaunt, „mit was Fug man Unserm Hause die natürlichen Defensionsmittel entziehe und ihm verübeln könne, daß selbiges den ganzen offenen Zugang zu Ratzeburg etwas schließen und dergestalt, daß man gleich-

---

Euch gesprochen, könnet Ihr demselben in Unserm Nahmen wieder zu verstehen geben, daß Wir zwar in Unsern Von anfang hehr bey dieser Sache geführten Sentimenten ganz keine Enderung gemachet hätten, sondern Vielmehr des Fürstlichen Hauses Lüneburg deshalb bisher gehalten proceduren zum hochsten improbirten und daß es damit zu seiner Zeit zu einem andern stande gebracht werden mögte, so woll der justiz als Ihrer Kon. Mt., Unsern und des gantzen Nieder-Sachsischen Creyses Interesse gemes befänden, Wir mögten auch wündschen, daß des Churfürsten zu Sachsen Ld. die gute Vorschläge, welche der König nebst Uns nun Vor einem Jahre deswegen zu Torgau und Leipzig thun lassen angenommen hetten, und würde sich alsdan das Werk jetzo in einem gantz andern stande befinden, Nachdem aber seit dem facies senem sich merklich verändert und der Allyrten sache so woll in Ungarn als gegen Frankreich Verschiedene harte anstösse bekommen, so wolte Unsers ermessens die prudent umbso Viel mehr erfordern, alles was die Allyrten noch mehr embarrassiren, Ihren Feinden aber zum Vortheil und avantage gereichen könte aufs sorgfaltigste zu verhüten, und bedünkete Uns dannenhehro Jetzo gar nicht de tempore zu seyn in dieser lauenburgischen Sache etwas Vorzunehmen, da eine unendliche collision und weiterung im Reich anrichten könte, Zudehm liesse auch das Fürstliche Haus Lüneburg alle seine in den Spanischen Niederlanden bishehr gehabte trouppen wieder nach der Elbe zurückkomen."

41. Miltitz' Bericht, Regensburg, 29. Sept. / 9. Okt. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).



wohl nicht gradeswegs und ohne alle Mühe in den Ort eindringe und die Unsern daraus verjagen könne, verwahren lässet". Was habe denn nur Lübeck „zu hoffen und zu fürchten"[42]. Bernstorff war der Ansicht, Gödens' Ansuchen vorerst unbeantwortet zu lassen[43]. Bose, der zu Wien auf Ausfertigung des Mandats drängte, wurde hingehalten. Oettingen gab dem sächsischen Sekretär zu verstehen, daß er vorerst einmal das kaiserliche Reskript anzunehmen habe, „weil dessen Verweigerung niemals erhört worden". Des Kurfürsten gerechte Sache erkannte man offen an, entschuldigte sich aber stets mit der Rücksichtnahme auf Lüneburg[44]. Dazu kam noch, daß der Kaiser, wie im vorigen Jahre, so auch jetzt wieder bei Beendigung des Sommerfeldzuges den kursächsischen Truppen keine Quartiere assignierte[45]. Auf 100 000 Taler rückständige Gelder wartete der Kurfürst vergebens[46], die Behandlung Krosigks erregte seinen höchsten Unwillen[47]. Angesichts dieses Tatbestandes rief er zum Jahreswechsel seinen Gesandten aus Wien ab, was dort große Aufregung verursachte[48]. Bedeutete das eine völlige Abwendung vom Kaiser, so war dessen Lage als höchst ungünstig zu bezeichnen. Nicht bloß Ludwig XIV. hatte in Holland und Italien gesiegt, auch die

---

42. Georg Wilhelm an Gödens, Göhrde, 28. Okt. / 7. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 19).

43. Bernstorff an die wolfenb. Geh. Räte, Göhrde, 19./29. Nov. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 19).

44. Dietrichs Bericht, Wien, 20./30. Nov. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

45. Johann Georg III. an die Generalstaaten, Torgau, 5./15. Dez. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

46. Erich Förster: „Schwenkung der kursächsischen Politik zur Dritten Partei in den Anfängen Johann Georgs IV." Diss. Leipzig 1904, S. 10.

47. Johann Georg III. an Leopold, 25. Dez. 1690 / 4. Jan. 1691 (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

48. Förster a. a. O. S. 11 f.

Hohe Pforte hatte unter dem Großwesirate Mustapha Köprilis einen gewaltigen Aufschwung erfahren und Belgrad im Oktober 1690 zurückerobert[49]. Es ist verständlich, daß der Kaiser die Welfen bei guter Laune zu erhalten suchte, wie denn Limbach von Königseck zu hören bekam, „daß wann Wien keine größere Gefahr vor den Türken als das fürstliche Haus Braunschweig-Lüneburg für dergleichen Mandatis restitutoriis hätte, man an beiden Orten sicher schlafen könnte". Es machte sehr wenig aus, daß die Frist, die den Prätendenten zur Anmeldung ihrer Ansprüche beim Reichshofrate gesetzt war, am 14. Januar ablief. Die Welfen hatten mit einer gewissen Selbstverständlichkeit nichts von sich hören lassen[50]. Was für den Kaiser vornehmlich maßgebend war, er scheute sich Hannover anzutasten, um nicht geheime französische Kräfte aufkommen zu lassen, die im Werk und Werden waren.

Schon im Beginn des Winters 1689/90, als die französische Partei in Stockholm zuerst zu Ansehen gelangt war, hatte sich der schwedische König persönlich im Sinne eines Friedensschlusses mit Frankreich ausgesprochen[51]. Seitdem hatten derartige Pläne unter zunehmendem Einfluß Bielkes feste Gestalt angenommen, bis Mitte Oktober 1690

---

49. Immich a. a. O. S. 145.

50. Limbachs Bericht, Wien, 4./14. Jan. 1691 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 19).

51. Obergs Diarium, 24.—26. Nov. / 4.—6. Dez. 1689 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25): 24. Nov. / 4. Dez.: „Abends nahm ich Gelegenheit, I. Kgl. M. selbst meiner gnädigen Herren Dl. Interesse bei der Sachsen-Lauenburgischen Succession zu rekommendiren und ein und andre Vorstellungen, so ich am meisten à propos hielte, zu tun. Ihre M. sagten nicht andres darauf, als daß das beste sein würde, sich gütlich darüber zu vergleichen und mit gesamter Hand den Franzosen zu einem billigen Frieden zu bringen. Sie retirirten sich, ohne etwas weiteres zu sagen, gleichwie Sie noch bisher fast allezeit getan haben, wenn ich von publiquen Sachen Ihro etwas habe vortragen wollen."

der schwedische Gesandte bei den hochmögenden Staaten seines Königs Mediation anbot, bald darauf in Wien derselbe Antrag wiederholt ward[52]. „Es liegt am Tage,“ berichtete Nikolaus Danckelmann, „daß Schweden mit anderer Reichsstände Beistand seine Intentionen dahin gerichtet, einen Frieden zu extorquieren[53].“ Es handelte sich darum, eine „Dritte Partei“ zu bilden, die zwischen den beiden kriegführenden Mächten, Frankreich und der Großen Allianz, vermittle. So manche Fürsten sind diesem Gedanken nähergetreten, keiner hat ihn in gleich vollendeter Weise seinem Machtstreben dienstbar gemacht wie Ernst August. Im Herbst 1690 trat er mit seiner Gesinnung hervor, indem die lüneburgischen Truppen aus Brabant abberufen wurden, ein Verfahren, das zunächst beim Kurfürsten von Sachsen helle Entrüstung hervorrief[54]. Es war die Frage, ob er nicht selber schließlich dem Plane nähertreten würde, wenn er mit dem Kaiser brach.

Ende Januar 1691 erschien der calenbergische Kriegsrat Jobst Hermann von Ilten, Grotes Schwager, in Dresden, um das Terrain auszukundschaften. Inbezug auf Lauenburg erklärte er laut Konferenzprotokoll: „Wenn man sich mit Posseß flatiren wollte, so ginge es nicht an und würde kein gut Ende nehmen. Er müßte klaren Wein einschenken.“ Mit Vorschlägen in dieser Materie kam er nicht[55]. Mit neuen Unterhandlungen müsse man wohl bis Mitte April warten, da die Welfen erst untereinander eins werden müßten, und Georg Wilhelm sich augenblicklich im Haag aufhalte. Ausdrücklich betonte Ilten Gersdorf gegenüber,

---

52. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 67.

53. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 281, Anm. 106.

54. Willis Bericht, Moritzburg, 21./31. Okt. 1690 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

55. Konferenzprotokoll, Dresden, 16./26. Jan. 1691 (Dr. St., Loc. 9446). Von kursächs. Geh. Räten Knoch, Zinzendorff, Pöllnitz und Gersdorf anwesend.

daß seine Sendung „blos zu Beibehaltung guter Vertraulichkeit“ erfolgt sei[56]. In der Frage der Dritten Partei hat er mit Flemming Fühlung gesucht und gefunden. Dieser Umstand bewog Ernst August, Ilten Ende Februar abermals nach Dresden zu entsenden: „Unser Kriegsrath wird darauf dem von Flemming davon Nachricht geben, was des Churfürsten Ld. wegen der bey Ihro von Frankreich beschehenen Friedens Sondirung gegen ihn gedacht...“ Man wollte Sachsen Erfurt gegen Verzicht auf alle Rechte an Lauenburg garantieren[57].

Die kaiserliche Politik hat die lüneburgisch-schwedischen Pläne frühzeitig zu kreuzen sich bemüht. Graf von Nostitz versuchte in Stockholm im Juni 1690 Schweden und Brandenburg für den Vorschlag einer gemeinsamen Besetzung Lauenburgs durch die Kreisdirektoren zu gewinnen, wobei also die genannten Staaten teilzunehmen hätten. Nostitz fand vornehmlich bei Oxenstiern Unterstützung, der sich dafür ausgesprochen zu haben scheint, daß Welling in Hamburg alsbald bei Lüneburg um förmliche Räumung einkomme[58]. Bei Georg Wilhelm aber hatte dieser damit

---

56. Kursächs. Registratur, 2./12. u. 6./16. Febr. 1691 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

57. Förster a. a. O. S. 10, Anm. 2.

58. Obergs Bericht, Stockholm, 4./14. Juni 1690 (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25); vgl. Falaiseaus Bericht, Kopenhagen, 4./14. Okt. 1690 (B. St., Rep. XI, Dänemark 14 C): „Par là Monseigneur Vost.re A. E. peut juger de la bonne foy du Comte de Nostitz Envoyé Extraordinaire de L'empereur à la Cour de Suede, lorsque Vost.re A. E. se souviendra de la ridicule Confidence qu'il fit au Comte de Dohna à l'arrivee de ce Comte en Suede touchant le dessein que l'Empereur avoit de faire sortir les Troupes de Lünebourg de la Duché de Saxe Lawenbourg; Je dis dès lors au Comte de Dohna, Que cette demarche estoit un des artifices ordinaires du Comte d'Oxenstiern, et le Comte de Dohna le reconnut peu de jours après. Je ne puis m'empescher Monseigneur de dire à Vost.re A. E. Qu'il seroit bien a souhaitter, lorsque le Roy d'Angleterre viendra à la haye, ce que l'on croit icy qu'il sera dans

keinen Erfolg. Der Herzog wünschte, daß Welling so wenig „Uns als sich selbsten damit embarassiren möge“[59]. Fuchs erinnerte Alexander von Dohna, den brandenburgischen Vertreter in Stockholm, daran, daß der Kaiser selbst den Herzögen von Lüneburg für jetzt Lauenburg garantiert habe, und riet auch, den schwedischen Ministern gegenüber, die ihn mit dem kaiserlichen Vorhaben angingen, Zurückhaltung zu üben, weil „man bisher fast nicht gewußt, was man in dieser lauenburgischen Sache an den Schweden hat“[60].

In der Tat hörte das Intrigenspiel in Stockholm nie auf. Auch bei dem kaiserlichen Vorschlag zeigte sich, wie sehr des Kanzlers Stern im Sinken war[61]. Die Gegenpartei arbeitete weiter an einer Verständigung mit den Welfen auf Grundlage reziproker Garantie inbezug auf Lauenburg und Hadeln[62]. Es war ein offenbarer Triumph ihrerseits, wenn der König beim Reichshofrat als Rivale des Kaisers

---

peu, Qu'il trouvast quelque bon Expedient où de terminer cette affaire à l'amiable où du moins de l'assoupir pour un temps et pendant que durera la Guerre contre la France. Je ne repéteray point Monseigneur ce que je me suis donné l'honneur d'écrire plusieurs à Vost.re A. E. Mais asseurement il ne pourroit rien arriver de plus dangereux pour le Bon Party, Que des troubles entre des Princes Protestans dans la Cercle de la Basse Saxe et il est digne de la Prudence de Vost.re A. E. de l'empescher le plus qu'il luy sera possible.“ Falaiseaus, Hoverbecks Nachfolger in Kopenhagen, Raisonnements waren häufig, wie das auch Schmettau einmal feststellt (Schmettaus Bericht, London, 4./14. März 1690 [B. St., Rep. XI, Nr. 73, Conv. 12]), recht gewagt. Das muß man auch von der Ansicht sagen, daß Nostitz' und Oxenstierns Machinationen darauf zielten, die Protestanten in Niedersachsen aufeinanderzuhetzen.

59. Instruktion für Fabricius, Celle, 4./14. Juli (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 9).

60. Instruktion für Dohna, Hauptquartier, 15./25. Juli 1690 (B. St., Rep. X, Nr. 247, I, fasc. 46).

61. Dohnas Bericht, Stockholm, 20./30. Aug. 1690 (B. St., Rep. X, Nr. 247, I, fasc. 46).

62. Obergs Bericht, 15./25. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

selbst seinen Anspruch auf Hadeln anmeldete[63]. Wie der Kaiser, traf auch der schwedische König hier auf des Kurfürsten von Sachsen Widerspruch[64]. Das machte ihm nichts aus, er verbat sich kurzerhand dessen „anstößliche Correspondenz" für's Zukünftige[65].

Kursachsen hat in den ersten Monaten des Jahres 1691 auf dem Haager Kongreß seine Staatsinteressen in seiner unpraktischen Weise und in glänzender Isoliertheit wahren wollen. Wir vermissen eine Politik der Tathandlung, ein Verständnis für seine Interessengemeinschaft mit Dänemark und Brandenburg, bemerken stattdessen ein Abwarten der gegnerischen „conduite"[66]. Die kühne Entschlossenheit eines kraftstrotzenden Moritz war eben der müden Tatenschau eines kränkelnden Johann Georg gewichen. Christian V. ergriff noch immer die kursächsische Partei am liebsten, der Kurfürst von Brandenburg stand ihr sympathisch gegenüber. Es war aber nicht anders zu erwarten, als daß im Haag, wo über den kommenden Feldzug Dispositionen getroffen wurden, Danckelmann wie Oranien sich zu Haxthausen, dem kursächsischen Vertreter, in dem Sinne äußerten, daß es jetzt wichtigere Aufgaben gebe, als die Lauenburger Angelegenheit zu erledigen. Brandenburg wie Bayern neigten zur kreisdirektorialen Sequestration, wie sie Windischgrätz und Berka den Alliierten in Vorschlag brachten. Während Haxthausen die kursächsische Satisfaktion dagegen-

---

63. Londorp a. a. O. XVII, S. 62.

64. Johann Georg III. an Karl XI., Feldlager bei St. Georgen, 10./20. Sept. 1690 (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV): „Wie und welchergestalt Ew. Kgl. M. das Herzogtum Bremen aus dem Instrumentum Pacis überkommen, sind wir wohl erinnert; wenn dasselbe aber die Meinung gehabt hätte, das Land Hadeln darunter zu begreifen, hätte es bald vom Anfange und vorher bei den gepflogenen Traktaten darzugezogen, nicht aber von Anno 1648 bis zu dieser Zeit, über etliche 40 Jahre, gewartet werden müssen."

65. Karl XI. an Johann Georg III., Stockholm, 28. Sept. / 8. Okt. 1690 (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

setzte, erklärte Friedrich III. schließlich im späten März, „es wäre jetzt die Zeit nicht, etwas mit force zu treiben; er müßte auch dem gemeinen Wesen zum besten viel verschmerzen, absonderlich vom Hause Braunschweig-Lüneburg, welches ihm öfters zu nahe trete".

Am Ende gedieh weder der kaiserliche Vorschlag noch die kursächsische Forderung[67]. Der Schlußeffekt war eine neue Uebereinkunft zwischen dem Kaiser und Kursachsen, und Ilten mußte diesmal unverrichteter Sache Dresden verlassen. Am 30. März 1691 wurde von Gersdorf, Haugwitz, Knoch und Bose und dem General von Dünnewald zu Torgau ein Rezeß unterzeichnet, der dem Kaiser Kursachsens Gefolgschaft gegen Frankreich von neuem sicherte. Die einen Monat später erfolgte Ratifikation beseitigte den Vertragspunkt, der dem Kurfürsten das Recht zugestand, seine Truppen vom Rheine zurückzuziehen, „wenn in cursu armorum die Lauenburger Sache weiter sollte vulneriret werden"[68]. Die Große Allianz und damit die Sache des

---

66. Instruktion für Haxthausen, 19./29. Jan. 1691 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V): „Nachdem aber die Interessenten fast insgesamt auch am selbigen Orte ihren Vorteil diesfalls suchen und sowohl bei der Kron England als den Herren General-Staaten sich festzusetzen trachten, der Kron Schweden ministri sich auch allda befinden, welche wegen des Landes Hadeln förmliche praetension machen und des Herzogen von Zelle Ld. in Person zugegen sein wird, beide auf reciprocirliche Maintenirung eine Alliance sollen geschlossen haben, so hat derselbe diese auf alle Weise in copia zu erlangen und uns zu überschicken, im übrigen aber auf ihre Conduite allda und, was diesfalls vorgeht, fleißige und genaue Achtung zu geben, damit zu unserm Präjudiz nichts verhängt werde, sondern bei dem König von England und den General-Staaten alle widrige Vorbildungen . . . zu benehmen."

67. Haxthausens Berichte, Haag, 24. Febr. / 6. März; 21. Febr. 3. März; 10./20. März; 24. März / 3. April 1691 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

68. Richard Fester: „Die armirten Stände und die Reichskriegsverfassung." Frankfurt a. M. 1886, S. 165 ff.

Kaisers wurde in dieser Zeit durch den Beitritt Brandenburgs vom 23. März 1691 noch verstärkt[69]. Seine Mitwirkung am Feldzuge mit der Erledigung der Lauenburger Frage zu verquicken, ist Friedrich III. durch die offene Schwiebuser Affäre verhindert gewesen. Er ging darüber mit einer gewissen souveränen Ruhe in reichspatriotischer Stimmung hinweg. Man findet nicht, was Johann Georg III. abhielt, vom Kaiser die Entscheidung der für ihn wichtigsten Lebensfrage zu erzwingen[70].

Die Zeit, die mit den Vorbereitungen zum neuen Feldzug verging, kam wieder wie jene den Prätendenten zur Einbringung ihrer Ansprüche gesetzte Frist den Welfen zugute. Georg Wilhelm hat sie dazu benutzt, seine Stellung in Ratzeburg weiter zu befestigen. Wie hatte sich doch die lauenburgische Ritterschaft verrechnet, als sie von einem goldenen Zeitalter unter den Welfen geträumt hatte! Als Boisdavid zuerst seinen Fuß in das Land setzte, stöhnten Bürger und Bauern, jetzt kam die Reihe an die Adligen. Bernstorff bedeutete sie, daß sie zwar bisher freigesessen, nunmehr aber auch ihre Bauern wie die der fürstlichen Aemter Frondienste zum Festungsbau zu leisten hätten. Sie haben damals nach Johann Georg III. geschielt. Den Vermittler spielte Classen[71], Georg Wilhelms ärgster Feind unter den alten Lauenburgern, der keine Gelegenheit vorübergehen ließ, ohne den Welfen eins am Zeuge zu flicken. Wegen des Festungsbaues hat es wieder Differenzen zwischen

---

69. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 71.

70. Fester a. a. O. S. 165 ff. u. Förster a. a. O. S. 12 treffen den Kern der Sache nicht, wenn sie unter völliger Ignorierung der Lauenburger Frage den Torgauer Rezeß als vorteilhaft bzw. relativ günstig für Kursachsen bezeichnen.

71. Classen an Johann Georg III., Lübeck, 28. Jan. / 7. Febr. u. 6. 16. (?) Jan. 1691 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V). Classens Berichte sind meistens parteiisch gefärbt und darum mit Vorsicht zu benutzen.



gesprochen[76]. Anfang April hielt er sich in Hannover auf[77]. Nachdem Frankreich in kühner Offensive Mons und Nizza bezwungen, hat Ernst August im Mai 1691 dem Kaiser den Frieden aufzwingen wollen. Der Plan kam nicht zur Ausführung, vornehmlich weil in Schweden Oxenstiern wohl noch ein Wort zu reden hatte[78]. Dann traf Ernst August — es war die Zeit, da der Kaiser mit dem glänzenden Siege des Badener Markgrafen bei Szlankamen frohlockte — ein harter Schlag, der Tod Friedrichs I. am 12. August 1691[79]. Welche Bedeutung man dem Ereignis beimaß, erhellt daraus, daß man nicht bloß die Dritte Partei, sondern auch den lauenburgischen Besitz der Welfen für gefährdet hielt[80]. Einige wollten wissen, daß ihm durch Gift ein gewaltsames Ende bereitet sei. Die Todesart blieb ungewiß[81].

So sehen wir nun, wie sich ein blühendes Leben erfüllt. Die Welt nimmt unbekümmert ihren Lauf. Dem Menschen erweckt sie Hoffnungen, treibt ihn, das Glück zu erjagen;

---

76. Haxthausens Bericht, Haag, 6./16. März 1691 (Dr. St., Loc. 9446, Vol. I).

77. Leibniz an Limbach, Hannover, 9./19. April 1691 (Leibniz' Werke, hrsg. von Onno Klopp, 1. Reihe, Bd. 6, S. 60 f.): „Des H. Herzogen zu Gotha Durchl. haben sich allhier etwas aufgehalten, und mit Uns einige mesuren zu guther verständtniß und gemeiner sicherheit genommen."

78. Carlson a. a. O. S. 442 ff.

79. Haxthausen (Lenthes Nachfolger in Berlin) an Piper, Berlin, 9./19. Aug. 1691 (Dr. St., Loc. 7984): „On croit que la mort du Duc de Saxe-Gothe sera bien funeste au troisième party (qui se ferme sous ce nom-là pour être neutre) et surtout aux vastes desseins du Duc de Hannovre."

80. Haxthausen an Piper, Berlin, 16./26. Aug. (a. a. O.): „On se flatte icy que la mort du Duc de Saxe-Gothe a porté un coup sanglant aux affaires du Duc de Hannovre aussi bien en general qu'en particulier au regard de la possession de Saxe-Lauenbourg."

81 Chr. Ferd. Schulze: „Leben Herzogs Friedrichs II.", S. 64 behandelt die Vergiftung ausführlicher.

mit seiner Kraft, seinen Fähigkeiten dient er ihr. Ein Phantast, strebt er, die Göttin zu erhaschen. Schon schlingt er die Arme um ihren Hals, den Kuß auf die Lippen zu brennen, da umfängt ihn der Tod. Sein Ehrgeiz hat ihn betrogen. Friedrich sank ins Grab, ohne daß seinem Hause Lauenburgs wegen Genüge geschehen war. Der Weimarer Linie mochte Gotha wohl die Schuld beimessen, daß es, wie Zech sich ausdrückte, „den Brei mit der Präzedenzsache versalzen" habe[82]. Friedrich selber hat es zum äußersten beklagt, daß sein Direktorium im Gesamthause allzu hinderliche Einschränkungen erfuhr[83]. Wie er sich später an Ernst August anschloß, beweist zur Genüge, welches Geistes Kind er war.

Seinem Tode folgte unmittelbar der eines anderen Prätendenten, Johann Georgs III. Im Kriegslager wurde er von der Pest ergriffen und starb am 22. September, erst 45 Jahre alt, in Tübingen, wohin er sich hatte bringen lassen. Vom rein menschlichen Standpunkte erscheint uns die Gestalt des Kurfürsten sympathisch. Das unbedingte Eintreten für das morsche Reich war ihm oberstes Gesetz; wenn der Kaiser rief, setzte er sich zu Pferde. Sein eigenes Land hat darunter schwer leiden müssen. Den Verlust Lauenburgs erkannte er nicht in seiner vollen Größe, ihm war es mehr Ehrensache, sich seines Anspruchs nicht zu begeben. Seine politische Kurzsichtigkeit bewies er in seinem Testament, in dem er für den Fall der Erwerbung Lauenburgs dies seinem zweiten Sohne Friedrich August vermachte[84]. Die auswärtige Politik seines Landes verlor bei seinem Tode nichts; ob

---

82. Zechs Bericht, Erfurt, 7./17. Okt. 1690 (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

83. Friedrich I. an Johann Georg II., Friedenstein, 20./30. Nov. 1690 (Wm. St., Rep. A, Nr. 2186).

84. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 30. März / 9. April 1692 (B. St., Rep. 41, Nr. 2).

sie unter seinem Nachfolger gewann, war noch die Frage. Man erwartete von ihm jedenfalls einen Umschwung[85].

---

85. Haxthausen an Piper, Berlin, 20./30. Sept. 1691 (a. a. O.): „La nouvelle inopinée que ce Prince fut mort le 12ᵉ de la courant surprend d'autant plus cette cour, puis qu'on voit bien que la mort du dit Electeur portera du changement dans des affaires, et le fera bien changer de face."

Neunter Abschnitt.

Herbst 1691 bis Herbst 1692.

Johann Georg IV.[1] gelangte als Dreiundzwanzigjähriger in den Besitz des Kurhutes, den zu tragen ihm nur wenige Jahre bestimmt sein sollten. Voll jugendlicher Tatenlust wollte er seiner „Armée, bevorab künfftiger campagne halber, selbsten mächtig bleiben, darüber die freye Handt behalten und was Wir wollen, damit thun und lassen können". Er zeigte regen Eifer, selbst zu erfahren, woran es seinem Lande gebrach. Die Lust zu Tat und Arbeit fand bei ihm aber frühzeitig eine verhängnisvolle Einschränkung, als er sich Magdalene Sibylle von Neitschütz, einer üppigen, geistlosen Schönheit, selbstvergessen in die Arme warf. Sein stolzes Selbstbewußtsein, seine vornehmen Geistesanlagen gingen ungenützt dahin. Er war nicht lange der Mann, der seine Räte durchschaute „und wo einer etwa geschlegelt hatte, ihn auf so empfindliche Weise durchzuziehen gewußt..., daß sie alle sich vor ihm fürchteten", ein anderer gab seiner Regierung die Signatur, der Generalfeldmarschall Hans Adam von Schöning[2].

Arbeitete Bernstorff selbstlos für die Größe seines Fürstenhauses, so sah Schöning den Sinn seines Lebens darin, selber ein Herrscher zu werden. In Berlin konnte er

1. Böttiger-Flathe a. a. O. S. 264 ff. u. Förster a. a. O. S. 64 ff.

2. Paul Haake: „Generalfeldmarschall Hans Adam von Schöning", Berlin 1910.

neben Danckelmann keine Befriedigung finden; der Choleriker quittierte den dortigen Dienst und fand noch bei Johann Georg III. einen militärischen wie zivilen Wirkungskreis. Aus seinem Charakter heraus ist es zu verstehen, wenn er, um sein Schäfchen aufs Trockne zu bringen, ein Anhänger des von Ernst August gepredigten Neutralitätsgedankens wurde. Im Frühjahr 1691 hatte er eine Unterredung mit Ilten, über die wir nicht orientiert sind. Man vermutet wohl mit Recht, daß er bei der Gelegenheit die lauenburgische Frage ohne Rücksicht auf das Interesse Kursachsens behandelt hat[3]. Wenn ihn seine Neigungen überhaupt, wie Friedrich von Gotha, auf die Seite der Dritten Partei führten, so mußte er naturgemäß die alte Forderung des verstorbenen Kurfürsten auf Restitution fallen lassen. Als Ilten im Oktober 1691 abermals Dresdener Boden betrat, glaubte Clary nicht, daß Lauenburg das Hauptverhandlungsthema bilden würde. Es handelte sich um einen neuen Versuch Ernst Augusts, Kursachsen der Dritten Partei zu gewinnen[4].

Damals hat die kaiserliche Politik einen folgereichen Entschluß gefaßt, mit dem Ernst August gerechnet haben mag. Die Dritte Partei sollte unschädlich gemacht werden, indem man ihr den geistigen Leiter nahm. Wie, wenn man den Welfen in der Lauenburger und Kurfrage entgegenkam? Den Diwan zu befehden, brauchte man frische Truppen[5]. Bose verwunderte sich über den Umschwung am Wiener Hofe: „Bey meiner anherokunfft war der Hannoverische Gesandte in so schlechtem Credit, daß ihn kein Minister gerne sahe, seit ezlicher Zeit aber ist der vor allen, sonderlich von dem Hoffkanzler, Graf v. Strattmann, caressiret und zum öffteren gastiret[6].“ Limbachs kürzliche Beschwerde

3. Haake a. a. O. S. 85.
4. Förster a. a. O. S. 12, Anm. 2.
5. Förster a. a. O. S. 31.
6. Boses Bericht, Wien, 4./14. Okt. 1691 (Dr. St., Loc. 8249).

in Wien über die Abweichung des Kaisers von seinem vorigen Vorschlage gütlichen Ausgleichs im Lauenburger Erbfolgestreite[7] war doch auf fruchtbaren Boden gefallen! Ernst August paßte sich der neuen Lage der Dinge sofort an. Er gab nie etwas auf Stabilität politischer Verknüpfungen; ob mit oder gegen Kaiser und Reich, mit oder gegen Frankreich, mit oder gegen Rom oder den Protestantismus, galt ihm gleich[8]. Wer ihm am meisten zu Macht verhalf, war sein Freund. Wozu sollte er sich weiter an Frankreich klammern, das ihm doch nur ein unsicherer Garant Lauenburgs und der Kur sein konnte, was hatte er Johann Georg IV. zu fürchten, der in diesem Augenblick seinen Oheim Christian V. brüskierte[9]! Und wenn er wirklich Skrupel hatte, so durfte er sich in dem Bewußtsein trösten, auf die Seite der „guten Partei" zurückzutreten. Das war auch eine Hauptsorge Brandenburgs, daß Sachsen ihr verloren gehe.

Die Defensivallianz, die zwischen diesen beiden protestantischen Mächten bestand, war am 24. August 1691 abgelaufen. Gersdorf zeigte wohl Lust, sie zu erneuern; als Danckelmann November/Dezember in Dresden vorsprach, kam es nicht dazu. Der brandenburgische Abgesandte beschwerte sich über Johann Georgs IV. „froideur". Man fragte ihn, wie Brandenburg die Lauenburger Sache jetzt ansehe. Er hielt dafür, daß nur der Abschluß der Allianz die Antwort geben könne[10].

---

7. Limbachs Bericht, Wien, 10./20. Sept. 1691 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 19).

8. Zwidineck-Südenhorst a. a. O. S. 85 erwähnt, daß Platen in Wien ein Memoire überreichte, in dem der Uebertritt seines Herrn zur katholischen Kirche für den Fall seiner Erhebung zur Kurwürde in Aussicht gestellt war.

9. Vgl. unten.

10. Förster a. a. O. S. 70 f. Im Berliner Staatsarchiv befindet sich (Rep. 41, Nr. 2) ein undatierter Aufsatz, anscheinend von

Indem nun Sachsen die Allianz mit Brandenburg mit Rücksicht auf den von Ilten vorgetragenen Neutralitätsgedanken ablehnte, trat es gleichzeitig wieder in Gegensatz zur Wiener Hofburg. Ganz unverhohlen machte diese geltend, daß ein Mandat, das Hannover zur Räumung Lauenburgs auffordere, den Zweck, den Herzog der „guten Sache" zurückzugewinnen, nicht erreiche[11]. Bose geriet in Zorn: daß Königseck Hannover vorschiebe, beleidige seinen Herrn; erlange dieser keiner Genugtuung, so müsse er sich selbst Recht schaffen[12]. Haxthausen, der Bose Anfang November ablöste, wußte zu melden, der Kaiser habe Hannover die Kur und den Besitz Lauenburgs angeboten[13].

Zu dem übrigen gesellte sich ein Bruch mit guten alten Traditionen. Dem jungen Kurfürsten war durch die Ehepakten vom 20. September 1691 seine dänische Cousine Sophie Hedwig zur Braut erwählt. Diese Politik war nicht nach seinem Sinne: er könne „die dänische Prinzessin nicht lieben, also nicht heyrathen". Der dänische Gesandte Ruhmor verließ Dresden, ohne Abschied zu nehmen, und König Christian V. äußerte, er werde sich für die erlittene Beleidigung zu rächen wissen[14].

Als nun Schöning Ilten zu neuer Konferenz nach Dres-

Fuchs verfaßt, der ein Projekt dieser geplanten Defensivallianz darstellt und Brandenburgs damalige Stellung zur Lauenburger Frage kennzeichnet: „Auf die Sachsen-Lauenbg. sache: in dieser können S. C. D. sich noch zur Zeith auch nicht pro Chur-Sachsen engagyren. Sie können aber dilationem gebrauchen, und es bis nach geendigtem Kriege auszusetzen begehren. Wobey nun noch ferner einige mündtliche Vorstellungen contra Lüneburgicos thuen kann, welche Chur-Sachsen sonder Zweifel contentiren werden."

11. Protokoll der Konferenz Boses mit Königseck, 2./12. Okt. 1691 (Dr. St., Loc. 8249).

12. Förster a. a. O. S. 38.

13. Haxthausens Bericht, Wien, 1./11. Nov. 1691 (Dr. St., Loc. 8250).

14. Förster a. a. O. S. 75 ff.

den einlud, bekam er zunächst keine Antwort. Im dritten Schreiben, 15. Dezember 1691, machte er auf das Werben Brandenburgs aufmerksam. Der hannöversche Diplomat erwiderte darauf gelassen und fingierte Mißtrauen. Da lag Schöning ihm von neuem an: er wünsche nichts mehr in aller Welt als einen Bund der Häuser Welf und Wettin; auch Ernst August solle sobald als möglich nach Leipzig kommen und Crote ihn begleiten, „car Vous sçavez que, lorsque les principaux se trouvent ensemble, plus se peut faire dans une heure que par des ambassades dans trois mois". Vertrauensvoll gesteht Schöning, wie Kursachsen seine stärksten Waffen gegen die Welfen, den Bund mit Dänemark, zerstört habe: „Le Mariage avec Danemarc est entièrement rompu et les portraits et d'autres présents sont déjà renvoyés de part et d'autre[15]." Wie entfernt war Johann Georg IV. von seines Vaters ehemaliger Satisfaktions- und Restitutionsforderung an die Welfen! Ernst August leistete erst einer formellen Einladung des Kurfürsten Folge. Die größte Anstrengung mußten dieser und sein Feldmarschall machen, ehe die sächsische Politik ins Schlepptau der welfischen genommen wurde.

In Leipzig langte auch d'Asfeld am 16. Januar 1692 an und hatte alsbald mit Schöning eine zweistündige Unter-

15. Schöning an Ilten, 5./15. Dez. 1691 (Förster a. a. O. S. 80 f.): „J'espère, que Vous aurez reçu mes deux précédentes et en aurez vu que mon Maitre souhaite Votre retour à sa cour avec vos projets promis. . . . On nous pousse fort, de faire un traité avec Brandenbourg, le chancellier de Dankelmann étant icy." Schöning an Ilten, Leipzig, 29. Dez. 1691 / 8. Jan. 1692 (a. a. O.): „La votre du 23. est bien arrivée et je suis bien malheureux qu'on n'a point voulu adjouter foi à ce que j'ai écrit sur l'ordre de mon Maitre. . . . Je vous prie donc de contribuer au possible que S. A. S. vient au plustôt ici et que Mr. de Grote et Vous l'accompagnent. Je m'asseure que S. A. S. y trouvera de la satisfaction, car je ne souhaite plus au monde si non que ces deux maisons soient bien ensemble."

redung. Lauenburg, erklärte der Franzose, habe Seine Majestät den Welfen zugesagt. Der kursächsische Diktator gab es leichtfertig auf und wünschte Erfurt, Stadt und Territorium, und das Eichsfeld oder einige Lausitzer Aemter zum Ersatz. Ernst August sollte ihm nur zugestehen, daß er sich an anderen und insbesondere am Kaiser schadlos halte. Das Programm der Dritten Partei war für Schöning etwas ganz anderes als Friedensstiftung[16]. Das Spiel, das Reiffenberg unter dem zweiten Johann Georg getrieben, schien der Minister des vierten wiederholen zu wollen. Vestigia terrent, sagt man sonst. Grote und Ilten hatten bei dem Entgegenkommen des Kaisers in Dresden zu Zugeständnissen keine Veranlassung und zogen das Kompensationsgeschäft absichtlich in die Länge[17]. Für Brandenburgs Anerbieten hatte andererseits Schöning kein Ohr. Gersdorf konnte hiergegen mit sehendem Auge nichts machen[18]. Gegenüber dem kaiserlichen Gesandten Grafen

---

16. Haake („Schöning") a. a. O. S. 92 ff.

17. Haake a. a. O. S. 100. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 23. Jan. / 2. Febr. 1692 (B. St., Rep. 41, Nr. 2): „Bisdato sollen jedoch die Hannoverschen Ministri dieser Lauenburgischen affaire halber, weiter nichts als generalia, wie man zu einem güttlichen vergleich und austräglichen aequivalent allerdings geneigt wäre, vorgetragen . . . haben."

18. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 23. Jan. / 2. Febr. 1692 (a. a. O.): „So viel ich von ihm abnehme, werden ihm die Augen mehr und mehr geöffnet, wie sehr man einiger gewissen Leute violente und weitaussehende consilia und alzu große macht eins bereuen werde; . . . (er) beklaget, daß man bey dem Kayserl. Hofe so gar wenig reflexion auf Se. Churfürstl. Dhl. machet, vielmehr alles thut umb Sie zu disgustiren, wie denn auch in der Lauenburgischen Sache solte ein Decret en faveur von Seiner Churfürstl. Dhl. gegeben aber wieder unterdrucket worden seyn. Bei dieser gelegenheit nahm ich anlaß von der Lauenb. affaire zu reden, wie ich mich wunderte, daß da Ew. Churfürstl. Dhl. so avantageuse offerten gethan, man doch hiesiger seite nichts zur sache thäte, Er regerirte daß man die condition, nehmlich wann das werck

Clary, der eine Beteiligung der ganzen sächsischen Armee am kommenden Feldzuge vereinbaren sollte, operierte der Feldmarschall mit folgenden unerläßlichen Bedingungen: Einräumung Lauenburgs durch den Kaiser bzw. ein Aequivalent und „anständige Winterquartiere". Der Brandenburger Chwalkowski richtete die erstaunte Frage an ihn, ob das die Meinung sei, für die Reichshilfe Fürstentümer als Rekompensation zu erlangen. Er möge sich an einem Restitutionsdekret genüge tun. „Der Feldmarschall regerirte, damit könnten und würden Sie nicht zufrieden seyn, der judex müßte ja in dem Stande und Willen seyn seinen Decretis ungesäumt Nachdruck zu geben, oder es wäre alles inutil[19]."

In Berlin zweifelte man schon im Februar nicht mehr an einem „sehr avantageusen tractat" Hannovers mit dem Kaiser, man durchschaute, wie die welfischen Liebkosungen in Dresden nur den einen Zweck verfolgten, das Wasser auf die hannöversche Mühle zu leiten. „Daher es denjenigen einmahl schwehr zu verantworten fallen möchte, welche die

---

in Jahr undt tag nicht solte durch einen Reichspruch gethan werden, Alsdann Ihre hochfürstl. Dhl. zu Anhalt in compossessionem möchte gesetzet werden, wohl nimmer acceptiren würde, wiewoll dem Gemeinen wesen zum besten sehr ersprießlich wäre, wann man auf zureichende expedientia bedacht wäre."

19. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 25. Jan. / 4. Febr. 1692 (a. a. O.); vgl. Danckelmanns Instruktion für Chwalkowski, Cölln, 29. Jan. / 8. Febr. 1692 (B. St., Rep. 41, Nr. 2): „Nun wehre es allerdings eine impossibilis conditio bey Jetziger Zeit zu begehren, daß der Kayser Chur-Sachsen gleich Jetzo würklich in die possession von Sachsen-Lauenburg setzen solte, dan solches könte nicht geschehen, ohne einen sehr gefährlichen Krieg in visceribus Imperii zu erregen, welches vor den Kayser und dem Reiche gegenwärtig viel schädlicher seyn würde als was Sie vor Vortheil aus dr Chur-Sächsischen accession zu gewarten haben möchten. Es hette aber Chur Sachsen Jetzo in den Händen durch Seine conduite sich den Kayserl. Hof dergestalt zu verbinden, daß es dergleichen hiernechst und nach geendigten Kriege zu gewarten haben könte."

Hannoversche intriguen befordert, den Bidal kommen lassen und dadurch, wie auch durch die enorme postulata, so man bisher gethan, veruhrsachet, daß der Kayserl. Hof sich necessitiret befunden, quovis modo mit Hannover zu schließen[20]." Schöning und der Kurfürst waren taub. Am 7. März wurde dem kaiserlichen Minister die Erklärung zu Protokoll gegeben, daß sie vorerst die Teilnahme der sächsischen Armee am Reichskriege nicht in Aussicht stellen könnten[21]. Daraufhin überreichte jener ein Memorial, worin u. a. die Geneigtheit des Reichshofrates, ein Restitutionsmandat auszufertigen, daneben aber wieder die Unmöglichkeit, es tatsächlich zur Ausführung zu bringen, zu erkennen gegeben ward[22]. Auf den Kurfürsten machte es den schlechtesten Eindruck. Aufgebracht verbot er dem Geheimen Rat, darüber zu votieren. Er werde sich nimmermehr mit dem Kaiser einlassen, bevor ihm dieser volle Genugtuung gebe.

---

20. Instruktion Danckelmanns für Chwalkowski, Cölln, 12./22. Febr. (a. a. O.).

21. „Dem Grafen Clary ad Statum Protocolli ausgestellt", 26. Febr. / 7. März (Dr. St., Loc. 9444, Vol. V).

22. Clarys Memorial an Johann Georg IV., (jedenfalls) 3./13. März (B. St., Rep. 41, Nr. 2): 3. Punkt: „daß Sachsen Lauenburg. negotium betreffent, und das das so lang gesuchte mandatum restitutorium noch nicht ausgefertiget, dienet zur nachricht daß Kayl. Mayl. die sach in dero Reichshofrath vornehmen laßen, und die mehrere meinung auf sothanes mandatum abziehleten, Es laßen aber Ihr Kayl. Mayl. Sr. Churfürstl. Durchl. selbst hochvernünftig ermessen, es doch dermahlen d re Patriae nicht seye, dasselbe zur execution zu bringen, in dem solches ohne Krieg und waffen nicht geschehen könne, welche wann mann contra propria viscera wenden wolte, da das gantze corpus von einen so mächtigen feind angegriffen wirdt, nichts gewißeres seye, als das der gantze Leib zergliedert und zugrund gehen würde, welches wie billich sorgfältig zu praecaviren, also hetten Kayl. Mayl. auch zu Sr. Churfürstl. Durchl. daß Vertrauen, Sie würden solches behertzigen und denmahl auf die publication des mandati restitutoriy, umb so weniger dringen, als dieselbe Sr. Churfürstl. Dhl. zu dieser Zeit nichts früchten, dem publico aber viell schaden zuziehen könte."

Die alten kurfürstlichen Minister klagten, daß man auf ihren Rat nicht im geringsten höre[23]. Auf Leopold war Johann Georg IV. von vornherein nicht gut zu sprechen; er dürstete nach Rache für einen Schimpf, der ihm zu Augsburg angetan war[24].

Wie vor zwei Jahren zu Torgau die Welfen mit Kursachsen ein Beruhigungsspiel vornahmen, so geschah es hier wieder in Dresden. Wie damals erschien auch diesmal Chalkowski mit brandenburgischen Anträgen, die den früheren ähnlich waren. Glorióser, als sich an Lüneburg zu ketten, sei es für Kursachsen, sich mit Anhalt zu vergleichen und sich auf Dänemark zu stützen. Man hatte in Berlin gleich nach dem Bruche Johann Georgs IV. mit Christian V. erkannt, daß eine Verständigung mit Dänemark unerläßliche Bedingung für Sachsen sei, wollte es in Lauenburg restituiert werden[25]. Als Chwalkowski Anfang März in Dresden den Vorschlag machte, die vorigen Unterhandlungen mit Anhalt wiederaufzunehmen, hielt man daselbst zurück. Johann Georg IV. wollte vorerst die kaiserliche Erklärung abwarten. Der Abenteurer am Sachsenhofe, der das Wort Vaterland nicht kannte, gab bei der Gelegenheit zu verstehen, daß Sachsen selbst statt des allzu entlegenen Lauenburg eher ein Aequivalent beanspruche[26]. Brandenburgs großer Staatsmann Eberhard von Danckelmann besaß ein feineres Verständnis für eines Landes Nutz und Frommen: „Die revenüen des Herzogthumbs Sachsen-Lauenbg. seind nicht von so schlechter importanz, wie sie das fürstl. Haus Lünebg. ausgeben mag, Insonderheit ist der Elb Zoll von sehr großer consideration ... Im übrigen haben Unseres ermessens, Chur

23. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 4./14. März (a. a. O.).
24. Haake a. a. O. S. 94.
25. Danckelmanns Instruktionen für Chwalkowski, Cölln, 23. Febr. / 2. März u. 22. Jan. / 1. Febr. (a. a. O.).
26. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 21. Febr. / 2. März (B. St., Rep. 41, Nr. 2).

Sachsen Ld. bey dieser Sache nicht so sehr auf die intraden, als auf die Situation der Sachsen-Lauenburgischen Lande und die daraus entspringende considerationes zu sehen. Dan wan das Haus Braunschweig diese Lande behält, So wird derselbe Estat, mit welchem die lauenbg. Lande confiniren, nicht allein umb ein merkliches erweitert, und desto mehr in den stand gesetzet, seine bisherige aemulation mit dem Churfl. Collegio, ferner zu poussiren, sondern es bekömt auch dasselbe dadurch gleichsam das arbitrium des gantzen Elbstrohms mit so vielen und großen praetensionen an die Städte Hamburg und Lübeck wegen der vier Lande, da hingegen wan Chur Sachsen Ld. dieses Herzogtumbs obtinirten, Sie sich dadurch an der Unter-Elbe sehr considerable machen, und diesen Strohm gleichsam oben undt unten in Ihrer disposition halten könten[27]."

So lagen die Dinge, Sachsen in unausgeglichener Gegnerschaft zu Dänemark, gegen beachtenswerte brandenburgische Ratschläge taub, die Spannung mit Oesterreich aufs äußerste treibend und welfischer Schlangenart trauend, als am 22. März 1692 Grote in Wien den Kurtraktat mit dem Kaiser unterzeichnete. In einem besonderen Rezeß sagten sich Oesterreich und Lüneburg ewige Freundschaft und gegenseitige Unterstützung zu[28]. Schöning tat sehr entrüstet: „wofern Hannover" — die Worte unterstellt ihm Chwalkowski — „seinen Herren hintergangen hette, wie er glauben müsse, wenn es sich so verhielte als verlauten wolte, daß Sie mit dem keyser geschlossen, und die Sache wegen der Chur richtig sey, so würde er wahrhaftig der jenige seyn so seinem Herren solche sentiments inspiriren würde, die da Hannover eins incommodiren sollten. Einmahl würde auf solchen Fall sein Churfürst nimmer zu-

---

27. Instruktion Danckelmanns für Chwalkowski, Cölln, 27. März / 6. April (a. a. O.).

28. Heinemann a. a. O. S. 148 f.

geben, das das Lüneburgische Haus in die Chur würde erhoben werden, und denn würde auch an kein aequivalent wegen Sachsen Lauenburg zu gedencken seyn".

Johann Georg IV. und sein Politiker waren noch nicht dupiert genug. Als Grote aus Wien nach Dresden zurückkehrte, begannen die Unterhandlungen mit ihm von neuem. Außer Schöning wurde nur Knoch, des jungen Kurfürsten ehemaliger Erzieher, hinzugezogen. Es hieß, daß Grote ein größeres, gutsituiertes Gebiet vorschlage, worin Walkenried einbegriffen sei. Chwalkowski vermutete, was eine große Wahrscheinlichkeit für sich hatte, daß nämlich der Feldmarschall bestochen sei. Jedenfalls hielt dieser Grotes Vorschläge für sehr annehmbar und trachtete wohl auch danach, den Kurfürsten für sie einzunehmen. Die Gründe, die er sich jetzt dafür zurechtgelegt hatte, bezogen sich auf die Unsicherheit einer prozessualen kaiserlichen Entscheidung — „es käme heute zu Tage darauf an, wer der stärkste wär, der hätte auch das beste Recht", hatte er früher einmal gesagt —, auf die Entlegenheit Lauenburgs und vornehmlich auf die Bestimmung des Testamentes, die Friedrich August das Herzogtum oder, falls dies nicht zu erlangen, 50 000 Taler jährliche Revenuen zuwies. Der Kurfürst für seine Person stünde sich bei einem Aequivalente besser: „50 000 Thlr. und auch ein mehres an Gelde ließe sich bald verzehren, da hergegen Land und Leute immer blieben". Es half nichts, daß Chwalkowski Schöning auf die Kränklichkeit des Prinzen, in dem doch in Wahrheit eine gewaltige Kraft schlummerte, und auf die Möglichkeit dessen frühen Todes aufmerksam machte. Diejenigen, die noch immer auf Hannover ihre Hoffnung setzten, sollten bald ihres Irrtums gewahr werden. Chwalkowski hatte man hannöverscherseits sondiert, wie er sich zu einer Entschädigung Anhalts durch die Geldsumme von 100 000 Talern stellte. Er gab einen Korb: souveräne Fürstentümer ver-



handle man nicht, am wenigsten um ein Spottgeld[29]. Mitte April lüftete Grote die Maske, Ernst August gehörte nicht mehr zur Dritten Partei: Erfurt könne er als Aequivalent nicht zugestehen, dem Kaiser sei zu überlassen, wann und wie er den Streit entscheide[30]. Die verblendete Politik, die Johann Georg IV. und Schöning im Winter 1691/92 eingeschlagen hatten, endete für sie mit einer vollen Niederlage. Den Gewinn heimsten Ernst August und Georg Wilhelm und ihre Mitarbeiter, Grote und Bernstorff, ein. Der entscheidende Sieg in der Kurfrage bedeutete immerhin auch einen Sieg im Lauenburgischen Erbfolgestreit. „Tutatur et ornat" war auf einem lüneburgischen Taler mit der Abbildung des Kurhutes zu lesen[31]. Am 30. Juni gaben obendrein in einem zu Melle abgeschlossenen Vertrag[32] England und die Staaten dem Hause Lüneburg eine förmliche Garantie für das usurpierte Herzogtum gegen jeglichen Gewaltstreich. Die Truppen, welche die Welfen dafür zum Reichskriege zu stellen hatten, durften sie abberufen, schon wenn Gottorp, Hamburg oder Lübeck bedroht würden. Der welfischen Politik war gleich darauf noch ein weiterer Erfolg in der Lauenburger Affäre beschieden.

Nach den Frühjahrssiegen 1692 von Cap La Hogue und Großwardein faßte man im Schoße der Verbündeten den Entschluß, den seit geraumer Zeit als Reichsverräter verschrieenen Schöning unschädlich zu machen. Des Reiches Oberhaupt fühlte sich stark genug, widerspenstige deutsche Stände mit Gewalt zum Gehorsam zu bringen. Im Bade zu Teplitz wurde der Feldmarschall in der Nacht vom 3. zum 4. Juli aufgehoben und auf dem Spielberge bei Brünn gefangen gesetzt[33]. Johann Georg IV. hat wohl daran ge-

---

29. Chwalkowskis Berichte, Dresden, 24. März/3. April; 21. Febr./2. März; 30. März / 9. April (a. a. O.).
30. Haake a. a. O. S. 102.
31. Eckart a. a. O. S. 39.
32. Abgedruckt bei Dumont a. a. O. T. VII, P. II, S. 316 ff.

dacht, ihm in Bielke einen Nachfolger zu geben[34]. Wäre dieser Fall eingetreten, so hätte das zweifellos den endgültigen Anschluß Kursachsens an Frankreich gebracht. Die Absage an d'Asfeld vom 11. Juni belehrte eines besseren[35]. Zu Oesterreich und den „Seemächten" fand der Kurfürst deswegen nicht gleich wieder Vertrauen. Es bedrückte ihn doch das Gefühl, der Kaiser wolle ihn ruinieren. Da hat Grote — Ilten hatte besorgt von einem drohenden Bund Frankreichs, Dänemarks und Kursachsens gemeldet, der die Sukzessionssache zur Grundlage haben solle[36] — den Vogel von neuem gefangen. Am 29. Juli wurde die abgelaufene Defensivallianz von 1682 auf drei Jahre verlängert[37], mit der Bestimmung, daß inzwischen im Lauenburgischen Erbfolgestreit keine Tätlichkeit verübt werden dürfe, die alten Unterhandlungen wieder aufgenommen und der Rechtsweg freistehen solle. Nach den Anschauungen, die zu Johann Georgs III. Zeiten auf der Tagesordnung standen, kann man zu diesem Vorgang nur die Bemerkung machen, daß der Beraubte dem Räuber versprach, ihn volle drei Jahre

---

33. Haake a. a. O. S. 103 ff. Dazu die interessanten Ausführungen des französischen Diplomaten Comte d'Avaux („Négociations de Monsieur le Comte d'Avaux pendant les années 1693, 1697, 1698", publiées par J. A. Wijnne, Bd. 1, Utrecht 1882, S. 229 ff.).

34. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 1./11. Juli (a. a. O.).

35. Haake a. a. O. S. 107.

36. Die hannöversch. Geh. Räte an die cell., 27. Juni / 7. Juli (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Frankreich Nr. 130).

37. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 19./29. Aug. (B. St., Rep. 41, Nr. 2). Artikel 6 der Allianz (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25) lautet: „Damit auch durch die bekannte Sachsen-Lauenburgische Successions Irrungen die erneuerte und bestätigte gute Verständnis in keinerlei Weise unterbrochen werden, oder sonsten Anstoß leiden möge. Als soll die vorhin bereits angefangenen gütliche Vernehm- und Handlung fördersamst wieder zur Hand genommen, und zu dem glücklichen Fort- und Ausgang beiderseits alle mögliche Facilität beigetragen, inzwischen aber via facti nichts vorgenommen, sondern dem Weg Rechtens sein unveränderlicher Lauf gelassen werden."

im Besitze des Raubes zu lassen. So wahrte der junge Kurfürst die vielberufene Ehre seines Vaters!

Hatte es also mit einem Strauß um Lauenburg zwischen den Prätendenten gute Weile, so ist es doch in Hadeln im Sommer 1692 zu einem Scharmützel gekommen. Im März hieß es, daß Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und Pfalzgraf Philipp Wilhelm für sich und ihre Gemahlinnen sich bemühten, einen neuen, ihnen wohlgeneigten kaiserlichen Sequestrator ins Land Hadeln zu bringen, den Reichshofrat Baron von Eck. Entsprach das den Tatsachen, so waren ihre Absichten nicht zweifelhaft. Was besondere Aufmerksamkeit verdiente, Eck war katholisch und dazu ein Konvertit. Schweden berief sich darauf, daß das Instrument des Westfälischen Friedens (Art. V, § 51) zu außerordentlichen Kommissionen in Sachen, die zwischen katholischen und evangelischen Ständen kontrovers seien, Kommissare beider Bekenntnisse vorsehe, wie das auch in der Tat bei Reichenbach und Gödens beachtet worden war. Ein „periculum religionis" drohe, so hieß es in Stockholm. Bremen durfte nach natürlichen Daseinsgesetzen keine wahrhaft gefährliche Macht „im Busen leiden". Eine Order an die Stader Regierung gab Anweisung, keinen neuen kaiserlichen Kommissar nach Hadeln passieren zu lassen[38]. Vorläufig blieb jedoch alles still.

Da veranlaßte, vielleicht in der zweiten Maiwoche, der badisch-pfalz-neuburgische Rat Kramer die Arrestierung des in Hadeln bestallten Amtmannes wegen unredlicher Geschäftsführung. Er selber wollte genaue Untersuchung führen und bat deshalb Reichenbach um Erlaubnis, sich im Otterndorfer Schlosse einlogieren zu dürfen[39]. Das war Zündstoff

38. Karl XI. an die bremische Regierung, Stockholm, 16./26. März (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 175, Vol. 1).

39. Georg Wilhelm an die Regierung zu Stade, Celle, 6./16. Mai (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 175, Vol. 2).

für Bielke. Es bleibe dahingestellt, ob Gödens wirklich in Gegenwart schwedischer Offiziere sich äußerte, der Kaiser habe dem Markgrafen das Versprechen gegeben, ihm Hadeln einzuräumen. Ein nicht ohne weiteres glaubhafter anonymer Bericht besagt es. Jedenfalls nahm Bielke Anlaß, am 9. Mai eine beträchtliche Mannschaft verschiedener Gattung gegen Otterndorf zu entsenden. Der kaiserliche Sekretär daselbst, der sich etwas forsch entgegenstellte, wurde mit Ohrfeigen traktiert und bedeutet, bei Gegenwehr möchte man keinen Menschen im Lande schonen. Man drang mit großem Ungestüm in die Stadt ein, zertrümmerte die Pforten und nahm endlich in den Bürgerhäusern Quartier[40].

Horn stellte den Vorgang auf Reichenbachs Klage als harmlos hin und wollte ihn als Ablösung der aus Otterndorf zum rheinischen Feldzug entsandten schwedischen Truppen aufgefaßt sehen. Dabei hielt er es doch für geraten, die Kavallerie zurückzuziehen[41]. Stahremberg, der kaiserliche Gesandte, führte am Stockholmer Hofe laute Klage über die schwedische Invasion. Man suchte ihn zu beruhigen und versprach, wenn ein Exzeß vorliege, den Urheber exempla-

---

40. „Bericht, warum und wie Schweden . . . Hadeln eingenommen“, 30. Aril / 10. Mai (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 10) und Reichenbach an den schwed.-brem. Generalgouverneur, Gottorp, 3./13. Mai (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

41. Horn an Reichenbach, Stade, 9./19. Mai (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV): „Zwar kann es wohl sein, daß, wie die nach dem Lande Hadeln zu vorhabender Ablösung der daselbst liegenden Mannschaft kommandierten Leute nicht eingelassen und mit solcher Widersetzlichkeit, daß auch einige Schüsse auf sie geschehen, abgewiesen werden wollen, ein und ander, en particulier, sich einiges Ungemach mag zugezogen haben, so ist doch leichtlich zu urteilen, daß in dergleichen Fällen, so gute und scharfe Ordre auch desfalls gestellt werde, solches nicht wohl verhütet und daher nicht solchergestalt angezogen werden kömen, als wann man das kaiserliche Sequester ganz infringiren und alles in einen andern Stand, wieder es bisher daselbst gewesen, zu setzen intendirt hätte.“

risch zu bestrafen[42]. Es war zu natürlich, daß viel Staub aufgewirbelt wurde. Nach Ernst Augusts Rücktritt von der Dritten Partei wurde im Haag Schweden am argwöhnischten betrachtet. Der Gesandte Karls XI. hatte seine Mühe, dem Ratspensionär und den Ministern der Allianz das Vorgefallene als Konservierung der kaiserlichen Sequestration plausibel zu machen. Nicht der schwedischen Soldateska, sondern dem von der anderen Seite ihr geleisteten Widerstand sei die Schuld zuzuschreiben[43]. Die schwedische Diplomatie leistete Kunststücke in Verdrehungen des wahren Tatbestandes, gleichsam als hätte sie von den Franzosen gelernt. Friedrich Wilhelm von Horn, Schwedens Vertreter am Kaiserhofe, bekam Befehl anzuzeigen, daß seine Regierung die gegen Kramers eigenmächtiges Vorgehen getroffenen Maßnahmen nicht desapprobieren könne und, um für die Zukunft besser vorzubauen, eine gemeinsame Verwahrung Hadelns durch den Kaiser und Schweden empfehle[44].

Es kann nicht anders sein, in Stockholm überwog im Sommer 1692 wieder der Einfluß der Partei Bielkes. Leopold verhehlte dem König Karl seine Empfindlichkeit nicht und beklagte sich in einem Schreiben bitter[45]. Stockholm hatte nichts zu fürchten, wo das wichtige Namur an die Franzosen verloren ging, wo Luxemburg König Wilhelm bei Steenkerke erliegen machte, und Marschall de Lorges die Reichsarmee zersprengte. Im September erst hat sich Karl XI. zu einem gewissen Entgegenkommen veranlaßt gesehen.

---

42. Stahremberg an Reichenbach, Stockholm, 14./24. Mai (Dr. St., Loc. 9446, Vol. IV).

43. Der schwed. Gesandte an Horn, Haag, 21./31. Mai (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 175, Vol. 1).

44. Limbachs Bericht, Wien, 5./15. Juni (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 177).

45. Order für Friedrich Wilhelm von Horn, Upsala, 30. Juni / 10. Juli (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 6, Nr. 175, V. 2).

Wrangel, der die Exekution im Hadeln ausgeführt hatte, wurde zu persönlicher Berichterstattung nach Stockholm berufen. Man ging soweit, das Land fürs erste zu räumen. Aufregung verursachte es am schwedischen Hofe, als Stahremberg in einem Memorial um Satisfaktion anlag. Der Senat beriet darüber, kam aber zu keinem Beschluß, da die Meinungen zu sehr auseinandergingen. Auch hier ein Kampf Oxenstierns gegen Bielke. Die einen wollten wissen, daß Horn, der die Order für Wrangel unterzeichnet hatte, seinen Gouverneursposten werde verlassen müssen. Stahremberg bezeichnete dagegen Bielke als den Schuldigen, aber vor diesem machte Karl XI. halt. Der Kaiser hütete sich schließlich wohl, den Bogen zu überspannen. Es war genug an der tatsächlichen Räumung Hadelns durch Schweden[46].

Im allgemeinen wird man im Jahre 1692 von einem Ruhepunkte in der Geschichte des Sachsen-Lauenburgischen Erbfolgestreites sprechen können. Von Bedeutung war es, daß sich Kursachsen mit Dänemark überworfen hatte. Christian V. war immer der Hauptakteur der Welfengegner. Wie die sieben mageren Kühe die sieben fetten verschlangen, so folgte auf das Jahr der Ruhe das des Sturmes.

---

46. Kotzebues, des lüneburg. Gesandten, Berichte, Stockholm, 3./13., 7./17. Sept. u. 1./11. Okt. (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

Zehnter Abschnitt.

Streit um Ratzeburg.

Hatte schon die Festsetzung dereinstiger Vereinigung Celles mit Hannover den Wolfenbüttler Anto Ulrich empfindlich verstimmt, so empfing sein loderndes Temperament durch die Ausschließung der älteren Welfenlinie von der Kur eine nimmermehr heilende Wunde. Alsobald hat Wolfenbüttel am 6. April 1692 einen Bund mit Dänemark geschlossen, um gegen die herrschsüchtigen Vettern gewappnet zu sein. Auch einer anderen Hauptstütze der Dritten Partei, Münster, näherte es sich jetzt. Die eifersüchtigen deutschen Fürsten riß es zum Widerstande gegen die neue Würde fort: am 18. Dezember wurden zu Regensburg die Bestimmungen eines Fürstenvereins unterzeichnet[1]. Ludwigs XIV. Hilfskräfte verstärkten sich, Christian V. bekam neuen Anstoß zum Handeln.

Schon im September 1692 verursachte eine Reise des dänischen Königs nach Holstein in Celle Aufregung. Die Kunde sagte, daß Truppen aus Rendsburg im Anmarsche gegen Segeberg und Oldesloe begriffen seien. Am 1. Januar des neuen Jahres erließ Bernstorff einen mahnenden Ruf, auf Truppenverstärkung im Lauenburgischen bedacht zu sein, da „die Fortifikation zu Ratzeburg noch zur Zeit nicht in solchen Stand gebracht, dabei man außer Sorgen sein könne, daß solcher Ort bei einfallendem und etwas anhaltendem Frostwetter nicht überrumpelt“ werde. Hannover war

1. Schwarte a. a. O. S. 18, 21 u. 30.

erbötig, Celle mit vier Kompagnien beizuspringen[2]. Wolfenbüttel wollte nicht die geringste Gefahr sehen und entschuldigte sich, seine Truppen zu Befestigungsarbeiten für die Stadt Braunschweig zu benötigen[3]. Die Situation sah sich aber in der Tat bedenklich an, für Lüneburg sowohl als nicht minder für die Große Allianz.

Ende 1692 meldete Chwalkowski aus Dresden, daß, halte sich der Kaiser noch länger von Kursachsen entfernt, dies sich zum mindesten zur Untätigkeit im kommenden wie schon im vergangenen Feldzuge bewegen lasse. Dann würden die französischen Emissare jedenfalls den Zweck erreichen, daß Brandenburg sowohl wie Lüneburg aus Besorgnis drohender Unruhen einige Truppen daheim behielten. Der Däne Haxthausen sollte Johann Georg IV. angeboten haben, ihm für seinen lauenburgischen Anspruch Ersatz zu leisten. In Dresden waren im Augenblick der Einfluß Dänemarks und das Geld Frankreichs mächtig[4]. Schönings Gefangenhaltung und Lauenburgs Raub gingen dem Kurfürsten noch immer nahe, aber fest stand deswegen seine Stellungnahme nicht. Haxthausen klagte über Unbeständigkeit[5]. Ein Ent-

2. Bernstorff an die wolf. Geh. Räte, Celle, 8./18. Sept. 1692 u. 22 Dez. 1692 / 1. Jan. 1693 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

3. Die wolfenb. Geh. Räte an die cellischen, 26. Dez. 1692 / 5. Jan. 1693 (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

4. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 15./25. Dez. 1692 (a. a. O.): Es sei „kaum zu glauben was gegen den von Haxthausen vor große confidentz gezeiget wird, der denn auch Se. Churfürstl. Durchl. fast keinen Schritt verlässet, und sich durch diejenigen, so ietzo an hiesigem Hofe allmächtig sind, ohn Zweyfel vermittelst Mittheilung genossener Frantzösischen Freygebigkeit, hat zu insinuiren wissen."

5. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 20./30. Dez. 1692 (a. a. O.): „Wobei dann der von Knoch Gelegenheit nahm weitläuftig zu deduciren, wie höchstnöthig es sey darauf zu denken, daß die Lauenburgische Sache in der Gütte abgethan würde, denn er besorge, daß sonsten übellwollende über kurtz oder lang, und vieleicht noch sehr mal apropos, ihren Zweck erreichen, und deshalb innerliche

schluß war auch nicht leicht zu fassen, denn viele Gründe widerrieten es, Dänemarks Lockungen zu folgen. Vor Jahresfrist hatte Johann Georg IV. Sophie Hedwigs Hand zurückgewiesen und damit des beleidigten Vaters Rachedrohung hervorgerufen. Sollten Lüneburg und Sachsen planmäßig aufeinander gehetzt werden? Noch mochte in dem Kurfürsten ein Reichspatriotismus leben, wie er bei dessen verstorbenem Vater so mächtig gewesen war[6].

Anfang Januar konferierte Haxthausen eingehend mit Hünicke und dem Kammerpräsidenten Ludwig Gebhard von Hoym. Der Abgesandte verlangte ein unverzügliches Handeln, wofern Kursachsen ja noch in Lauenburg zum Ziele

---

Unruhe im Reich anrichten dürften: Denn nebst der Schönigschen Angelegenheit, hetten Se. Churfürstl. Durchl. noch zur Zeit keine so Ihnen mehr zu Hertzen ginge, als eben die Lauenburgische, dessen sich denn der von Haxthausen meisterlich zu bedienen weiß, iedoch, wie ich vermerke, bishero noch ohne sonderlichen effect, da er eben das erfähret, was andere so allhier negotiren, daß man fast auf nichts keinen estat zu machen hat, in dem sich das Wetter täglich ändert, wie ich denn von vertrauter Hand habe, daß sich der von Haxthausen sehr über die Unbeständigkeit beschwert."

6. Fuchs' Instruktion für Chwalkowski, Cölln, 26. Dez. 1692 5. Jan. 1693 (a. a. O.). Chwalkowski sollte in Dresden mit derartigen Momenten gegen Haxthausens Bestrebungen operieren: „Man mögte sich doch nicht einbilden, ob ließe dr König vn Dennx dergleichen propositiones aus einer guten intention vor des Churfürsten zu Sachsen Ld. und umb deroselbe interesse dadurch zu befördern auf die Bahn bringen; der danische Hof hette hiby keine andere intention als daß dr Churfürst von Sachsen mit dem Hause Braunschweig in die Haare gerahten und die Dänen sich also una opera an Chur Sachsen wegen der bekannten Heyraht und an dem Hause Braunschweig wegen der Gottorpischen Sache rächen, auch daby zugleich den Franzosen einen guten Dienst thun mögten, denn es ist gewis, daß wenn der d'Asfeld selbst oder ein ander Französischer Minister mit Fleis hette ersinnen wollen, umb dem Reiche Wehe zu thun und dessen dissolution und Untergang zu befördern, nichts schedlicheres als eben diese Lauenburgische Sache aufs tapis hette gebracht werden können."



gelangen möchte. Bei der engen Verbindung des Kaisers mit Lüneburg habe es von keinem dieser beiden Befriedigung zu hoffen. Man solle nur einmal ein Restitutionsedikt verlangen! Biete Lüneburg einige Satisfaktion, so geschehe es, um sich inzwischen in Positur zu setzen. „Der zugefügte Schimpf übertreffe alle andern considerationes.“ Wolle der Kurfürst gerechte Rache üben, so sei Dänemark „zu prompter expedition parat“. Gegen den möglichen Einwand, daß Kursachsen noch letzten Sommer vertraglich für drei Jahre jedem Gewaltstreich in der Lauenburger Angelegenheit abgesagt und diese auf gütliche Unterhandlung und aufs Recht gestellt habe, hatte er ein jesuitisches Aushilfsmittel zur Hand. Man bedürfe da allerdings des Edikts; habe man dies in der Tasche, so besitze man einen Rechtsvorwand, und dieser heilige das Schwert. Nach Haxthausen machte sich Chwalkowski daran, Hünicke im entgegengesetzten Sinne zu bearbeiten. Wir sehen ihn auf den alten, vorsichtig-ängstlichen Minister einreden, der d'Asfeld nie grün gewesen war, auf den erprobten Patrioten, den Sprossen altadligen märkischen Geschlechts, wie seiner die Dankbarkeit des Reiches und Friedrichs III. Gnade und Huld harre. Die dänisch-französischen Machinationen lasteten wie ein Alpdruck auf ihm, er vertraute Chwalkowski an, dem Kurfürsten nichts verschweigen und sein Gewissen erleichtern zu wollen[7]. Hünicke rechtfertigte das Vertrauen, das Branden-

---

7. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 24. Dez. 1692 / 3. Jan. 1693 (a. a. O.): „Sobald ich nun von dieser Conferentz benachrichtiget worden, bin ich sofort zu dem Geh. Rath von Hünike gefahren, und habe ihm all dasjenige zu gemüthe geführet, was sein ohnedem timides naturel noch mehr Verunruhigen und zu aller behutsamkeit Veranlassen können; Unter anderm Vorstellende, was Er Vor Unglück und Verfolgung auf sich und die Seinigen ziehen würde, wenn Er diese dem Vaterlande so höchstschädliche consilia secundiren solte, Er hette den von Haxthausen anders nicht als den von Asfeld / vor den er allezeit so große aversion gezeiget /, zu consideriren,

burg auf ihn setzte. Dem Kurfürsten redete er scharf zu, so daß dieser den ganzen Tag über verstimmt war. Haxthausen bekam zwar noch keine Erklärung, doch wurde eine Staffette nach Wien an den kursächsischen Vertreter gesandt, damit dieser auf Ausfertigung des Restitutionsedikts dränge. Von Wichtigkeit war es, daß der Kurfürst einer Berührung mit Chwalkowski sowohl als mit Ilten aus dem Wege ging[8].

Ernst Augusts Abfall von der Dritten Partei und Friedrichs III. Reichspatriotismus führten unter Sophie Charlottens Einfluß Welfen und Hohenzollern im Sommer 1692 einander näher. Der den Kurhut erhielt und der die Königskrone erstrebte, schlossen im Januar 1693 ein „ewiges Bündnis" defensiven Charakters, auch „gegen injustos detentores das Seine gemeinsam zu vindicieren". Lauenburg sollte dahin gerechnet werden, solange nicht ein gütlicher Vergleich oder eine richterliche Entscheidung über das Herzogtum anders verfüge[9]. Standen ihre beiderseitigen

wobey ich denn nichts verschwiegen, was Ewr: Churfürstl. Dhl. mir Gnädigst anbefohlen haben, Endlich aber berühret habe wie lieb es Ewr: Churfürstl. Durchl. seyn würde, wenn Sie in Erfahrung kommen würden, daß diese affaire seiner Verständigen und Vorsichtigen Conduite wäre an Vertrauet worden, von dessen Patriotischen Eifer und Wohlmeinenden intention vor das gemeine Wesen, man soviel proben hette, und wie Ewr. Churfürstl. Durchl. als dessen Landes Herr ihre Gnade und Hulden ihm auch vor die in dieser wichtigkeit bezeigten devotion, hiernechst erweisen würden. Er nahme solches sehr wohl auf, und redete sehr Vertraulich mit Mir, bey ofters wiederholten hohen Vermessungen, daß soviel an ihm wäre, er alles thun würde, was einem treuen Patrioten gebühre, und wolte er von alle dem was bey dieser Sache Se. Churfürstl. Durchl. zu remonstriren wäre, und ich der länge nach berühret hette, gewiß nichts verschweigen, und sein Gewissen befreyen, wellches ihm auch nicht zuließe, wieder Ewr. Churfürstl. Dhl. niemahls das geringste zu beginnen."

8. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 24. Dez. 1692 / 3. Jan. 1693 (a. a. O.).

9. Droysen a. a. O. IV, 1, S. 85 ff.



Vertreter in Dresden in Mißkredit, so überwog der Einfluß der Dritten Partei. Wie erkannten Friedrich und seine Berater die politische Lage in ihrer Wahrheit! „Alles, was von der andern seithen vorgebracht würde, ginge nuhr dahin, des Churfürsten Ld. unter einem so plausibelen praetext ihres interesse bei Sachsen-Lauenbg. vom Reiche und der guthen Parthey abzuziehen, mit dem Churfürstl. und fürstl. Hause Braunschweig zu collidiren, und einen innerlichen Krieg im Reiche anzurichten, damit Frankreich Luft gemachet, noch mehr örther am Rheinstrohm, und wohl gahr Coblentz, Cöllen und Franckfurth vergewalthiget, und der Kayser und das Reich zu einem schädlichen frieden gezwungen werden möge[10].“

Eine starke Hilfskraft fand Chwalkowski an der „Generalin Neitsch“, der Mutter der kürfürstlichen Mätresse, die naturgemäß bei dem einstmaligen Ehehandel mit Dänemark ein erneutes Anrücken an diesen Staat ungern sah. Als Haxthausen erkennen mußte, daß der Kurfürst Lauenburgs wegen schwerlich zu Tätlichkeiten zu bringen sei, trug er auf die Mediation an und stellte große Vorteile bei künftigem Friedensschluß in Aussicht: Sachsen-Lauenburg oder Aequivalent, Erfurt und Satisfaktion für Schönings Gefangennahme, jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, daß der Kurfürst sich bis dahin neutral zu verhalten habe. „Welches dann wohl“, wie Chwalkowski bemerkt, „der wahrhafte und eintzige Zweck von des von Haxthausen hiesiger Negotiation ist.“

Die Hoffnung auf den Kaiser aber hatte der Albertiner noch nicht aufgegeben. Schon hatte auch Ernst August von neuem seine Fangarme ausgestreckt, Ilten um Konferenz in der Lauenburger Angelegenheit nachgesucht, Grote Order erhalten, seine Abreise von Wien, wo an ihm und

---

10. Instruktion für Chwalkowski, Cölln, 5./15. Febr. 1693 (B. St., Rep. 41, Nr. 2d).

Limbach als Stellvertretern ihres Herrn am 19. Dezember 1692 die feierliche Investitur mit der Kur vollzogen war, zu beschleunigen, um in Dresden seine diplomatischen Künste zu erproben[11]. Hünicke, der einige Zeit am Stein krank daniederlag, sprach sich eifrig in dem Sinne aus, man möge auf irgendeine Weise die alten Traktaten in der Lauenburger Affäre wiederaufnehmen, um den dänischen Vorwand aus der Welt zu schaffen[12]. Am 25. Februar fand eine Konferenz zwischen Grote und Ilten und Gersdorf, Knoch und Bose statt. Grote gab lauter schöne und überzeugende Worte: die Union zwischen Welfen und Wettinern solle „unanstößig" gemacht werden. Ernst August und Georg Wilhelm hätten in persönlicher Zusammenkunft über Lauenburg Beschlüsse gefaßt und ihm aufgegeben, diese hier „praeliminariter" vorzutragen. Habe Lüneburg kein Recht, so begehre es auch nicht das Herzogtum. Er weise ihnen, um eine Probe aufrichtigster Gesinnung zu geben, eine Jahresrechnung im Original, woraus der geringe Betrag der Einkünfte Lauenburgs zu ersehen sei; würden Zivil- und Militärspesen davon abgezogen, so bleibe nicht nur nichts übrig, sondern müsse noch ein ansehnlicher Betrag zugeschossen werden. Das Land sei arm und unfruchtbar, und die meisten Untertanen hätten kaum das liebe Brot. Trotzdem wolle Lüneburg einen proportionierten und vernünftigen Ersatz leisten an Land und Leuten. (Die drei letzten Worte unterstrich das sächsische Protokoll und fügte am Rande ein N. B. hinzu.) Da ferner Kursachsen ständig auf Possession bestehe, sei Lüneburg auch erbötig, Vorschläge über ein Kompossessorium ins Mittel zu bringen. Am Schlusse stellte er vornehmlich die Frage zur Ueberlegung, ob Kursachsen bereit sei, Lauenburg gegen Ersatz, auch seine Ansprüche abzutreten, dagegen die Garantie

11. Chwalkowskis Berichte, Dresden, 28. Dez. 1692 / 7. Jan. 1693 u. 3./13. Jan. 1693 (B. St., Rep. 41, Nr. 2d).

des Besitzstandes zu übernehmen[13]. Von bestimmten Anerbietungen hören wir nichts, der Vertrauensselige konnte sie sich immerhin einbilden.

Die Tätigkeit Grotes macht ein wichtiges Moment aus, den Kurfürsten von Sachsen auf die Seite der Großen Allianz hinüberzuziehen. Sehr viele andere Umstände waren wirksam, der Zuspruch Englands und der Generalstaaten, dem König Wilhelm durch die Uebersendung des Hosenbandordens Nachdruck zu verleihen wußte, nicht zuletzt die Erhebung des Fräuleins von Neitschütz durch den Kaiser zur Gräfin von Rochlitz. Das Endergebnis war der Dresdener Subsidienvertrag vom 20. Februar (2. März ?), der den Kurfürsten dem Kaiser zur Heeresfolge verpflichtete. Schöning erhielt einen Nachfolger in dem Todfeind Ludwigs XIV., dem redlichen Generalfeldmarschall Chauvet, der sich mit Bernstorff überworfen hatte[14]. Von dieser Seite also drohte Lüneburg keine Gefahr. Im kursächsischen Geheimen Rat zerbrach man sich über die Unterhandlungen wegen Lauenburgs den Kopf. Man rechnete ganz allgemein mit dem Zugeständnis eines Kompossessoriums. Nur Friesen und Pöllnitz sprachen sich gegen Fortsetzung der Traktaten aus, da die Bedingungen zu schwer seien, Hoym, Hünicke, Knoch und Bose befürworteten sie. Hünicke urteilte namentlich, daß es Hannover Ernst sei; es sei aber ratsam, auf eine Abfindung für Lauenburg, nicht auf dessen Behauptung hinzuarbeiten[15]. In Hannover staunte man über die Auslegung, die Grotes Worte in Dresden erfuhren[16].

---

12. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 12./22. Jan. 1693 (B. St., Rep. 41, Nr. 2d).

13. Konferenzprotokoll, Dresden, 15./25. Febr. 1693 (Dr. St., Loc. 9446).

14. Schulte a. a. O. S. 107. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 23. Febr. / 5. März 1693 (B. St., Rep. 41, Nr. 2d).

15. Konferenzprotokoll des kursächs. Geh. Rats, 24. März / 3. April (Dr. St., Loc. 9446).

16. Platen an Ilten, Weinhausen, 23. April / 3. Mai (Bodemann

Konnte so Dänemark an Johann Georg IV. nicht heran, so machte es einen Angriff auf die anhaltischen Fürsten[17]; es prallte an Friedrich III. ab[18]. Dann kam Johann Georgs IV. jüngerer Bruder Friedrich August an die Reihe. Infolge des väterlichen Testaments, das eine Sekundogenitur in Lauenburg vorsah, hatte für König Christian ein Einverständnis mit Friedrich August einen gewissen Wert. So erregte es Aufsehen, als der Prinz plötzlich eine Reise nach Hamburg und weiter ins Holsteinische machte[19]. In Dresden wurden zwar harmlose Gründe vorgeschützt, so, er suche Heilung von seiner Krankheit. Die Umstände sprachen aber zu beredt, ja es hatte sogar den Anschein, als ob jener mit Wissen und Willen den Kurfürsten handle[20]. Eine schwüle Atmosphäre hier wie anderwärts.

a. a. O. S. 183 f.): „Cependant les ministres de Saxe vous ont fait assez connoistre par leur raisonnement ce que nous aurions à attendre de leurs maison, si le Dennemarc passoit aux extrémités contre nous, surtout dans le pays de Saxe-Lauenbourg. L'on s'éstonne icy, que la compossession de la Duché de Saxe-Lauenbourg passe à Dresden pour une condition inacceptable ou plustot méprisable, d'autant plus, qu'on n'a pas crû de pouvoir jamais offrir ladite compossession, et on ne comprend pas, comment on puisse à Dresden traiter ladite compossession comme une condition offerte, mais peutestre on prend pour une compossion l'offre du partage qu'on a fait du revenu de ladite Duché et de l'admission d'un homme de Saxe pour assister à l'éxamen des comptes."

17. Johann Georg II. von Anhalt an Friedrich III., Cölln, 23. Febr. / 5. März 1693 (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 7): „So daß daher meiner Herren Vettern Liebden . . . auf die gedancken gerathen und vorgeschlagen haben, bey solcher bewantniß endlich an andere Potentzen . . . lieber ihr Recht zu cediren."

18. Friedrich III. an Johann Georg II., Cölln, 7./17. März (B. St., Rep. XI, 148 b, Lauenb. fasc. 7). Er spricht von einer Cession „an andere Potentzen und sonderlich an die Cron Dennemark."

19. Chwalkowskis Bericht, Dresden, 19./29. April (B. St., Rep. 41, Nr. 2 d).

20. Chwalkowskis Berichte, Dresden, 30. April / 10. Mai und 1./11. Mai (B. St., Rep. 41, Nr. 2 d). Nach K. H. Helbig: „Kurfürst Johann Georg IV. und Feldmarschall Hans Adam von Schöning

In Stockholm war der Comte d'Avaux tätig, ein diplomatischer Virtuose wie alle Botschafter Ludwigs XIV., aalglatt und anmaßend[21]. Er hatte den schwedischen Hof davon zu überzeugen, daß es seinem Interesse geradezu entgegengesetzt sei, es mit dem Welfengeschlecht zu halten, dessen Lande mit Einschluß von Osnabrück und Lauenburg, einheitlich unter dem Rechte der Primogenitur, stark genug werden möchten, dem bremischen Besitz Schwedens den Garaus zu machen[22]. Die Gefahren, wie sie hier ausgedrückt wurden, waren in der Tat vorhanden. Auf die Stärke der schwedischen Parteien kam es an, ob diese Meinung durchdrang. Dem französischen Grafen sekundierte Baron Juël, der dänische Gesandte. Als dieser Anfang Februar sondierte, ob König Karl kraft seiner Allianz mit den lüneburgischen Brüdern diesen, falls sich jemand des in Ratzeburg ge-

---

1691—1694", Arch. f. Sächs. Gesch., Bd. 11, Leipzig 1873, S. 377, schloß Johann Georg IV. bald nach dem Ausgleiche mit dem Kaiser auch eine Defensivallianz mit Dänemark. Ein gewisses Einverständnis zwischen Dänemark und Kursachsen ist demnach für jene Zeit anzunehmen.

21. Ein genaues Bild seiner Tätigkeit erhält man aus seinen Gesandtschaftsberichten (a. a. O.). Die Lauenburger Materie kommt darin nicht am schlechtesten weg, wie er denn Ludwig XIV. wegen seiner Ausführlichkeit fast um Entschuldigung bittet: „Je sçay, Sire, que j'aurois pu abréger ce que j'ay escrit touchant Saxe Lawembourg; mais j'ay crû devoir suivre mon ancienne méthode de mander le détail et la suitte d'une affaire" (a. a. O. S. 222).

22. Instruktion für Comte d'Avaux, Versailles, 1. Dez. 1692 (Geffroy a. a. O. S. 169 f.): „Ledit sieur D'Avaux insinuera aussi à cette cour (Schweden) l'intérêt qu'elle a de s'opposer à l'agrandissement de la maison de Brunswick, laquelle joignant encore aux grands Etats qu'elle possède en Allemagne le duché de Saxe Lauembourg et l'Evêché d'Osnabruk, et toute cette étendue de pays de l'un et de l'autre côté de l'Elbe, se trouvant réunie sous un même prince par l'établissement du droit de primogéniture, pourroit bien rendre quelque jour lesdits Etats que la couronne la Suède possède en Allemagne, et principalement le duché de Brême, dépendans de ladite maison."

schädigten Herzogs von Schwerin[23] annehmen sollte, Hilfe leisten werde, bekam er überall die negative Antwort, daß der König am sachsen-lauenburgischen Wesen teilzunehmen nicht verpflichtet sei. Einer aus der französisch gesinnten Gruppe eröffnete ihm im Vertrauen, daß Lüneburg bei der letzten Erneuerung des Bundes sehr darauf gedrungen habe, die in Frage stehende Angelegenheit miteinzuschließen; der König habe sich dazu aber nicht verstanden, und Lüneburg habe nach fast 3/4 Jahren darin nachgeben müssen[24].

Bedenklich für Lüneburg, wenn sein alter Bundesgenosse es im Stiche ließ. Von fast allen Seiten war es von erregten Widersachern umstellt, die untereinander durch Verträge verbunden waren und ihren stärksten Rückhalt an Frankreich hatten, außer Dänemark Hessen-Kassel, Münster, Plön und Wolfenbüttel, vielleicht auch Mecklenburg-Schwerin. Man behauptete, daß Dänemark sich Frankreich gegenüber verpflichtet habe, im Juni eine Diversion im niedersächsischen Kreise vorzunehmen und zwei Plätze anzugreifen, als welche Ratzeburg und Hamburg bezeichnet wurden[25]. Im Mai ließ Juël den Kanzler Oxenstiern wissen, daß Dänemark für sich und seinen Verbündeten — er nannte keinen bestimmten, Oxenstiern selber dachte an Schwerin — die Okkupation Lauenburgs und insbesondere den Ratzeburger Festungsbau nicht dulden könne, gleichwie Lüneburg an der Befestigung

23. Der Ratzeburger Dom gehörte Mecklenburg-Schwerin.

24. Juëls Bericht, Stockholm, 28. Jan. / 7. Febr. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

25. Senffts Bericht an Johann Georg IV., Stockholm, 31. März / 10. April (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI). Ueber die einzelnen Verträge vgl. Schwarte a. a. O. S. 39 ff. Ende April bedeutete Chwalkowski (Chwalkowskis Bericht, Dresden, 19./29. April [a. a. O.]) den sächsischen Kurfürsten, Dänemarks Absehen werde nicht bei Lauenburg stehen bleiben, „sondern mit auf Hamburg abziehlen, wodurch zugleich Leipzig (das beste Kleinod von Se. Churfürstl. Durchl. Landen) nebst der Schiffarrt auf der Elbe zu Grunde gerichtet würde".

nehme. Karl XI. selber gab darauf die Antwort: Die Lauenburger Angelegenheit sei schon alt; was beschwere sich Dänemark jetzt erst[26]. Der friedliebende Monarch erteilte in Kopenhagen den Rat, den Ruhestand in Niedersachsen nicht zu stören[27]. Der Kaiser und die Generalstaaten legten sich in gleicher Weise ins Mittel. D'Avaux erklärte mit gutverstellter Miene, er sei mit Dänemark unzufrieden; einen Angriff auf Hamburg oder Lüneburg könne er nicht billigen. Als Juël nun auf Karls XI. Befehl von den schwedischen Ministern ins Gebet genommen und sich zu äußern aufgefordert wurde, wie Dänemark sich zu den ihm erteilten Ratschlägen stelle, tat dieser sehr entrüstet: es sei Dänemark nie eingefallen, gegen Lüneburg tätlich vorzugehen[28]. An-

26. Goertz' u. Schmidts Diarium, 16./26. Mai (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, V. I).

27. Löwenklau an die dänischen Minister, Kopenhagen, 3./13. Mai (Wm. St., Rep. A, Nr. 2187).

28. Goertz' u. Schmidts Diarium, 20.—23. Mai / 20. Mai—2. Juni, und ihr Bericht, Stockholm, 6./16. Juni (a. a. O.); vgl. Ludwigs XIV. Instruktion für D'Avaux, Maisières (Mézières), 18. Juni („Negociations de Monsieur le Comte D'Avaux . . ." S. 233 f.): „Je suis bien surpris . . . de la déclaration, que ce ministre (Juël) a faite au comte d'Oxenstiern, que le roy de Danemark seroit content, si l'on pouvoit faire consentir le duc d'Hanover au razement de la dite place de Ratzbourg. Comme je ne doute point, que vous n'ayez donné cet avis au Sr. de Bonrepaus (französischer Gesandter in Kopenhagen), je m'assure, qu'il sçaura bien s'en servir avec toute la circonspection nécessaire pour presser le dit roy d'exécuter au plus tost son entreprise, ainsi qu'il s'y est obligé par le dernier traitté, qu'il a fait avec moy, et il y trouvera d'autant plus de facilité, que la marche de mon fils le dauphin en Allemagne à la teste d'une puissante armée attirera vraysemblablement de son costé toutes les forces des alliez et ne leur permettra pas de faire aucun détachement, pour s'opposer au dessein du roy, de Dannemark. Vous ne devez rien négliger aussi au lieu, où vous estes, pour détourner le roy de Suède de donner aucune assistance en ce rencontre à la maison de Brunswick et pour oster à la cour, où vous estes, toute la défiance, qu'elle peut avoir de la couronne de Dannemark."

fang Juni hielt indessen der Däne Piper, der in Regensburg für Holstein-Glückstadt bevollmächtigt war, Miltitz ein großes Sündenregister Lüneburgs vor: es sei seinen Nachbarn durch allerhand Unrecht zu nahe getreten, womit er auf Altona anspielte, habe Lauenburg gewalttätig okkupiert, eine bedeutende Festung an der Grenze angelegt, durch seine unzeitig erstrebte Kurwürde und Herrschsucht im Reiche fast alles in Unruhe versetzt; auch habe es durch seine Machinationen Schweden und England bewogen, Dänemark wegen einer vermeintlichen Gefahr Vorhaltungen zu machen. Alle Unruhe komme von Lüneburg[29]! Hin und wieder erklärte er nicht undeutlich, daß Dänemark sich selbst Ruhe und Sicherheit verschaffen müsse, was allgemein als Kriegserklärung aufgenommen ward[30].

In ihrer prekären Lage boten die Lüneburger den hannöverschen Oberhofmarschall Freiherrn von Goertz und den Geheimen Rat Gustav Daniel Schmidt auf, in Stockholm d'Avaux und Juël entgegenzuarbeiten und verwiesen sie besonders an Oxenstiern. Karl XI. sollte „ohne alles längere Balanciren mit allem Nachdruck" die Erklärung abgeben, daß er sich gegen denjenigen, der unter dem Prätext des Lauenburgischen in Niedersachsen Unruhe errege, mit allen Kräften wenden werde[31]. Die Sendung des kursächsischen Ministers Senfft nach Stockholm, die im Grunde genommen allerdings nichts weiter beabsichtigte, als „sozusagen ins Haus zu hören"[32], veranlaßte die Lüneburger, an den

29. Pipers Vortrag an Miltitz, Regensburg, 24. Mai / 3. Juni (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

30. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 8./18. Juni (Wm. St., Rep. A, Nr. 2187).

31. Instruktionen für Goertz und Schmidt bzw. für Goertz, 23. April / 3. Mai u. 24. April / 4. Mai (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, I, 1, Nr. 25).

32. Die kursächs. Geh. Räte an Johann Georg IV., Dresden, 30. Juni / 10. Juli (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

heißumworbenen Freund mit einem Zugeständnis heranzutreten. Was früher nie geschehen, erzwang die Not. Man war bereit, seine Ansprüche auf Hadeln abzutreten und die Garantie für den Besitzstand zu übernehmen; man wünschte von Schweden dafür das letztere inbezug auf Lauenburg. Eine kursächsische Garantie, so sagte man, nütze wegen der Entfernung wenig[33]. Vor Jahren hatte Lilienroth die lüneburgische Politik immer und immer wieder zu einem solchen Kompromisse bestimmen wollen, jetzt war es zu spät, und Oxenstiern biß nicht mehr an. Er wollte sich auch im besonderen darüber nicht auslassen, ob der König im Falle einer dänischen Invasion Lüneburg seine Hand leihen werde. Um der Sache näher auf den Grund zu gehen, bediente sich Goertz Stahrembergs, des kaiserlichen Gesandten. Dieser bekam auf seine Frage, wie Schweden sich verhalten werde, wenn Dänemark und Braunschweig brechen würden, von Oxenstiern die Antwort, er glaube an keinen Bruch, zumal d'Avaux die Erklärung abgegeben habe, daß Frankreich eine Beunruhigung Niedersachsens durch Dänemark nicht billige. Stahremberg drängte auf vertrauliche Mitteilung zur Meldung an Strattmann, um gleich darauf Goertz zu verraten, wie Oxenstiern ihm gesagt habe, „daß er... es des Königs Interesse gemäß achte, alsdann gegen Dänemark zu brechen, und zweifle er nicht, daß solches geschehen werde". Die Hoffnung, die Goertz hieraus vielleicht schöpfte, machte jedenfalls Oxenstierns unerschütterliche Verschlossenheit wieder zunichte. „Man kann die Kaltsinnigkeit dieses Hofes ohne douleur nicht ansehen, welche unsers Ermessens noch mehr von der faiblesse des ministri als von einigen bösen Intentionen, wie wohl sich

33. Instruktion für Goertz u. Schmidt, 11./21. Mai (a. a. O.).

34. Goertz' u. Schmidts Diarium, 16./26. Mai; 25.—26. Mai / 4.—5. Juni; 27. Juni / 7. Juli, und ihr Bericht, Stockholm, 6./16. Juni (a. a. O.).

verschiedene darunter befinden, welche der französischen und dänischen Partei sehr zugetan sind, herrührt." Es waren die höfischen Kabalen und Leidenschaften, die Schwedens Haltung undurchsichtig machten. Stockholm gab darin Dresden nichts nach.

Die dänische Politik machte alle erdenklichen Versuche, Schweden doch noch auf ihre Seite zu ziehen. Anfang Juli erfolgte die Deklaration: Dänemark nehme es gern zur Kenntnis, daß Schweden darin mit ihm einig sei, Ratzeburg müsse demoliert werden. Wie es sich nun das Vorgehen denke? Dänemark für sein Teil wünsche nicht, sich in lange Unterhandlungen einzulassen. Oxenstiern war über diesen dänischen „Betrug" ungehalten; er werde hierauf „vigoureusement" antworten[34]. Piper wurde immer deutlicher. Am 11. Juli: Ihre königliche Majestät von Dänemark werde sich genötigt sehen, „Ihre von Gott verliehene Mittel... zu gebrauchen und zu der Landen Sicherheit die neu angelegten Ratzeburgischen Fortifikations-Werke zu demoliren suchen"[35]. Daneben war auch Oxenstierns Erklärung, Schweden werde, wenn Dänemark Hamburg, Lübeck oder die Lüneburgischen Lande (nicht Lauenburg) angreife, gegen den Angreifer Hilfe leisten, für Lüneburg wenig trostreich[36].

Sollten aber vielleicht alle alarmierenden Gerüchte grundlos sein, wie ein brandenburgischer Diplomat sich einbildete[37], sollte wirklich die Ruhe bis zum Ende des fran-

---

35. Miltitz' Bericht, Regensburg, 1./11. Juli (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

36. Goertz' Bericht, Stockholm, 19./29. Juli (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, V. II).

37. Falaiseaus Bericht, Kopenhagen, 1./11. Juli (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1): „à la verité ce repos pourra peutestre durer jusqu'à la fin de la Campagne, mais on ne sçait point ce que fera l'Electeur de Saxe en ce temps la, et s'il ne se joindra pas au Dannemarc pour tenter la demolition de ces fortifications et

zösischen Feldzuge andauern[38]? Viele Umstände mußten Christian V. Bedenken verursachen. Wolfenbüttel hatte sich zwar vertraglich verpflichtet, einem Angriff auf Lüneburg untätig zuzusehen[39]. Der friedliebende Rudolf August aber war um die Sicherheit des eigenen Landes zu sehr besorgt, als daß er nicht die gütliche Entscheidung des Streites angeraten hätte[40]. Münster seinerseits war bei allem Tadel über die „unordentliche ambition und Begierde" Hannovers und Celles nicht willens, den Bundesgenossen bei seinem Unternehmen zu unterstützen[41]. Vor allen Dingen aber gaben die „Seemächte" deutlich zu verstehen, sie würden im Angriffsfalle ein Geschwader nach dem Sunde schicken und sich ihrer Verbündeten nachdrücklich annehmen[42]. Die Gefangennahme eines dänischen Spions in Neuhaus, der Befehl hatte, von dort nach Lenzen zu gehen, um die Stärke der brandenburgischen Grenztruppen zu erforschen, bewies endlich zur Genüge, daß in Kopenhagen auch wegen Kurbrandenburgs Besorgnisse herrschten[43]. Schon Mitte Juni standen mehrere 1000 Dänen auf der Fehrmarn gegenüber-

---

deposseder la Maison de Lunebourg de la Duché de Saxen Lawenbourg."

38. Falaiseaus Bericht, Kopenhagen, 30. Mai / 10. Juni (B. St., Rep. XI, Dänemark, Conv. 22 B): „A tout cela Monseigneur, tout ce que je puis dire c'est que de ma vie je n'ay veu prendre tant d'allarmes avec si peu de raison et sur de si fables fondemens, et si le Dannemarck estoit aussi eloigné de Hambourg que de la Chine et de Japon a peine auroit on pu repandre des bruits aussi absurdes que lont este ceux qu'on a repandu dapuis près de six semaines sur le sujet de Dannemk."

39. Schwarte a. a. O. S. 40.

40. Rudolf August an Christian V., Wolfenbüttel, 26. Mai / 5. Juni (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

41. Schwarte a. a. O. S. 41.

42. Regensburger Gesandtschaftsbericht, 8./18. Juni (a. a. O.).

43. Bernstorff an die wolfenb. Geh. Räte, Altenbruchhausen, 21. Juni / 1. Juli (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

liegenden Halbinsel bei Oldenburg, aber noch immer dauerte das Abwarten[44].

Es bedeutete offenbar ein Einlenken Dänemarks, wenn es sich mit dem Kaiser und mit Brandenburg in Unterhandlungen einließ, dem kaiserlichen Abgesandten Königseck und dem brandenburgischen Pierre de Falaiseau Vorschläge unterbreitete. Friedrichs III. Diplomaten waren sofort stark dahinter, den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern[45]. Danckelmann neigte zu der Ansicht, daß es für Lüneburg besser sei, die Demolierung der Ratzeburger Befestigungsanlagen lieber gleich „de bonne grace", als später gezwungen vorzunehmen[46]. Zu Gardelegen trafen sich am 15. Juli Fuchs und Chwalkowski mit Bernstorff und Oberg. Die Lüneburger stellten vor, daß Dänemarks ganze Unternehmung nur darauf hinziele, die Frankreich versprochene Diversion zu machen; „dies wären Sachen, worüber man sich mit der Krone Dänemark überall in keine Kapitulation und Handlung einlassen könnte"[47]. Der nie rastende Fuchs begab sich mit Lüneburgs Einverständnis zum Dänenkönig nach Rendsburg, „den Todesstreich vor dem Kayser, die Könige in Spanien und Engeland und die gantze gute Parthey" abzuwehren[48].

---

44. Vgl. Anm. 42.

45. Friedrich III. an Ernst August, Potsdam, 11./21. Juli (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Dänemark Nr. 73). Falaiseau in einem Bericht, Kopenhagen, 18./28. Juli (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1): „On peut dire qu'il ne s'agit plus que d'une Bagatelle mais c'est neanmoiens une Bagatelle qui n'est pas a negliger, et si on force le Roy de Dannem. à entreprendre par voyé de fait la demolition des Fortifications de Ratzebourg, cette bagatelle pourroit devenir une affaire de consequence et avoir de facheuses suittes."

46. Danckelmanns Instruktion für Fuchs und Chwalkowski zu der Konferenz mit den lüneburg. Ministern in der Altmark, Cölln, 13./23. Juli (B. St., Rep. XI, Nr. 209).

47. Bernstorffs u. Obergs Bericht, Celle, 18./28. Juli (Celle-Br. Arch., Des. 104 b, II, 1, Nr. 214).

48. Danckelmanns Instruktion für Fuchs, Cölln, 22. Juli / 1. Aug. (B. St., Rep. XI, Nr. 208 b, Ratzeburg fasc. 1).

Christian V. bestand auf vollständiger Zerstörung der Befestigungswerke[49]. Voll glühendem Patriotismus richtete Friedrich III. einen Warnruf an Christian V. Seine Majestät möchten an Deutschland denken, „welches Dieselbe auf gewisse Maße als Ihr Vaterland anzusehen haben". Die Alliierten seien Dänemarks beste Freunde, „dahergegen Frankreich nicht anders suche, als Ew. Kgl. M. wider Ihr eigenes Interesse, welches vornehmlich in der konservation des Reichs besteht, zu gebrauchen"[50].

Daneben wurde von Wien aus eine Verständigung betrieben. Der Kaiser war überzeugt, daß Kursachsen „mit Dänemark hierunter nicht übel verstanden"[51]. Wenn Johann Georg IV. daher von neuem auf Ausstellung des Mandats drängte, so war Strattmann nur gegen Unterzeichnung eines Reverses, sich seiner gewaltsamerweise nicht bedienen zu

---

49. Fuchs' u. Falaiseaus Bericht, Rendsburg, 28. Juli / 7. Aug. (B. St., Rep. XI, Nr. 208 b, Ratzeburg fasc. 1): „Der Gr. von Reventlau replycyrte, daß Ihro Königl. Mayt. ihm befohlen hätten von mir (Fuchs) zu vernehmen, ob daß Haus Luneboürg sich positivement erklahret hätte Ratzenbourg gäntzlich zu demoliren, Wan solches nicht wäre, achteten Ihro Königl. Mayt., nicht nöhtig eine Conferentz dahrüber zu halten, und wahren entschlossen den orth innerhalb 3 tagen zu attaquiren. . . . Eß war in dem gemach bey Ihro Königl. Mayt. der Hertzog von Holstein Ploenen, der Gr. von Reventlau und der von Jessen, und antwortet mir Ihro Königl. Mayt. mitt lauterer stimme alß sonsten gewohnlich, sondern Zweifel damitt es auch die andern Hören mochten, daß Sie . . . in ewigkeit nicht könten noch wurden zugeben daß das Haus Luneb. zu Ratzebourg und auf dies seithe der Elbe eine Festung hätte, und daß im fal selbiges Sich nicht erklahrete, dieselbe gantz zu demoliren, Sie den orth innerhalb 3 u 4 tagen ohnfehlbahrlich attaquiren würden, Sie wiederholeten wohl 2 u. 3 mahlen die Worte einer Gantzen-demolition."

50. Friedrich III. an Christian V., Cölln, 8./18. Aug. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

51. Leopold an Karl XI., Wien, 10./20. Aug. (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, Vol. II).

wollen, dazu bereit. Er durchschaute den von Haxthausen, dem Dänen, mit jesuitischer Scheinheiligkeit aufgestellten Plan allzugut. Er meinte, eine Sequestration sei als bester Ausweg aus allen Fährnissen entschieden am ratsamsten[52]. Die dänisch-kursächsische Interessenpolitik suchte er durch die kaiserliche zu ersetzen. Dem aber widersprach Kursachsen wie stets zuvor. Daß auch Dänemark den kaiserlichen Vorschlag für erwägenswert hielt, brachte den Kurfürsten auf. Es überrasche ihn das, schrieb er an Christian V., um so mehr, als er mit ihm in Partikularallianz stehe[53]. Piper aber vertrat die Ansicht, daß Kursachsen bei der kaiserlichen Sequestration besser fahre als bei der lüneburgischen Okkupation. Wenn es Restitutionsmandate verlange, erreiche es nichts, und Lüneburg behaupte sich Jahrhunderte hindurch. Der dänische Staatsmann kannte die Gebrechen des Reichskörpers: die Mandate seien nur dazu da, die Kanzleien auszufüllen. Kursachsen rückte nun merklich von Dänemark ab. Anfang September eröffnete Miltitz dem brandenburgischen, österreichischen und mainzischen Gesandten, daß Kursachsen an dem dänischen Vorhaben kein Teil habe. Es erregte großes Aufsehen, da allgemein ein Einvernehmen beider Staaten vorausgesetzt wurde[54].

Die leitenden Kreise in Celle und Hannover haben sich keinen Illusionen hingegeben. Ende Juli gelangte ein wolfenbüttelsches Schreiben an Bernstorff. Es enthielt bittere Vorwürfe, daß man Ratzeburg gegen ihren ausdrücklichen Willen und über den bewilligten Kostenanschlag hinaus zu einer Kapitalfestung ausgebaut habe, so daß die Gereiztheit der Nachbarn wohl verständlich sei. „Indessen

---

52. Friesens, Wertherns u. Borns Bericht, Wien, 2./12. Aug. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

53. Johann Georg IV. an Christian V., Sundheim, 9./19. Aug. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

54. Miltitz' Berichte, Regensburg, 21./31. Aug. u. 24. Aug. / 3. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

können Ihre Dl. Dl. nicht umhin, nachdem man Ihre so wohl gemeinte sentiments vormals so wenig als bishero admittiren oder Reflexion darauf nehmen wollen, hiermit ausdrücklich deklariren zu lassen, daß Sie an allen aus dieser Sache entstehenden besorglichen Ungelegenheiten nicht den geringsten Teil nehmen noch Ihre im Ratzeburgischen habende 3 (?) Kompagnien dabei sakrificiren lassen können[55]." Diese Worte ließen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. In Celle aber mißverstand man sie absichtlich, und Georg Wilhelm wandte sich unterm 31. Juli an Rudolf August und Anton Ulrich um Hilfstruppen, da nunmehr der Transport der dänischen Völker von den Inseln nach Holstein vollendet sei[56]. Wolfenbüttel bedauerte, die Bitte abschlagen zu müssen, und eröffnete gleichzeitig, daß es seine beiden in Ratzeburg stehenden Kompagnien zurückziehen müsse, „da wir mit der Cron Dänemark wegen des excessiven Ratzeburgischen Festungsbaues zu brechen nicht gemeint"[57].

Ernst August entschloß sich jetzt wiederum, mit Kursachsen Lauenburgs wegen in Unterhandlung zu treten. Die Not fand ihn stets dazu bereit. Auch an das Defensivbündnis wollte er sich erinnern und ersuchte Johann Georg IV. um die vertragliche Hilfe, da die Gefahr bestehe, daß Christian V. über die Elbe in lüneburgisches Gebiet eindringe[58]. Jetzt kam aber sein Gesandter Ilten schlecht an. Er mußte sich viel bittere Worte sagen lassen. Als er dem Kurfürsten bei Tafel volle Satisfaktion verhieß, rief

---

55. Die wolfenb. Geh. Räte an die cell., 17./27. Juli (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

56. Georg Wilhelm an Rudolf August u. Anton Ulrich, Celle, 21./31. Juli (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

57. Die wolfenb. Geh. Räte an die cell., 24. Juli / 3. Aug. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

58. Ernst August an Johann Georg IV., Hannover, 20./30. Juli u. 2./12. Aug. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

dieser ganz laut: „Je vous connois, vous êtes des gens bons, quand vous avez donné un soufflet à quelqu'un, vous luy présentez la main!" Knoch ließ sich vernehmen, daß der Tag komme, wo das Haus Braunschweig die Gewaltmaßregeln Bernstorffs, dem alles Unglück zuzuschreiben sei, verfluchen werde[59].

Eine kriegerische Verwicklung schien unausbleiblich. In Dänemark wurden Münzen verteilt mit dem Bildnis des Königs und der Aufschrift: „Pax quaeritur armis[60]." In die Elbe liefen dänische Schiffe ein. Die Stadt Hamburg schwebte in höchster Sorge, daß das dänische Unternehmen wie 1686 auf sie gemünzt sei. Es fehlte nicht viel daran, daß sie und Dänemark aufeinanderplatzten[61]. Zu gleicher Zeit be-

---

59. Bodemann a. a. O. S. 44.

60. Riegels a. a. O. S. 2224.

61. Fuchs' Bericht, Hamburg, 4./14. Aug. (Postscriptum [B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1]): „Auch . . . hat der Magistrat dieser Stadt gestern Nacht umb 11 Uhr zwey Deputirten, den Syndicum von Bostel, und Ratsherren Selen zu mir geschicket, und mir anzeigen lassen, was maßen ein Dähnisch Krieges-Schiff der hammer genant, nebst einigen andern Jachten und fahrzeuge auff der Elbe unweit Altenau angekommen, und dabey verlauten wollen, daß die Dähnen in selbiger Nacht auff der Insel Gerfenhoff, welche dem Könige in Dennemark zugehöret, und unter den Canonen der Stadt lieget posto zu fassen und daselbst eine Schantze aufzuwerffen gemeinet währen, weshalb der Rath einige Mannschaft zu commandiren entschlossen währe, welche das praevenire spielen und sich auf der Insel verschantzen solten. . . . Ich kunte nicht anders, als Ihnen dieses Vorhaben auffs höchste zu wiederrathen." Hamburg würde „sich bey aller welt in die blâme einer aggression setzen, und dem Könige eine gerechte ursache geben, Sie mit Krieg anzutasten und zu bombardiren, oder wenigstens Ihre Schiffe weg zunehmen und das Commercium zu ruiniren. Besser würde es seyn, wann Sie abwartheten, biß die Dähnen sich auff der Insel postirten, und dieselbe alsdann zu delogiren sucheten: Dann solchergestalt würden Sie den glimpff und die ursache einer rechtmäßigen defension vor sich behalten." Der Magistrat erwies sich dann Fuchs' Mahnung zugänglich. Falaiseau an Fuchs, Oldeslon, 4./14. Aug. (B. St.,

gab sich Christian V. mit dem Kronprinzen nach Oldesloe, wo er am 4. August anlangte und sein 12000 Mann starkes kriegsmäßiges Heer einer Musterung unterzog[62]. Er war entschlossen, in Lauenburg einzurücken, falls Lüneburg nicht bis zum 12. August in die Schleifung der Befestigungswerke und die Zurückziehung seiner Truppen jenseits der Elbe einwillige[63].

Der Schöpfer ist mit seinem Werke eins. Greift man seiner Hände Fleiß an, so trifft man ihn selber. Wie der Feind mit seinem Schwerte in Stadt und Land haust, verbreitet die Mär weit und breit, das leidenschaftliche Wallen eines erhabenen Herzens dagegen entzieht sich meistens den profanen Blicken. Solch gewaltiges Ringen rückschauend an sich vorübergehen zu lassen wäre hoher Genuß. Die Feder, der es an den erforderlichen Stützpunkten mangelt, deutet den größten Kampf wenigstens an. Die überkommene Kunde besagt nüchtern nur, daß Georg Wilhelm und Bernstorff standhaft blieben[64]. Man kenne in Oldesloe, schrieb

---

Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1): „Le C. de Reventlau vient de me dire de la part du Roy que si les vaisseaux se sont approché de Grevenhof, cela c'est fait sans son ordre, que loien de vouloir faire aucun tort à la ville de Hambourg, Elle pouvoit d'assurer de l'affection du Roy, Mais que Sa Myté. s'assuroit, que la ville de son coté ne feroit rien qui pust luy deplaire, et qu'elle auroit soin d'empecher que la Maison de Lüneburg ne se servît ny du Grevenhof ny d'aucun autre lieu de son Territoire pour entreprendre quelque chose les Estats de sa Majté."

62. Vgl. Anm. 60.

63. Christian V. an Lenthe, Rendsburg, 22. Juli / 1. Aug. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

64. Fuchs' Bericht, Hamburg, 1./11. Aug. (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1). Fuchs war soeben aus Celle zurückgekehrt, wo er dem Herzog Georg Wilhelm Vorstellungen getan: „Ihre Durchl. antwortheten, Sie hetten bey jetzigen Zeithen, da die fierté von Dannemark, durch die erste Zeithunge von der bataille, und des frantzösischen Ambassadeurs Zuscheuern zur Flamme außgeschlagen, keine andere declaration (Dänemarks! vgl. Anm. 49) vermuthet, Sie



Fuchs an Falaiseau, die Hartnäckigkeit des lüneburgischen Hauses und besonders die des Herzogs von Celle, der sich lieber in Stücke schneiden lasse, als sich Drohungen zu beugen[65].

Durch die brandenburgischen und kaiserlichen Ver-

---

hoffeten aber, daß wann Sie nunmehro würden erfahren haben, daß Frankreich durch solche bataille nichts gewonnen, sondern vielmehr verlohren, und daß die würfel noch auf dem tische legen, Sie, die Dähnen, besseren Kaufes geben würden; insonderheit wann Sie sehen solthen, daß Ihre Durchl. und dero Hauß von Ihren Allyrten, und insonderheit von Ew. Churf. Durchl. nicht würden verlassen werden. Sie könthen mit Gott bezeugen, daß Sie nichtes mehr verlangethen, alß wie mit männiglichen, also auch mit Dennemark fürder zuhalthen, und daß Sie zur solchem ende, alles, was nuhr immer möglich, und man mit raison von Ihro begehren könthe, thuen würde: aber da man alle temperamente schlechterdinges verwürfe, und anders nicht mit Ihro und Ihrem Hause umbgehen wolthen, alß hette Dennem. Sie schon wirklich unter die füße gebrecht, so möchte ich selber urtheilen, ob Sie auf solche arth sich könthen handeln lassen, und ob man nicht Dänischer seithen suchete, Sie umb ehre und ansehen in der Welth zu bringen, damit man hernach im Nieder-Sächsischen Creyse den Meister nach gefallen spielen könthe. Sie vertraueten auf Gott, und Ihre gerechte sache, Kehme es wieder Ihren wunsch und willen zur attaque, so würde Dennemark etwas finden, woran es den Kopf stoßen könthe, und so nicht hineinlaufen, alß es sich vieleicht einbildete. . . . Es war bey dieser audientz der Geh. Rath von Berenstorf gegenwerthigk; Ihre Durchl. holeten selber den plan des orthes Ratzeburgk, und und zeigeten mir selbigen; So viele ich urtheilen können, wird es gewiß den Dänen Zeith und Volck kosthen, selbigen zu emportiren, dann es ist nuhr eine enge avenue zur derselben, und solche ist mit dreyfachen wercken versehen." Am 6./16. Aug. berichtete Fuchs aus Hamburg (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1), daß Fabricius ihn gebeten habe, „die Beweg-rede, derer ich mich beständig gegen Ihn gebrauchet, und davon Er persuadiret zu seyn bezeuget, auch andern lüneburgischen Ministris, insonderheit dem von Bernsdorff vor(zu)stellen."

65. Fuchs an Falaiseau, Hamburg, 5./15. Aug. (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1).

mittler wurde zwar die von Christian V. gesetzte Frist verlängert, aber nun drang die überwiegende Mehrheit der dänischen Generalität darauf, im Falle man Ratzeburg nicht bezwingen könne, die Elbe zu überschreiten. Einige wollten dem Könige sogar mit ihrem Kopfe bürgen, daß diese Unternehmung ihm kaum einen Mann kosten werde. Der französische Gesandte versprach Berge von Gold, wenn man die dänischen Minister zum Elbübergang überreden könne, d'Asfeld hielt sich auf Schritt und Tritt an des Königs Seite[66]. „Wo Dennemark", urteilte Fuchs, „solch Vorhaben exequiret, so ist nichtes anders abzusehen, als daß es Sich eben in das labyrinth stürtzen werde, worinnen sich Schweden anno 74 gestecket[67]."

In Stockholm rangen Oxenstiern und Bielke miteinander wie nie zuvor. Wer an diesem Hofe lebte, mußte eiserne Nerven haben. Am 5. August starb Ulrike Eleonore. Der König, ihr Gemahl, war außer sich. Er wollte jetzt von Staatsgeschäften nichts wissen. Da traf am 11. August die Nachricht von der Niederlage Wilhelms von Oranien bei Neerwinden ein. Als man dem Könige die Einzelheiten vorlas, befahl er damit einzuhalten; er habe schon genug Kummer. Der Lüneburger Schmidt machte Oxenstiern auf

---

66. Falaiseau an Fuchs, Oldesloe, 4./14. Aug. (B. St., Rep. XI, 208b, Ratzeburg fasc. 1): „. . . Enfin, Monsieur, les affaires prennent une face dangereux, si on porte le Dannemarc au desespoir. J'en parle au Duc de Ploen. Ce Prince est aussi bien intentionné qu'on le puisse être, il m'a dit à l'oreille: . . . Moy et quelques honnétes gens, nous employerons pour . . . prolonger (cette affaire), mais ce ne pourra pas être beaucoup, hátés vous je vous prie et ne perdés pas un moment de tems. Voilà, Monsieur l'Etat ou sont les affaires, au nom de Dieu, Monsieur, faites vos derniers efforts, pour persuader à la Serenissime maison de Lünebourg de dissiper cet orage, vous connoissés le Ministere de Dannemarc, vous saués qu'il ne suit pas toujours les conseils de la prudence et de la Sagesse."

67. Fuchs' Bericht, Hamburg, 5./15. Aug. (a. a. O.).

die Gefährlichkeit der Situation aufmerksam. Die Furcht war sehr begründet, daß Dänemark in dem Augenblick, wo die Franzosen in den Niederlanden die Oberhand bekommen hatten, den Kampf beginnen werde. D'Avaux suchte Glauben zu machen, daß keinerlei Einverständnis zwischen Dänemark und Frankreich bestehe. Feierlich erklärte er Christian V. im Namen Ludwigs XIV. den Krieg, falls ein Angriff auf Hamburg erfolge[68]. Der von Schmidt hart bedrängte Oxenstiern berief sich stets auf d'Avaux, wenngleich er dessen Worten keinen Glauben schenkte. Er wollte Lüneburg nicht alle Hoffnung nehmen: der König werde gewiß etwas tun, wenn er sich nur etwas erholt habe[69].

Der kaiserliche und die brandenburgischen Mediatoren waren immerfort bemüht, einen Ausgleich herbeizuführen. In Regensburg befehdeten sich die Parteien währenddessen mit Flugschriften. Leibniz führte den Streit in vornehmer Weise: Ratzeburg sei eine alte Festung, älter als Glückstadt und Rendsburg, und könne darum nicht die Eifersucht der Nachbarn erregen. Die Gegner schrieen über das französische Ehebett des Celler Herzogs, um sich selber vom Verdachte bourbonischer Parteinahme reinzuwaschen[70]. Der Kaiser gab Dänemark unverhohlen zu verstehen, daß er dessen Vorhaben mißbillige und nicht zugeben werde, daß es sich die Exeku-

---

68. Schmidts Journale, 26. Juli / 5. Aug. u. 31. Juli—1. Aug. 10.—11. Aug. (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, V. II).

69. Schmidts Bericht, Stockholm, 9./19. Aug. (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, V. II).

70. Onno Klopp: „Die Werke von Leibniz", 1. Reihe, Bd. 6, Hannover 1872, S. 73 ff.: „Lettre d'un gentilhomme du Lauenbourg à son cousin du Holstein, servant de réponse aux raisons que les Danois alleguent pour obtenir la demolition de Ratzebourg." Duve a. a. O. S. 760 ff.: „Replica auf die Antwort eines Sachsen-Lauenburgischen Edelmannes an seinen Vetter in Holstein, die von der Krone Dennemarck begehrende Demolition des Orthes Ratzeburg betreffend."

tion in einer Rechtssache anmaße, die vor das Forum des Reiches gehöre, fertigte auch ein Avokationsmandat an Dänemark[71] aus mit der Mitteilung, daß er es bei der ersten feindlichen Bewegung zu veröffentlichen entschlossen sei[72]. Blieb es dabei bewenden, so hatte Dänemark von dieser Seite nichts zu fürchten. Wie man über Mandate dachte, hatte Piper erst kürzlich ausgesprochen.

In Oldesloe konnte die dänische Armee auf die Dauer aus Mangel an Subsistenzmitteln unmöglich bleiben[73]. Ueberzog sie nun das Lauenburgische, wenn auch ohne besondere Feindseligkeiten zu beginnen, so hatte doch die Tätigkeit der Mediatoren wenig Aussicht noch auf Erfolg[74]. Am 18. August überschritt wirklich die Kavallerie die Grenze, die Infanterie hatte Befehl, am nächsten Tage zu folgen[75]. Dem verarmten Land kam der Tod des letzten Askaniers wieder teuer zu stehen. Zu Mölln wurde eine Brandschatzung von 20 000 Talern gefordert. Ratzeburg, das nach dem Abzug der wolfenbüttelschen Kompagnien eine Besatzung von je 1000 Mann cellischer und hannöverscher Truppen unter dem Oberbefehl Boisdavids und des Brigadiers Bopart aufwies, wurde vom Generalfeldmarschall Gustav

71. Avokationsmandat, Laxemburg, 23. Mai / 2. Juni 1693 (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1).

72. Leopold an Karl XI., Wien, 10./20. Aug. (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, V. II).

73. Falaiseau an Fuchs, Oldesloe, 6./16. Aug. (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1): „Il est certain que l'armee ne peut pas longtems subsister ici, et qu'il faut absolutement, qu'elle cherche à subsister ailleurs. Au nom de Dieux, Monsieur, faites un dernier effort pour terminer cette affaire d'ou depend le repos du Cercle de la Basse Saxe et peut être de tout l'Empire."

74. Fuchs' Bericht, Hamburg, 6./16 Aug. (a. a. O.): Fabricius äußerte sich zu den Mediatoren, „es würde solches Seinen Herren Principalen an die Seele gehen, und besorglich alles guthe umbstoßen, weil es in aller welt scheinen wurde, man hätte dieselbe den Dolch auff der gurgel zum accommodement forçiret".

75. Falaiseau an Fuchs, Oldesloe, 8./18. Aug. (a. a. O.)

Wilhelm Freiherrn von Wedel mit einem 5000 Mann starken Heere eingeschlossen. Die der Inselstadt gegenüberliegenden Ufer wurden in ihren höchsten Punkten[76] mit Batterien gespickt. Die Diplomatie sollte schweigen, die Armeen hatten das Wort. „Man werde die Stadt gar bald mit Stücken und Mörsern begrüßen," hieß es in der frischen Soldatensprache[77]. Am 31. August wurde in aller Frühe auf Raketenzeichen ein Bombardement eröffnet. In kurzem glich die Insel einem Feuermeer. Drastisch wird erzählt, wie Menschen und Vieh brüllten, wie schwangere Weiber aus unerhörter Furcht unzeitig gebaren. Am Abend bot sich ein trostloser Anblick. Außer den Kirchen und dem Dom, die verschont blieben, nichts als die bloßen Schornsteine, die, nach den Worten des Berichterstatters, wie Pyramiden dastanden! Die nächsten beiden Tage wurde das Bombardement fortgesetzt[78]. Ingrimmig äußerte sich der hannöversche Kurprinz über das „attacquér par derriere d'une maniere sy malhonnaite". Lüneburg konnte sich nicht wehren, seine Truppen kämpften in Ungarn und in den Niederlanden[79].

So ließen die Welfen den König am 2. September ersuchen, das Bombardement einzustellen, da sie sich zur Satisfaktion verstehen wollten, worauf ein Waffenstillstand

---

76. Es sind dies der St. Georgsberg, über den heutzutage den Besucher Ratzeburgs vom Bahnhofe aus der Weg führt, der Schwalkenberg, von dem aus man zum Dome niedersieht, und Kallmeyers Höhe mit dem Ausblick nordwärts bis nach Lübeck.

77. Ueber die Belagerung und das Bombardement vgl. Burmester a. a. O. S. 49 ff., der eine Art Tagebuch eines Augenzeugen benutzt, daneben Pfeffinger a. a. O. III, S. 539 u. Ringels a. a. O. S. 2225.

78. Classen an Johann Georg IV., Lübeck, 23. Aug. / 2. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

79. Georg Ludwig an die Kurfürstin Sophie, Du Camp de S. Quintin, 31. Aug. / 10. Sept. (John M. Kemble: „State Papers", London 1857, S. 132).

vereinbart wurde. Alsbald traten die Mediatoren wieder in Tätigkeit. Um den Unterhandlungen nahe zu sein, erschien Ernst August persönlich in Hamburg; Königseck und Fabricius wohnten dicht beieinander, am Pferdemarkt[80]. Fuchs vertrat Brandenburg, die „Seemächte“ der Engländer Lexington und der Holländer Hop. Auf Wilhelm von Oranien durften die Lüneburger am meisten bauen. Ganz offen wurde es ausgesprochen, daß er zu einer bewaffneten Vermittlung schreiten werde, wenn die neuen Unterhandlungen scheitern sollten[81]. Lüneburg war zu einer teilweisen und bedingten Zerstörung der Festungswerke und zu einer Verminderung seiner Ratzeburger Truppen bereit[82]. Mit der Anerbietung dieses Zugeständnisses hatten die Mediatoren aber am 11. und 12. September zu Rendsburg keinen Erfolg. Dänemark bestand auf kaiserlicher Sequestration und völliger Abführung der lüneburgischen Besatzung[83]. Von neuem wurde Hamburg zum Unterhandlungsplatz. Auch hier ein Unannehmbar. Für ihre Bemühungen ernteten Fuchs und Königseck nicht einmal den verdienten Dank, indem die Lüneburger allein den Vertretern der „Seemächte“ gegenüber sich vertraulich auslassen wollten. Die beiden Zurückgewiesenen haben sich später empfindlich beklagt, „daß solche Manier zu procediren ihnen gar nicht anständig gewesen“. Was Hop und Lexington erreichten, war der Entschluß Ernst Augusts, sich mit Dänemark Ratzeburgs wegen

80. Classen an Johann Georg IV., Lübeck, 26. Aug. / 5. Sept. u. 30. Aug. / 9. Sept. (a. a. O.).

81. Miltitz’ Bericht, Regensburg, 28. Aug. / 7. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

82. „Ultimata delivrés par la maison de Brunswich Lunenburg à Mil. Lexington et M. Hop Envoyez Extraord.res de Sa Maj.te Brit. et Seigrs. Estats Generaux, à Haarburg.“ 29. Aug. / 8. Sept. 1693 (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

83. Reichenbach an Knoch, Gottorp, 7./17. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI).

weiter vereinigen zu wollen, wenn ihm Lauenburg durch Sentenz völlig zugesprochen werde. Auch aus ihrer Not wollten die welfischen Politiker einen großen Gewinn herausschlagen. Gegen eine Sequestration, sei es durch den Kaiser, sei es durch die Kreisvölker, sprachen sie sich mit Entschiedenheit aus[84].

Fuchs suchte nun am 17. September in Rendsburg Reventlow noch einmal von der Annehmbarkeit der Bedingung teilweiser Demolierung und Verminderung der Besatzung zu überzeugen. Des Königs Gloire und Sicherheit fänden darin ihre Berücksichtigung, jene, weil er dem lüneburgischen Hause, wie er selber sage, zwei Ohrfeigen gegeben habe, diese, weil nach Zerstörung der Außenwerke und nach Reduzierung der Mannschaft keinerlei Sorgenkind übrigbleibe. Königseck suchte den Worten seines Kollegen dadurch einen besonderen Nachdruck zu verleihen, daß er auf das kaiserliche Avokationsmandat hinwies, dessen er

---

84. Fuchs' Bericht, Hamburg, 5./15. Sept. (a. a. O.): Königseck hinterbrachte Fuchs, „was der von Bernsdorff mit Ihm geredet, welches hauptsächlich darinnen bestand: daß das Durchl. Hauß in die Salvaguardie oder den Sequester, wie Sie es nenneten, aus vielen ursachen, so Sie nicht sagen dürften, unmöglich einwilligen könthen, Ihro gnädigste Herren auch eine so große aversion dagegen hetten, daß Selbige solches anzunehmen, keinesweges persuadiret werden könthen. Die größte ursache aber solcher renitenz und unmöglichkeit sey, weil Sie mit Chur-Sachsen dieser lauenburgischen Sache halber in Tractaten stünden, und damit schon so weit gekommen, daß Sie so viele als d'accord währen (!), indem Sie die propositiones, so von Chur-Sachsen dieserwegen gethan worden, exceptâ aliquâ clausulâ, so doch dem gantzen werke keine hinderungen bringen solte, völlig acceptiret hetten. Gedachter Graff (Königseck) wahr über dieses anbringen sehr scandalisiret, und meinete, daß auff solche arth der Keyser als ein O in Ziffern seyn würde, wann man solchergestalt von Reichslehnen, unerwarthet desselben decision traktiren und disponiren wolthe, insonderheit da solches dem fürstlichen Hause Anhalt, welches gleichwohl eine gegründete praetension hätte, ein irreparables praejudiz bringen würde."

sich aber, wie er hinzufügte, nicht bedienen möchte. Reventlow ließ sich nicht einschüchtern; er hielt dafür, daß das Haus Lüneburg der Urheber dieses Mandats sei, und drohte „Feuer und Flammen“, erfolge die Veröffentlichung. Von seinen Bedingungen könne der König nicht ablassen, möge daraus werden, was da wolle[85].

Die Worte, leidenschaftlich hingeworfen, konnten nicht Richtmaß für eine verständige Politik sein[86]. Wollte Dänemark den Kampf wirklich in die erbeigenen lüneburgischen Lande tragen, so war für die „Seemächte“ die Stunde gekommen, ein Machtwort zu sprechen, denn die Hilfstruppen, die sie von den Welfen entlehnt hatten, durften sie nicht aufs Spiel setzen[87]. Auch Schweden, so beteuerte Oxenstiern dem lüneburgischen Gesandten Schmidt, werde eingreifen, wenn Christian V. die Elbe überschreite. Gegenwärtig schien sich ein Sieg des Kanzlers anzubahnen. Er habe in letzter Zeit mehr Verdruß gehabt, als er sagen könne; nach seinem Rate sei in der Frage der Hilfeleistung nicht verfahren worden. Jetzt werde Dänemark nicht „das äußerste hazardiren“, und Frankreich sei nach seiner Kraftanstrengung in einem viel elenderen Zustande, als man glaube[88]. Auch ein Vertreter Schwedens, Löwenklau, gesellte sich zu den Mediatoren. Auf dringendes Anraten

---

85. Konferenzprotokoll, Rendsburg, 7./17. Sept. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb.“ Nr. 27).

86. Vgl. Anm. 66. Falaiseaus Raisonnement, das dänische Ministerium folge nicht immer den Ratschlägen der Klugheit und Weisheit, mag nur Redensart sein.

87. Fuchs an Falaiseau, Hamburg, 5./15. Aug. (a. a. O.): „La Flotte de la France a quitté nos mers et est allée dans la mediterranée, ou elle hyuernera, selon les derniers auis de France: qui est ce donc qui assurera les côtes et les Isles du Dannem. contre les attaques des Anglois et Hollandois, pour ne dire rien de leur commerce, qui seroit entierement ruiné.“

88. Schmidts Bericht, Stockholm, 13./23. Sept. (Cal.-Br. Arch., Des. 24, Schweden Nr. 97, Vol. II).

entschloß sich Christian V. denn, die Unterhandlungen fürs erste noch in der Schwebe zu halten[89].

In Pinneberg wurde einige Zeit darauf von den dänischen Ministern und den Mediatoren ein Vertragsentwurf[90] aufgestellt, wobei die ersteren nur auf die lüneburgischen Stipulationen, 200 Mann im Lauenburgischen zu lassen und Ratzeburg wieder in den früheren Zustand zu versetzen, nicht eingehen wollten[91]. Am 26. September rückte Fabricius mit dem recht zweifelhaften Zugeständnis heraus, seine Herren bequemten sich endlich der gemeinen Ruhe wegen zur Zerstörung der Veste, unter der Voraussetzung, daß ihnen der Besitz Ratzeburgs und Sachsen-Lauenburgs garantiert werde[92]. Offenbar entschloß sich Lüneburg zu diesem Schritt infolge abgefangener Briefe des Kommandanten Boisdavid, der mitteilte, er könne sich kaum noch vierzehn Tage halten. Man schien dem Ziele nahe zu sein. Die Nebenpunkte des Vertrages, Bestimmungen über die Demolierung, den Abzug der dänischen Truppen, hielt Königseck für so unbedeutend, daß er es fast für unnötig ansah, „davon Copie zu nehmen". Aber beinahe wurde gerade, weil in diesen Punkten Schwierigkeiten entstanden, alles wieder über den Haufen geworfen[93]. Schon traf die Generalität Anstalten für einen Sturmangriff. Viele lübische Schiffe wurden mit Gewalt genommen und mit Rädern zu Lande bis an den Ratzeburger See gebracht, aus den nahe gelegenen Holzungen wurden Flöße mit Brustwehren verfertigt, vermittelst deren

---

89. Protokoll des dän. Conseils, 9./19. Sept. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

90. „Nouvelles Conditions pour l'accommodement de l'affaire de Ratzeburg" (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1).

91. Dänisches Journal, 17.—22. Sept. / 27. Sept.—2. Okt. (Wf. L., „Sachs.-Lauenb." Nr. 27).

92. Fuchs' Bericht, Hamburg, 17./27. Sept. (a. a. O.).

93. Funcks, des kursächs. Residenten, Berichte, Hamburg, 20./30. Sept. u. 23. Sept. / 3. Okt. (Dr. St., Loc. 9445, Vol. VII).

die Soldaten über das Wasser gesetzt werden sollten[94]. Zum Leidwesen Frankreichs[95] kam aber dennoch in zwölfter Stunde, am 9. Oktober, der Friede unter folgenden Bedingungen zustande: Die Festungswerke werden innerhalb drei Wochen geschleift, zweihundert lüneburgische Soldaten bleiben in Ratzeburg. Dänemark zieht seine Truppen teilweise binnen vier Tagen, den Rest spätestens in zwei Wochen aus Sachsen-Lauenburg zurück und mischt sich in Zukunft nicht mehr mit Waffengewalt in den Erbfolgestreit. Die Mediatoren übernehmen die Garantie des Traktats[96].

---

94. Funcks Berichte, Hamburg, 16./26. Sept. (Dr. St., Loc. 9444, Vol. VI), u. Classen an Johann Georg IV., Lübeck, 23. Sept. / 3. Okt. (Dr. St., Loc. 9445, Vol. VII).

95. Fuchs' u. Falaiseaus Bericht, Hamburg, 29. Sept. / 9. Okt. (B. St., Rep. XI, 208 b, Ratzeburg fasc. 1): „Der französische Ambassadeur soll sich noch immerhin damit flattiret haben, daß der Tractat zerschlagen werde, aber diesmahl wird es mit ihm heißen: hoffen und harren . . .“

96. Der Friedenstraktat abgedruckt bei Dumont a. a. O. T. VII, P. II, S. 330 u. bei Lünig: „Deutsches Reichsarchiv“, Part. Spec. V, Abt. IV, Abs. IV, S. 163. Im Dresdener Staatsarchiv (Loc. 9445, Vol. VII) befindet sich eine gedruckte kurze Inhaltsangabe des Traktates: „I. Die vorige Freundschaft sol zwischen beyderseits hohen Contrahenten erneuert werden. II. Die Fortificationes von Ratzeburg sollen à dato der außgewechselten Ratification längstens innerhalb drey Wochen demoliret werden. III. Es bleiben 200 Mann Lüneburgische Völcker im Sachsen-lauenburgischen / und werden nach Befinden verleget. IV. Die Dänische Trouppen räumen innerhalb vier Tagen das Sachsen-lauenburgische / biß auff 2 Regim. zu Pferde und 6 Battallionen zu Fuß / welche nach der Ratification eine halbe Meile von Ratzeburg zu stehen kommen / nachgehends aber längstens binnen 14 Tagen nebenst der Artollerie das Land völlig räumen. Diese 2 Regimenter und 6 Battallionen nehmen aus dem Lande nichts als das Rauch-Futter / den übrigen Unterhalt giebt ihnen der König. Der Auß- und Eingang in Ratzeburg wird gleich nach der Signatur des Traktats frey gelassen. V. Die Hostilitäten cessiren à dato der Signatur des Traktats, und wird nichts aus dem Lande von Anlagen gefordert / ausser was im Augusto bereits intimirt gewesen. Beym Außzuge wird gute disciplin gehalten. VI. Der

Christian V. war keineswegs Sieger. Lauenburg von den Welfen zu säubern, war ihm nicht gelungen, der Waffen ferner sich zu demselben Zwecke zu bedienen, war ihm von nun an verwehrt. Sein sächsischer Verwandter war ungehalten über ihn. Bei den Hamburger Unterhandlungen war dieser seine eigenen Wege gegangen. Er spielte seine alte nutzlose Rolle, wenn er statt alles anderem Restitution verlangte[97]. Vergebens stellte Piper vor, daß es besser sei, ein Patient werde gesund, wenn auch nicht die vorgeschriebenen Regeln der Medizin genau in Acht genommen seien, als daß es hieße, er sei methodisch kuriert und methodisch gestorben. Wo gegenwärtig alles um die Wette laufe, seien die alten Gesetze wertlos, während vorteilhaft der Grundsatz sei: aliquid facti aliquid juris[98]. Johann Georg IV. konnte sich diesem Gedankengange nicht anpassen. In einem Schreiben an Christian V. beklagte er sich über die „beschwerlichen Anschuldigungen" Pipers und daß je von Dänemark die kaiserliche Sepuestration in Erwägung gezogen sei, der Kursachsen seit 1689 stets entgegengewirkt habe. Höchst erzürnt äußerte er sich, daß Piper von kursächsischem „Strepitiren" zum Nutzen der Gegenpartei gesprochen habe, „wie das zwischen hohen Persohnen sonst ungewöhnliche Wortt lautet". Völlig unbegreiflich aber sei es ihm, daß jetzt, nachdem die Operationen einmal angefangen und

---

König mischet sich nicht via facti in das Lauenburgische Successions-Werck / sondern lässet es dem Recht heimgestellet. VII. Die Mediation nimmt die Guarantie über diesen Traktat über sich. Die Ratification wird Lüneburgischer Seiten von Hertzog Georg Wilhelms wegen außgefertiget / und die stipulirte Guarantie-Instrumenta innerhalb 6 Wochen beygebracht werden." Der Traktat ist unterzeichnet von Reventlow, Ehrenschild, Jessen, Plessen und Fabricius.

97. Funcks Bericht, Hamburg, 27. Sept. / 7. Okt. (Dr. St., Loc. 9445, Vol. VII).

98. Miltitz' Bericht, Regensburg, 21. Sept. / 1. Okt. (Dr. St., Loc. 9445, Vol. VII).

Traktate gepflogen seien, der König gar keine Rücksicht auf Kursachsens Interesse genommen habe[99].

Man wird endlich nicht umhin können, den Friedensschluß als eine Niederlage der französisch-dänischen Politik zu bezeichnen, denn die Absicht der Unruhestiftung in Niedersachsen war nicht erreicht. Es ist eine knappe Notiz, aber sie hat ihre große Bedeutung, daß im Oktober 1693 Bielke in Stockholm seinen Abschied erhielt, um in venetianische Dienste zu treten[100].

Hannover verlor in diesen Tagen einen Schöpfer seiner Größe. Um den Streit mit Dänemark auszugleichen, war Grote nach Glückstadt gegangen, hatte sich dann auch noch am Hamburger Gesandtenkongreß beteiligt. Die Strapazen der letzten Jahre aber hatten ihn aufgezehrt, mitten während der Unterhandlungen ward er von starkem Fieber befallen, der herbeigerufene kurfürstliche Leibarzt fand seinen Zustand hoffnungslos[101]. Auf dem Totenbette klagte er darüber, daß König Christian seinen Herren Zugeständnisse mit dem Dolche an der Gurgel abpressen wolle[102]. Gleichwie auf dem Schlachtfelde starb Grote den Heldentod. Kein Geringerer als Leibniz sang ihm das Grablied[103]. Bernstorff stand noch am Anfange großer staatsmännischer Leistungen. Die Direktion im Lauenburger Erbfolgestreit war eine Probe seines Könnens. Sein dankbarer Fürst verschaffte ihm die Anwartschaft auf ein Lehngut im neuerworbenen Gebiete[104].

---

99. Johann Georg IV. an Christian V., Leipzig, 3./13. Okt. (Dr. St., Loc. 9445. Vol. VII).

100. Classen an Johann Georg IV., Lübeck, 7./17. Okt. (Dr. St., Loc. 9445, Vol. VII).

101. Bodemann a. a. O. S. 45.

102. Fuchs' Bericht, Hamburg, 29. Aug. / 9. Sept. (a. a. O.).

103. Georg Heinr. Pertz: „Leibnizens Geschichtliche Aufsätze und Gedichte." Hannover 1847, S. 302: „Grotius expira secli decus. Ipse parentat / Elogiis orbis, patria sed lacrymis."

104. Duve a. a. O. S. 764.

Das mochte kaum noch einem Zweifel unterliegen, hatte Lüneburg dem dänischen Ansturm auf Sachsen-Lauenburg widerstanden, so war die größte Gefahr eines Besitzwechsels überstanden. Die Mauern Ratzeburgs waren nicht so stark, wie der eben abgeschlossene Vergleich und die Uebernahme seiner Garantie durch die Mediatoren. Eine rechtliche Entscheidung zu ihren Ungunsten hatten die Welfen im alten Reich in alle Ewigkeit zu befürchten[105]. Wollte Kursachsen nicht überhaupt leer ausgehen im Streit um Sachsen-Lauenburg, so durfte sein Kurfürst nicht Johann Georg IV. heißen, und die Zügel der Regierung mußte ein stärkerer Mann führen, der über die Kabalen des Dresdener Hofes siegte und wahrhaft hohen Zielen nachstrebte, der Held, der entschlossen war, die Fesseln des Binnenstaates zu sprengen. Die anderen Prätendenten standen den Welfen auch nicht so sehr im Wege. Friedrich III. war es vornehmlich um die Erwerbung der Königskrone zu tun; während des Reichskrieges unternahm er Sachsen-Lauenburgs wegen schon gar nichts Erhebliches. Für Magdeburgs Zukunft war diese Stellungnahme seines Kurfürsten von Einfluß. Es mußte die Zeit kommen, wo die Stadt ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt auf die Pflege der Industrie legte. Oesterreich

---

105. Classen an Johann Georg IV., Lübeck, 4./14. Okt. (a. a. O.): „Die lüneburgischen Officianten gloriiren allhier gewaltiglich, vorgebend, daß sie von 10 und 20 Ratzeburgischen Mauern und Bollwerken sich eine solche Sicherheit von beständiger Possession und Genuß des Landes nimmermehr promittiren können, als sie nunmehr durch diesen Akkord und die Garantie der Herren Mediatoren, worin Schweden und die Röm. Kays. Majestät selbst mitbegriffen, erlangt und gewonnen hätten. Das Fürstentum würde nunmehr für ewig wohl lüneburgisch bleiben, und hätten sie die übrigen hohen H. Prätendenten, so ihre Hoffnung allein im Rechte setzen und suchen müßten, wenig zu fürchten, weil die Decision des Successions-Streites ante consummationem saeculi nicht zu hoffen stünde.“ Ich meine, daß die lüneburgischen Offizianten garnicht so Unrecht hatten.

und Schweden wandten ihr Hauptinteresse Hadeln zu. Den Ernestinern blieb nach dem Beispiele ihrer Ahnen im Streit um Jülich und Kleve nur der „Schatten einer vermoderten Prätension" übrig, wie Weimar sich einmal ausdrückte[106]. Den seinem Vater ebenbürtigen Friedrich II. von Gotha mußten erst die Jahre reif machen, seinen Platz im Lauenburgischen Streite einzunehmen. Der Markgraf von Baden hatte am Oberrhein gegen zwei Feinde zu kämpfen, gegen Ludwig XIV. und die alte Reichsverfassung[107].

Der Erlaß des Primogeniturstatuts, die Verbindung Georg Ludwigs mit Sophie Dorothea, die Erwerbung der Kur und Sachsen-Lauenburgs[108] sicherten Hannover den Platz an der Sonne.

---

106. Weimars Instruktion für Zech, 1./11. Nov. 1691 (Wm. St., Rep. A, Nr. 2187).

107. Schulte a. a. O. S. 554.

108. Ueber den weiteren Verlauf des Erbfolgestreites vgl. Christoph Gottlob Heinrich: „Deutsche Reichsgeschichte", Leipzig 1797, Bd. VII, S. 356 ff., ferner die einschlägigen Stellen bei Schwarte, Haake („Schöning"), Bodemann, Schulte und Duve. Einige Literatur bei G. S. A. Praun: „Bibliotheca Brunsvico-Luneburgensis." 1744, S. 1405 ff.

Inhaltsübersicht.

Seite

Einleitung 7

Erster Abschnitt: **Sachsen-Lauenburg und Kursachsen** 13

Einleitung S. 13 ff. — Sachsen-Lauenburg bis 1689 S. 15 ff. — Julius Franz von Sachsen-Lauenburg und sein Tod S. 19 f. — Johann Georg III. von Kursachsen und seine Ansprüche S. 21 ff. — Kursachsens Machtstellung S. 23 f. — Sachsen-Lauenburgs Okkupation durch Kursachsen S. 25 ff. — Mecklenburg S. 27.

Zweiter Abschnitt: **Welfen und Wettiner** 29

Ernst August von Braunschweig-Lüneburg-Calenberg und Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Celle S. 29 ff. — Rudolf August und Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel S. 34 ff. — Andreas Gottlieb von Bernstorff S. 36 ff. — Christian Albrecht von Holstein-Gottorp und die Altonaer Traktaten S. 40 ff. — Sachsen-Lauenburgs Okkupation durch Braunschweig S. 42 ff. — Der Wert Sachsen-Lauenburgs für die Welfen S. 46 — Dänische Aspirationen S. 46 ff. — Braunschweigs militärisches und juristisches Rüsten S. 48 ff. — Die sachsen-lauenburgischen Stände S. 52 f. — Kursachsens Maßnahmen S. 53 ff. — Bülow und Flemming* S. 55 f. — Hünicke an den Welfenhöfen S. 56 f.

---

* Es handelt sich um den Generalfeldmarschall Haino Heinrich von Flemming (vgl. über ihn Zedler: „Großes Universal-Lexikon“, Bd. 9, Halle u. Leipzig 1735, S. 1231 ff.), nicht um dessen Neffen Jakob Heinrich, wie irrtümlich im Texte S. 55 f. angenommen ist. Damit entfällt Anm. 109 auf S. 56. Auch S. 156, 161, 166 u. 204 ist der Oheim gemeint, nach Herrn Dr. Haakes liebenswürdiger Mitteilung ein Mann von viel geringerer Begabung und Bedeutung als der Neffe. Auf dem Torgauer Kongreß sprach er sich gegen eine Einigung mit Lüneburg aus, ein Jahr später finden wir ihn in



Seite

u. 62 ff. — Christians V. Kriegsbereitschaft und Johann Georgs III. Friedenspolitik S. 58 ff.

Dritter Abschnitt: **Kurbrandenburg und Anhalt** 66

Friedrich III. von Brandenburg S. 66 ff. — Elbhandelspläne des Großen Kurfürsten S. 70 ff. — Johann Georg II. van Anhalt-Dessau und seine Ansprüche S. 72 ff. — Brandenburgs und Anhalts Verträge inbezug auf Sachsen-Lauenburg S. 73 ff. — Anhalts Versuch einer Besitzergreifung S. 77 ff. — Brandenburg und Braunschweig S. 81 ff. — Brandenburgs Hinneigung zu Kursachsen S. 84 u. 87 f. — Miltitz und Metternich in Regensburg S. 85 f. — Canitz in Göhrde S. 88 ff. — Viktor Amadeus' von Anhalt-Bernburg Sonderunterhandlungen S. 90 ff. — Stimmung in Kleve S. 92 ff. — Friedrchs III. Miißtrauen gegen den Kaiser S. 94 ff. — Sophie Charlottens politischer Einfluß S. 97 — Brandenburgs Aktionsprogramm S. 98.

Vierter Abschnitt: **Oesterreich und Schweden** 100

Kaiserliche und österreichische Politik S. 100 f. — Leopold I. und Strattmann S. 101 — Oesterreichs und Schwedens Absichten auf die Niederelbe S. 102 ff. — Hadelns Okkupation durch Schweden S. 103 f. — Karl XI. von Schweden, Oxenstiern und Bielke S. 104 ff. — Die Abgesandten der Prätendenten in Hadeln S. 108 — Bielke und Fabricius für die Befestigung des lüneburgisch-schwedischen Bundes S. 109 f. — Frage der Unterstützung Lüneburgs durch Schweden S. 110 ff. — Reichenbachs Versuche, fremde Truppen von Hadeln fernzuhalten S. 114 ff. — Hadelns Bedeutung S. 116 — Lüneburgs Verzicht auf eine Besetzung Hadelns S. 117 — Ende der kursächsischen Possession in Hadeln S. 117 ff. — Vergebliche Bemühung des Kaisers, Sachsen-Lauenburg burg zu sequestrieren S. 119 ff. — Ludwig Wilhelm von Baden und seine Vermählung mit Franziska von Sachsen-Lauenburg S. 122 ff.

Fühlung mit Ilten, dem hannöverschen Diplomaten. Nach Zedler scheint es eine Spezialität von ihm gewesen zu sein, sich den Gegnern ins Vertrauen zu schmeicheln. Man sieht, daß die Attribute passen, die ich ihm S. 55 zulege. Jakob Heinrich von Flemming trat erst 1693 in kursächsische Dienste.

Seite

Fünfter Abschnitt: **Ausgang des Jahres 1689** 126

Bernstorffs Politik S. 127 ff. — Haltung der „Seemächte" und Schwedens nicht nach Bernstorffs Wunsch S. 130 ff. — Wachsender Einfluß der Partei Bielkes in Stockholm S. 132 ff. — Bernstorffs Entschluß, mit Kursachsen zu unterhandeln S. 136 f. — Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar S. 137 f. — Friedrich I. von Sachsen-Gotha S. 138 — Stellungnahme der Ernestiner gegenüber Johann Georg III. S. 138 ff. — Friedrichs I. Eigenmächtigkeit; Zollmann in Celle S. 141 f. — Johann Georgs III. Mißtrauen gegen den Kaiser S. 143 — Dänemarks und Brandenburgs diplomatische Tätigkeit S. 144 ff. — Brandenburgs Truppenkonzentrationen S. 149 f. — Bernstorffs vergebliches Anklopfen bei den Anhaltinern S. 150 f. — Stand des Erbfolgestreites ausgangs 1689 S. 151 f.

Sechster Abschnitt: **Torgauer Kongreß Januar bis Februar 1960** 153

Dänemarks Uebereifer S. 153 f. — Johann Georgs III. Standpunkt S. 154 ff. — Fuchs als spiritus rector S. 156 ff. — Chwalkowski in Torgau S. 156 f. — Ablehnung des brandenburgischen Vorschlags durch Kursachsen und die „Seemächte" S. 157 ff. — Lenthe in Torgau S. 159 f. — Konferenzen der Welfenlinien S. 160 f. u. 163 f. — Fabricius und Münchhausen in Torgau und Leipzig S. 161 ff. u. 166 f. — Wendepunkt der Bernstorffschen Politik S. 165 f. — Ernestinische Vertreter in Torgau, Augsburg und Regensburg S. 167 ff. — Heiratspläne Sachsen-Zeitz' und Kursachsens S. 169 ff.

Siebenter Abschnitt: **Frühjahr 1690** 172

Zollmann in Celle und Braunschweig S. 172 f. — Uneinigkeit der Welfen wegen der Maßnahmen in Sachsen-Lauenburg S. 173 f. u. 176 f. — Unterhandlungen Lüneburgs mit Schweden über eine Allianz S. 174 f. u. 178 — Krosigks Putschversuch in Hadeln S. 178 f. — Anna Maria von Sachsen-Lauenburg und ihre Bewerber S. 179 f. — Oesterreichische Politik inbezug auf Hadeln S. 180 f. — Ernestinische Unterhändler in Dresden und Leipzig S. 181 ff. — Jubilatemesse 1690 in Leipzig; Johann Georg III., Ernst August und Friedrich I. S. 183 u. 185 f. — Bernstorff gegen



Seite

Unterhandlungen mit Kursachsen S. 185 — Stand des Erbfolgestreites Frühling 1690 S. 187.

Achter Abschnitt: **Bis zum Tode Johann Georgs III. und Friedrichs I.** 188

Frankreichs diplomatische Tätigkeit S. 188 f. — Uneinigkeit der Allianzgenossen S. 190 f. — Beilegungsvorschläge S. 191 ff. — Statusquo in Sachsen-Lauenburg S. 193 ff. — Frankreichs militärische Ueberlegenheit S. 195 — Neue Prätendenten S. 197 — Der Erbfolgestreit vor dem Reichshofrat S. 197 ff. — Lüneburgs Bevorzugung, Kursachsens Verletzung durch den Kaiser S. 198 ff. — „Dritte Partei"; Schweden und Ernst August S. 202 f. — Ilten in Dresden S. 203 f. — Kaiserlicher Versuch einer Durchkreuzung der lüneburgisch-schwedischen Pläne S. 204 f. — Haager Kongreß S. 206 f. — Johann Georg III. und Friedrich III. beim Beginn des Feldzuges S. 207 f. — Befestigung der welfischen Stellung in Sachsen-Lauenburg S. 208 f. — „Dritte Partei"; Ernst August und Friedrich I. S. 209 f. — Friedrichs I. Tod S. 210 f. — Johann Georgs III. Tod S. 211 f.

Neunter Abschnitt: **Herbst 1691 bis Herbst 1692** 213

Johann Georg IV. und Schöning S. 213 f. — Ernst Augusts Uebertritt zum Kaiser S. 214 f. — Kursachsens Abwendung von Brandenburg, dem Kaiser und Dänemark und Hinneigung zu Lüneburg und Frankreich S. 215 ff. — Danckelmann über Sachsen-Lauenburgs Bedeutung S. 221 f. — Kurtraktat S. 222 ff. — Grote und Chwalkowski in Dresden S. 223 f. — Welfische Erfolge S. 224 ff. — Schwedische Invasion in Hadeln S. 226 ff.

Zehnter Abschnitt: **Streit um Ratzeburg** 230

Erste Anzeichen einer Gefahr für Lüneburg S. 230 f. — Haxthausens Machinationen und Chwalkowskis und Grotes Entgegenwirken in Dresden S. 231 ff. — Friedrich August in Hamburg S. 238 — D'Avaux's und Juëls Machinationen und Goertz' Entgegenwirken in Stockholm S. 239 ff. — Pipers Erklärungen in Regensburg S. 242 u. 244 — Retartierende Momente für einen dänischen Angriff S. 245 — Vermittlung Brandenburgs und des Kaisers S. 246 ff. — Kursachsens Abrücken von Dänemark S. 248 — Wolfenbüttels Absage an Lüneburg S. 248 f. — Ilten in Dresden



Seite

S. 249 f. — Drohende Maßnahmen und Absichten Dänemarks S. 250 ff. — Spannung S. 253 ff. — Bombardement Ratzeburgs S. 255 f. — Unterhandlungen S. 257 ff. — Friedensschluß S. 261 — Johann Georgs IV. Unzufriedenheit mit Dänemark S. 262 f. — Grotes Tod S. 263 — Schluß S. 264 f.

Bernstorffs Porträt zwischen S. 32 u. 33.

(Abschnitt 1 u. 2 sind als Berliner Inaugural-Dissertation erschienen.)

